054027/EU XXVIII.GP
Eingelangt am 16/01/26

Europäisches Parlament

Der Stellvertretende Generalsekretär

Herrn
Dr. Harald Dossi
Parlamentsdirektor
Parlament der Republik Österreich
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
ÖSTERREICH

D 300235 16.01.2026

Betrifft: Übermittlung von vom Europäischen Parlament während der Tagung vom 15. bis 18. Dezember 2025 angenommenen Texten

Sehr geehrter Herr Parlamentsdirektor,

das Europäische Parlament hat auf seiner Tagung vom 15. bis 18. Dezember 2025 folgende Texte angenommen, die es gemäß den den Verträgen beigefügten Protokollen Nr. 1 und 2 übermittelt:

Im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren festgelegte Standpunkte

– Standpunkt zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/11/EU über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2015/2302, (EU) 2019/2161 und (EU) 2020/1828 nach der Einstellung der Europäischen Plattform für Online-Streitbeilegung,

– Standpunkt zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erteilung von Zwangslizenzen für das Krisenmanagement sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 816/2006,

– Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/694, (EU) 2021/695, (EU) 2021/697, (EU) 2021/1153 und (EU) 2024/795 im Hinblick auf Anreize für verteidigungsbezogene Investitionen im EU-Haushalt zur Umsetzung des Plans „ReArm Europe“,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115 in Bezug auf das Konditionalitätssystem, Interventionskategorien in Form von Direktzahlungen, Interventionskategorien in bestimmten Sektoren und zur Entwicklung des ländlichen Raums und jährliche Leistungsberichte sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2116 in Bezug auf Aussetzungen von Zahlungen, den jährlichen Leistungsabschluss sowie Kontrollen und Sanktionen,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass eines Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1755 in Bezug auf die den Mitgliedstaaten im Rahmen der Reserve für die Anpassung an den Brexit zugewiesenen Beträge,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/43/EG, 2013/34/EU, (EU) 2022/2464 und (EU) 2024/1760 im Hinblick auf bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas und zur Vorbereitung der Einstellung von Einfuhren von Öl, zur Verbesserung der Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938,

- Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/1115 hinsichtlich bestimmter Verpflichtungen von Marktteilnehmern und Händlern.

Die genannten Texte werden allen nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten gleichzeitig in der jeweiligen Landessprache zugeleitet. Als Datum der Zuleitung gilt das Datum dieses Schreibens.

Das Europäische Parlament hat ferner beschlossen, den nationalen Parlamenten die folgenden Texte zu übermitteln, die während derselben Tagung angenommen wurden und unter kein Gesetzgebungsverfahren fallen:

- Entschließung zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates,

- Entschließung zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Zuckerrübensorte KWS20-1 gewonnenen Lebensmitteln, Lebensmittelzutaten und Futtermitteln gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates,

- Standpunkt zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zur Änderung und Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung des Haschemitischen Königreichs Jordanien an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA),

- Entschließung zu militärischer Mobilität,

- Entschließung mit Empfehlungen an die Kommission zu der Gestaltung der Zukunft des Arbeitslebens durch Digitalisierung, künstliche Intelligenz und algorithmisches Management am Arbeitsplatz,

- Entschließung zu der Umsetzung der Konditionalitätsregelung.

Als Anlage übermittle ich Ihnen im Namen der Präsidentin des Europäischen Parlaments die genannten Texte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Markus Winkler

Anlagen

EUROPÄISCHES PARLAMENT

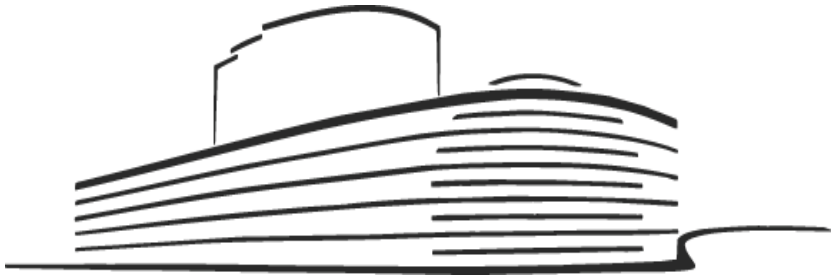
2025 - 2026

AUSZUG

AUS DEM DOKUMENT „ANGENOMMENE TEXTE“

DER TAGUNG VOM

15. – 18. Dezember 2025



INHALTSVERZEICHNIS

P10_TA(2025)0318 5
ÄNDERUNG DER RICHTLINIE ÜBER DIE ALTERNATIVE BEILEGUNG VERBRAUCHERRECHTLICHER STREITIGKEITEN

P10_TA(2025)0319 7
ZWANGSLIZENZEN FÜR PATENTE IN KRISENSITUATIONEN

P10_TA(2025)0320 11
ANREIZE FÜR VERTEIDIGUNGSBEZOGENE INVESTITIONEN IM EU-HAUSHALT ZUR UMSETZUNG DES PLANS „REARM EUROPE“

P10_TA(2025)0321 61
ÄNDERUNG BESTIMMTER GAP-VERORDNUNGEN IN BEZUG AUF DAS KONDITIONALITÄTSSYSTEM, INTERVENTIONSKATEGORIEN IN FORM VON DIREKTZAHLUNGEN, INTERVENTIONSKATEGORIEN IN BESTIMMTEN SEKTOREN, BERICHTE ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS UND JÄHRLICHE LEISTUNGSBERICHTE, DIE GOVERNANCE IM BEREICH DATEN UND INTEROPERABILITÄT, AUSSETZUNGEN VON ZAHLUNGEN IM RAHMEN DES JÄHRLICHEN LEISTUNGSABSCHLUSSES SOWIE KONTROLLEN UND SANKTIONEN

P10_TA(2025)0322 177
BEREITSTELLUNG EINER MAKROFINANZHILFE FÜR JORDANIEN

P10_TA(2025)0323 203
RESERVE FÜR DIE ANPASSUNG AN DEN BREXIT

P10_TA(2025)0324 211
BESTIMMTE ANFORDERUNGEN AN DIE NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG UND DIE SORGFALTSPFLICHTEN VON UNTERNEHMEN

P10_TA(2025)0330 283
EINSTELLUNG DER EINFUHREN VON RUSSISCHEM ERDGAS UND VERBESSERUNG DER ÜBERWACHUNG POTENZIELLER ENERGIEABHÄNGIGKEITEN

P10_TA(2025)0331 377
ENTWALDUNGSVERORDNUNG: BESTIMMTE VERPFLICHTUNGEN VON MARKTTEILNEHMERN UND HÄNDLERN

P10_TA(2025)0327 435
GENETISCH VERÄNDERTER MAIS DER SORTE NK603

P10_TA(2025)0328 443
GENETISCH VERÄNDERTE ZUCKERRÜBENSORTE KWS20-1

P10_TA(2025)0332 451
ABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND JORDANIEN ÜBER WISSENSCHAFTLICHE UND TECHNOLOGISCHE ZUSAMMENARBEIT: MODALITÄTEN UND BEDINGUNGEN DER BETEILIGUNG VON JORDANIEN AN DER PARTNERSCHAFT FÜR FORSCHUNG UND INNOVATION IM MITTELMEERRAUM (PRIMA)

P10_TA(2025)0335 453
MILITÄRISCHE MOBILITÄT

P10_TA(2025)0337 477
GESTALTUNG DER ZUKUNFT DES ARBEITSLEBENS DURCH DIGITALISIERUNG, KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND ALGORITHMISCHES MANAGEMENT AM ARBEITSPLATZ

P10_TA(2025)0343 499
UMSETZUNG DER KONDITIONALITÄTSREGELUNG

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0318

Änderung der Richtlinie über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025 zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung für den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/11/EU über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2015/2302, (EU) 2019/2161 und (EU) 2020/1828 nach der Einstellung der Europäischen Plattform für Online-Streitbeilegung (11778/1/2025 – C10-0309/2025 – 2023/0376(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: zweite Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Standpunkt des Rates in erster Lesung (11778/1/2025 – C10-0309/2025),

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 14. Februar 2024[1],

– unter Hinweis auf seinen Standpunkt in erster Lesung[2] zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2023)0649),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde,

– gestützt auf Artikel 68 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz für die zweite Lesung (A10-0249/2025),

1. billigt den Standpunkt des Rates in erster Lesung;

[1] ABl. C, C/2024/2482, 23.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/2482/oj.
[2] ABl. C, C/2025/1028, 27.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1028/oj.

2. stellt fest, dass der Gesetzgebungsakt entsprechend dem Standpunkt des Rates erlassen wird;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Gesetzgebungsakt mit dem Präsidenten des Rates gemäß Artikel 297 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu unterzeichnen;

4. beauftragt seinen Generalsekretär, den Gesetzgebungsakt zu unterzeichnen, nachdem überprüft worden ist, dass alle Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen worden sind, und im Einvernehmen mit der Generalsekretärin des Rates die Veröffentlichung des Gesetzgebungsakts im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veranlassen;

5. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0319

Zwangslizenzen für Patente in Krisensituationen

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025 zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung für den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erteilung von Zwangslizenzen für das Krisenmanagement sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 816/2006 (10498/2/2025 – C10-0281/2025 – 2023/0129(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: zweite Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Standpunkt des Rates in erster Lesung (10498/2/2025 – C10-0281/2025),

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 20. September 2023[3],

– unter Hinweis auf seinen Standpunkt in erster Lesung[4] zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2023)0224),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde,

– gestützt auf Artikel 68 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Rechtsausschusses für die zweite Lesung (A10-0246/2025),

1. billigt den Standpunkt des Rates in erster Lesung;

2. nimmt die dieser Entschließung beigefügte Erklärung der Kommission zur Kenntnis, die im *Amtsblatt der Europäischen Union* (Reihe C) veröffentlicht wird;

3. stellt fest, dass der Gesetzgebungsakt entsprechend dem Standpunkt des Rates erlassen

[3] ABl. C, C/2023/865, 8.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/865/oj.
[4] ABl. C, C/2025/1031, 27.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1031/oj.

wird;

4. beauftragt seine Präsidentin, den Gesetzgebungsakt mit dem Präsidenten des Rates gemäß Artikel 297 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu unterzeichnen;

5. beauftragt seinen Generalsekretär, den Gesetzgebungsakt zu unterzeichnen, nachdem überprüft worden ist, dass alle Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen worden sind, und im Einvernehmen mit der Generalsekretärin des Rates die Veröffentlichung des Gesetzgebungsakts im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veranlassen;

6. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

ANLAGE ZUR LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Erklärung der Kommission zur Verordnung (EG) Nr. 816/2006 anlässlich des Erlasses der Verordnung (EU) 2025/...[1] des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erteilung von Zwangslizenzen für das Krisenmanagement sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 816/2006

Die Kommission verpflichtet sich, dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Bericht über die Verordnung (EG) Nr. 816/2006 gemäß deren Artikel 19 vorzulegen.

[1] ABl.: Bitte die Nummer der Verordnung einfügen, die im Rahmen des Verfahrens COD 2023/0129 angenommen wurde.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0320

Anreize für verteidigungsbezogene Investitionen im EU-Haushalt zur Umsetzung des Plans „ReArm Europe“

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/694, (EU) 2021/695, (EU) 2021/697, (EU) 2021/1153, (EU) 2023/1525 und (EU) 2024/795 im Hinblick auf Anreize für verteidigungsbezogene Investitionen im EU-Haushalt zur Umsetzung des Plans „ReArm Europe“ (COM(2025)0188 – C10-0070/2025 – 2025/0103(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0188),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und die Artikel 114, 164, 172 und 173, Artikel 175 Absatz 3, Artikel 176, 177, 178, 182, 183 und 188 und Artikel 192 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0070/2025),

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Rechtsausschusses zu der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage,

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 und Artikel 164 und 172, Artikel 173 Absatz 3, Artikel 175 Absatz 3, Artikel 177 und 178, Artikel 182 Absätze 1 und 4, Artikel 183, Artikel 188 Absatz 2 und Artikel 192 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die haushaltspolitische Bewertung durch den Haushaltsausschuss,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 18. September 2025[1],

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 15. Oktober 2025[2],

[1] Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.
[2] ABl. C, C/2025/6325, 3.12.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/6325/oj.

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 10. November 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf die Artikel 60, 41 und 58 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung sowie des Ausschusses für Verkehr und Tourismus,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A10-0172/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P10_TC1-COD(2025)0103

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16. Oktober 2025 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2025/... zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/694, (EU) 2021/695, (EU) 2021/697, (EU) 2021/1153, (EU) 2023/1525 ▌und (EU) 2024/795 im Hinblick auf Anreize für verteidigungsbezogene Investitionen im EU-Haushalt zur Umsetzung des Plans „ReArm Europe“

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel ▌164 ***und*** 172***,*** Artikel 173 ***Absatz 3***, Artikel 175 Absatz 3, ▌Artikel ▌177 ***und*** 178, Artikel 182 ***Absätze 1 und 4***, Artikel 183, 188 ***Absatz 2*** und Artikel 192 Absatz 1,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen[2],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[3],

---

1 Stellungnahme vom 18. September 2025 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).
2 ABl. C, C/2025/6325, 3.12.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/6325/oj.
3 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die beispiellose geopolitische Instabilität und die rasche Verschlechterung der regionalen und globalen ***Bedrohungs- und Sicherheitslage, insbesondere der unprovozierte und ungerechtfertigte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der die Union und ihre Mitgliedstaaten einem hohen Risiko des Eintretens konventioneller militärischer Bedrohungen aussetzt,*** erfordern eine dringende und erhebliche Aufstockung der Ausgaben der Union für Forschung***, Innovation*** und Entwicklung, industrielle Kapazitäten und die Entwicklung von Infrastruktur im Zusammenhang mit ***Resilienz,*** Sicherheit und Verteidigung. ***Die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (European Defence Technological and Industrial Base, im Folgenden „EDTIB“) steht beim Zugang zu Finanzmitteln und insbesondere zu privaten Finanzmitteln für Investitionen vor beständigen Hindernissen, da die Marktakteure solche Investitionen mit Risiken assoziieren. Daher ist es unentbehrlich, öffentliche verteidigungsbezogene Investitionen zu mobilisieren. Daher sollte,*** wie es im Gemeinsamen Weißbuch der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 19. März 2025 zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030 („Gemeinsames Weißbuch“), das den Rahmen für den Plan „ReArm Europe“ bildet, dargelegt ist, die Union ***– neben der Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten –*** die dringend notwendige Erhöhung der europäischen verteidigungsbezogenen Investitionen im Rahmen des Unionshaushalts stärker unterstützen.

Die Mobilisierung von Finanzierungsprogrammen der Union zur Unterstützung von Technologien und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und von verteidigungsbezogenen Technologien und Gütern ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Herstellung der Verteidigungsbereitschaft der Union. Mit dieser Mobilisierung soll in Anbetracht der für beide Seiten vorteilhaften Übertragungseffekte auch die zivil-militärische Zusammenarbeit in allen Mitgliedstaaten verbessert werden. Bei den Maßnahmen, die aus den einschlägigen Programmen der Union unterstützt werden, könnte den einschlägigen Tätigkeiten der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und anderer Partner gebührend Rechnung getragen werden, sofern diese Tätigkeiten den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union dienen.

(2) ***Es sollten Investitionen in die Entwicklung hochmoderner Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck und hochmoderner Verteidigungsfähigkeiten gefördert werden, da mit diesen Investitionen zu den weiter gefassten Zielen der Union in Bezug auf die Resilienz der Gesellschaft, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit beigetragen wird. Eingedenk der Risiken im Zusammenhang mit der zunehmenden Verschlechterung der Lage im sicherheitspolitischen Umfeld der Union ist die unionsweite Entwicklung der Industrie, die Technologien und Güter mit doppeltem Verwendungszweck herstellt, und der Verteidigungsindustrie von entscheidender Bedeutung, damit alle Mitgliedstaaten zu einer robusten EDTIB beitragen und sie ihnen zugutekommt.***

(3) Die mit der Verordnung (EU) 2024/795 des Europäischen Parlaments und des Rates eingerichtete Plattform für strategische Technologien für Europa (Strategic Technologies for Europe Platform, STEP)[4] ist eine Initiative zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Union durch die Mobilisierung von Mitteln aus elf bestehenden Unionsprogrammen für kritische Technologien in drei strategischen Branchen: digitale Technologien, technologieintensive Innovationen, umweltschonende und ressourceneffiziente Technologien und Biotechnologien. Als solche ist die STEP ein gutes Instrument, um Unionsmittel koordiniert und synergetisch für Verteidigung zu mobilisieren, auch für digitale Schlüsseltechnologien auf Spitzenniveau, die für die Entwicklung von Verteidigungsgütern und -technologien erforderlich sind.

[4] Verordnung (EU) 2024/795 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Februar 2024 zur Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG und der Verordnungen (EU) 2021/1058, (EU) 2021/1056, (EU) 2021/1057, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) 2021/1060, (EU) 2021/523, (EU) 2021/695, (EU) 2021/697 und (EU) 2021/241 (ABl. L, 2024/795, 29.2.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/795/oj).

(4) Zwar ist die Unterstützung von verteidigungsrelevanten Technologien heute in den drei bestehenden strategischen Branchen, die im Rahmen der STEP bestimmt wurden, möglich, doch erscheint es notwendig, das Entwicklungspotenzial von Forschung, Industrie und Innovation im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich zu erhöhen, indem innerhalb der STEP eine vierte strategische Branche mit Schwerpunkt auf Verteidigungs- und Sicherheitstechnologien festgelegt wird***, ohne dass die angestrebte technologische Führungsrolle der Union in den bestehenden Branchen beeinträchtigt wird***. Mit dieser vierten strategischen Branche sollte sichergestellt werden, dass die STEP-Anreize genutzt werden, um die Unionsmittel für innovative Verteidigungs- und Sicherheitstechnologien aufzustocken, damit wirksam auf aktuelle und sich abzeichnende Bedrohungen reagiert und zu den STEP-Zielen zur Wettbewerbsfähigkeit Europas beigetragen wird. Unter Verteidigungstechnologien sollten die Technologien verstanden werden, die ***für die Entwicklung und Herstellung der*** im Anhang der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[5] genannten ***Verteidigungsgüter einschließlich verteidigungsbezogener Güter erforderlich sind***. ***Gemäß dem Ansatz, der für die anderen drei in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2024/795 genannten Branchen angewandt wird, sollte die Kommission die in der genannten Verordnung vorgesehenen Leitlinien durch Ergänzung um die vierte strategische Branche aktualisieren, auch hinsichtlich der Auslegung des Begriffs Verteidigungstechnologien.*** Was die künstliche Intelligenz betrifft, so sollten KI-Gigafabriken zu wichtigen Infrastrukturen werden, um die Leistung der KI im Bereich der Verteidigungstechnologien rasch zu steigern.

[5] Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/43/oj).

(5) Überdies muss für die Optimierung der Kapazität der von der STEP abgedeckten Programme, Unionsressourcen für ***den Bedarf im*** Verteidigungsbereich zu mobilisieren, klargestellt werden, dass mit diesen Programmen Ziele verfolgt und Tätigkeiten unternommen werden können, die mit der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ***und der Resilienz*** der EDTIB sowie mit Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten im Bereich Verteidigung im Zusammenhang stehen.

(6) „Horizont Europa“, das mit der Verordnung (EU) 2021/695 des Europäischen Parlaments und des Rates[6] eingerichtet wurde, ist das ▌Programm der Union zur Finanzierung von Forschung und Innovation ***und hat zentrale Bedeutung für die weltweite Führungsrolle der Union in Wissenschaft und Technologie***. Der mit der genannten Verordnung eingerichtete Accelerator des Europäischen Innovationsrats (EIC) unterstützt insbesondere möglicherweise bahnbrechende Innovationen mit disruptivem Charakter und Expansionspotenzial, die für private Investoren zu riskant sein könnten. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), ***Start-up-Unternehmen und einige kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung,*** die im Verteidigungssektor tätig sind, benötigen Finanzmittel für die Vermarktung innovativer Produkte.

---

6 Verordnung (EU) 2021/695 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung von „Horizont Europa“, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, sowie über dessen Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1290/2013 und (EU) Nr. 1291/2013 (ABl. L 170 vom 12.5.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/695/oj).

Diese ***Rechtsträger*** sehen sich jedoch beim Zugang zu Finanzmitteln mit größeren Hindernissen konfrontiert als ***Rechtsträger*** in anderen Wirtschaftszweigen. ***Wie im Gemeinsamen Weißbuch hervorgehoben wird, muss die Verteidigungsbereitschaft der Union erhöht werden, da Europa derzeit von Krieg, Aggression und anderen feindseligen Handlungen heimgesucht wird. Zu diesem Zweck ist eine erhebliche Aufstockung der Unterstützung für wirkungsstarke verteidigungsbezogene Innovationen erforderlich, einschließlich der dringend benötigten Unterstützung für KMU, Start-up-Unternehmen und bestimmte kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung, die bereit sind, solche wirkungsstarken verteidigungsbezogenen Innovationen großmaßstäblich einzuführen. Die derzeitige Struktur der Programme der Union, darunter auch der Europäische Verteidigungsfonds (EVF), bietet jedoch nicht den Umfang, die Flexibilität und die Geschwindigkeit, die erforderlich sind, um eine solche Unterstützung wirksam und rechtzeitig zu mobilisieren. Die derzeitige Struktur könnte Ungewissheit unter den Rechtsträgern im Verteidigungssektor bewirken, was den Zugang zu Unterstützung für Technologien für Anwendungen mit potenziell doppeltem Verwendungszweck anbelangt. Angesichts des Ausmaßes der Bedrohungslage im derzeitigen Umfeld sind außerordentliche Maßnahmen gerechtfertigt und erforderlich.***

Während die Unterstützung der Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich über den EVF erfolgt, bei dem es sich um ein spezifisches Programm von „Horizont Europa“ handelt, ist es ***in Anbetracht der derzeitigen strategischen Gegebenheiten*** angezeigt, den EIC-Accelerator für Maßnahmen zu öffnen, die sich für Anwendungen mit potenziell doppeltem Verwendungszweck eignen***, wobei die Verwendung für zivile Anwendungen gefördert werden sollte***. Die Unterstützung über ***die Scale-up-Regelung des EIC-Accelerators (im Folgenden „Regelung“)*** sollte auch auf nicht bankfähige KMU einschließlich Start-up-Unternehmen und nicht bankfähige kleine Unternehmen mittlerer Kapitalisierung sowie Einrichtungen, die bereits über den Accelerator unterstützt wurden, ausgedehnt werden, die bahnbrechende und disruptive nicht bankfähige Innovationen ***in kritische*** Verteidigungsanwendungen tätigen***, wobei, falls zweckmäßig, Innovationen mit potenziell doppeltem Verwendungszweck begünstigt werden sollten***. ***Im Rahmen der bestehenden verteidigungsorientierten Finanzierungsinstrumente, insbesondere des EVF und der als Teil des Programms „InvestEU“ eingerichteten Eigenkapitalfazilität für den Verteidigungsbereich, ist eine Aufstockung der Unterstützung in Form von Direktinvestitionen mit Kapitalbeteiligung, mittels deren Unternehmen direkt Finanzmittel erhalten, nicht möglich.***

Daher ist es erforderlich, die Regelung auch für Innovationen im Bereich der kritischen Verteidigungstechnologien zu öffnen, um Rechtsträger, die in den Verteidigungssektor investieren, zu unterstützen und gleichzeitig die Komplementarität mit anderen bestehenden Instrumenten der Union sicherzustellen. Dadurch ist es gerechtfertigt, ***im aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)*** eine gezielte Ausnahme von dem in Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/695 festgelegten Grundsatz vorzusehen, wonach der Schwerpunkt der Forschungs- und Innovationstätigkeiten, die im Rahmen von „Horizont Europa“ durchgeführt werden, ausschließlich auf zivilen Anwendungen liegen darf, unter Vermeidung unnötiger Doppelarbeit. ***Die gezielte Ausnahme gilt unbeschadet des Ergebnisses der anstehenden Verhandlungen im Zusammenhang mit dem nächsten MFR. Die Kommission sollte für eine angemessene Aufsicht über die Anwendung der gezielten Ausnahme sorgen, unter anderem durch die Erhebung und Meldung geeigneter Daten im Rahmen der gegenwärtigen Kontrolle und Evaluierung des EIC, ohne den Teilnehmern zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu verursachen.***

(7) ***Da sich Innovationstätigkeiten in Bezug auf Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck auf die strategischen Vermögenswerte, die Interessen, die Autonomie, die Sicherheit und die strategischen Interessen der Union und ihrer Mitgliedstaaten auswirken könnten, ist es unter Umständen erforderlich, in den einschlägigen Arbeitsprogrammen im Rahmen von „Horizont Europa“ die Förderfähigkeitsregeln anzupassen, damit die Teilnahme ausschließlich auf nur in einem Mitgliedstaat ansässige Rechtsträger oder auf – zusätzlich zu in einem Mitgliedstaat – auch in bestimmten assoziierten Ländern ansässige Rechtsträger beschränkt werden kann sowie damit die Teilnahme von in der Union oder in assoziierten Ländern ansässigen Rechtsträgern, die von nicht assoziierten Drittländern oder von Rechtsträgern aus nicht assoziierten Drittländern unmittelbar oder mittelbar kontrolliert werden, ausgeschlossen werden kann. Artikel 48 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/695 sollte daher so geändert werden, dass eine solche Möglichkeit vorgesehen wird. Die Möglichkeit, die Förderfähigkeitsregeln in den einschlägigen Arbeitsprogrammen anzupassen, sollte eigens für neue Innovationstätigkeiten in Bezug auf Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck gelten und lässt die Vorschriften für die Unterstützung von Tätigkeiten in Bezug auf zivile Anwendungen im Rahmen von Horizont Europa oder die Finanzierung solcher Tätigkeiten unberührt.**

(8) Da sich Innovationstätigkeiten im Bereich der kritischen Verteidigungstechnologien erheblich auf die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten auswirken können, müssen spezifische Förderfähigkeitsregeln festgelegt werden, bei denen die Kohärenz mit anderen Instrumenten der Union im Sektor der Verteidigungsindustrie gewahrt und dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine Rechnung getragen wird.

Durch diese spezifischen Förderfähigkeitsregeln sollte die Teilnahme auf in der Union, in der Ukraine oder in einem Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), das Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR-Mitglied) und mit Horizont Europa assoziiert ist, ansässige Rechtsträger beschränkt werden. Durch diese Regeln sollte die Beteiligung von Rechtsträgern ausgeschlossen werden, die unmittelbar oder mittelbar von einem Drittland, das nicht die Ukraine oder ein mit Horizont Europa assoziiertes EWR-Mitglied ist, oder von Rechtsträgern eines solchen Drittlands kontrolliert werden. Allerdings sollte ein Rechtsträger, der in der Union oder einem mit Horizont Europa assoziierten EWR-Mitglied ansässig ist und von einem Drittland, das nicht die Ukraine oder ein mit Horizont Europa assoziiertes EWR-Mitglied ist, oder von einem Rechtsträger eines Drittlands, das nicht die Ukraine oder ein mit Horizont Europa assoziiertes EWR-Mitglied ist, kontrolliert wird, als Begünstigter förderfähig sein, sofern der Kommission Garantien zur Verfügung gestellt werden, die nach den nationalen Verfahren des Mitgliedstaats oder des EWR-Mitglieds, in dem der Rechtsträger ansässig ist, gebilligt wurden.

(9) ***Da die Souveränität und die Sicherheit der Union gemäß der Verordnung (EU) 2024/795 dringend und außerordentlich gestärkt werden müssen und damit im Rahmen des EIC-Accelerators*** als Teil von Horizont Europa ***Finanzmittel rasch in kritischen Sektoren, auch*** für Projekte mit doppeltem Verwendungszweck und Verteidigungsprojekte ***mobilisiert und reinvestiert werden***, ist es angemessen, von Artikel 212 Absatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates[7] (im Folgenden „Haushaltsordnung“) abzuweichen. ***Angesichts dieser Umstände und dem Erfordernis der raschen Verfügbarkeit der Mittel muss insbesondere die Möglichkeit geschaffen werden,*** dass Erstattungen einschließlich erstatteter Vorschüsse, Einnahmen und nicht verwendeter Mittel abzüglich Gebühren und Kosten der EIC-Komponente für Investitionen aus Mischfinanzierung im Rahmen des EIC des EIC-Pilotprojekts im Rahmen von „Horizont 2020“ nicht in den Unionshaushalt fließen, sondern in den EIC-Fonds reinvestiert werden, damit – dank des geänderten Anwendungsbereichs – Projekte ***für zivile Anwendungen sowie*** Projekte mit doppeltem Verwendungszweck und Verteidigungsprojekte finanziert werden können. Der in Artikel 212 Absatz 3 der Haushaltsordnung festgelegte Zeitrahmen sollte ***geändert werden, damit eine sinnvolle Durchführung unter außergewöhnlichen Umständen sichergestellt ist. Daher ist es notwendig, in Bezug auf diese Bestimmung*** eine Ausnahmeregelung ***einzuführen***, die diese Möglichkeit vorsieht.

---

[7] Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj).

(10) Der mit der Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlaments und des Rates[8] eingerichtete EVF ist das führende Programm zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Effizienz und technologischen Autonomie der Verteidigungsindustrie der Union. Der EVF dient der Unterstützung von Maßnahmen, die der Entwicklung disruptiver Technologien für die Verteidigung förderlich sind. Um den Eigenheiten solcher Maßnahmen, etwa ihrem besonders geringen Umfang oder der besonderen Dringlichkeit der Unterstützung, besser Rechnung zu tragen, ist es angebracht, die Verfahren für die Entscheidung über die Unterstützung solcher Maßnahmen ***erheblich zu verkürzen und*** zu vereinfachen und gleichzeitig die Bedingungen für die Entscheidung über eine solche Unterstützung im Arbeitsprogramm festzulegen***, wobei der Grundsatz der Exzellenz nicht geschwächt werden darf***.

[8] Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1092 (ABl. L 170 vom 12.5.2021, S. 149, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/697/oj).

(11) Außerdem müssen Synergieeffekte zwischen dem EVF und anderen Programmen der Union genutzt werden. Zu diesem Zweck sollte es den Mitgliedstaaten, den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, Drittländern, internationalen Finanzinstitutionen oder sonstigen Dritten möglich sein, freiwillige Beiträge zum EVF als externe zweckgebundene Einnahmen zu leisten. Freiwillige Übertragungen von Mitteln, die Mitgliedstaaten im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung zugewiesen werden, an den EVF und die Kombination von Beiträgen aus dem EVF mit anderen Unionsprogrammen für spezifische Maßnahmen sollten möglich sein, sofern die kumulierte Unionsunterstützung die förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme nicht übersteigt.

(12) Am 23. Juni 2022 beschloss der Europäische Rat, der Ukraine den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen, wodurch der deutliche Wille zum Ausdruck gebracht wurde, den Wiederaufbau mit Reformen auf ihrem Weg in die EU zu verknüpfen. Am 15. Dezember 2023 beschloss der Europäische Rat, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen, und erklärte, dass die Union und ihre Mitgliedstaaten nach wie vor entschlossen seien, sich langfristig und zusammen mit Partnern an Sicherheitszusagen für die Ukraine zu beteiligen, die der Ukraine dabei helfen sollen, sich zu verteidigen, Destabilisierungsversuchen standzuhalten und Angriffshandlungen in Zukunft zu verhindern. Die intensive Unterstützung der Ukraine ist eine der wichtigsten Prioritäten der Union und eine angemessene Vorgehensweise angesichts der festen politischen Zusage der Union, die Ukraine so lange wie nötig zu unterstützen.

Am 5. März 2023 schlug die Kommission vor, ein Instrument (im Folgenden „Unterstützungsinstrument für die Ukraine“) zu schaffen, mit dem die durch den Angriffskrieg Russlands verursachten Schäden an der technologischen und industriellen Basis der Verteidigung der Ukraine (Ukrainian Defence Technological and Industrial Base, im Folgenden „ukrainische DTIB“) behoben und der Wiederaufbau, die Erholung und die Modernisierung des Landes unter Berücksichtigung seiner möglichen künftigen Integration in die EDTIB unterstützt werden sollte. Seit Beginn des groß angelegten Einmarschs Russlands in die Ukraine hat die ukrainische DTIB ihre Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationskapazitäten erheblich ausgebaut, um den Bedarf der Streitkräfte der Ukraine zu decken. In diesem Zusammenhang könnte im Wege einer engeren Zusammenarbeit zwischen der EDTIB und der ukrainischen DTIB die EDTIB Zugang zu diesen Kapazitäten erhalten, was zu dem Ziel beitrüge, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation der EDTIB voranzubringen, und gleichzeitig mit der kontinuierlichen Unterstützung der Union zwecks Stärkung der Fertigungskapazitäten der Ukraine im Verteidigungsbereich im Einklang stünde. Dementsprechend ist es eingedenk der gemeinsamen Ziele der Union und der Ukraine bei Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich und der Vorteile, die eine engere Integration in dieser Hinsicht für beide Seiten erwarten lässt, angezeigt, die Ukraine in Bezug auf den EVF als assoziiertes Drittland einzustufen.

(13) Das mit der Verordnung (EU) 2021/694 des Europäischen Parlaments und des Rates[9] aufgestellte Programm „Digitales Europa“ dient dazu, den digitalen Wandel der europäischen Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft zu unterstützen und zu beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit der Union in der globalen digitalen Wirtschaft zu steigern. In diesem Zusammenhang sollte das Programm auch darauf abzielen, insbesondere Projekte, Dienste und Kompetenzen mit potenziell doppeltem Verwendungszweck im Rahmen all seiner spezifischen Ziele zu unterstützen. ***So könnte dazu beigetragen werden, die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft in der Union gegenüber den ständigen hybriden Angriffen und der fortgesetzten ausländischen Einmischung zu stärken. Die Kommission sollte die strategische Bedeutung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und der Erleichterung des Technologietransfers zwischen den Mitgliedstaaten bei Projekten mit doppeltem Verwendungszweck im digitalen Sektor anerkennen und bei der Gewährung von Unterstützung für Projekte mit doppeltem Verwendungszweck der transeuropäischen Tragweite Rechnung tragen. Daher sollte dieses Zuschlagskriterium für Projekte mit doppeltem Verwendungszweck für verbindlich erklärt werden.***

[9] Verordnung (EU) 2021/694 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Aufstellung des Programms „Digitales Europa“ und zur Aufhebung des Beschlusses (EU) 2015/2240 (ABl. L 166 vom 11.5.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/694/oj).

(14) Die Union benötigt zur Stärkung ihrer technologischen Souveränität und ihrer Wettbewerbsfähigkeit Rechen-, Cloud- und Dateninfrastrukturen, damit sie auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz eine Führungsrolle einnehmen kann. Im Rahmen der Strategie „KI-Kontinent“ sind die KI-Fabriken und KI-Gigafabriken eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Union im weltweiten Maßstab konkurrenzfähig sein und ihre strategische Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit in der Wissenschaft, in der Forschung zu Gütern mit ***potenziell*** doppeltem Verwendungszweck und in kritischen Industriebranchen einschließlich der Verteidigungsindustrie behaupten kann. KI-Modelle der nächsten Generation erfordern eine umfangreiche vernetzte Recheninfrastruktur, damit Durchbrüche in bestimmten Bereichen einschließlich der Verteidigung erzielt werden können. Daher ist es angezeigt, in das spezifische Ziel 1 – Hochleistungsrechnen des Programms „Digitales Europa“ ein zusätzliches operatives Ziel aufzunehmen, das der Einführung und dem Betrieb von KI-Fabriken und einer neuen Generation von KI-Gigafabriken gilt, die auf Entwicklung, Training und Betrieb der komplexesten, äußerst umfangreichen KI-Modelle und -Anwendungen einschließlich der für die Einführung notwendigen Hard- und Software spezialisiert sind.

(15) ***In Anbetracht der zunehmenden Exposition der Union gegenüber Cyberbedrohungen und hybriden Bedrohungen Union ist es gerechtfertigt, im spezifischen Ziel 3 des Programms „Digitales Europa“ die Resilienz gegenüber Cyberbedrohungen und hybriden Bedrohungen als ausdrücklichen Schwerpunkt aufzunehmen.*** Im spezifischen Ziel 5 – Einführung und optimale Nutzung digitaler Kapazitäten und Interoperabilität des Programms „Digitales Europe“ ist es außerdem erforderlich, in das operative Ziel der Unterstützung für den öffentlichen Sektor und für Bereiche von öffentlichem Interesse einen Verweis auf die Verteidigung aufzunehmen, um klarzustellen, dass der finanzielle Beitrag der Union im Rahmen eines solchen Ziels auf diesen Sektor ausgeweitet werden kann.

(16) Darüber hinaus ***kann es erforderlich sein,*** die im Arbeitsprogramm des Programms „Digitales Europa“ ▌festgelegten Förderfähigkeitsregeln ***in bestimmten und hinreichend begründeten Fällen anzupassen***, sodass Rechtsträger mit Sitz in assoziierten Ländern oder mit Sitz in der Union, aber aus Drittländern kontrolliert werden, im Rahmen aller spezifischen Ziele von der Teilnahme an allen oder einigen Maßnahmen ausgeschlossen sind, deren Schwerpunkt auf Technologien mit potenziell doppeltem Verwendungszweck liegt. ***Daher sollten Vorkehrungen getroffen werden, damit diese Möglichkeit genutzt werden kann.*** In solchen Fällen sollten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und Ausschreibungen auf Rechtsträger beschränkt werden, die ihren Sitz in ***der Union*** haben bzw. als in ***der Union*** ansässig gelten und von Mitgliedstaaten oder von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten kontrolliert werden.

▌

(17) Die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF), die mit der Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates[10] eingerichtet wurde, zielt darauf ab, Investitionen im Bereich der transeuropäischen Netze zu beschleunigen und Synergieeffekte zwischen den Sektoren Verkehr, Energie und Digitales zu ermöglichen. Zur Unterstützung der vernetzten Recheninfrastruktur, die für Verteidigungsgüter und -technologien und darüber hinaus erforderlich ist, sollten die Ziele des digitalen Sektors der CEF im Rahmen der genannten Verordnung auf den Aufbau und die Bereitstellung digitaler Kapazitäten wie Cloud, ***KI-Fabriken*** und KI-Gigafabriken ausgeweitet werden.

[10] Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 (ABl. L 249 vom 14.7.2021, S. 38, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1153/oj).

(18) ▌Im Gemeinsamen Weißbuch wurden die militärische Mobilität als wesentlicher Wegbereiter für die europäische Sicherheit und Verteidigung anerkannt und der Unionsmehrwert bei der Förderung von Infrastruktur mit Doppelnutzung für die Mobilität hervorgehoben. ***Im Zusammenhang mit dem Gemeinsamen Weißbuch erkannten die Kommission und der Hohe Vertreter an, dass es wichtig ist, Brennpunktrojekte im Bereich der militärischen Mobilität zu ermitteln und wichtige Lücken und Engpässe entlang der vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität der EU zu beseitigen. Die militärische Mobilität ist auch eines der Ziele der CEF. Die Politik im Bereich des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) dient als zentrales strategisches Instrument für den Aufbau der grenzübergreifenden Verkehrsinfrastruktur der Union. Obwohl sie ursprünglich für zivile Zwecke bestimmt war, verfügt sie auch über ein bemerkenswertes Potenzial mit Blick auf eine Doppelnutzung zu zivilen Zwecken und zu Verteidigungszwecken. Darüber hinaus wird im Niinistö-Bericht vom 30. Oktober 2024 über die Stärkung der zivilen und militärischen Bereitschaft Europas ausdrücklich auf den Bedarf hingewiesen, die Arbeiten an vorrangigen Verkehrskorridoren mit doppeltem Verwendungszweck für Militärtransporte fortzusetzen, die Kraftstofflieferketten für die Streitkräfte über diese Korridore auszuweiten. Da der Stärkung der Verkehrsinfrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage in der Union hohe Bedeutung zukommt, sollte klargestellt werden, dass spezifische Tätigkeiten im Rahmen von Maßnahmen als Teil des spezifischen Ziels 3 Absatz 2 der CEF bei Bedarf Maßnahmen zum Schutz der Verkehrsinfrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck im Hinblick auf das Hemmen der militärischen Bewegungen des Feindes oder zur Bereitstellung von Kraftstoffinfrastruktur mit Doppelnutzung zu zivilen und zu Verteidigungszwecken umfassen können.***

(19) ***Mit der Halbzeitüberprüfung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds, die beide mit der Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates[11] eingerichtet wurden, wurde die Möglichkeit eingeführt, in Verteidigungsinfrastruktur oder Infrastruktur mit Doppelnutzung zur Förderung der militärischen Mobilität zu investieren; hierfür wird eine Vorfinanzierung von 20 % der geplanten Beträge gewährt, und es besteht die Möglichkeit, eine Finanzierung durch die Union zu beantragen, die um 10 Prozentpunkte über dem geltenden Kofinanzierungssatz liegt und 100 % nicht übersteigt. Wenn die Mitgliedstaaten Ressourcen, die ihnen im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung zugewiesen werden, auf die CEF übertragen, sollten sie die gleichen Bedingungen für die Vorfinanzierungs- und Kofinanzierungssätze für Verkehrsinfrastrukturprojekte mit doppeltem Verwendungszweck, wie sie im EFRE und im Kohäsionsfonds eingeführt wurden, erhalten. In einem solchen Fall sollten diese Beträge für Projekte zur Entwicklung der vorrangigen EU-Korridore für die militärische Mobilität, die von den Mitgliedstaaten in Anhang II der militärischen Anforderungen an die militärische Mobilität innerhalb und außerhalb der EU in der vom Rat am 17. März 2025 genehmigten Fassung, oder in jeder späteren vom Rat genehmigten Fassung dieses Anhangs, ermittelt wurden, sowie der digitalen Konnektivität und digitaler Kapazitäten, einschließlich Logistikdrehkreuzen und grenzübergreifenden Abschnitten dieser Korridore, reserviert werden. Die Haushaltsordnung sieht die Möglichkeit vor, Bedingungen für die Teilnahme an bestimmten Vergabeverfahren einzuführen, die sich auf die Sicherheit und die öffentliche Ordnung auswirken.***

---

[11] ***Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 60, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1058/oj).***

Dementsprechend sollte es möglich sein, solche besonderen Bedingungen in Bezug auf Maßnahmen in einem oder mehreren vorrangigen Korridoren der EU für die militärische Mobilität, einschließlich Bedingungen in Bezug auf das Ursprungsland der Ausrüstung, Güter, Lieferungen oder Dienstleistungen, festzulegen.

(20) Da die Ziele dieser Verordnung, nämlich Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten ***für Technologien und Güter mit doppeltem Verwendungszweck*** und zu Verteidigungszwecken zu stärken, die Wettbewerbsfähigkeit der Verteidigungsindustrie der Union zu verbessern und somit zur ***Verteidigungsbereitschaft*** der Union durch die Neuausrichtung der Investitionen auf diese kritischen Prioritäten beizutragen, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

(21) Da mit höchster Dringlichkeit entscheidende Verteidigungsinvestitionen im Zusammenhang mit drängenden geopolitischen Herausforderungen getätigt werden müssen, sollte die vorliegende Verordnung am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten. (22) Die Verordnungen (EU) 2021/694, (EU) 2021/695, (EU) 2021/697, (EU) 2021/1153 ▌und (EU) 2024/795 sollten daher entsprechend geändert werden —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EU) 2021/694 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 2 wird folgender Buchstabe angefügt:

„c) Projekte, Dienste, Kompetenzen und Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck zu unterstützen ***und zu beschleunigen und dabei die Resilienz der Gesellschaft zu stärken***."

2. In Artikel 4 Absatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:

„d) Einführung und Betrieb von KI-Fabriken und KI-Gigafabriken der neuen Generation, die auf Entwicklung, Training und Betrieb der komplexesten, äußerst umfangreichen KI-Modelle und -Anwendungen einschließlich der für die Einführung notwendigen Hard- und Software spezialisiert sind."

3. Artikel 6 wird wie folgt geändert:

a) in Absatz 1 erhalten die Buchstaben e und f erhalten folgende Fassung:

„e) Stärkung der Abwehrfähigkeit gegenüber Cyberbedrohungen und hybriden Bedrohungen, die sich gegen die kritische digitale Infrastruktur richten, sowie gegenüber Cyberangriffen, Hinwirken auf eine bessere Risikoerkennung und bessere Kenntnisse über Cybersicherheitsverfahren, Unterstützung öffentlicher und privater Organisationen bei der Einhaltung eines elementaren Maßes an Cybersicherheit, etwa durch Einführung der Übermittlungsverschlüsselung beim Datenverkehr und durch Softwareaktualisierungen;

f) Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem zivilen Bereich und dem Verteidigungsbereich bei Cybersicherheits-Projekten, -Diensten, -Kompetenzen und -Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck, einschließlich der Entwicklung von Cybersicherheitstechnologien, die auf verteidigungsbezogene Infrastruktur zugeschnitten sind, gemäß der Verordnung (EU) 2021/887 des Europäischen Parlaments und des Rates;*

** Verordnung (EU) 2021/887 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Industrie, Technologie und Forschung im Bereich der Cybersicherheit und des Netzwerks nationaler Koordinierungszentren (ABl. L 202 vom 8.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/887/oj).“*

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Maßnahmen im Rahmen des spezifischen Ziels 3 werden in erster Linie durch das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung und das Netz nationaler Koordinierungszentren gemäß der Verordnung (EU) 2021/887 durchgeführt. Die EU-Cybersicherheitsreserve wird jedoch von der Kommission und, gemäß Artikel 14 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2025/38, von der ENISA durchgeführt.“

4. Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Unterstützung für den öffentlichen Sektor und für Bereiche von öffentlichem Interesse, wie Gesundheit und Pflege, Bildung, Justiz, Zoll**,** ***Katastrophenschutz***, Verteidigung, Verkehr, Mobilität, Energie, Umwelt sowie die Kultur- und Kreativbranche, einschließlich in der Union niedergelassener Unternehmen in diesen Bereichen, damit moderne digitale Technologien, wie etwa Hochleistungsrechnen, Quantentechnologie, KI und Cybersicherheit, tatsächlich eingeführt und genutzt werden;“

5. Artikel 12 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Im Arbeitsprogramm kann auch vorgesehen werden, dass Rechtsträger mit Sitz in assoziierten Ländern und Rechtsträger mit Sitz in der Union, die aber aus Drittländern kontrolliert werden, ▌von der Teilnahme an einigen oder allen Maßnahmen im Rahmen des spezifischen Ziels 3 und von Maßnahmen mit Schwerpunkt auf Technologien mit potenziell doppeltem Verwendungszweck im Rahmen irgendeines spezifischen Ziels ***aus hinreichend gerechtfertigten Sicherheitsgründen*** ausgeschlossen sind. In solchen Fällen werden Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und Ausschreibungen auf Rechtsträger beschränkt, die ihren Sitz in Mitgliedstaaten haben bzw. als in Mitgliedstaaten niedergelassen gelten und von Mitgliedstaaten oder von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten kontrolliert werden. Solche Beschränkungen können auf den Zugang zu den im Rahmen solcher Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und Ausschreibungen eingesetzten Kapazitäten angewandt werden. ***Diese Beschränkungen müssen verhältnismäßig sein und dürfen nur dann angewandt werden, wenn es unbedingt erforderlich ist.“***

6. In Artikel 20 Absatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:

„d) bei Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung von Technologien, Dienstleistungen, Kompetenzen oder Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck die transeuropäische Dimension des Projekts.“

7. ***Spezifisches Ziel 5, Buchstabe I des Anhangs I, Nummer 4 erhält folgende Fassung:***

„4. Verkehr, Mobilität, Energie und Umwelt

Einführung dezentraler Lösungen und einer dezentralen Infrastruktur für groß angelegte digitale Anwendungen wie vernetztes automatisiertes Fahren, unbemannte Luft-, Boden-, Überwasser- und Unterwasserfahrzeuge, intelligente Mobilitätskonzepte, intelligente Städte, intelligente ländliche Gebiete oder intelligente Gebiete in äußerster Randlage zur Unterstützung der Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik und in Abstimmung mit den Maßnahmen zur Digitalisierung des Verkehrs- und des Energiesektors im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“.“

Artikel 2

Die Verordnung (EU) 2021/695 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 46 wird folgender Absatz eingefügt:

„(4a) Abweichend von Artikel 212 Absatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates gelten Erstattungen, einschließlich erstatteter Vorschüsse, Einnahmen und nicht verwendete Mittel abzüglich Gebühren und Kosten der Mischfinanzierung im Rahmen des EIC des EIC-Pilotprojekts im Rahmen von Horizont 2020 als interne zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe f und Artikel 21 Absätze 4 und 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509, und die in Artikel 212 Absatz 3 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 festgelegte Frist von zwei Jahren gilt ab dem … [ABl.: bitte Datum des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung einfügen].

---

* Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj).“

2. Artikel 48 wird wie folgt geändert:

a) ***In Absatz 1 werden*** nach Unterabsatz 2 folgende Unterabsätze eingefügt:

„Abweichend von Artikel 7 Absatz 1 kann die in Unterabsatz 2 Buchstaben a, b und c des vorliegenden Absatzes genannte Unterstützung Anwendungen mit potenziell doppeltem Verwendungszweck umfassen***, wobei die Verwendung für zivile Anwendungen gefördert werden sollte***.

Abweichend von Artikel 7 Absatz 1 kann die in Unterabsatz 2 Buchstabe d des vorliegenden Absatzes genannte Unterstützung Innovationen im Bereich der ***in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iv der STEP-Verordnung genannten*** kritischen ***Verteidigungstechnologien*** umfassen ***und gleichzeitig, falls zweckmäßig, für die Förderung von Innovationen mit potenziell doppeltem Verwendungszweck eingesetzt werden***.“

b) Der folgende Absatz wird eingefügt:

„(1a) Die Anwendung der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Ausnahmen von Artikel 7 Absatz 1 wird in die Überwachung des Programms durch die Kommission gemäß Artikel 50 einbezogen.“

c) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Bei einem Begünstigten des Accelerators muss es sich um einen Rechtsträger mit Sitz in einem Mitgliedstaat oder in einem assoziierten Land handeln, der die Kriterien als neugegründetes Unternehmen, KMU oder in außergewöhnlichen Fällen als kleines Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung erfüllt und auf Expansion ausgerichtet ist.

In Bezug auf die Förderung von Innovationen im Bereich kritischer Verteidigungstechnologien gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe d des vorliegenden Artikels ist die Beteiligung auf Rechtsträger beschränkt, die in der Union, in der Ukraine oder in einem mit Horizont Europa assoziierten EWR-Mitglied niedergelassen sind. Rechtsträger, die unmittelbar oder mittelbar von einem Drittland, das nicht die Ukraine oder ein mit Horizont Europa assoziiertes EWR-Mitglied ist, oder von Rechtsträgern eines solchen Drittlands kontrolliert werden, sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Abweichend von Unterabsatz 2 kann ein Rechtsträger, der in der Union oder einem mit Horizont Europa assoziierten EWR-Mitglied ansässig ist und von einem Drittland, das nicht die Ukraine oder ein mit Horizont Europa assoziiertes EWR-Mitglied ist, oder von einem Rechtsträger eines Drittlands, das nicht die Ukraine oder ein mit Horizont Europa assoziiertes EWR-Mitglied ist, kontrolliert wird, als Begünstigter förderfähig sein, sofern der Kommission Garantien zur Verfügung gestellt werden. Solche Garantien werden gemäß den nationalen Verfahren des Mitgliedstaats oder des mit Horizont Europa assoziierten EWR-Mitglieds, in dem der Rechtsträger niedergelassen ist, gebilligt, z. B. angemessene Maßnahmen aufgrund von Überprüfungen im Sinne von Artikel 2 Nummer 3 der Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates*.

Die Garantien müssen die Gewähr bieten, dass die Unterstützung der Rechtsträger den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gemäß Titel V EUV nicht zuwiderläuft und dass der Grundsatz gutnachbarlicher Beziehungen geachtet wird.

In Bezug auf die Unterstützung gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe a, b oder c des vorliegenden Artikels bei Anwendungen mit potenziell doppeltem Verwendungszweck kann im Arbeitsprogramm vorgesehen werden, dass es möglich ist die, Teilnahme auf Rechtsträger zu beschränken, die ausschließlich in einem Mitgliedstaat ansässig sind oder die – zusätzlich zu in einem Mitgliedstaat – auch in bestimmten assoziierten Ländern ansässig sind. Jede Beschränkung der Teilnahme von in assoziierten Ländern ansässigen Rechtsträgern, die Mitglieder des EWR sind, muss den Bedingungen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum entsprechen. Um den Schutz der strategischen Interessen der Union und ihrer Mitgliedstaaten zu gewährleisten, kann in hinreichend begründeten Ausnahmefällen im Arbeitsprogramm auch die Teilnahme von in der Union oder in assoziierten Ländern ansässigen Rechtsträgern, die von nicht assoziierten Drittländern oder von Rechtsträgern aus nicht assoziierten Drittländern unmittelbar oder mittelbar kontrolliert werden, an einzelnen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen ausgeschlossen werden oder kann ihre Teilnahme daran von im Arbeitsprogramm dargelegten Bedingungen abhängig gemacht werden.

Der Vorschlag kann entweder vom Begünstigten oder mit dessen vorheriger Zustimmung von einer oder mehreren natürlichen Personen oder einem oder mehreren Rechtsträgern eingereicht werden, die diesen Begünstigten zu errichten oder zu unterstützen beabsichtigen. In letzterem Fall wird die Finanzierungsvereinbarung nur mit dem Begünstigten unterzeichnet.

**** Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union (ABl. L 79I vom 21.3.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/452/oj).“***

Artikel 3

Die Verordnung (EU) 2021/697 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 5 erhält folgende Fassung:

„Artikel 5

Assoziierte Länder

Der Fonds steht folgenden Drittländern (assoziierten Ländern) zur Teilnahme offen:

a) Mitgliedern der Europäischen Freihandelsassoziation, die dem EWR angehören, nach Maßgabe des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum;

b) der Ukraine gemäß den im Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine festgelegten Bedingungen.“

2. Artikel 6 erhält folgende Fassung:

„Artikel 6

Förderung disruptiver Technologien für die Verteidigung

(1) ***Der Fonds*** dient zur Unterstützung von Maßnahmen, die der Entwicklung disruptiver Technologien für die Verteidigung in den Interventionsbereichen, die in den Arbeitsprogrammen nach Artikel 24 festgelegt sind, förderlich sind.

(2) In den Arbeitsprogrammen werden die am besten geeigneten Finanzierungsformen für disruptive Technologien für die Verteidigung, die Auswahl- und Vergabekriterien und -verfahren sowie die Durchführung festgelegt.“

3.) Folgender Artikel wird eingefügt:

„Artikel 8a

Kumulierte Finanzierung und Mittelübertragungen

(1) Eine Maßnahme, die einen Beitrag aus einem anderen Programm der Union erhalten hat, kann auch einen Beitrag aus dem ***Fonds*** erhalten, sofern die Beiträge nicht dieselben Kosten decken. Die Regelungen des einschlägigen Unionsprogramms finden auf den entsprechenden Beitrag zu der Maßnahme Anwendung. Die Unterstützung aus den verschiedenen Unionsprogrammen kann entsprechend den Dokumenten, in denen die Bedingungen für die Unterstützung festgelegt sind, anteilig berechnet werden.

(2) Mittel, die den Mitgliedstaaten im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung zugewiesen wurden, können – auf Antrag des betreffenden Mitgliedstaats – unter den in den einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates* ▌ festgelegten Voraussetzungen auf ***den Fonds*** übertragen werden. Die Kommission führt diese Mittel direkt gemäß Artikel 62 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates** oder indirekt gemäß Buchstabe c des genannten Unterabsatzes aus. Diese Mittel werden zugunsten des betreffenden Mitgliedstaats ***und im Einklang mit den Bestimmungen des Fonds eingesetzt***.

(3) Die gemäß Absatz 2 dieses Artikels übertragenen Mittel können abweichend von Artikel 13 Absatz 2 verwendet werden, um bis zu 100 % der förderfähigen Kosten zur Finanzierung förderfähiger Maßnahmen gemäß Artikel 10 ***Absatz 3 Buchstaben e bis h*** beizutragen.

(4) Ist die Kommission keine rechtlichen Verpflichtungen in direkter oder indirekter Mittelverwaltung für gemäß Absatz ***2*** des vorliegenden Artikels übertragene Mittel eingegangen, so können die entsprechenden nicht gebundenen Mittel auf Antrag des betreffenden Mitgliedstaats unter den in den einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/1060 festgelegten Bedingungen in jedem Fall bis zum 30. September 2027 wieder auf eines oder mehrere der jeweiligen ursprünglichen Programme rückübertragen werden.

(5) Mitgliedstaaten, Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union, Drittländer, internationale Organisationen, internationale Finanzinstitutionen oder sonstige Dritte können zusätzliche finanzielle Beiträge zu dem ***Fonds*** leisten. Solche finanziellen Beiträge gelten als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 2 Buchstabe a, d oder e oder des Artikels 21 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509.

---

* Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/oj**).**

** Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj).“

Artikel 4

Die Verordnung (EU) 2021/1153 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die allgemeinen Ziele der CEF bestehen darin, die transeuropäischen Netze in den Sektoren Verkehr, Energie und Digitales aufzubauen, auszubauen, zu modernisieren, zu vollenden und widerstandsfähig zu machen sowie die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien zu erleichtern, und dabei zugleich die langfristigen Dekarbonisierungsverpflichtungen und die Ziele der Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, des intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums, des territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts sowie des Zugangs zum Binnenmarkt und Integration des Binnenmarkts zu berücksichtigen, wobei es insbesondere um die Erleichterung von Synergien zwischen den Sektoren Verkehr, Energie und Digitales geht.

b) Absatz 2 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

▌

„c) im Digitalsektor: ein Beitrag zur Entwicklung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse in Bezug auf die Einführung von und Zugang zu sicheren und geschützten digitalen Netzen mit sehr hoher Kapazität, einschließlich 5G-Systemen, zur Einrichtung und Einführung digitaler Kapazitäten wie Cloud, KI***, KI-Fabriken*** und KI-Gigafabriken, zur Steigerung der Widerstandsfähigkeit und der Kapazität digitaler Backbone-Netze in den Gebieten der Union durch deren Anbindung an benachbarte Gebiete sowie zur Digitalisierung der Verkehrs- und Energienetze.“

2. In Artikel 8 Absatz 4 wird folgender Buchstabe angefügt:

„f) Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die zur Einrichtung und zur Einführung oder zur erheblichen Modernisierung digitaler Kapazitäten, einschließlich Cloud-, KI***, KI-Fabriken*** und KI-Gigafabriken, beitragen, erhalten in dem Maße Priorität, wie sie erheblich zur Verbesserung der Leistung, Widerstandskraft und Sicherheit von Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastrukturen beitragen, die für ***das reibungslose Funktionieren*** des Binnenmarkts von entscheidender Bedeutung sind.“

3. ***Artikel 9 wird wie folgt geändert:***

a) ***In Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:***

„Bestimmte Tätigkeiten im Rahmen einer Maßnahme gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe c können bei Bedarf Maßnahmen zum Schutz der Infrastruktur mit Doppelnutzung zu zivilen und zu Verteidigungszwecken im Hinblick auf das Hemmen der militärischen Bewegungen des Feindes oder zur Bereitstellung von Kraftstoffinfrastruktur für Verkehrstätigkeiten mit Doppelnutzung zu zivilen und zu Verteidigungszwecken umfassen.“

b) ***Absatz 4 wird wie folgt geändert:***

i) ***Buchstabe d erhält folgende Fassung:***

„d) Maßnahmen zur Unterstützung des Schutzes und des Aufbaus neuer Backbone-Netze oder zur Unterstützung der wesentlichen Modernisierung oder der Instandsetzung bestehender Backbone-Netze, einschließlich Seekabeln, in und zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen der Union und Drittländern, wie beispielsweise die in Teil V Nummer 3 des Anhangs aufgeführten Maßnahmen, sowie andere Maßnahmen, die den Aufbau von Backbone-Netzen fördern und die auf die jene Nummer Bezug nimmt;“

ii) Folgender Buchstabe wird angefügt:

„f) Maßnahmen zur Unterstützung der Einrichtung und der Einführung digitaler Kapazitäten in den Bereichen Cloud, KI***,*** ***KI-Fabriken*** und KI-Gigafabriken***;***“

4. In Artikel 15 Absatz 2 wird folgender Buchstabe eingefügt:

„ba) vorbehaltlich der Übertragung der erforderlichen Mittel auf die CEF im Rahmen der Halbzeitüberprüfung der Programme gemäß den Verordnungen (EU) 2021/1058* und (EU) 2021/1056** des Europäischen Parlaments und des Rates gelten für Arbeiten im Zusammenhang mit den in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer ii der vorliegenden Verordnung genannten spezifischen Zielen und gemäß Artikel 4 Absatz 13 der vorliegenden Verordnung folgende Bedingungen:

i) die Kofinanzierungssätze können ***um 10 Prozentpunkte über dem unter Buchstabe b genannten Kofinanzierungssatz*** angehoben werden;

ii) die Maßnahmen haben Anspruch auf eine Vorfinanzierung in Höhe von mindestens ***20 %*** des in der Finanzhilfevereinbarung zugewiesenen Betrags;

iii) die Maßnahmen werden auf einem oder mehreren der vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität der EU durchgeführt, die von den Mitgliedstaaten in Anhang II der militärischen Anforderungen an die militärische Mobilität innerhalb und außerhalb der EU***, einschließlich Logistikdrehkreuzen und grenzübergreifenden Abschnitten dieser Korridore,*** festgelegt wurden, und entsprechen den Infrastrukturanforderungen gemäß der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1328*** der Kommission ***und spezifische Bedingungen für die Teilnahme am Vergabeverfahren für solche Maßnahmen können gemäß Artikel 136 der*** Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates**** ***festgelegt werden***.

* Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 60, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1058/oj).

** Verordnung (EU) 2021/1056 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1056/oj).

*** Durchführungsverordnung (EU) 2021/1328 der Kommission vom 10. August 2021 zur Festlegung der Infrastrukturanforderungen für bestimmte Kategorien von Maßnahmen für Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck gemäß der Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 37, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2021/1328/oj).

**** Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj).“

Artikel 5

Artikel 2 der Verordnung (EU) 2024/795 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Buchstabe a ▌ wird die folgende Ziffer angefügt:

„iv) Verteidigungstechnologien;“

2. ***Absatz 2 Buchstabe b erhält folgende Fassung:***

„b) sie leisten einen Beitrag zur Verringerung oder Verhinderung strategischer Abhängigkeiten und Schwachstellen der Union.“

3. ***Absatz 7 erhält folgende Fassung:***

„7. Bis zum 2. Mai 2024 gibt die Kommission Leitlinien dazu heraus, inwiefern die Technologien in den in Absatz 1 Buchstabe a dieses Artikels genannten Branchen als kritisch angesehen werden können und wie die in Absatz 2 dieses Artikels festgelegten Bedingungen erfüllt werden können. In diesen Leitlinien erläutert die Kommission den in Absatz 3 dieses Artikels genannten Begriff der Wertschöpfungskette und der damit verbundenen Dienstleistungen, die für die Entwicklung oder Herstellung der Endprodukte von kritischer Bedeutung und speziell dafür vorgesehen sind. Bis zum … [ABl.: bitte Datum einfügen – zwei Monate nach Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung] aktualisiert die Kommission diese Leitlinien, um den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iv genannten Sektor abzudecken. Diese Leitlinien werden gegebenenfalls unter Berücksichtigung des in Artikel 8 genannten Zwischenbewertungsberichts überprüft.“

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu …,

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident / Die Präsidentin*

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0321

Änderung bestimmter GAP-Verordnungen in Bezug auf das Konditionalitätssystem, Interventionskategorien in Form von Direktzahlungen, Interventionskategorien in bestimmten Sektoren, Berichte zur Entwicklung des ländlichen Raums und jährliche Leistungsberichte, die Governance im Bereich Daten und Interoperabilität, Aussetzungen von Zahlungen im Rahmen des jährlichen Leistungsabschlusses sowie Kontrollen und Sanktionen

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115 in Bezug auf das Konditionalitätssystem, Interventionskategorien in Form von Direktzahlungen, Interventionskategorien in bestimmten Sektoren, Berichte zur Entwicklung des ländlichen Raums und jährliche Leistungsberichte sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2116 in Bezug auf die Governance im Bereich Daten und Interoperabilität, Aussetzungen von Zahlungen im Rahmen des jährlichen Leistungsabschlusses sowie Kontrollen und Sanktionen (COM(2025)0236 – C10-0086/2025 – 2025/0236(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0236),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 43 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0086/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 18. September 2025[1],

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom

[1] Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Vertreter des Rates mit Schreiben vom 19. November 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf Artikel 60 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (A10-0164/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest[2];

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

[2] Dieser Standpunkt ersetzt die am 8. Oktober 2025 angenommenen Abänderungen (Angenommene Texte P10_TA(2025)0213).

P10_TC1-COD(2025)0236

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16. Dezember 2025 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2025/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115 in Bezug auf das Konditionalitätssystem, Interventionskategorien in Form von Direktzahlungen, Interventionskategorien in bestimmten Sektoren und zur Entwicklung des ländlichen Raums und jährliche Leistungsberichte sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2116 in Bezug auf ▌ Aussetzungen von Zahlungen, den jährlichen Leistungsabschluss sowie Kontrollen und Sanktionen

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 43 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[2],

1 Stellungnahme vom 18. September 2025 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).
2 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) In ihrer Mitteilung vom 29. Januar 2025 mit dem Titel „Ein Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“ und ihrer Mitteilung vom 11. Februar 2025 mit dem Titel „Ein einfacheres und schnelleres Europa: Mitteilung über die Umsetzung und Vereinfachung“ betonte die Kommission, dass die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, Innovation gefördert und das Wachstum in der Union angekurbelt werden muss; entscheidende Voraussetzungen dafür sind Vereinfachung und ein geringerer Verwaltungsaufwand. Daher ist es notwendig, den kostspieligen regulierungsbedingten Aufwand und die Komplexität des Unionsrechts und seiner Umsetzung, einschließlich überbordender Berichterstattungspflichten, zu verringern und dabei den besonderen Bedarfen kleiner und mittlerer Unternehmen Rechnung zu tragen.

(2) In ihrer Mitteilung vom 19. Februar 2025 zu einer Vision für Landwirtschaft und Ernährung“ betont die Kommission, dass zur Förderung von Innovation und Nachhaltigkeit bei landwirtschaftlichen Verfahren dafür gesorgt werden sollte, dass Landwirte Unternehmer und Lieferanten sind, die keinem unnötigen bürokratischen oder regulatorischen Aufwand unterliegen. Um dieses Ziel zu erreichen und der Vielfalt des Sektors Rechnung zu tragen, braucht es keine Pauschallösungen, sondern maßgeschneiderte Ansätze wie auch Realitätschecks für das Unionsrecht und Vereinfachungen, auch unter Berücksichtigung der Vorteile digitaler Technologien, z. B. Technologien für automatisierte Meldungen. Ein besseres Gleichgewicht zwischen Anforderungen und Anreizen ist erforderlich, um die Nachhaltigkeitswende in der Landwirtschaft zu steuern und Innovationen zu fördern. Die besonderen Bedarfe kleiner landwirtschaftlicher Betriebe, die durch den Schutz der Natur und der Lebensgrundlagen die Vitalität ländlicher Gemeinschaften gewährleisten, erfordern eine zielgerichtetere und einfachere Unterstützung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und einen möglichst geringen Verwaltungsaufwand. Kleine landwirtschaftliche Betriebe sind beim Zugang zu und bei der Nutzung von Finanzmitteln oft benachteiligt, wodurch sie daran gehindert werden, zu investieren, innovativ zu sein und Entwicklungschancen zu ergreifen.

(3) Die Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates[3] enthält Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der GAP zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne). Die Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates[4] enthält Vorschriften über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der GAP. 2024 wurde die Verordnung (EU) 2024/1468 des Europäischen Parlaments und des Rates[5] angenommen, um den Rahmen der Union für die GAP-Unterstützung besser an die Gegebenheiten in den landwirtschaftlichen Betrieben anzupassen, die Verwaltung der GAP-Strategiepläne durch die Mitgliedstaaten zu verbessern und den mit den Kontrollen verbundenen Aufwand zu verringern. Darüber hinaus erließ die Kommission die Delegierte Verordnung (EU) 2024/1235[6] zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2022/126 der

---

3 Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2115/oj).

4 Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 187, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2116/oj).

5 Verordnung (EU) 2024/1468 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 in Bezug auf Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand, Regelungen für Klima, Umwelt und Tierwohl, Änderungen der GAP-Strategiepläne, Überprüfung der GAP-Strategiepläne und Ausnahmen von Kontrollen und Sanktionen (ABl. L, 2024/1468, 24.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1468/oj).

6 Delegierte Verordnung (EU) 2024/1235 der Kommission vom 12. März 2024 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2022/126 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Vorschriften über den Anteil für den Standard für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ-Standard) Nr. 1 (ABl. L, 2024/1235, 26.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2024/1235/oj).

Kommission[7] , durch die insbesondere eingeführt wurde, dass die Mitgliedstaaten den Referenzanteil für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand GLÖZ) Standard 1 auf der Grundlage struktureller Veränderungen in den Bewirtschaftungssystemen anpassen können und dass Ausnahmen von der Verpflichtung zur Auferlegung von Rückumwandlungsverpflichtungen für Landwirte und andere Begünstigte gewährt werden können.

[7] Delegierte Verordnung (EU) 2022/126 der Kommission vom 7. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates um zusätzliche Anforderungen für bestimmte, von den Mitgliedstaaten in ihren GAP-Strategieplänen für den Zeitraum 2023 bis 2027 gemäß der genannten Verordnung festgelegte Interventionskategorien sowie um Vorschriften über den Anteil für den Standard für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ-Standard) Nr. 1 (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 52, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2022/126/oj).

(4) Rückmeldungen und Erfahrungen aus den zwei Jahren der Umsetzung der GAP-Strategiepläne im Rahmen des derzeitigen Rechtsrahmens der Union für die GAP deuten darauf hin, dass weitere begrenzte Anpassungen dieses Rechtsrahmens erforderlich sind, um die festgestellten Hindernisse und Komplexitäten zu beseitigen. Dazu gehört auch, dass besondere Umstände, Verfahren und Bedarfe bestimmter Gruppen von Landwirten – wie etwa von ökologisch/biologisch wirtschaftenden Landwirten, Junglandwirten***, Landwirtinnen, Landwirten in Bergregionen,*** Kleinerzeugern und Tierhaltern – im Rechtsrahmen der Union für die GAP noch nicht ausreichend berücksichtigt werden, sodass die Mitgliedstaaten die verschiedenen Instrumente nicht an die besonderen Umstände, Verfahren und Bedarfe dieser Landwirte anpassen können. Darüber hinaus werden bestimmte im Rahmen der GAP vorgesehene Möglichkeiten der Vereinfachung, wie Pauschalbeträge oder vereinfachte Kostenoptionen, aufgrund ihrer komplexen Umsetzung und Verwaltung nicht genutzt. Dies kann für die Landwirte dazu führen, dass sich Anforderungen überschneiden oder nicht klar definiert sind, ihnen der Zugang zu Unterstützung erschwert wird und die Möglichkeiten der Unternehmensentwicklung, beispielsweise für Junglandwirte und neue Landwirte, begrenzt werden. Teilweise sind die Vorschriften auch zu starr, was sich darauf auswirkt, wie die Mitgliedstaaten ihre GAP-Strategiepläne verwalten und ändern und ihren Berichterstattungspflichten nachkommen. Schließlich muss auch der durch Vor-Ort-Besuche und -Kontrollen entstehende Aufwand für Landwirte und Verwaltungsstellen weiter verringert werden, insbesondere durch die Einführung effizienterer Methoden für Qualitätsbewertungen des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems und Kontrollen der Konditionalität. Die Überwindung dieser Hindernisse, Komplexitäten und der mangelnden Flexibilität würde dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten die GAP-Strategiepläne so nutzen, dass die Chancen zum Nutzen der Landwirte und anderer GAP-Begünstigter maximiert, Verwaltungsaufwand und Komplexitäten verringert und knappe Ressourcen besser genutzt werden. ***Zur Maximierung der Wirkung der Direktzahlungen, die im Rahmen des durch den Rechtsrahmen für die GAP geschaffenen Unterstützungssystems gewährt werden, insbesondere im Hinblick auf ein faires Einkommen und einen angemessenen Lebensstandard der Landwirte, sollten nationale Maßnahmen außerhalb der GAP derart gestaltet werden, dass sie keine Auswirkungen auf die Direktzahlungen haben.***

(5) Gemäß Artikel 4 Nummer 3 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2021/2115 gilt eine landwirtschaftliche Fläche, die als Grünland genutzt wird und seit mindestens fünf Jahren nicht Bestandteil der Fruchtfolge des Betriebs ist, als Dauergrünland. Einige Bewirtschaftungssysteme bringen jedoch eine Fruchtfolge auf Ackerland mit sich, bei der Gras oder andere Grünfutterpflanzen für Zeiträume von mehr als fünf Jahren nicht Bestandteil der Fruchtfolge sind, diese Flächen aber umgepflügt werden, damit sie Ackerland bleiben. Landwirte in den Mitgliedstaaten, in denen solche Bewirtschaftungssysteme angewendet werden, haben in der Folge Schwierigkeiten, die Fruchtfolge zu steuern und rentabel zu wirtschaften und dabei die Anforderungen für die Umsetzung des GLÖZ-Standards 1 zu erfüllen. Darüber hinaus können längere Fruchtfolgen mit Grünland erhebliche Vorteile hinsichtlich Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen bringen und Landwirten gleichzeitig mehr Flexibilität bei der Bewirtschaftung ihrer Flächen geben. Um solche flexiblen und nachhaltigen agronomischen Verfahren zur Grünlandbewirtschaftung zu fördern, sollte es den Mitgliedstaaten ermöglicht werden, den Zeitraum, ab dem eine Fläche als Dauergrünland eingestuft wird, von fünf auf sieben Jahre zu verlängern. Artikel 4 Nummer 3 Buchstabe c der Delegierten Verordnung (EU) 2021/2115 sollte daher entsprechend geändert werden.

(6) ***Die automatische Umwandlung von Ackerland in Dauergrünland nach einem festgelegten Zeitraum kann jedoch zu unnötigem regulierungsbedingtem Druck auf Landwirte führen, die die Einstufung ihrer Flächen als Ackerland beibehalten möchten. Um mehr Flexibilität einzuräumen, sollten die Mitgliedstaaten daher beschließen können, dass zum 1. Januar 2026 als Ackerland eingestufte Flächen auch nach Ablauf des Zeitraums von fünf bzw. sieben Jahren Ackerland bleiben. In diesem Fall sollte Landwirten die Möglichkeit eingeräumt werden, dem Beschluss des Mitgliedstaats nicht Folge zu leisten und die Regel der Umwandlung ihres Ackerlandes in Dauergrünland nach Ablauf des Zeitraums von fünf bzw. sieben Jahren weiterhin anzuwenden. Damit für Kohärenz und Rechtssicherheit gesorgt ist, sollten Mitgliedstaaten, die diese Flexibilität in Anspruch nehmen, auch sicherstellen, dass ihr Beschluss aktuelle mehrjährige Umweltverpflichtungen gemäß Artikel 70 der Verordnung (EU) 2021/2115 unberührt lässt und dass die Begünstigten die Möglichkeit haben, ihren Antrag gemäß Artikel 69 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 im Jahr nach dem Beschluss der Mitgliedstaaten entsprechend zu ändern oder zurückzuziehen.***

(7) Um das Risiko negativer Auswirkungen der neuen Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen gemäß ***Artikel*** 78a der Verordnung (EU) 2021/2115 auf den Binnenmarkt und den internationalen Handel zu minimieren, sollten die Interventionen, in deren Rahmen diese Unterstützung der Union gewährt wird, von den Mitgliedstaaten so gestaltet werden, dass sie die Kriterien des Anhangs 2 des WTO-Übereinkommens über die Landwirtschaft erfüllen.

(8) Artikel 11 der Verordnung (EU) 2021/2115 sieht einen Mechanismus für die Ausführung des Erläuternden Vermerks über Ölsaaten vor, einschließlich Bestimmungen über Erhöhungen der geplanten Outputs und Verringerungskoeffizienten, um eine Überschreitung der maximalen Stützungsfläche für die gesamte Union zu vermeiden. Diese Bestimmung muss geändert werden, um den mit der vorliegenden Verordnung eingeführten Änderungen des Artikels 119 der genannten Verordnung Rechnung zu tragen.

(9) Das System der Konditionalität, das die Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB) und die GLÖZ-Standards umfasst, soll zur Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft beitragen, indem die Begünstigten stärker dafür sensibilisiert werden, dass diese grundlegenden Standards und Anforderungen eingehalten werden müssen. Es zielt auch darauf ab, die Kohärenz der GAP mit den durch das Unionsrecht verfolgten Zielen in den Bereichen Umwelt, öffentliche Gesundheit, Pflanzengesundheit und Tierwohl zu verbessern. Die landwirtschaftliche Fläche, die von Kleinerzeugern bewirtschaftet wird, die Zahlungen im Rahmen der Interventionen gemäß Artikel 28 der Verordnung (EU) 2021/2115 erhalten, ist gering, weshalb die Anwendung des Systems der Konditionalität auf diese Kleinerzeuger, die den größten Teil der landwirtschaftlichen Betriebe in der Union führen, gemessen an den erheblichen Kosten keinen ausreichenden Nutzen bringt und erheblichen Verwaltungsaufwand für diese Landwirte und die nationalen Verwaltungen bedeutet. Um diese Kosten zu verringern und den damit verbundenen Verwaltungsaufwand zu reduzieren, ist es angezeigt, Kleinerzeuger von der Anwendung des Systems der Konditionalität auszunehmen.

(10) Die GLÖZ-Standards gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2021/2115 sind Teil des Systems der Konditionalität gemäß Artikel 12 der genannten Verordnung. Sie tragen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel sowie zum Schutz der Umwelt, einschließlich Wasser, Böden und biologischer Vielfalt von Ökosystemen, bei. Die allgemeinen Grundsätze, auf denen die ökologische/biologische Produktion gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates[8] beruht, umfassen die Erhaltung natürlicher Landschaftselemente wie Naturerbestätten und die verantwortungsvolle Nutzung von Energie und natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden, organische Substanz und Luft.

[8] Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/848/oj).

(11) Der in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführte GLÖZ-Standard 1 zielt auf die Erhaltung von Dauergrünland ab, um den Kohlenstoffbestand zu erhalten. Aus Anhang II Nummern 1.7.3 und 1.9.1.1 der Verordnung (EU) 2018/848 geht hervor, wie wichtig es ist, die Beweidung zu maximieren und so zu verhindern, dass Dauergrünland für andere Landnutzungen umgewandelt wird, und im Einklang mit dem Hauptziel des GLÖZ-Standards 1 für die Erhaltung des Kohlenstoffbestands auf Dauergrünland zu sorgen. Die in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführten GLÖZ-Standards 3, 5 und 6 zielen darauf ab, die organische Substanz im Boden zu erhalten, Erosion zu begrenzen und Böden in sensiblen Zeiten zu schützen. Diese Ziele werden bereits durch die in der ökologischen/biologischen Pflanzenproduktion angewandten Bodenbearbeitungs- und Anbauverfahren, insbesondere die in Anhang II Nummer 1.9 der Verordnung (EU) 2018/848 genannten Verfahren, erreicht. Der in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführte GLÖZ-Standard 4 zielt auf den Schutz von Gewässern vor Verunreinigung ab. Ebenso zielt Anhang II Nummern 1.5, 1.7, 1.9 und 1.10 der Verordnung (EU) 2018/848 darauf ab, das Risiko der Gewässerverschmutzung zu verringern, indem der Einsatz von Tierarzneimitteln, die Verwendung von Düngemitteln und Pestiziden sowie die Besatzdichte begrenzt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich der ökologische/biologische Landbau positiv auf die Auswaschung und Abschwemmung von Nährstoffen auswirkt, sodass ein ökologisch/biologisch wirtschaftender Landwirt die Wasserqualität wahrscheinlich weniger beeinträchtigt, wodurch das Hauptziel des GLÖZ-Standards 4 erreicht wird. Angesichts der Grundsätze und Vorschriften der Verordnung (EU) 2018/848 und der bestehenden Verfahren im Rahmen der Systeme des ökologischen/biologischen Landbaus sollte daher davon ausgegangen werden, dass ▌Landwirte, ▌die gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 zertifiziert sind, die GLÖZ-Standards 1, 3, 4, 5***, 6 sowie – wie es bereits der Fall ist – 7 in Bezug auf ihre ökologischen/biologischen Produktionseinheiten und ihre Produktionseinheiten in Umstellung im Sinne der Verordnung (EU) 2018/848*** erfüllen▌. ***Um den Verwaltungsaufwand für die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu verringern und gleichzeitig eine möglichst angemessene Umsetzung dieser Möglichkeit der Vermutung der Einhaltung bestimmter GLÖZ-Standards zu erreichen, sollten die Mitgliedstaaten beschließen können, dass diese Vermutung der Einhaltung nur dann gilt, wenn der gesamte Betrieb des*** gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 zertifizierten ***betreffenden Landwirts aus ökologischen/biologischen Produktionseinheiten oder aus***

Produktionseinheiten in Umstellung im Sinne der Verordnung (EU) 2018/848 oder aus beiden derartigen Produktionseinheiten besteht.

(12) Um die Kohärenz der Anforderungen an die Landwirte zu verbessern und die Festlegung der GLÖZ-Standards durch die Mitgliedstaaten zu vereinfachen, sollte in Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2115 klargestellt werden, dass die Mitgliedstaaten die GLÖZ-Standards in ihren GAP-Strategieplänen im Einklang mit verbindlichen nationalen Anforderungen einheitlich festlegen können, sofern diese nationalen Anforderungen den in Anhang III der genannten Verordnung aufgeführten GLÖZ-Standards entsprechen. Insbesondere sollte klargestellt werden, dass die in den GAP-Strategieplänen festgelegten GLÖZ-Standards nicht über bestehende verbindliche nationale Anforderungen hinausgehen müssen, sofern diese nationalen Anforderungen den in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführten GLÖZ-Standards und insbesondere den Hauptzielen dieser GLÖZ-Standards entsprechen.

(13) Artikel 13 Absatz 2a der Verordnung (EU) 2021/2115 sollte geändert werden, damit die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der GLÖZ-Standards auch im Falle von Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall, die Landwirte daran hindern, diese Anforderungen in einem bestimmten Jahr zu erfüllen, vorübergehende Ausnahmen von den Anforderungen an Mindeststandards vorsehen können.

(14) ***Der GLÖZ-Standard 9 verbietet die Umwandlung oder das Umpflügen von Dauergrünland, das als umweltsensibles Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten ausgewiesen ist. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass es außergewöhnliche Situationen geben könnte, in denen solch umweltgefährdetes Dauergrünland z. B. durch invasive Arten geschädigt wird und geeignete Maßnahmen zur Bewältigung solcher Situationen, einschließlich Ausnahmen vom Verbot des Umpflügens der betreffenden Flächen, zur Wiederherstellung dieses Dauergrünlands erforderlich sein könnten, um sicherzustellen, dass die Anforderungen des GLÖZ-Standards 9 zur Erhaltung von Lebensräumen und Arten beitragen. Im Einklang mit dem Ziel der Vereinfachung könnten die Mitgliedstaaten insbesondere auf der Grundlage einer Risikoanalyse ihre bestehenden Kontrollsysteme in Natura-2000-Gebieten nutzen. Darüber hinaus könnten die Mitgliedstaaten auf verbindliche Anforderungen zurückgreifen, die in den Natura-2000-Bewirtschaftungsplänen festgelegt werden, sofern diese Anforderungen im Einklang mit dem in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführten GLÖZ-Standard 9 stehen.***

(15) Gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) 2021/2115 kann ein Mitgliedstaat beschließen, dass bis zu 3 % der einem Landwirt zu gewährenden Direktzahlungen als Beitrag des Landwirts einem Risikomanagementinstrument zugeteilt werden. Ein Mitgliedstaat, der beschließt, diese Option anzuwenden, muss sie auf alle Begünstigten anwenden, die in einem bestimmten Jahr Direktzahlungen beziehen. Erfahrungsgemäß machen nur sehr wenige Mitgliedstaaten von dieser Option Gebrauch. Wie Gespräche mit den Mitgliedstaaten gezeigt haben, ist das Fehlen von Risikomanagementinstrumenten, ob sie von den Mitgliedstaaten eingerichtet wurden oder allen Landwirten, die Direktzahlungen erhalten, in Form von privaten Versicherungen zur Verfügung stehen, ein Hindernis für die Umsetzung dieses Artikels. Damit diese Option eher angenommen und mehr genutzt wird, muss Artikel 19 geändert werden, damit ihre Umsetzung flexibler gestaltet und an die bestehenden Risikomanagementinstrumente in den Mitgliedstaaten angepasst werden. Durch diese Änderung sollten die Mitgliedstaaten***, die beschließen, von der Option Gebrauch zu machen,*** bis zu 3 % der ***einem Landwirt auszuzahlenden*** Direktzahlungen ***als Beitrag der Landwirte zu Risikomanagementinstrumenten einzubehalten, entscheiden können, ob sie für alle Landwirte, die in einem betreffenden Jahr Direktzahlungen erhalten, gilt oder für jene Landwirte, für die in dem betreffenden Jahr ein Risikomanagementinstrument besteht, unter der Bedingung, dass der jeweilige Beschluss das bestehende Risikomanagementinstrument betrifft***.

(16) Durch die vereinfachte Zahlungsregelung, die die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 28 der Verordnung (EU) 2021/2115 für Kleinerzeuger eingerichtet haben, wird das Antragsverfahren für Einkommensstützung sowohl für Kleinerzeuger als auch für die Verwaltungen einfacher. Damit die Regelung attraktiver wird und mehr Kleinerzeuger zur Inanspruchnahme dieser Regelung bewegt werden, sollte der Höchstbetrag, der im Rahmen dieser Regelung gewährt werden kann, erhöht werden. Um die Teilnahme von Kleinerzeugern, die Zahlungen gemäß dem genannten Artikel erhalten, an den Öko-Regelungen gemäß Artikel 31 der genannten Verordnung zu fördern, sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, Zahlungen, die diese Landwirte im Rahmen der Öko-Regelungen erhalten, von dem Höchstbetrag der Zahlung gemäß Artikel 28 der genannten Verordnung auszunehmen.

(17) Beschließt ein Mitgliedstaat gemäß Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115, dass die Zahlung an Kleinerzeuger gemäß Artikel 28 Absatz 1 der genannten Verordnung die Unterstützung für Öko-Regelungen gemäß Artikel 31 der genannten Verordnung nicht ersetzen soll, sollten die Öko-Regelungen weiterhin allen Anforderungen gemäß Artikel 31 Absatz 5 der genannten Verordnung genügen. Dieser Grundsatz sollte auch bei Interventionen gemäß Artikel 70 der genannten Verordnung für Landwirte gelten, die Zahlungen gemäß Artikel 28 der genannten Verordnung erhalten. Um die Einhaltung des allgemeinen Grundsatzes zu gewährleisten, dass Zahlungen nur für Verpflichtungen gewährt werden, die über die Konditionalitätsanforderungen hinausgehen, und um die ehrgeizigen Ziele der Interventionen, die Teil der Umwelt- und Klimaarchitektur der GAP sind, zu wahren, sollten Landwirte, die Zahlungen gemäß Artikel 28 der genannten Verordnung erhalten, nur dann Zahlungen im Rahmen von Öko-Regelungen gemäß Artikel 31 der genannten Verordnung oder Zahlungen im Rahmen von Interventionen gemäß Artikel 70 der genannten Verordnung erhalten, wenn sie die Bedingungen gemäß Artikel 31 Absatz 5 Unterabsatz 1 Buchstabe a der genannten Verordnung bzw. die Bedingungen gemäß Artikel 70 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe a der genannten Verordnung erfüllen.

(18) Um sicherzustellen, dass die Auswirkungen auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage der betreffenden Landwirte begrenzt werden, wenn die Mitgliedstaaten höhere Ziele in den Bereichen Umwelt, Klima, Tierwohl und antimikrobielle Resistenz verfolgen, indem sie nationale Rechtsvorschriften beibehalten oder erlassen, die über die entsprechenden im Unionsrecht festgelegten Mindestanforderungen hinausgehen, muss Artikel 31 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/2115 geändert werden. Diese Änderung sollte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, Unterstützung für Verpflichtungen zu gewähren, die zur Einhaltung der in den nationalen Rechtsvorschriften festgelegten und über die Anforderungen im Unionsrecht hinausgehenden verpflichtenden Anforderungen beitragen, unabhängig davon, ob diese neu eingeführt wurden oder bereits bestehen. Darüber hinaus würde die Aufhebung der Begrenzung des Zeitraums, für den eine Unterstützung für Verpflichtungen im Rahmen von Öko-Regelungen gewährt werden kann, die Verwaltung der Öko-Regelungen für die Mitgliedstaaten vereinfachen. Es würde hierdurch in diesem Programmplanungszeitraum weniger Änderungen von Öko-Regelungen in den GAP-Strategieplänen erforderlich werden, die auf Änderungen der betreffenden nationalen Rechtsvorschriften oder den Ablauf der Frist von 24 Monaten zurückzuführen sind, für die Unterstützung für Verpflichtungen gewährt werden kann, die zur Einhaltung dieser nationalen Rechtsvorschriften beitragen.

(19) Der in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführte GLÖZ-Standard 2 zielt auf den Schutz kohlenstoffreicher Böden ab. Der in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführte GLÖZ-Standard 9 zielt darauf ab, Lebensräume und Arten durch ein Verbot der Umwandlung oder des Umpflügens von Dauergrünland, das in Natura-2000-Gebieten als umweltsensibles Dauergrünland ausgewiesen ist, zu schützen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die in den GAP-Strategieplänen im Rahmen des GLÖZ-Standards 2 und 9 festgelegten Anforderungen für die Landwirte und die Mitgliedstaaten herausfordernd sind, insbesondere was die wirtschaftliche Tragfähigkeit der betreffenden Betriebe betrifft, auch wenn sie den Schutz kohlenstoffreicher Böden und ökologisch sensibler Dauergrünlandflächen in Natura-2000-Gebieten gewährleisten. Die Einhaltung bestimmter Anforderungen des GLÖZ-Standards 2 und 9, z. B. derjenigen, die Produktionsbeschränkungen oder das Verbot der Umwandlung oder des Umpflügens von umweltsensiblem Dauergrünlands in Natura-2000-Gebieten beinhalten, kann für die Landwirte kostspielig sein oder ihre Fähigkeit erheblich einschränken, die Nutzung ihrer Flächen zu ändern oder anzupassen. Darüber hinaus wirken sich die GLÖZ-Standards 2 und 9 in einigen Mitgliedstaaten stärker auf die Landwirte aus als in anderen, da der Anteil an Feuchtgebieten und Torfflächen oder umweltsensiblem Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten in den einzelnen Hoheitsgebieten unterschiedlich groß ist. Unter Beibehaltung der bestehenden Anforderungen der GLÖZ-Standards 2 und 9, die gegebenenfalls im Einklang mit verbindlichen nationalen Anforderungen, wie sie mit dieser Verordnung eingeführt werden, festgelegt werden, sollte es möglich sein, Landwirte für die Einhaltung der sich aus diesen Standards ergebenden Verpflichtungen zu entschädigen. Die Mitgliedstaaten sollten daher die Möglichkeit haben, die GLÖZ-Standards 2 und 9 von der Anforderung gemäß Artikel 31 Absatz 5 Buchstabe a der genannten Verordnung auszunehmen. Dadurch sollten die Mitgliedstaaten in ihren GAP-Strategieplänen eine Unterstützung im Rahmen der Öko-Regelungen gemäß Artikel 31 der genannten Verordnung vorsehen können, damit aktive Landwirte, die von den GLÖZ-Standards 2 und 9 betroffen sind, die Anforderungen dieser Standards erfüllen und gleichzeitig ein hoher Schutz von Feuchtgebieten und Torfflächen, insbesondere des Potenzials dieser Gebiete und Flächen zur Kohlenstoffbindung bzw. ein hoher Schutz von umweltsensiblem Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten, gewährleistet wird.

(20) Um die Förderung ökologischer/biologischer Tierhaltungsmethoden als Teil der Öko-Regelungen gemäß Artikel 31 der Verordnung (EU) 2021/2115 zu ermöglichen, sollten die Mitgliedstaaten beschließen können, dass die Unterstützung für Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf ökologische/biologische Haltungsverfahren und -methoden oder der Beibehaltung solcher Verfahren und Methoden im Einklang mit der Verordnung (EU) 2018/848 in Form einer jährlichen Zahlung für Großvieheinheiten erfolgt. Es sollte auch klargestellt werden, dass eine Unterstützung für Verpflichtungen zur Verbesserung der Haltungsmethoden in der Bienenzucht in Form einer jährlichen Zahlung für Bienenstöcke gewährt werden kann, da sich so die Zahlungen für diese Verpflichtungen einfacher berechnen lassen. Um für eine einheitliche Verwendung der in den GAP-Strategieplänen verwendeten Begriffsbestimmungen zu sorgen, sollte für die Zwecke der Gewährung von Unterstützung im Rahmen von Öko-Regelungen gemäß Artikel 31 der Verordnung (EU) 2021/2115 “Bienenstock“ die Bedeutung der Begriffsbestimmung gemäß dem in Artikel 56 Buchstabe b der genannten Verordnung genannten delegierten Rechtsakts haben.

▌

(21) Artikel 48 der Verordnung (EU) 2021/2115 sollte geändert werden, um den Verweis auf den jährlichen Leistungsabschluss zu streichen, da dieses Verfahren mit der vorliegenden Verordnung aus der Verordnung (EU) 2021/2116 gestrichen wird.

(22) Erzeugerorganisationen und Vereinigungen von Erzeugerorganisationen im Obst- und Gemüsesektor spielen eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Position der Landwirte in der Lieferkette. Die Unterstützung dieser Organisationen im Rahmen der GAP ist von entscheidender Bedeutung, um konkrete Probleme und sektorspezifische Ziele anzugehen oder förderliche Verfahren zu entlohnen. Daher sollte für Erzeugerorganisationen und Vereinigungen von Erzeugerorganisationen, die in ihren operationellen Programmen eine oder mehrere sektorale Interventionen im Zusammenhang mit einem der Ziele gemäß Artikel 46 Buchstabe d, e, f, h, i oder j der Verordnung (EU) 2021/2115 durchführen, die erhöhte Obergrenze für die finanzielle Hilfe der Union gemäß Artikel 52 Absatz 2 der genannten Verordnung gelten, sofern der über die Obergrenzen gemäß Artikel 52 Absatz 2 Unterabsatz 1 der genannten Verordnung hinausgehende Betrag ausschließlich zur Finanzierung dieser sektoralen Interventionen verwendet wird.

(23) Artikel 69 der Verordnung (EU) 2021/2115 sollte geändert werden, um den Titel der Interventionskategorie zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß Buchstabe e des genannten Artikels an die Änderungen des Artikels 75 der genannten Verordnung anzupassen und den Titel der neuen Interventionskategorie gemäß Artikel 78a der genannten Verordnung aufzunehmen.

(24) Um sicherzustellen, dass die Auswirkungen auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage der betreffenden Landwirte begrenzt werden, wenn Mitgliedstaaten höhere Ziele in den Bereichen Umwelt, Klima, Tierwohl und antimikrobielle Resistenz verfolgen, indem sie nationale Rechtsvorschriften beibehalten oder erlassen, die über die entsprechenden im Unionsrecht festgelegten Mindestanforderungen hinausgehen, muss Artikel 70 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/2115 geändert werden. Diese Änderung sollte Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, Unterstützung für Verpflichtungen zu gewähren, die zur Einhaltung der in den nationalen Rechtsvorschriften festgelegten und über die Anforderungen im Unionsrecht hinausgehenden verpflichtenden Anforderungen beitragen, unabhängig davon, ob diese neu eingeführt werden oder bereits bestehen. Darüber hinaus würde die Aufhebung der Begrenzung des Zeitraums, für den eine Unterstützung für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen gewährt werden kann, die Verwaltung dieser Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten vereinfachen. Es würden hierdurch in diesem Programmplanungszeitraum weniger Änderungen dieser Verpflichtungen in den GAP-Strategieplänen erforderlich werden, die auf Änderungen der betreffenden nationalen Rechtsvorschriften oder den Ablauf der Frist von 24 Monaten zurückzuführen sind, für die Unterstützung für Verpflichtungen gewährt werden kann, die zur Einhaltung dieser nationalen Rechtsvorschriften beitragen.

(25) Die Erfahrung hat gezeigt, dass die in den GAP-Strategieplänen im Rahmen der GLÖZ-Standards 2 und 9 festgelegten Anforderungen für die Landwirte und die Mitgliedstaaten äußerst herausfordernd sind, insbesondere was die wirtschaftliche Tragfähigkeit der betreffenden Betriebe bei gleichzeitiger Gewährleistung des Schutzes kohlenstoffreicher Böden bzw. umweltsensiblen Dauergrünlands in Natura-2000-Gebieten betrifft. Die Einhaltung bestimmter Anforderungen der GLÖZ-Standards 2 und 9, z. B. derjenigen, die Produktionsbeschränkungen oder das Verbot der Umwandlung oder des Umpflügens von umweltsensiblem Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten beinhalten, könnte für die Landwirte kostspielig sein oder ihre Fähigkeit erheblich einschränken, die Nutzung ihrer Flächen zu ändern oder anzupassen. Darüber hinaus wirken sich die GLÖZ-Standards 2 und 9 in einigen Mitgliedstaaten stärker auf die Landwirte aus als in anderen, da der Anteil an Feuchtgebieten und Torfflächen oder umweltsensiblem Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten in den einzelnen Hoheitsgebieten unterschiedlich groß ist. Unter Beibehaltung der bestehenden Anforderungen der GLÖZ-Standards 2 und 9, die gegebenenfalls im Einklang mit verbindlichen nationalen Anforderungen, wie sie mit dieser Verordnung eingeführt werden, festgelegt werden, sollte es möglich sein, Landwirte für die Einhaltung der sich aus diesen Standards ergebenden Verpflichtungen zu entschädigen. Die Mitgliedstaaten sollten daher die Möglichkeit haben, bei Interventionen auf der Grundlage des Artikels 70 der Verordnung (EU) 2021/2115 die GLÖZ-Standards 2 und 9 von der Anforderung gemäß Artikel 70 Absatz 3 Buchstabe a der genannten Verordnung auszunehmen. Dadurch sollten die Mitgliedstaaten in ihren GAP-Strategieplänen eine Unterstützung im Rahmen der Interventionen gemäß Artikel 70 der genannten Verordnung vorsehen können, damit Landwirte und andere Begünstigte, die von den GLÖZ-Standards 2 und 9 betroffen sind, die Anforderungen dieser Standards erfüllen, und gleichzeitig ein hoher Schutz von Feuchtgebieten und Torfflächen, insbesondere des Potenzials dieser Gebiete und Flächen zur Kohlenstoffbindung bzw. ein hoher Schutz von umweltsensiblem Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten, gewährleistet wird.

(26) Gemäß Artikel 70 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2021/2115 setzen die Mitgliedstaaten Zahlungen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen oder für Verpflichtungen zur Umstellung auf landwirtschaftliche Bewirtschaftungsverfahren und -methoden des ökologischen/biologischen Landbau oder dessen Beibehaltung nur als Zahlungen pro Hektar fest. Um die Kohärenz mit der Unterstützung im Rahmen der Öko-Regelungen gemäß Artikel 31 der genannten Verordnung zu gewährleisten, sollte es den Mitgliedstaaten möglich sein, in hinreichend begründeten Fällen eine Unterstützung für solche Verpflichtungen in Form einer Zahlung pro Großvieheinheit zu gewähren. Zur Förderung von Tätigkeiten im Bereich der Bienenzucht, die sich positiv auf die Umwelt auswirken, sollte es möglich sein, eine Unterstützung für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen oder Verpflichtungen zur Umstellung auf ökologischen/biologischen Landbau oder dessen Beibehaltung in Form einer Zahlung pro Bienenstock zu gewähren. Um für eine einheitliche Verwendung von „Bienenstock“ in den GAP-Strategieplänen zu sorgen, sollte für die Zwecke der Gewährung von Unterstützung für diese Verpflichtungen die Begriffsbestimmung gelten, die in dem gemäß Artikel 56 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2021/2115 erlassenen delegierten Rechtsakt festgelegt ist.

(27) Artikel 72 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/2115 enthält Vorschriften für die Berechnung von Zahlungen für gebietsspezifischen Benachteiligungen als Ausgleich der zusätzlichen Kosten und Einkommensverluste, die sich aus der Einhaltung bestimmter verbindlicher Anforderungen ergeben, die über die einschlägigen GLÖZ-Standards hinausgehen. Demnach werden keine Zahlungen für gebietsspezifische Benachteiligungen gewährt, die sich aus den einschlägigen GLÖZ-Standards ergeben. Die Einhaltung bestimmter im GLÖZ-Standard 2 festgelegter Anforderungen kann jedoch für die Landwirte kostspielig sein, da sie Produktionsbeschränkungen aufgrund erheblicher Einschränkungen der Landnutzung mit sich bringen. Um Kosten für die Einhaltung des GLÖZ-Standards 2 in die Berechnung der Zahlungen für gebietsspezifische Benachteiligungen, die sich aus der Einhaltung bestimmter verpflichtender Anforderungen ergeben, einzubeziehen, sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, in diese Berechnungen Benachteiligungen einfließen zu lassen, die sich aus den Anforderungen des genannten GLÖZ-Standards ergeben.

(28) Um Landwirten mehr Zeit und Flexibilität einzuräumen, damit sie sich in einem immer schwierigeren Kontext geopolitischer Spannungen, struktureller Herausforderungen und wirtschaftlicher Schwierigkeiten, unter anderem im Zusammenhang mit hohen Energie- und Betriebsmittelpreisen, an neue Anforderungen des Unionsrechts anpassen können, sollte Artikel 73 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/2115 dahin gehend geändert werden. Diese Änderung sollte den Zeitraum, in dem Unterstützung für Investitionen gewährt werden kann, die zur Erfüllung dieser neuen Anforderungen beitragen, von 24 auf 36 Monate ab dem Zeitpunkt, zu dem diese neuen Anforderungen für den Betrieb verbindlich werden, verlängern.

(29) Der Landwirtschaftssektor der Union ist mit demografischen Schwierigkeiten und einer Überalterung der Erwerbsbevölkerung konfrontiert. Für eine nachhaltige Zukunft der Landwirtschaft ist es von entscheidender Bedeutung, Junglandwirte zu gewinnen, allerdings ist es für Junglandwirte eine große finanzielle Herausforderung, neue Wirtschaftstätigkeiten im Agrarsektor aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Um die erstmalige Niederlassung von Junglandwirten weiter zu erleichtern, sollte der Zeitraum, in dem sie eine Förderung für ihre Investitionen zur Erfüllung neuer Unionsnormen erhalten können, verlängert werden.

(30) Um die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Lebensmittelsystems der Union zu stärken, sind erhebliche Investitionen und Unternehmensentwicklungen erforderlich. Die Entwicklung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe, die vor besonderen Herausforderungen stehen und potenziell wirtschaftlich tragfähig sind, sollte besonders gefördert werden. Gleichzeitig muss die Durchführung der Unterstützung für kleine landwirtschaftliche Betriebe vereinfacht werden, um den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten. Hierzu sollte Artikel 75 der Verordnung (EU) 2021/2115 dahin gehend geändert werden, dass die Unternehmensentwicklung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe in die Interventionen aufgenommen wird, die die Mitgliedstaaten unterstützen können, und es sollte eine pauschale Unterstützung in Höhe von ***75 000*** EUR für diese Intervention vorgesehen werden. Aus Gründen der Kohärenz sollten die Mitgliedsaaten für Investitionen gemäß Artikel 73 Absatz 4 Buchstabe b der genannten Verordnung und für die Unternehmensentwicklung gemäß Artikel 75 der genannten Verordnung dieselbe Begriffsbestimmung für kleine landwirtschaftliche Betriebe verwenden.

(31) Risikomanagementmaßnahmen sind sehr hilfreich, um landwirtschaftliche Betriebe widerstandsfähiger zu machen, und sollten daher gefördert werden. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass die derzeitigen Vorschriften zu starr sind, um das Potenzial dieser Interventionskategorie voll auszuschöpfen. Insbesondere scheint die derzeitige Formel für die Berechnung der Verluste nicht an die besondere Situation bestimmter Begünstigter, z. B. Junglandwirte, Flächen mit Dauerkulturen oder andere begründete Fälle angepasst zu sein, in denen die Berechnungsformel für Verluste nicht angemessen ist. Um den Einsatz und die Nutzung von Risikomanagementinstrumenten gemäß Artikel 76 der Verordnung (EU) 2021/2115 zu erhöhen, sollten die Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Berechnung der Verluste für die betreffenden Begünstigten oder Kulturen haben, damit sie deren spezifischen Situationen Rechnung tragen können.

(32) Um Landwirte, deren Erzeugung durch Naturkatastrophen, widrige Witterungsverhältnisse oder andere Katastrophenereignisse ***wie etwa Ausbrüchen von Tierseuchen oder die Verbreitung von Quarantäneschädlingen*** geschädigt wurde, wirksam zu unterstützen, sollten die Mitgliedstaaten Krisenzahlungen ▌im Rahmen von Interventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums gewähren können. Diese Formen der Unterstützung sollten den Mitgliedstaaten ausreichend Flexibilität bei der Planung der Interventionen bieten. ***Bei der Berechnung des zu entschädigenden Produktionsverlusts*** sollten die Mitgliedstaaten ***Indizes verwenden und die jüngsten Preisentwicklungen berücksichtigen können, damit die Berechnung den tatsächlichen Marktwert wiedergibt.*** Im Hinblick auf eine wirtschaftliche Verwendung der Unionsmittel sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Entschädigung, die der Landwirt auch in Verbindung mit anderen Formen der von der Union oder den Mitgliedstaaten finanzierten Unterstützung, einschließlich zusätzlicher nationaler Finanzierung und Unterstützung von privaten Versicherungen oder anderen Risikomanagementregelungen insgesamt erhält, nicht zu einer Überkompensation oder Doppelfinanzierung führt.

(33) Artikel 79 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2115 enthält die Vorschriften, nach denen die Verwaltungsbehörden die Auswahlkriterien für Interventionen im Rahmen bestimmter Interventionskategorien festlegen. Die Liste der Interventionskategorien, für die die Mitgliedstaaten die Auswahlkriterien anwenden müssen, sollte geändert werden, um den Änderungen der Interventionskategorien gemäß Artikel 75 der genannten Verordnung Rechnung zu tragen.

(34) Artikel 80 der Verordnung (EU) 2021/2015 enthält die Vorschriften und Grundsätze für den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten im Rahmen der GAP. Artikel 80 Absatz 2 der genannten Verordnung gewährleistet die Kohärenz mit der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates[9] im Hinblick auf Finanzierungsinstrumente. Um die Synergien bei der Umsetzung und Kontrolle zwischen den GAP-Finanzierungsinstrumenten und den anderen unter die Verordnung (EU) 2021/1060 fallenden Finanzierungsinstrumenten weiter zu stärken, sollte Artikel 80 der Verordnung (EU) 2021/2115 geändert werden, damit die Verordnung (EU) 2021/2115 und die Verordnung (EU) 2021/1060 dieselben Anforderungen an den Prüfpfad für Finanzierungsinstrumente enthalten.

(35) In Artikel 80 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/2115 ist die Obergrenze für das Bruttosubventionsäquivalent für den Fall festgelegt, dass mit Finanzierungsinstrumenten Tätigkeiten unterstützt werden, die in den Geltungsbereich von Artikel 42 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) fallen. Zur Angleichung an die neu eingeführten Änderungen der allgemeinen Regelung für staatliche Beihilfen gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/2831[10] der Kommission muss diese Obergrenze entsprechend angehoben werden. Darüber hinaus sollte der Referenzzeitraum von „Steuerjahren“ in „Jahre“ geändert werden, um die Bestimmung an Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/2831 anzupassen. Für die Unterstützung von Betriebskapital für Tätigkeiten, die nicht in den Geltungsbereich von Artikel 42 AEUV fallen, sollten weiterhin die allgemeinen Vorschriften für staatliche Beihilfen gelten.

---

[9] Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/oj).

[10] Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L, 2023/2831, 15.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2831/oj).

(36) In Artikel 80 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/2115 ist die Förderfähigkeit von Ausgaben festgelegt, wenn die Unterstützung über Finanzierungsinstrumente gewährt wird. Damit bei allen unter die Verordnung (EU) 2021/1060 fallenden Finanzierungsinstrumenten Klarheit und Gleichbehandlung gewährleistet sind, sollten in Artikel 80 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/2115 die Förderfähigkeitsvorschriften in Bezug auf die Mehrwertsteuer (MwSt) festgelegt werden.

(37) Artikel 81 der Verordnung (EU) 2021/2115 enthält die Vorschriften und Bedingungen für Übertragungen von ELER-Mittelzuweisungen auf das mit der Verordnung (EU) 2021/523 des Europäischen Parlaments und des Rates[11] eingerichtete Programm „InvestEU“ durch die Mitgliedstaaten. Um sicherzustellen, dass die neu eingeführten Möglichkeiten gemäß Artikel 10a Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/523 möglichst umfassend genutzt werden, sollte Artikel 81 der Verordnung (EU) 2021/2115 geändert werden.

(38) Artikel 83 der Verordnung (EU) 2021/2115 enthält die Vorschriften für die Berechnung und Anwendung vereinfachter Kostenoptionen. Um die Durchführung von Investitionen und anderen Interventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums zu vereinfachen und zu fördern und die Nutzung vereinfachter Kostenoptionen zu verstärken, sollte es möglich sein, die in der Verordnung (EU) 2021/1060 festgelegten Berechnungsmethoden anzuwenden, ohne dass weitere Begründungen vorgelegt werden müssen.

[11] Verordnung (EU) 2021/523 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 zur Einrichtung des Programms „InvestEU“ und zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/1017 (ABl. L 107 vom 26.3.2021, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/523/oj).

(39) Artikel 86 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EU) 2021/2115 enthält Vorschriften über die Förderfähigkeit aus dem EGFL bzw. dem ELER von Ausgaben, die sich aus Änderungen der GAP-Strategiepläne ergeben. Um die Vorschriften über die Förderfähigkeit von Ausgaben zu vereinfachen, die Synergien zwischen dem EGFL und dem ELER zu stärken und den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Festlegung des Zeitpunkts einzuräumen, ab dem die Änderungen der GAP-Strategiepläne bezüglich des EGFL wirksam werden, ist es angezeigt, die Förderfähigkeit aus dem EGFL von Ausgaben, die sich aus einer genehmigten strategischen Änderung eines GAP-Strategieplans ergeben, ab dem von dem betreffenden Mitgliedstaat gemäß Artikel 119 Absatz 8 der genannten Verordnung festgelegten Zeitpunkt zuzulassen, ab dem die Änderung wirksam wird, frühestens jedoch ab dem Zeitpunkt der Übermittlung des Änderungsantrags an die Kommission. Bei anderen Änderungen der GAP-Strategiepläne bezüglich des EGFL sollten die Ausgaben ab dem Zeitpunkt der Übermittlung der Änderung an die Kommission gemäß Artikel 119 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2021/2115 in der durch die vorliegende Verordnung geänderten Fassung für eine Beteiligung des EGFL in Betracht kommen. ▌

(40) Um eine angemessene Finanzierung der neuen Interventionskategorie für Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten einen bestimmten Anteil ▌der ELER-Mittel für diese Interventionskategorie reservieren können. Damit jedoch ausreichende Finanzmittel zur Deckung der anderen GAP-Prioritäten verfügbar bleiben, sollte dieser Anteil auf einen jährlichen Höchstbetrag je Mitgliedstaat begrenzt werden, der 3 % des Gesamtbetrags der Direktzahlungen und der ELER-Mittel pro Jahr entspricht. ▌

(41) Aufgrund ihres besonderen Charakters sollten die neuen Interventionskategorien für Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen von der Anforderung ausgenommen werden, dass sie zu den in Anhang I der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführten Ergebnisindikatoren beitragen müssen.

▌

(42) Es ist angebracht, den Mitgliedstaaten mit Regionen in äußerster Randlage zu gestatten, einen Teil der vorgemerkten Finanzausstattung für die Entwicklung des ländlichen Raums, der für Regionen in äußerster Randlage vorgesehen ist, zur Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen der Programme zur Lösung der spezifisch auf Abgelegenheit und Insellage zurückzuführenden Probleme (im Folgenden „POSEI-Programme“) zu übertragen. Diese Flexibilität sollte die in der Verordnung (EU) 228/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[12] für POSEI-Programme festgelegten maximalen Mittelzuweisungen für den auf diese Programme übertragenen Betrag aus dem Finanzrahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums erhöhen.

[12] Verordnung (EU) Nr. 228/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates (ABl. L 78 vom 20.3.2013, S. 23, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/228/oj).

(43) Gemäß Artikel 119 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/2115 müssen von den Mitgliedstaaten beantragte Änderungen der GAP-Strategiepläne von der Kommission genehmigt werden. Gemäß Artikel 119 Absatz 9 der genannten Verordnung können die Mitgliedstaaten Änderungen an den Elementen ihrer GAP-Strategiepläne, die Interventionen im Rahmen von Titel III Kapitel IV der genannten Verordnung betreffen, vornehmen und zur Anwendung bringen. Diese Änderungen werden in den nächsten Antrag auf Änderung der GAP-Strategiepläne aufgenommen, der von der Kommission zu genehmigen ist. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Änderungen, selbst wenn sie die strategische Ausrichtung der GAP-Strategiepläne nicht verändern, häufig zahlreiche technische Elemente enthalten, wodurch sie für die Mitgliedstaaten komplex und aufwendig werden und es zu Verzögerungen bei den Genehmigungsverfahren kommt . Dies behindert die rechtzeitige und wirksame Anpassung der GAP-Strategiepläne an die sich verändernden wirtschaftlichen Gegebenheiten und Bedarfen von Landwirten und anderen Begünstigten in den Mitgliedstaaten und wirkt sich negativ auf die Umsetzung dieser GAP-Strategiepläne aus. Um die Änderungsverfahren zu vereinfachen und effizienter zu gestalten, insbesondere in Bezug auf Elemente der GAP-Strategiepläne, die nicht strategischer Natur sind, sollte die Genehmigung durch die Kommission nur für strategische Änderungen der GAP-Strategiepläne erforderlich sein. Zu diesem Zweck sollten strategische Änderungen in der Verordnung (EU) 2021/2115 als Änderungen wichtiger Elemente der GAP-Strategiepläne definiert werden, die sich erheblich auf die Strategie und die Interventionslogik dieser Pläne auswirken, einschließlich Übertragungen von Mittelzuweisungen zwischen dem ELER und dem EGFL, Höchst- und Mindestmittelzuweisungen sowie Änderungen von Zielwerten und Finanzplänen. Die Mitgliedstaaten sollten alle anderen Änderungen an ihren GAP-Strategieplänen vornehmen und zur Anwendung bringen können, sobald sie der Kommission mitgeteilt wurden. Diese Änderungen sollten nicht der Genehmigung durch die Kommission unterliegen.

(44) Um die Vereinbarkeit der GAP-Strategiepläne mit dem GAP-Rechtsrahmen sicherzustellen, sollte die Kommission befugt sein, Einwände gegen mitgeteilte Änderungen zu erheben, wenn sie der Auffassung ist, dass diese Änderungen nicht mit der Verordnung (EU) 2021/2115 oder der Verordnung (EU) 2021/2116 oder den auf ihrer Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten vereinbar sind. Zum Zweck der Rechtssicherheit für Landwirte und andere Begünstigte sollten die Mitgliedstaaten nach Eingang eines Einwands der Kommission gegen eine mitgeteilte Änderung diese Änderung nicht anwenden und sie aus dem der Kommission übermittelten geänderten GAP-Strategieplan streichen. Ausgaben im Zusammenhang mit solchen Änderungen sollten auch nicht für eine Beteiligung aus dem EGFL oder dem ELER in Betracht kommen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Mitgliedstaaten mitunter zahlreiche komplexe Änderungen ihrer GAP-Strategiepläne mitteilen. Der Kommission sollte daher ein angemessener Zeitraum zugestanden werden, um die mitgeteilten Änderungen zu prüfen und erforderlichenfalls Einwände gegen sie zu erheben. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, Änderungen, gegen die die Kommission Einwände erhoben hat, im Rahmen eines Antrags auf strategische Änderung gemäß Artikel 119 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 in der durch die vorliegende Verordnung geänderten Fassung zu übermitteln. Dies sollte sicherstellen, dass diese Änderungen nur dann rechtswirksam werden, wenn sie mit der Verordnung (EU) 2021/2115 und der Verordnung (EU) 2021/2116 sowie mit den auf deren Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten im Einklang stehen.

(45) Gemäß Artikel 119 Absatz 8 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) 2021/2115 legen die Mitgliedstaaten für Änderungen von GAP-Strategieplänen bezüglich des EGFL einen Zeitpunkt des Wirksamwerdens fest Dieser Zeitpunkt sollte nach dem Datum der Genehmigung des Änderungsantrags durch die Kommission liegen. Um den Mitgliedstaaten bei der Festlegung der Zeitpunkte für das Wirksamwerden strategischer Änderungen von GAP-Strategieplänen bezüglich des EGFL mehr Flexibilität einzuräumen und die Synergien zwischen den Vorschriften für strategische Änderungen der GAP-Strategiepläne bezüglich des EGFL und den Änderungen von GAP-Strategieplänen bezüglich des ELER zu erhöhen, sollte es den Mitgliedstaaten möglich sein, den Zeitpunkt, ab dem strategische Änderungen von GAP-Strategieplänen wirksam werden, zwischen dem Datum der Übermittlung des Antrags einer strategischen Änderung gemäß Artikel 119 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 in der durch die vorliegende Verordnung geänderten Fassung an die Kommission und dem Datum der Genehmigung dieses Antrags durch die Kommission festzulegen.

(46) Mit Artikel 120 der Verordnung (EU) 2021/2115 wird sichergestellt, dass die GAP-Strategiepläne aktualisiert werden, um Änderungen der in Anhang XIII der genannten Verordnung aufgeführten Gesetzgebungsakte in den Bereichen Umwelt und Klima, zu denen die GAP-Strategiepläne beitragen und mit denen sie im Einklang stehen sollten, Rechnung zu tragen. Zu diesem Zweck müssen die Mitgliedstaaten bewerten, ob ihre GAP-Strategiepläne geändert werden sollten, und erforderlichenfalls einen Änderungsantrag stellen, wenn einer der Gesetzgebungsakte geändert wird. Um unnötige Verwaltungsverfahren in der späten Umsetzungsphase der GAP-Strategiepläne zu vermeiden, sollte Artikel 120 der Verordnung (EU) 2021/2115 gestrichen werden.

(47) Artikel 122 der Verordnung (EU) 2021/2115 sollte geändert werden, um den mit der vorliegenden Verordnung eingeführten Änderungen des Artikels 119 der genannten Verordnung Rechnung zu tragen.

(48) Artikel 124 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/2115 sollte geändert werden, damit der Begleitausschuss eine Stellungnahme zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens aller Änderungen bezüglich des EGFL abgeben kann, um sicherzustellen, dass die Landwirte und Begünstigten ausreichend Zeit haben, den vorgeschlagenen Änderungen nachzukommen.

(49) Artikel 134 der Verordnung (EU) 2021/2115 enthält Anforderungen an den Inhalt der jährlichen Leistungsberichte, die eine Grundlage für den jährlichen Leistungsabschluss gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 bilden, und die darauf anzuwendenden Verfahren. Da das jährliche Leistungsabschlussverfahren durch die vorliegende Verordnung aus der Verordnung (EU) 2021/2116 gestrichen wird, sollten diese Anforderungen geändert werden. Diese Änderung sollte die Streichung von Informationen umfassen, die ausschließlich für die Zwecke dieses Verfahrens erforderlich sind, wie z. B. Informationen über erzielte Einheitsbeträge und Begründungen, die von den Mitgliedstaaten vorzulegen sind, wenn die erzielten Einheitsbeträge die jeweiligen in den GAP-Strategieplänen festgelegten geplanten Einheitsbeträge übersteigen.

(50) Artikel 134 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2021/2115 muss präzisiert werden, um in Bezug auf die in den jährlichen Leistungsbericht aufzunehmenden Begründungen für das Verfehlen von Etappenzielen für die zweijährliche Leistungsüberprüfung eine engere Verknüpfung zwischen dem jährlichen Leistungsbericht und der zweijährlichen Leistungsüberprüfung gemäß Artikel 135 der genannten Verordnung zu schaffen.

(51) Gemäß Artikel 134 Absatz 13 der Verordnung (EU) 2021/2115 kann die Kommission innerhalb eines Monats nach Vorlage eines zulässigen jährlichen Leistungsberichts Bemerkungen abgeben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Bewertung der Zulässigkeit des jährlichen Leistungsberichts gemäß Artikel 134 Absatz 3 der genannten Verordnung und eine umfassende Bewertung des vorgelegten jährlichen Leistungsberichts selbst nicht parallel zueinander durchgeführt werden können. Daher ist es erforderlich, den Zeitpunkt, ab dem die Frist für die Übermittlung von Bemerkungen gemäß Artikel 134 Absatz 13 der genannten Verordnung berechnet wird, neu auf den Tag festzusetzen, an dem der jährliche Leistungsbericht gemäß Artikel 134 Absatz 3 der genannten Verordnung als zulässig gilt.

▌

(52) Gemäß Artikel 159 der Verordnung (EU) 2021/2115 überprüft die Kommission bis zum 31. Dezember 2025 das Verzeichnis der Gesetzgebungsakte in Anhang XIII der genannten Verordnung und legt gegebenenfalls Gesetzgebungsvorschläge zur Aufnahme weiterer Gesetzgebungsakte in den genannten Anhang vor. Angesichts der Streichung von Artikel 120 der genannten Verordnung sollte auch Artikel 159 der genannten Verordnung durch die vorliegende Verordnung gestrichen werden, um Kohärenz der GAP-Strategiepläne zu gewährleisten und eine Unterbrechung der Umsetzung der GAP-Strategiepläne durch nationale Behörden, Landwirte und andere Begünstigte zu vermeiden.

(53) Anhang I der Verordnung (EU) 2021/2115 enthält die Wirkungsindikatoren, Ergebnisindikatoren und Outputindikatoren gemäß Artikel 7 der genannten Verordnung. Die Tabelle „Jährlicher Leistungsabschluss – OUTPUT – Interventionskategorien und dazugehörige Outputindikatoren“ in Anhang I der genannten Verordnung sollte ersetzt werden, um mit ***der neu eingeführten Interventionskategorie*** und den geänderten Interventionskategorien verknüpfte Outputindikatoren einzuführen und der Streichung des jährlichen Leistungsabschlusses gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 durch die vorliegende Verordnung Rechnung zu tragen.

www.parlament.gv.at

(54) In Anhang II der Verordnung (EU) 2021/2115 sind die einschlägigen Absätze des Anhangs 2 des WTO-Übereinkommens über die Landwirtschaft für jede Interventionskategorie der genannten Verordnung aufgeführt. Die neu ***eingeführte Interventionskategorie*** für Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen sollte daher in den genannten Anhang II aufgenommen werden.

(55) Der in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführte GLÖZ-Standard 1 zielt auf die Erhaltung von Dauergrünland ab, um den Kohlenstoffbestand zu erhalten, ausgehend von dem Verhältnis von Dauergrünland zur landwirtschaftlichen Fläche auf Ebene des Landes, der Region, der Teilregion, der Gruppe von Betrieben oder des Betriebs gegenüber dem Referenzjahr 2018, wobei die maximale Verringerung gegenüber dem Referenzjahr höchstens 5 % betragen darf. 7 Strukturelle Veränderungen in landwirtschaftlichen Betrieben, die im Programmplanungszeitraum 2023-2027 eintreten könnten, insbesondere im Tierhaltungssektor, könnten mit raschen Veränderungen der Landnutzung auf Betriebsebene einhergehen, insbesondere um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Verfügbarkeit von Futtermitteln abzumildern. Diese strukturellen Veränderungen könnten sich jedoch in den verfügbaren Daten erst mit Verzögerung zeigen. Eine solche Entwicklung struktureller Veränderungen in landwirtschaftlichen Betrieben könnte zu Schwankungen des jährlichen Anteils von Dauergrünland gegenüber dem Referenzjahr 2018 führen. Angesichts dieser Schwankungen und zur Erleichterung der Umsetzung des GLÖZ-Standards 1 sollte der maximale Prozentsatz der Verringerung des Anteils von Dauergrünland gegenüber dem Referenzjahr 2018 auf 10 % angehoben werden, damit die Mitgliedstaaten den Entwicklungen im Programmplanungszeitraum 2023-2027 und dem Bedarf der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere im Tierhaltungssektor, Rechnung tragen können.

(56) Der in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgeführte GLÖZ-Standard 4 zielt auf den Schutz von Flussläufen vor Verunreinigung und Abfluss durch die Schaffung von Pufferstreifen entlang von Wasserläufen ab. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Mitgliedstaaten für die Zwecke dieses GLÖZ-Standards die Möglichkeit haben sollten, die Begriffsbestimmung von „Wasserlauf“ an die Begriffsbestimmung von Wasserlauf anzupassen, die die Mitgliedstaaten in ihren nationalen Rechtsvorschriften, einschließlich der nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Unionsrechts, festgelegt haben, die Teil der in Anhang III der genannten Verordnung aufgeführten Grundanforderungen an die Betriebsführung sind. Die von den Mitgliedstaaten für die Zwecke des GLÖZ-Standards 4 verwendete Begriffsbestimmung von „Wasserlauf“ sollte jedoch mit dem Hauptziel dieses GLÖZ-Standards im Einklang stehen, insbesondere mit dem Ziel, das Risiko zu verringern, dass kleinere Wasserläufe, die eine Verschmutzung flussabwärts weitertragen könnten, vom Anwendungsbereich dieses GLÖZ-Standards ausgeschlossen werden.

▌

(57) Artikel 21 Absatz 1, in dem die Vorschriften für monatliche Zahlungen festgelegt sind, und Artikel 32 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2021/2116, in denen Vorschriften für Zwischenzahlungen festgelegt sind, sollten geändert werden, um der Streichung des jährlichen Leistungsabschlusses gemäß Artikel 54 der genannten Verordnung durch die vorliegende Verordnung Rechnung zu tragen. Darüber hinaus sollte Artikel 21 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2116 ebenfalls geändert werden, um sicherzustellen, dass nach den mit der vorliegenden Verordnung in Artikel 86 Absatz 2 und Artikel 119 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2021/2115 eingeführten Änderungen Ausgaben, die ab einem bestimmten Zeitpunkt des Wirksamwerdens, der der Genehmigung der Änderung durch die Kommission vorausgeht, aber nach dem Datum der Übermittlung des Änderungsantrags an die Kommission liegt, für eine Förderung aus dem EGFL in Betracht kommen, erst nach Genehmigung der Änderung durch die Kommission gemäß Artikel 119 Absatz 10 der Verordnung (EU) 2021/2115 bei der Kommission geltend gemacht werden. Zu diesem Zweck sollte es möglich sein, Ausgaben, die in dem betreffenden Monat nicht geltend gemacht werden können, weil eine Änderung noch nicht genehmigt wurde, in den folgenden Monaten desselben Haushaltsjahres oder spätestens in den Jahresrechnungen für das betreffende Haushaltsjahr geltend zu machen, die der Kommission bis zum 15. Februar des auf dieses Haushaltsjahr folgenden Jahres zu übermitteln sind. Um sicherzustellen, dass alle sich aus der Änderung ergebenden Ausgaben, die bereits an die Begünstigten gezahlt wurden, noch in dem betreffenden Haushaltsjahr geltend gemacht werden können, sollten die Mitgliedstaaten bei der Festlegung des Zeitpunkts, ab dem eine Änderung wirksam wird, die Dauer des Genehmigungsverfahrens gemäß Artikel 119 der Verordnung (EU) 2021/2115 berücksichtigen.

(58) Artikel 40 der Verordnung (EU) 2021/2116 über die Aussetzung von Zahlungen im Zusammenhang mit dem jährlichen Leistungsabschluss sollte geändert werden, um der Streichung des jährlichen Leistungsabschlusses gemäß Artikel 54 der genannten Verordnung durch die vorliegende Verordnung Rechnung zu tragen.

(59) ***Gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2116 können die Mitgliedstaaten Vorschusszahlungen in Höhe von bis zu 50 % für Interventionen in Form von Direktzahlungen sowie für die Maßnahmen gemäß Kapitel IV der Verordnung (EU) 228/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[13] und Kapitel IV der Verordnung (EU) 229/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[14] sowie Vorschusszahlungen in Höhe von bis zu 75 % für flächen- und tierbezogene Interventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EU) 2021/2115 leisten. Gemäß Artikel 44 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2021/2116 erlässt die Kommission auf Antrag eines Mitgliedstaats, soweit angemessen, in Notfällen Durchführungsrechtsakte zur Abweichung von Artikel 44 Absatz 2 der genannten Verordnung, so weit und so lange, wie dies unbedingt notwendig ist. Für jedes Jahr des laufenden Programmplanungszeitraums, d. h. die Jahre 2023, 2024 und 2025 haben die Mitgliedstaaten Ausnahmen von Artikel 44 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2116 beantragt, um einen höheren Vorschusszahlungssatz zu ermöglichen. Die Gründe für diese Ausnahmeregelungen waren breit gefächert, darunter militärische Konflikte in Europa und im Nahen Osten, widrige Witterungsbedingungen und außergewöhnliche Klimaereignisse sowie unvorhergesehene Erhöhungen der Betriebsmittelpreise und der Inflation für Landwirte in Verbindung mit relativ niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Rohstoffe. Da es unwahrscheinlich ist, dass diese zusätzlichen Belastungen in den Jahren 2026 oder 2027 wegfallen, ist es aus Gründen der Vereinfachung angezeigt, die in der Verordnung (EU) 2021/2116 festgelegten Höchstsätze für Vorschusszahlungen dauerhaft zu ändern, damit für den Rest des laufenden Programmplanungszeitraums der höhere Satz gezahlt werden kann.***

---

13 ***Verordnung (EU) Nr. 228/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates (ABl. L 78 vom 20.3.2013, S. 23, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/228/oj).***

14 ***Verordnung (EU) Nr. 229/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1405/2006 des Rates (ABl. L 78 vom 20.3.2013, S. 41, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/229/oj).***

(60) Gemäß Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 erlässt die Kommission auf der Grundlage der Informationen gemäß Artikel 9 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstaben a und d der genannten Verordnung für die Ausgaben gemäß Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 6 der genannten Verordnung Durchführungsrechtsakte mit ihrem Beschluss über den Rechnungsabschluss der zugelassenen Zahlstellen. Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 sollte geändert werden, um der Streichung des jährlichen Leistungsabschlusses gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 durch die vorliegende Verordnung Rechnung zu tragen.

(61) Entsprechen die Ausgaben, die in Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 6 der Verordnung (EU) 2021/2116 genannt sind und Interventionen gemäß Titel III der Verordnung (EU) 2021/2115 entsprechen, nicht einem im jährlichen Leistungsbericht gemäß Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 10 der Verordnung (EU) 2021/2116 und gemäß Artikel 134 der Verordnung (EU) 2021/2115 dafür gemeldeten Output, so erlässt die Kommission gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 vor dem 15. Oktober des Jahres, das auf das betreffende Haushaltsjahr folgt, Durchführungsrechtsakte zur Festlegung der Beträge, um die die Unionsfinanzierung gekürzt wird. Die Erfahrungen aus dem ersten Jahr der Durchführung des jährlichen Leistungsabschlussverfahrens und der Vorbereitung des zweiten Jahres haben gezeigt, dass den Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung und Bereitstellung der für den jährlichen Leistungsbericht erforderlichen Informationen sowie während des jährlichen Leistungsabschlusses ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand entsteht. Um den Verwaltungsaufwand für die Mitgliedstaaten zu verringern, sollte der jährliche Leistungsabschluss gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 gestrichen werden. Die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer i der genannten Verordnung festgelegte Anforderung, dass den von den Zahlstellen getätigten Ausgaben ein entsprechender Output gegenüberstehen muss, ist durch das Konformitätsverfahren gemäß Artikel 55 der genannten Verordnung abgedeckt.

(62) Die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii der Verordnung (EU) 2021/2116 festgelegte Anforderung, dass die Ausgaben im Einklang mit den geltenden Verwaltungssystemen getätigt werden müssen, wird von den Zahlstellen kontrolliert und unterliegt anschließend jährlichen Prüfungen durch die bescheinigenden Stellen sowie durch die Kommission in Form von Überprüfungen der Stellungnahmen und Berichte der jeweiligen bescheinigenden Stelle und als Teil der Folgemaßnahmen zu den Feststellungen sowie im Rahmen der Konformitätsverfahren gemäß Artikel 55 der genannten Verordnung. Diese Verfahren bieten die erforderliche Gewähr, dass die Outputs im Einklang mit dem Unionsrecht erzielt werden. Zusammen mit der zweijährlichen Leistungsüberprüfung gemäß Artikel 135 der Verordnung (EU) 2021/2115 sorgen diese Verfahren auch dafür, dass die Mitgliedstaaten die Etappenziele und Zielwerte gemäß Artikel 109 Absatz 1 Buchstabe a der genannten Verordnung erreichen, die sie als Teil ihrer Leistungssysteme in den GAP-Strategieplänen festgelegt haben. Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 sollte daher gestrichen werden.

(63) Im Zusammenhang mit Unregelmäßigkeiten und Finanzkorrekturen bedarf es einer weiteren Angleichung von GAP-Finanzierungsinstrumenten und der Finanzierungsinstrumente anderer Politikbereiche mit geteilter Mittelverwaltung, wenn Finanzierungsinstrumente einsetzende Stellen nachweisen, dass bestimmte Bedingungen kumulativ ergriffen wurden. Daher sollte Artikel 57 der Verordnung (EU) 2021/2116 geändert werden, um die Kohärenz mit Artikel 103 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2021/1060 zu gewährleisten.

(64) Die Landwirte haben wiederholt beklagt, welchem Druck sie im Verlauf eines Jahres aufgrund mehrfacher Kontrollen ausgesetzt sind. Die Mitgliedstaaten haben bereits die Möglichkeit, mehrere Kontrollen bei einem einzigen Vor-Ort-Besuch zu bündeln. Um die Zahl der Vor-Ort-Besuche pro Betrieb zu reduzieren und dadurch den Verwaltungsaufwand für die Begünstigten zu verringern, sollten die Mitgliedstaaten nach Möglichkeit keinen Begünstigten auswählen, der bereits für eine Vor-Ort-Kontrolle für das betreffende Jahr ausgewählt wurde, es sei denn, die Umstände erfordern eine weitere Kontrolle, um den Schutz der finanziellen Interessen der Union zu gewährleisten. Zudem sollte durch diese Reduzierung der Kontrollumfang nicht verringert werden. Zu diesem Zweck sollte Artikel 60 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 geändert werden.

(65) Artikel 67 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 sollte geändert werden, um den Verweis auf den jährlichen Leistungsabschluss gemäß Artikel 54 der genannten Verordnung zu streichen.

(66) Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Qualitätsbewertungen des Systems zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen (LPIS), des geodatenbasierten Antragssystems und des Flächenüberwachungssystems zusammengefasst werden sollten. Da diese Systeme untrennbar miteinander verbunden sind, ist es schwierig, die Qualität eines Systems zu bewerten, ohne dabei die Auswirkungen auf die anderen Systeme zu berücksichtigen. Darüber hinaus würde die Zusammenfassung der Qualitätsbewertungen dieser Systeme für die Verwaltungen der Mitgliedstaaten eine geringere Arbeitsbelastung im Zusammenhang mit den Kontrollverfahren und den Berichterstattungspflichten bedeuten. Hinzu kommt gegebenenfalls der Vorteil, dass die Mitgliedstaaten eine einzige Abhilfemaßnahme für diese drei Systeme vorschlagen könnten, was die Effizienz steigert. Zu diesem Zweck sollte ein neuer Artikel in die Verordnung (EU) 2021/2116 eingefügt werden, und die entsprechenden Verweise sollten entsprechend geändert werden.

(67) Nach den Erfahrungen aus den ersten Jahren der Umsetzung erscheint es überflüssig, Vor-Ort-Kontrollen bei Interventionen durchzuführen, die durch Daten der CopernicusSentinel-Satelliten oder andere zumindest gleichwertige Daten überwacht werden, da dies eine ungerechtfertigte Belastung für die Mitgliedstaaten und die Landwirte mit sich bringt. Daher sollten die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet sein, Vor-Ort-Kontrollen in Bezug auf diese Fördervoraussetzungen durchzuführen, einschließlich solcher, die mittels Technologie aus der Ferne durchgeführt werden. Zu diesem Zweck sollte Artikel 72 der Verordnung (EU) 2021/2116 entsprechend geändert werden.

(68) Die Erfahrungen mit der Anwendung des Systems zur Kontrolle der Konditionalität, auch durch Konformitätsverfahren, haben gezeigt, dass bestimmte Bedingungen unnötig starr sind und die Mitgliedstaaten unangemessen belasten, ohne dass sich dadurch der Schutz der Unionsmittel unbedingt verbessert. Um das Kontrollsystem zu straffen, den Verwaltungsaufwand zu verringern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass es bei der Überprüfung der Einhaltung der Konditionalitätsanforderungen wirksam bleibt, sollte den Mitgliedstaaten bei der Gestaltung ihrer Kontrollsysteme mehr Flexibilität eingeräumt werden. Zu diesem Zweck sollte die Anforderung einer jährlichen Überprüfung des Kontrollsystems gestrichen werden, und die bei der Risikoanalyse zu berücksichtigenden Faktoren sollten im Ermessen der Mitgliedstaaten liegen.

(69) Mit der Verordnung (EU) 2024/1468 wurden die Artikel 83 und 84 der Verordnung (EU) 2021/2116 geändert, um den Aufwand für Kleinerzeuger und nationale Verwaltungen im Zusammenhang mit Kontrollen der Konditionalität und Sanktionen zu verringern. Insbesondere werden landwirtschaftliche Betriebe mit maximal 10 Hektar landwirtschaftlicher Fläche, die im Einklang mit Artikel 69 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 angemeldet wurde, von den Kontrollen der Konditionalität und von der Anwendung von Verwaltungssanktionen bei Verstößen gegen die Konditionalitätsanforderungen ausgenommen. Unter das geodatenbasierte Antragssystem gemäß Artikel 69 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 fallen jedoch auch andere Flächen als landwirtschaftliche Flächen, und es bestehen technische Einschränkungen bei der Berechnung der landwirtschaftlichen Flächen, da sich manche Elemente und Landschaftselemente bei den Messungen möglicherweise ausgelassen werden oder ihre Größe im Laufe der Zeit variieren kann. Daher sollten als Grundlage für die Ausnahmen die für Zahlungen in Betracht kommende Fläche und die im Rahmen der Konditionalität relevante Unterstützung herangezogen werden.

(70) Darüber hinaus können kleine Begünstigte, bei denen es sich nicht um Landwirte handelt, z. B. Landbewirtschafter, nicht von den Ausnahmen von den Kontrollen der Konditionalität und Sanktionen profitieren. Der Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit den Kontrollen der Einhaltung der Konditionalitätsanforderungen und der Anwendung entsprechender Sanktionen gemäß der Verordnung (EU) 2021/2116 könnte jedoch auch für diese Begünstigten unverhältnismäßig hoch sein. Da die von diesen Begünstigten bewirtschaftete Fläche begrenzt ist und die Sanktionen für kleine Begünstigte im Allgemeinen gering ausfallen, könnte die Anwendung von Sanktionen dementsprechend auch zu einem unverhältnismäßigen Aufwand für die Verwaltungen der Mitgliedstaaten führen. Daher sollten auch kleine Begünstigte, bei denen es sich nicht um Landwirte handelt, von den Kontrollen der Konditionalität und von der Anwendung von Verwaltungssanktionen für Konditionalitätsanforderungen ausgenommen werden. Dennoch ist es wichtig, dass die GAP weiterhin durch Konditionalitätsanforderungen zu den Umweltzielen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben d, e und f der Verordnung (EU) 2021/2115 beiträgt und dass diese Anforderungen als gemeinsamer Ausgangspunkt für die Mitgliedstaaten und die Begünstigten erhalten bleiben. Die Konditionalitätsanforderungen sollten daher weiterhin für alle in Artikel 83 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 aufgeführten Begünstigten gelten.

(71) Der Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit den Kontrollen der Anforderungen für den GLÖZ-Standard 7 gemäß der Verordnung (EU) 2021/2116 kann für kleinere Landwirte und nationale Verwaltungen unverhältnismäßig hoch sein. Daher sollte der Aufwand für kleinere Landwirte und nationale Verwaltungen im Zusammenhang mit den in der Verordnung (EU) 2021/2116 vorgesehenen Kontrollen in Bezug auf den GLÖZ-Standard 7 verringert werden. Landwirte mit einer angegebene landwirtschaftlichen Fläche, die 30 Hektar nicht überschreitet, sollten von den Kontrollen hinsichtlich der Anforderungen des GLÖZ-Standards 7 ausgenommen werden.

(72) Da die von kleineren Landwirten bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche, die den Anforderungen des GLÖZ-Standard 7 unterliegt, begrenzt ist und die Verhängung von Sanktionen zu einer unverhältnismäßigen Belastung für die Verwaltungen der Mitgliedstaaten führen könnte, sollten kleinere Landwirte, die von den Kontrollen der Konditionalität in Bezug auf den GLÖZ-Standard 7 ausgenommen sind, auch von der Verhängung von Verwaltungssanktionen wegen Nichteinhaltung der Anforderungen des GLÖZ-Standard 7 ausgenommen werden.

(73) Die Artikel 102 und 103 der Verordnung (EU) 2021/2116 mit Vorschriften für die Ausübung der Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte und das Ausschussverfahren für Durchführungsrechtsakte sollten geändert werden, um Änderungen anderer Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/2116, insbesondere der mit der vorliegenden Verordnung eingeführten Streichung des Artikels 54 der genannten Verordnung, Rechnung zu tragen.

(74) Um die Kohärenz zwischen den verschiedenen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/2116 zu gewährleisten, sollte die genannte Verordnung insofern geändert werden, als Verweise auf das jährliche Leistungsabschlussverfahren, insbesondere Verweise auf Artikel 54 der genannten Verordnung, gestrichen werden.

(75) Die Verordnungen (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 sollten daher entsprechend geändert werden.

(76) Im Zusammenhang mit den mit der vorliegenden Verordnung eingeführten Änderungen des Artikels 119 der Verordnung (EU) 2021/2115 sollten Übergangsbestimmungen festgelegt werden, um sicherzustellen, dass Anträge auf Änderung und Mitteilungen von Änderungen der GAP-Strategiepläne, die die Mitgliedstaaten der Kommission vor Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung vorlegen, nach den zum Zeitpunkt der Einreichung dieser Anträge auf Änderung oder Mitteilungen geltenden Verfahren genehmigt werden.

(77) ***Um der Streichung des jährlichen Leistungsabschlusses gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 durch die vorliegende Verordnung Rechnung zu tragen, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur entsprechenden Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission[15] zu erlassen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch mit Sachverständigen, durchführt, und dass diese Konsultationen in Einklang mit den in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung[16] dargelegten Grundsätzen durchgeführt werden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.***

---

15 ***Delegierte Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission vom 7. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die Finanzverwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 95, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2022/127/oj).***

16 ***ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj).***

(78) ***Zur Sicherstellung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der vorliegenden Verordnung im Hinblick auf die Streichung des in Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 vorgesehenen jährlichen Leistungsabschlusses sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden, um die Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission[17] entsprechend zu aktualisieren. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[18] ausgeübt werden.***

(79) Um eine reibungslose Durchführung der mit dieser Verordnung eingeführten Maßnahmen zu gewährleisten und um ein erforderliches Maß an ***Kohärenz zwischen der Verringerung des Verwaltungsaufwands*** für die an der Erstellung des jährlichen Leistungsberichts für das Agrar-Haushaltsjahr 2025 beteiligten Behörden der Mitgliedstaaten ***einerseits und der Streichung des jährlichen Leistungsabschlusses ab dem Agrar-Haushaltsjahr 2025 andererseits*** sollte diese Verordnung am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten. ***Die einschlägigen Bestimmungen über den jährlichen Leistungsbericht und den Leistungsabschluss sollten für das Agrar-Haushaltsjahr 2025 und alle folgenden Agrar-Haushaltsjahre gelten und sollten keine Auswirkungen auf die vorangegangenen Agrar-Haushaltsjahre haben***.

▌

---

17 ***Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Finanzverwaltung, des Rechnungsabschlusses, der Kontrollen, der Sicherheiten und der Transparenz (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 131, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2022/128/oj).***

18 ***Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 133, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj).***

(80) ***Da die Ziele dieser Verordnung von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen der Verbindungen zwischen dieser Verordnung und den übrigen Instrumenten der GAP und angesichts der wegen der mehrjährigen Garantie der Unionsfinanzierung und aufgrund der Art und Weise wie die vorliegende Verordnung mit der Erreichung der entscheidenden der Art und Weise der untrennbaren Verbindung dieser Verordnung mit der Verwirklichung der wichtigsten Prioritäten der Union untrennbar verbunden ist auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.***

(81) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde gemäß Artikel 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates[19] angehört und hat am ***10. Juli 2025*** eine Stellungnahme abgegeben.

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

[19] Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj).

Artikel 1

Änderungen der Verordnung (EU) 2021/2115

Die Verordnung (EU) 2021/2115 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 4 Absatz 3 Unterabsatz 1 ***Buchstabe c*** erhält folgende Fassung:

„‚Dauergrünland und Dauerweideland‘ (zusammen als ‚Dauergrünland‘ bezeichnet) sind Flächen, die auf natürliche Weise (Selbstaussaat) oder durch Einsaat zum Anbau von Gras oder anderen Grünfutterpflanzen genutzt werden und seit mindestens fünf Jahren oder auf Entscheidung der Mitgliedstaaten seit mindestens sieben Jahren nicht Bestandteil der Fruchtfolge des Betriebs sind, und – wenn die Mitgliedstaaten dies beschließen – Flächen, die seit mindestens fünf Jahren oder seit mindestens sieben Jahren nicht umgepflügt wurden oder auf denen keine Bodenbearbeitung durchgeführt wurde oder die nicht mit anderen Typen von Gras oder anderen Grünfutterpflanzen neu gesät wurden. Es kann auch andere Arten wie Sträucher oder Bäume, die abgeweidet werden können, und – wenn die Mitgliedstaaten dies beschließen – andere Arten wie Sträucher oder Bäume umfassen, die der Erzeugung von Futtermitteln dienen, sofern Gras und andere Grünfutterpflanzen weiterhin vorherrschen.

Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass Flächen, die am 1. Januar 2026 als Ackerland eingestuft waren, auch dann weiterhin als Ackerland eingestuft bleiben und nicht als Dauergrünland eingestuft werden, wenn der in Unterabsatz 1 genannte Zeitraum abgelaufen ist und die Flächen nicht umgepflügt wurden, darauf keine Bodenbearbeitung durchgeführt wurde oder sie nicht mit anderen Typen von Gras oder anderen Grünfutterpflanzen neu gesät wurden.“

2. Artikel 10 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Insbesondere die Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit, die ergänzende Umverteilungseinkommensstützung für Nachhaltigkeit, die ergänzende Einkommensstützung für Junglandwirte und die Regelungen für Klima, Umwelt und Tierwohl sowie die Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen ▌ müssen den Kriterien in den Absätzen von Anhang 2 des WTO-Übereinkommens über die Landwirtschaft entsprechen, die in Anhang II der vorliegenden Verordnung in Bezug auf diese Interventionen aufgeführt sind. In Bezug auf andere Interventionen sind die Absätze von Anhang 2 des WTO-Übereinkommens über die Landwirtschaft, die in Anhang II der vorliegenden Verordnung aufgeführt sind, nur indikativ, und es kann stattdessen einem Absatz von Anhang 2 des WTO-Übereinkommens über die Landwirtschaft entsprochen werden, der nicht in Anhang II der vorliegenden Verordnung aufgeführt ist, wenn dies im GAP-Strategieplan festgelegt und erläutert wird.“

3. Artikel 11 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Beabsichtigt ein Mitgliedstaat, seine geplanten, in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten und im von der Kommission genehmigten GAP-Strategieplan festgelegten Outputs zu erhöhen, so teilt er der Kommission die geänderten geplanten Outputs gemäß Artikel 119 Absatz 9 vor dem 1. Januar des Jahres vor dem betreffenden Antragsjahr mit.“

b) Absatz 5 Unterabsatz 3 erhält folgende Fassung:

„Jeder betroffene Mitgliedstaat reicht bis zum 31. März des Jahres vor dem betreffenden Antragsjahr die Änderung gemäß Artikel 119 Absatz 9 mit dem Verringerungskoeffizienten gemäß Unterabsatz 2 des vorliegenden Absatzes ein.“

4. ***In*** Artikel 12 ***wird folgender Absatz eingefügt***:

▌

„(1a) Abweichend von Absatz 1 des vorliegenden Artikels gilt das System der Konditionalität nicht für Begünstigte von Zahlungen gemäß Artikel 28.“

5. Artikel 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden folgende Unterabsätze eingefügt:

„Für Landwirte, ***die*** gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates* zertifiziert ***sind***, gilt, dass sie die in Anhang III der vorliegenden Verordnung aufgeführten GLÖZ-Standards 1, 3, 4, 5, 6 und 7 ***in Bezug auf ihre ökologischen/biologischen Produktionseinheiten im Sinne von Artikel 3 Nummer 10 der Verordnung (EU) 2018/848 und in Bezug auf ihre Produktionseinheiten in Umstellung im Sinne von Artikel 3 Nummer 11 der genannten Verordnung*** erfüllen.

Die Mitgliedstaaten können unter Berücksichtigung des mit Kontrollen einhergehenden Verwaltungsaufwands beschließen, dass nur bei Landwirten, die gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 zertifiziert sind und deren gesamter Betrieb aus ökologischen/biologischen Produktionseinheiten im Sinne von Artikel 3 Nummer 10 der Verordnung (EU) 2018/848 oder aus Produktionseinheiten in Umstellung im Sinne von Artikel 3 Nummer 11 der genannten Verordnung oder solchen Produktionseinheiten besteht, die in Anhang III der vorliegenden Verordnung aufgeführten GLÖZ-Standards 1, 3, 4, 5, 6 und 7 als erfüllt gelten.

Bei der Festlegung ihrer Standards können die Mitgliedstaaten gegebenenfalls die in Artikel 109 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i der vorliegenden Verordnung genannten Elemente so festlegen, dass sie mit den verpflichtenden Anforderungen des nationalen Rechts im Einklang stehen und nicht über diese hinausgehen, sofern diese bestehenden nationalen verpflichtenden Anforderungen den in Anhang III der vorliegenden Verordnung aufgeführten GLÖZ-Standards entsprechen.

---

* Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) 834/2007 des Rates (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/848/oj).“

b) Absatz 2a erhält folgende Fassung:

„***(2a)*** Bei der Umsetzung der gemäß den Absätzen 1 und 2 festgelegten Mindeststandards können die Mitgliedstaaten im Falle von Witterungsbedingungen***, Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall***, die Landwirte und andere Begünstigte daran hindern, diese Mindestanforderungen in einem bestimmten Jahr zu erfüllen, vorübergehende Ausnahmen von den in diesen Standards festgelegten Anforderungen gewähren. Der Geltungsbereich dieser befristeten Ausnahmeregelungen ist auf Landwirte und andere Begünstigte oder auf von den Witterungsbedingungen, ***den Pflanzenkrankheiten oder dem Schädlingsbefall*** betroffene Gebiete beschränkt, und die Ausnahmen werden nur so lange angewendet, wie sie unbedingt erforderlich sind.***“***

6. Artikel 19 ▌ erhält folgende Fassung:

„***Artikel 19***

Beitrag zu Risikomanagementinstrumenten

Abweichend von Artikel 44 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 kann ein Mitgliedstaat beschließen, dass bis zu 3 % der einem Landwirt zu gewährenden Direktzahlungen als Beitrag des Landwirts Risikomanagementinstrumenten zugeteilt werden.

Mitgliedstaaten, die beschließen, diese Bestimmung anzuwenden, wenden sie auf alle Landwirte an, ***die in einem bestimmten Jahr Direktzahlungen beziehen. Alternativ dazu können solche Mitgliedstaaten beschließen, die Bestimmung auf Landwirte anzuwenden,*** für die in einem bestimmten Jahr ein Risikomanagementinstrument existiert***, wenn dies eher mit dem bestehenden Risikomanagementinstrument im Einklang steht***.“

7. Artikel 28 erhält folgende Fassung:

„Artikel 28

Zahlungen an Kleinerzeuger

(1) Die Mitgliedstaaten können den von den Mitgliedstaaten bestimmten Kleinerzeugern anstelle von Direktzahlungen im Rahmen dieses Abschnitts und des Abschnitts 3 dieses Kapitels eine Zahlung in Form eines Pauschalbetrags oder von Beträgen je Hektar gewähren. Die Mitgliedstaaten weisen die entsprechende Intervention im GAP-Strategieplan als für die Landwirte fakultativ aus.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die Mitgliedstaaten in den GAP-Strategieplänen beschließen, dass die Zahlung an Kleinerzeuger gemäß Absatz 1 nicht die Direktzahlungen zur Unterstützung von Öko-Regelungen gemäß Artikel 31 ersetzt.

(3) Der jährliche Zahlungsbetrag je Landwirt gemäß Absatz 1 beträgt im Höchstfall ***3 000*** EUR.

(4) Die Mitgliedstaaten können beschließen, im Zusammenhang mit unterschiedlichen Flächenschwellenwerten unterschiedliche Pauschalbeträge oder Beträge je Hektar festzulegen.“

8. Artikel 31 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

i) Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Für Verpflichtungen gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe b kann, wenn im nationalen Recht über die im Unionsrecht festgelegten entsprechenden verbindlichen Mindestanforderungen hinausgehende Anforderungen eingeführt werden, eine Unterstützung gewährt werden, wenn die Verpflichtungen zur Einhaltung dieser Anforderungen beitragen.“

ii) Folgender Unterabsatz wird eingefügt:

„Abweichend von Unterabsatz 1 können die Mitgliedstaaten beschließen, ***die GLÖZ-Standards*** 2 ***und 9*** gemäß Kapitel I Abschnitt 2 dieses Titels von der Anforderung gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a auszunehmen.“

b) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

i) Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Abweichend von Unterabsatz 1 können gemäß dessen Buchstabe b gewährte Zahlungen für Tierwohlverpflichtungen, Verpflichtungen zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen, Verpflichtungen für dem Klima förderliche landwirtschaftliche Verfahren und Verpflichtungen zur Umstellung auf oder Beibehaltung von landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsverfahren und -methoden des ökologischen/biologischen Landbaus im Sinne der Verordnung (EU) 2018/848 auch in Form einer jährlichen Zahlung für Großvieheinheiten erfolgen.“

ii) Folgender Unterabsatz wird eingefügt:

„Abweichend von Unterabsatz 1 können gemäß dessen Buchstabe b gewährte Zahlungen gegebenenfalls in Form einer jährlichen Zahlung für Bienenstöcke erfolgen. Für die Zwecke dieser Ausnahmeregelung gilt die gemäß dem in Artikel 56 Buchstabe b genannten delegierten Rechtsakt festgelegte Begriffsbestimmung für ‚Bienenstock‘.“

9. Artikel 48 erhält folgende Fassung:

„Artikel 48

Planung und Berichterstattung auf Ebene der operationellen Programme

Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 102, Artikel 111 Buchstaben g und h, Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe b und Artikel 134 gelten für die Interventionskategorien in den Sektoren gemäß Artikel 42 Buchstaben a, d, e und f nicht auf Ebene der Intervention, sondern auf der Ebene der operationellen Programme. Die Planung und die Berichterstattung erfolgt für diese Interventionskategorien ebenfalls auf der Ebene der operationellen Programme."

10. Artikel 49 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Im Sektor Obst und Gemüse gemäß Artikel 42 Buchstabe a verfolgen die Mitgliedstaaten eines oder mehrere der Ziele gemäß Artikel 46. Die in Artikel 46 Buchstaben d, i und k genannten Ziele beziehen sich auf frische oder verarbeitete Erzeugnisse, während sich die in den anderen Buchstaben des genannten Artikels genannten Ziele ausschließlich auf frische Erzeugnisse beziehen."

11. Artikel 52 Absatz 2 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Diese Obergrenzen können um 0,5 Prozentpunkte angehoben werden, wenn das operationelle Programm eine oder mehrere Interventionen im Zusammenhang mit den Zielen gemäß Artikel 46 Buchstaben d, e, f, h, i oder j umfasst, sofern der den betreffenden Prozentsatz gemäß Unterabsatz 1 dieses Absatzes übersteigende Betrag ausschließlich zur Finanzierung von Ausgaben verwendet wird, die sich aus der Durchführung dieser Interventionen ergeben. Im Falle von Vereinigungen von Erzeugerorganisationen, einschließlich länderübergreifender Vereinigungen von Erzeugerorganisationen, können diese Interventionen von der Vereinigung im Namen ihrer Mitglieder durchgeführt werden."

12. Artikel 69 wird wie folgt geändert:

a) Buchstabe e erhält folgende Fassung:

„e) die Niederlassung von Junglandwirten und neuen Landwirten, Existenzgründungen im ländlichen Raum und Unternehmensentwicklung von Kleinerzeugern;"

b) Folgender Buchstabe wird eingefügt:

„i) Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen."

13. Artikel 70 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

i) Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Für Verpflichtungen gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe b kann, wenn im nationalen Recht neue über die im Unionsrecht festgelegten entsprechenden verbindlichen Mindestanforderungen hinausgehende Anforderungen eingeführt werden, eine Unterstützung gewährt werden, wenn die Verpflichtungen zur Einhaltung dieser Anforderungen beitragen.“

ii) Folgender Unterabsatz wird eingefügt:

„Abweichend von Unterabsatz 1 können die Mitgliedstaaten beschließen, ***die GLÖZ-Standards*** 2 ***und 9*** gemäß Kapitel I Abschnitt 2 dieses Titels von der Anforderung gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a auszunehmen.“

b) Absatz 8 erhält folgende Fassung:

„(8) Wird im Rahmen dieses Artikels eine Unterstützung für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen oder für Verpflichtungen zur Umstellung auf oder Beibehaltung von landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsverfahren und -methoden des ökologischen/biologischen Landbaus im Sinne der Verordnung (EU) 2018/848 gewährt, so setzen die Mitgliedstaaten eine Zahlung pro Hektar oder gegebenenfalls pro Bienenstock gemäß dem in Artikel 56 Buchstabe b der vorliegenden Verordnung genannten delegierten Rechtsakt fest. Für andere Verpflichtungen können die Mitgliedstaaten eine andere Einheit als Hektar verwenden. In hinreichend begründeten Fällen können die Mitgliedstaaten die Unterstützung nach diesem Artikel in Form eines Pauschalbetrags gewähren.

Abweichend von Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes können dem Klimaschutz förderliche Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen und Verpflichtungen zur Umstellung auf oder Beibehaltung von landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsverfahren und -methoden des ökologischen/biologischen Landbaus im Sinne der Verordnung (EU) 2018/848 auch in Form einer Zahlung für Großvieheinheiten erfolgen.“

c) Folgender Absatz wird eingefügt:

„***(11) Hat ein Mitgliedstaat den in Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c Unterabsatz 2 genannten Beschluss gefasst, so stellt er sicher, dass dieser Beschluss laufende mehrjährige Verpflichtungen, die gemäß dem vorliegenden Artikel eingegangen werden, nicht beeinträchtigt.“***

14. In Artikel 72 Absatz 5 wird folgender Unterabsatz eingefügt:

„Abweichend von Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes können die Mitgliedstaaten beschließen, zusätzliche Kosten und Einkommensverluste im Zusammenhang mit Nachteilen aufgrund der Einhaltung des GLÖZ-Standards 2 gemäß Kapitel I Abschnitt 2 dieses Titels in die Berechnung aufzunehmen.“

15. Artikel 73 erhält folgende Fassung:

a) ***In Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe d wird folgende Ziffer eingefügt:***

„***v) der Aufzucht reinrassiger Rinder, Schafe oder Ziegen von hohem genetischem Wert für die Zucht zur Verbesserung der Qualität und Produktivität der Tierbestände oder zur Erhaltung seltener oder lokaler Rassen;“***

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Werden den Landwirten durch das Unionsrecht neue Anforderungen auferlegt, so kann die Unterstützung zur Erfüllung dieser Anforderungen für einen Zeitraum von höchstens 36 Monaten ab dem Tag gewährt werden, zu dem die Anforderungen für den Betrieb verbindlich werden.

Junglandwirten, die sich erstmals in einem landwirtschaftlichen Betrieb als Betriebsinhaber niederlassen, kann die Unterstützung für Investitionen zur Erfüllung der Anforderungen des Unionsrechts für einen Zeitraum von höchstens 36 Monaten ab dem Zeitpunkt der Niederlassung oder bis zum Abschluss der im Geschäftsplan gemäß Artikel 75 Absatz 3 festgelegten Maßnahmen gewährt werden.“

16. Artikel 75 wird wie folgt geändert:

a) Der Titel erhält folgende Fassung:

„Niederlassung von Junglandwirten und neuen Landwirten**,** Existenzgründungen im ländlichen Raum ***und*** Unternehmensentwicklung von Kleinerzeugern“

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mitgliedstaaten können nach den in diesem Artikel festgelegten und in ihren GAP-Strategieplänen weiter ausgeführten Bedingungen eine Unterstützung für die Niederlassung von Junglandwirten, für Existenzgründungen im ländlichen Raum, einschließlich der Niederlassung neuer Landwirte, und für die Unternehmensentwicklung von Kleinerzeugern gewähren, um zur Verwirklichung eines oder mehrerer der spezifischen Ziele gemäß Artikel 6 Absätze 1 und 2 beizutragen.“

c) In Absatz 2 wird folgender Buchstabe eingefügt:

„d) die von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 73 Absatz 4 Unterabsatz 2 Buchstabe b festgelegte Unternehmensentwicklung von Kleinerzeugern zu fördern.“

d) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Mitgliedstaaten gewähren die Unterstützung in Form von Pauschalbeträgen oder Finanzierungsinstrumenten oder einer Kombination aus beiden. Die Unterstützung ist begrenzt auf:

a) einen Beihilfehöchstbetrag von 100 000 EUR für die in Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannten Tätigkeiten;

b) einen Beihilfehöchstbetrag von ***75 000*** EUR für die in Absatz 2 Buchstabe d genannten Tätigkeiten.

Die Unterstützung kann nach objektiven Kriterien differenziert werden.“

17. Artikel 76 Absatz 5 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Unterstützung nur für die Deckung von Verlusten gewährt wird, die den Schwellenwert von mindestens 20 % der durchschnittlichen Jahreserzeugung oder des durchschnittlichen Jahreseinkommens des Landwirts im vorhergehenden Dreijahreszeitraum oder eines Dreijahresdurchschnitts auf der Grundlage des vorhergehenden Fünfjahreszeitraums unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Wertes überschreiten. Im Rahmen sektoraler Risikomanagementinstrumente werden die Verluste entweder auf der Ebene des Betriebs oder auf der Ebene der Tätigkeit des Betriebs im betreffenden Sektor oder in Bezug auf die betreffende versicherte Fläche berechnet.

Wenn die Berechnungsmethoden gemäß Unterabsatz 1 nicht angemessen sind, können die Mitgliedstaaten die Verluste auf der Grundlage der durchschnittlichen Jahreserzeugung oder des durchschnittlichen Jahreseinkommens des Landwirts über einen Zeitraum von höchstens acht Jahren unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Werts bewerten.

Die Mitgliedstaaten können eine geeignete alternative Bewertung zur Berechnung der Verluste für Junglandwirte und neue Landwirte anwenden.“

18. Artikel 77 Absatz 8 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„***b) die Gründung von Erzeugergruppierungen, Erzeugerorganisationen oder Branchenverbänden auf 10 % der jährlich vermarkteten Erzeugung der Gruppierung, der Organisation oder des Verbandes und einen Höchstbetrag von 500 000 EUR über den am 31. Dezember 2027 endenden Programmplanungszeitraum. Diese Unterstützung ist degressiv und beschränkt sich auf die ersten fünf Jahre nach der Anerkennung.“***

19. In Titel III Kapitel IV Abschnitt 1 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 78a

Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen

(1) Die Mitgliedstaaten können aktiven Landwirten, die von Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen betroffen sind, Krisenzahlungen gewähren. Diese Zahlungen zielen darauf ab, die Kontinuität der landwirtschaftlichen Tätigkeit dieser Landwirte sicherzustellen, und unterliegen den in diesem Artikel festgelegten und von den Mitgliedstaaten in ihren GAP-Strategieplänen weiter ausgeführten Bedingungen.

(2) Die Unterstützung nach diesem Artikel unterliegt der förmlichen Anerkennung durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, dass eine Naturkatastrophe, widrige Witterungsverhältnisse oder ein Katastrophenereignis im Sinne der Definition des Mitgliedstaats eingetreten ist/sind und dass diese Ereignisse oder gemäß der Verordnung (EU) 2016/2031 erlassene Maßnahmen zur Tilgung oder Eindämmung einer Pflanzenkrankheit oder eines Schädlings oder Maßnahmen zur Verhütung oder Tilgung der im Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882* der Kommission aufgeführten Tierseuchen oder die Maßnahmen, die in Bezug auf eine neu auftretende Seuche gemäß Artikel 6 Absatz 3 und Artikel 259 der Verordnung (EU) 2016/429 erlassen wurden, unmittelbar einen Schaden verursacht haben, der zur Zerstörung von mindestens 30 % der durchschnittlichen Jahreserzeugung des Landwirts im vorangegangenen Dreijahreszeitraum oder eines Dreijahresdurchschnitts auf der Grundlage des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums – wobei der höchste und der niedrigste Wert ausgenommen sind – geführt hat. Die Verluste werden entweder auf Betriebsebene, auf Ebene der Tätigkeit des Betriebs in dem betreffenden Sektor oder in Bezug auf die betreffende spezifische Fläche berechnet.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Unterstützung im Rahmen dieses Artikels auf Landwirte ausgerichtet ist, die am stärksten von Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen betroffen sind, indem sie die Fördervoraussetzungen auf der Grundlage der verfügbaren Nachweise festlegen.

(4) Die Mitgliedstaaten legen die anwendbaren Unterstützungssätze für den Ausgleich von Produktionseinbußen fest. Diese Sätze sind für Landwirte, die durch eine Versicherung oder ein anderes Risikomanagementinstrument abgedeckt sind, höher. Zur Berechnung der Produktionseinbußen können Indizes verwendet werden.

(5) Bei der Gewährung von Unterstützung nach diesem Artikel stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass ▌eine Überkompensation infolge der Kombination von Interventionen nach diesem Artikel mit anderen nationalen oder Unionsförderinstrumenten oder privaten Versicherungen vermieden wird.

(6) Abweichend von Artikel 111 Absatz 1 gelten die Buchstaben h und i des genannten Absatzes nicht für die Unterstützung im Rahmen dieser Interventionskategorie.

---

* Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen (ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 21, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2018/1882/oj).“

20. Artikel 79 Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Nach Anhörung des in Artikel 124 genannten Begleitausschusses (im Folgenden ‚Begleitausschuss‘) legen die nationale Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls regionale Verwaltungsbehörden oder bezeichnete zwischengeschaltete Stellen Auswahlkriterien für Interventionen im Rahmen folgender Interventionskategorien fest: Investitionen, Niederlassung von Junglandwirten und neuen Landwirten und Existenzgründungen im ländlichen Raum und Unternehmensentwicklung von Kleinerzeugern, Zusammenarbeit, Wissensaustausch und Verbreitung von Information. Mit diesen Auswahlkriterien sollen die Gleichbehandlung der Antragsteller, eine bessere Nutzung der Finanzmittel und die Ausrichtung der Unterstützung im Einklang mit der Zielsetzung der Interventionen gewährleistet werden.“

21. Artikel 80 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Wird eine Unterstützung in Form von Finanzierungsinstrumenten gewährt, so gelten die Begriffsbestimmungen für ‚Finanzinstrument', ‚Finanzprodukt', ‚Endempfänger', ‚Holdingfonds', ‚spezifischer Fonds', ‚Hebelwirkung', ‚Multiplikatorverhältnis', ‚Verwaltungskosten' und ‚Verwaltungsgebühren' gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2021/1060 sowie die Bestimmungen von Titel V Kapitel II Abschnitt 2 der genannten Verordnung und Anhang XIII Ziffer II ."

b) Absatz 3 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Für Tätigkeiten, die in den Geltungsbereich von Artikel 42 AEUV fallen, darf der Gesamtbetrag der Unterstützung für Betriebskapital, der einem Endempfänger gewährt wird, ein Bruttosubventionsäquivalent von 300 000 EUR über einen Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten."

c) In Absatz 5 wird folgender Unterabsatz eingefügt:

„Die Mehrwertsteuer (MwSt) ist in Bezug auf Investitionen eine förderfähige Ausgabe, die von Endempfängern im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten getätigt werden. Werden diese Investitionen durch Finanzierungsinstrumente in Kombination mit Programmunterstützung in Form eines Zuschusses gemäß Artikel 58 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/1060 unterstützt, so ist die Mehrwertsteuer für den Teil der Investitionskosten, der der Programmunterstützung in Form eines Zuschusses entspricht, keine förderfähige Ausgabe, es sei denn, die Mehrwertsteuer für die Investitionskosten ist nach den nationalen Mehrwertsteuervorschriften nicht erstattungsfähig."

22. Artikel 81 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten können dem GAP-Strategieplan im Vorschlag für einen GAP-Strategieplan im Sinne von Artikel 118 oder in dem Antrag auf Änderung eines GAP-Strategieplans im Sinne von Artikel 119 einen Betrag von bis zu 3 % der ursprünglichen gesamten ELER-Mittelzuweisung als Beitrag an InvestEU zuweisen, der über die EU-Garantie oder das InvestEU-Finanzierungsinstrument gemäß Artikel 10a der Verordnung (EU) 2021/523 und die InvestEU-Beratungsplattform eingesetzt wird. Der GAP-Strategieplan enthält eine Begründung für die Verwendung von InvestEU und dessen Beitrag zur Verwirklichung eines oder mehrerer der spezifischen Ziele gemäß Artikel 6 Absätze 1 und 2 der vorliegenden Verordnung, das bzw. die im Rahmen des GAP-Strategieplans ausgewählt wurde(n).“

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Der Betrag gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels wird bei Abschluss der Beitragsvereinbarung gemäß Artikel 10 Absatz 3 oder Artikel 10a Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/523 zur Dotierung des Teils der EU-Garantie oder für die Finanzierung über das InvestEU-Finanzierungsinstrument im Rahmen der Mitgliedstaaten-Komponente und für die InvestEU-Beratungsplattform verwendet. Die Mittelbindungen der Union in Bezug auf jede Beitragsvereinbarung dürfen im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 31. Dezember 2027 von der Kommission in Jahrestranchen vorgenommen werden.“

c) Absatz 4 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Wurde nach Annahme des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Genehmigung des GAP-Strategieplans keine Beitragsvereinbarung gemäß Artikel 10 Absatz 2 oder Artikel 10a Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/523 für den in Absatz 1 des vorliegenden Artikels im GAP-Strategieplan zugewiesenen Betrag gemäß Artikel 118 der vorliegenden Verordnung geschlossen, so wird der entsprechende Betrag nach Genehmigung eines Änderungsantrags des Mitgliedstaats gemäß Artikel 119 der vorliegenden Verordnung in dem GAP-Strategieplan neu zugewiesen."

d) Absätze 5, 6 und 7 erhalten folgende Fassung:

„(5) Wurde innerhalb von 12 Monaten ab Genehmigung der Beitragsvereinbarung keine Garantievereinbarung gemäß Artikel 10 Absatz 4 Unterabsatz 2 oder Artikel 10a Absatz 4 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2021/523 geschlossen, so wird die Beitragsvereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen beendet oder verlängert.

Stellt ein Mitgliedstaat die Teilnahme an InvestEU ein, so werden die entsprechenden in den gemeinsamen Dotierungsfonds als Dotierung eingezahlten oder im Rahmen des InvestEU-Finanzierungsinstruments gewährten Beträge als interne zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 5 der Haushaltsordnung eingezogen, und der Mitgliedstaat übermittelt einen Antrag auf Änderung seines GAP-Strategieplans, die bewirkt, dass die eingezogenen Beträge und die gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels für künftige Kalenderjahre zugewiesenen Beträge verwendet werden können.

Die Beendigung oder Änderung der Beitragsvereinbarung wird gleichzeitig mit der Annahme des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Genehmigung der einschlägigen Änderung des GAP-Strategieplans, spätestens jedoch am 31. Dezember 2026, abgeschlossen.

(6) Wurde eine Garantievereinbarung gemäß Artikel 10 Absatz 4 Unterabsatz 3 oder gemäß Artikel 10a Absatz 4 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) 2021/523 innerhalb der in der Beitragsvereinbarung vereinbarten Frist, aber nicht später als vier Jahre ab der Unterzeichnung der Garantievereinbarung nicht entsprechend ausgeführt, so ist die Beitragsvereinbarung zu ändern. Der Mitgliedstaat kann beantragen, dass gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels EU-Garantie beigetragene oder zum InvestEU-Finanzierungsinstrument geleistete und in der Garantievereinbarung gebundene Beträge, die keine zugrunde liegenden Darlehen, Beteiligungsinvestitionen oder andere risikobehaftete Instrumente decken, gemäß Absatz 5 dieses Artikels behandelt werden.

(7) Mittel, die durch als Beitrag an die EU-Garantie gemäß dem vorliegenden Artikel geleistete Beträge generiert wurden oder ihnen zuzuschreiben sind, werden den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 10 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2021/523 zur Verfügung gestellt und für Unterstützung im Rahmen desselben Ziels oder derselben Ziele gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels in Form von Finanzierungsinstrumenten oder Haushaltsgarantien verwendet. Mittel, die durch als Beitrag an das InvestEU-Finanzierungsinstrument gemäß dem vorliegenden Artikel geleistete Beträge generiert wurden oder ihnen zuzuschreiben sind, werden den Mitgliedstaaten gemäß der Beitragsvereinbarung zur Verfügung gestellt und für Unterstützung im Rahmen desselben Ziels oder derselben Ziele in Form von Finanzierungsinstrumenten oder Haushaltsgarantien verwendet.“

23. In Artikel 83 Absatz 2 wird folgender Buchstabe eingefügt:

„ba) im Einklang mit den gemäß Artikel 54, Artikel 55 und Artikel 56 Absätze 1 und 3 der Verordnung (EU) 2021/1060 festgelegten Berechnungsmethoden;“

24. Artikel 86 Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„(2) Ausgaben, die infolge einer Änderung des GAP-Strategieplans förderfähig werden, kommen ab dem von dem betreffenden Mitgliedstaat gemäß Artikel 119 Absatz 8 festgelegten Tag des Wirksamwerdens der Änderung, frühestens jedoch ab dem Tag der Einreichung des Änderungsantrags bei der Kommission oder dem Tag der Mitteilung gemäß Artikel 119 Absatz 9 für eine Beteiligung des EGFL in Betracht.



(3) Ausgaben, die infolge einer Änderung des GAP-Strategieplans förderfähig werden, kommen ab dem Tag der Einreichung des Änderungsantrags bei der Kommission oder ab dem Tag der Mitteilung gemäß Artikel 119 Absatz 9 für eine Beteiligung des ELER in Betracht.

Abweichend von Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes und Absatz 4 Unterabsatz 2 des vorliegenden Artikels kann der GAP-Strategieplan für den Fall von Dringlichkeitsmaßnahmen aufgrund von Naturkatastrophen, Katastrophenereignissen oder widrigen Witterungsverhältnissen oder bei erheblichen und plötzlichen Veränderungen der sozioökonomischen Bedingungen in einem Mitgliedstaat oder in einer Region vorsehen, dass die Förderfähigkeit von aus dem ELER finanzierten Ausgaben im Zusammenhang mit Änderungen des GAP-Strategieplans ab dem Zeitpunkt beginnt, an dem das Ereignis eingetreten ist.“

25. folgender Artikel wird eingefügt:

„Artikel 96a

Höchstmittelzuweisungen für Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen

(1) Für jeden Mitgliedstaat wird der Höchstbetrag, der für Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen gemäß ***Artikel*** 78a reserviert werden kann, auf die in Anhang XV ▌ festgesetzten jährlichen Beträge begrenzt.

▌

(2) Die ELER-Gesamtausgaben für die Krisenzahlungen gemäß Artikel 78a dürfen die Summe der von den Mitgliedstaaten in ihren Finanzplänen gemäß Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe a festgelegten und von der Kommission gemäß Artikel 119 genehmigten indikativen Mittelzuweisungen für diese Interventionskategorie für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 nicht übersteigen. Diese finanzielle Obergrenze stellt eine im Unionsrecht festgesetzte finanzielle Obergrenze dar.“

▌

26. In Artikel 103 wird folgender Absatz eingefügt:

„***(6) Ungeachtet des Artikels 6 Absatz 1 und des Artikels 30 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EU) 228/2013 können sich Mitgliedstaaten mit Gebieten in äußerster Randlage im Sinne des Artikels 349 AEUV in einem Antrag auf strategische Änderung eines GAP-Strategieplans gemäß Artikel 119 der vorliegenden Verordnung dafür entscheiden, bis zu 25 % des in ihren GAP-Strategieplänen für ihre Gebiete in äußerster Randlage vorgesehenen Betrags, die Teil des Betrags sind, der ihnen gemäß Anhang XI der vorliegenden Verordnung für das Haushaltsjahr 2027 für die Entwicklung des ländlichen Raums zugewiesen wurde, zu übertragen, um ihre gemäß der Verordnung (EU) 228/2013 eingerichteten POSEI-Programme zu verstärken. Ein solcher Antrag für eine strategische Änderung muss eine Begründung für eine solche Übertragung und deren Beitrag zur Verwirklichung der spezifischen Ziele gemäß Artikel 6 Absätze 1 und 2 der vorliegenden Verordnung enthalten.***

Nimmt ein Mitgliedstaat eine Übertragung gemäß Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes vor, so gelten die entsprechenden jährlichen Höchstbeträge gemäß Artikel 30 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EU) 228/2013 für das Haushaltsjahr 2027 als um den übertragenen spezifischen Betrag erhöht, sobald die Änderung des GAP-Strategieplans von der Kommission genehmigt wurde.“

27. Artikel 111 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Absatz 1 Buchstabe e findet keine Anwendung auf ▌im Rahmen der in Artikel 55 Absatz 1 Buchstaben a und c bis g genannten Interventionskategorie im Bienenzuchtsektor, Interventionen im Rahmen der in Artikel 58 Absatz 1 Buchstaben h bis k genannten Interventionskategorie im Weinsektor, Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Qualitätsregelungen im Rahmen der in Artikel 77 genannten Interventionskategorie für Kooperation und Interventionen im Rahmen der in Artikel 78a genannten Interventionskategorie für Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen.“

▌

28. Artikel 119 erhält folgende Fassung:

„Artikel 119

Änderungen der GAP-Strategiepläne

(1) Die Mitgliedstaaten können ihre GAP-Strategiepläne ändern. Dies erfolgt indem sie Anträge auf strategische Änderungen gemäß Absatz 2 einreichen oder die Änderung gemäß Absatz 9 mitteilen.

(2) Anträge auf strategische Änderungen ihrer GAP-Strategiepläne werden der Kommission übermittelt. Folgende Änderungen der GAP-Strategiepläne bezeichnen strategische Änderungen:

a) Änderungen zur Einführung neuer Interventionen oder zur Streichung von Interventionen aus den GAP-Strategieplänen;

b) Änderungen, die zu Änderungen von Etappenzielen oder Zielwerten im Rahmen der Ergebnisindikatoren führen, die in Anhang I mit ‚PR' gekennzeichnet sind;

c) Änderungen im Zusammenhang mit Artikel 17 Absatz 5, Artikel 88 Absatz 7, den Artikeln 92 bis 98 oder Artikel 103 Absätze 1, 5 ***und 6***;

d) Änderungen der Zielwerte und Finanzpläne im GAP-Strategieplan gemäß Artikel 112, einschließlich Änderungen der Beteiligung des ELER an InvestEU gemäß Artikel 81, Änderungen der Gesamtbeteiligung des ELER an jeder Interventionskategorie für den gesamten vom GAP-Strategieplan abgedeckten Zeitraum oder Änderungen der ELER-Beteiligungssätze gemäß Artikel 91.

Die Anträge auf strategische Änderungen sind ordnungsgemäß zu begründen und legen insbesondere dar, wie sich die Änderungen des GAP-Strategieplans den Erwartungen zufolge auf die Erreichung der spezifischen Ziele gemäß Artikel 6 Absätze 1 und 2 auswirken werden. Den Anträgen wird der geänderte GAP-Strategieplan, gegebenenfalls einschließlich der aktualisierten Anhänge, beigefügt.

(3) Die Kommission bewertet die Vereinbarkeit der strategischen Änderungen mit dieser Verordnung und , der Verordnung (EU) 2021/2116 sowie den auf deren Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten und ihren wirksamen Beitrag zur Erreichung der spezifischen Ziele.

(4) Die Kommission genehmigt die beantragte strategische Änderung, sofern die erforderlichen Informationen vom betroffenen Mitgliedstaat vorgelegt wurden und die strategische Änderung mit dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2021/2116 sowie mit den auf deren Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten vereinbar ist.

(5) Die Kommission übermittelt innerhalb von 30 Arbeitstagen nach Einreichung des Antrags auf strategische Änderung Bemerkungen. Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission alle notwendigen zusätzlichen Informationen zur Verfügung.

(6) Die Kommission genehmigt einen Antrag auf strategische Änderung spätestens drei Monate nach seiner Einreichung durch den Mitgliedstaat.

(7) Vorbehaltlich möglicher Ausnahmen, die in der vorliegenden Verordnung vorgesehen sind oder von der Kommission gemäß Artikel 122 festgelegt werden, kann zweimal pro Kalenderjahr ein Antrag auf strategische Änderung gestellt werden. Darüber hinaus können während des GAP-Strategieplanungszeitraums drei weitere Anträge auf strategische Änderung eingereicht werden. Dieser Absatz gilt nicht für Änderungsanträge, mit denen gemäß Artikel 118 Absatz 5 die fehlenden Elemente des GAP-Strategieplans vorgelegt werden.

Anträge auf strategische Änderung im Zusammenhang mit Artikel 17 Absatz 5, Artikel 88 Absatz 7 oder Artikel 103 Absatz 5 ***und 6*** zählen für die in Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes festgelegte Begrenzung nicht.

(8) Eine strategische Änderung im Zusammenhang mit Artikel 17 Absatz 5, Artikel 88 Absatz 7 oder Artikel 103 Absatz 1 bezüglich des EGFL wird ab dem 1. Januar des Kalenderjahres, das auf das Jahr der Genehmigung des Antrags auf strategische Änderung durch die Kommission folgt, und nach entsprechender Änderung der Zuweisungen gemäß Artikel 87 Absatz 2 wirksam.

Eine strategische Änderung im Zusammenhang mit Artikel 103 Absatz 1 ***oder 6*** bezüglich des ELER wird nach der Genehmigung des Antrags auf strategische Änderung durch die Kommission und entsprechender Änderung der Zuweisungen gemäß Artikel 89 Absatz 4 wirksam.

Eine strategische Änderung bezüglich des EGFL, mit Ausnahme der in Unterabsatz 1 genannten Änderungen, wird ab einem von dem Mitgliedstaat festzulegenden Zeitpunkt, nicht jedoch vor dem Zeitpunkt der Übermittlung des Antrags auf Änderung an die Kommission wirksam. Für die verschiedenen Elemente einer strategischen Änderung können von den Mitgliedstaaten unterschiedliche Zeitpunkte für das Inkrafttreten festgelegt werden. Könnten die betreffenden Landwirte mit der strategischen Änderung in eine ungünstigere Lage versetzt werden, als die, in der sie sich vor dieser Änderung befanden, berücksichtigen die Mitgliedstaaten bei der Bestimmung des Zeitpunkts, ab dem die Änderung wirksam wird, dass die Landwirte und die anderen Begünstigten über ausreichend Zeit verfügen müssen, um der Änderung Rechnung zu tragen. Der vorgesehene Tag des Inkrafttretens einer strategischen Änderung bezüglich des EGFL ist von dem Mitgliedstaat im Antrag auf strategische Änderung anzugeben und unterliegt gemäß Absatz 10 der Genehmigung durch die Kommission.

(9) Die Mitgliedstaaten können jederzeit andere strategischen Änderungen an ihren GAP-Strategieplänen vornehmen und umsetzen. Sie teilen der Kommission diese anderen Änderungen bis zu dem Zeitpunkt mit, zu dem sie mit ihrer Umsetzung beginnen, und nehmen sie in den geänderten GAP-Strategieplan auf, der zusammen mit dem nächsten strategischen Änderungsantrag gemäß Absatz 2 vorgelegt wird.

Werden Änderungen in Bezug auf die GLÖZ-Standards 1 und 4 vorgenommen, stellen die Mitgliedstaaten sicher und legen eine spezifische Begründung dafür vor, dass diese Änderungen die Umwelt- und Klimaziele nicht gefährden, die gegebenenfalls mit der Erhaltung von Dauergrünland oder dem Schutz von Wasserläufen vor Verschmutzung verbunden sind.

Erhebt die Kommission innerhalb von 30 Arbeitstagen nach Mitteilungsdatum keine Einwände gegen mitgeteilte Änderungen, so haben die Änderungen ab dem Tag der Mitteilung Rechtswirkung. Die Kommission erhebt Einwände gegen eine mitgeteilte Änderung, wenn sie feststellt, dass die Änderung nicht mit der vorliegenden Verordnung oder der Verordnung (EU) 2021/2116 oder den auf ihrer Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten vereinbar ist.

Die mitgeteilten Änderungen, gegen die die Kommission Einwände erhoben hat, haben keine Rechtswirkung, und der Mitgliedstaat streicht sie aus dem gemäß Unterabsatz 1 vorgelegten geänderten GAP-Strategieplan. Die Ausgaben, die sich aus diesen Änderungen ergeben, kommen für eine Beteiligung des ELER oder des EGFL nicht in Betracht. Der Mitgliedstaat kann diese Änderungen der Kommission in einem Antrag auf strategische Änderung gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels zur Genehmigung vorlegen. Die Vorschriften für die Genehmigung strategischer Änderungen gemäß den Absätzen 2 bis 8, 10 und 11 des vorliegenden Artikels gelten sinngemäß für die Genehmigung von Änderungen, gegen die die Kommission gemäß Unterabsatz 2 Einwände erhoben hat. Artikel 121 gilt entsprechend für ein Tätigwerden der Kommission gemäß dem vorliegenden Absatz.

(10) Jede strategische Änderung wird von der Kommission im Wege eines Durchführungsbeschlusses ohne Anwendung des in Artikel 153 genannten Ausschussverfahrens genehmigt.

(11) Unbeschadet des Artikels 86 haben strategische Änderungen erst nach ihrer Genehmigung durch die Kommission Rechtswirkung.

(12) Berichtigungen von Tippfehlern oder von offensichtlichen Irrtümern oder solche von rein redaktioneller Art, die sich nicht auf die Umsetzung der Politik und der Intervention auswirken, gelten nicht als Antrag auf Änderung oder als Mitteilung gemäß dem vorliegenden Artikel. Die Mitgliedstaaten setzen die Kommission von solchen Berichtigungen in Kenntnis.“

29. Artikel 120 wird gestrichen.

30. Artikel 122 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) die Verfahren und Fristen für die Einreichung von Anträgen auf strategische Änderung der GAP-Strategiepläne und Mitteilungen von Änderungen der GAP-Strategiepläne;“

31. Artikel 124 Absatz 4 Buchstabe d erhält folgende Fassung:

„d) etwaigen Vorschlägen der Verwaltungsbehörde für Änderung des GAP-Strategieplans und – in Bezug auf einen Vorschlag zur Änderung eines GAP-Strategieplans bezüglich des EGFL – dem Zeitpunkt, ab dem die von der Verwaltungsbehörde gemäß Artikel 119 Absatz 8 vorgeschlagene Änderung wirksam wird.“

32. Artikel 134 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Der jährliche Leistungsbericht ist nur zulässig, wenn er alle in den Absätzen 4, 5, 7 und 10 vorgeschriebenen Informationen enthält. Die Kommission informiert die betreffenden Mitgliedstaaten binnen 15 Arbeitstagen ab der Vorlage des jährlichen Leistungsberichts, falls der Bericht als unzulässig eingestuft wurde; andernfalls gilt er als zulässig.“

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Zu den in Absatz 4 genannten quantitativen Informationen gehören

a) die bis zum Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres erzielten Outputs;

b) die Bruttoausgaben am Ende des Haushaltsjahres mit Relevanz für die Outputs gemäß Buchstabe a des vorliegenden Unterabsatzes vor Anwendung von Sanktionen oder anderen Kürzungen – im Fall des ELER unter Berücksichtigung der Neuzuweisung gestrichener oder eingezogener Mittel gemäß Artikel 57 der Verordnung (EU) 2021/2116;

c) das Verhältnis zwischen den Bruttoausgaben gemäß Buchstabe b des vorliegenden Unterabsatzes und den einschlägigen erzielten Outputs gemäß Buchstabe a des vorliegenden Unterabsatzes (‚erzielter Einheitsbetrag‘);

d) Ergebnisse und Abstand zu den entsprechenden Etappenzielen gemäß Artikel 109 Absatz 1 Buchstabe a.

Die in Unterabsatz 1 Buchstaben a, b und c des vorliegenden Absatzes genannten Informationen werden nach Einheitsbetrag aufgeschlüsselt, wie im GAP-Strategieplan gemäß Artikel 111 Buchstabe h angegeben. Für in Anhang I festgelegte Outputindikatoren, die nur zur Überwachung verwendet werden, werden nur die Informationen gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a des vorliegenden Absatzes aufgenommen.“

c) Absatz 6 wird gestrichen.

d) Absatz 7 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) etwaige die Leistung des GAP-Strategieplans beeinträchtigende Probleme, insbesondere in Bezug auf Abweichungen von den Etappenzielen – unter Angabe der Begründungen gemäß Artikel 135 oder gegebenenfalls unter Angabe der Gründe dafür – sowie gegebenenfalls eine Beschreibung der ergriffenen Maßnahmen.“

e) Die Absätze 8 und 9 werden gestrichen.

f) Absatz 10 Unterabsatz 2 wird gestrichen.

g) Absatz 13 erhält folgende Fassung:

„(13) Die Kommission kann innerhalb eines Monats nach dem Tag, an dem die Kommission die Mitgliedstaaten über die Zulässigkeit unterrichtet, Bemerkungen zu den zulässigen jährlichen Leistungsberichten abgeben. Äußert sich die Kommission nicht innerhalb dieser Frist, so gelten die Berichte als angenommen. Artikel 121 gilt entsprechend.“

▌

33. In Artikel 155 Absatz 3 erhält der einleitende Teil folgende Fassung:

„Mit rechtlichen Verpflichtungen gegenüber Begünstigten im Zusammenhang stehende Ausgaben, die im Rahmen der mehrjährigen Maßnahmen gemäß den Artikeln 22, 28, 29, 33 und 34 der Verordnung (EU) 1305/2013 entstehen, oder die Maßnahme gemäß Artikel 31 der genannten Verordnung können im Zeitraum des GAP-Strategieplans für eine ELER-Beteiligung in Betracht kommen, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:“

34. Artikel 159 wird gestrichen.

35. Die Anhänge I ▌, II und III werden gemäß Anhang I der vorliegenden Verordnung geändert.

36. Der Wortlaut von Anhang II der vorliegenden Verordnung wird als Anhang XV angefügt.

Artikel 2

Änderungen der Verordnung (EU) 2021/2116

Die Verordnung (EU) 2021/2116 wird wie folgt geändert:

1. 1. Artikel 9 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) den jährlichen Leistungsbericht gemäß Artikel 134 der Verordnung (EU) 2021/2115, aus dem hervorgeht, dass die Ausgaben im Einklang mit Artikel 37 der vorliegenden Verordnung getätigt wurden;“

2. Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) Vorlage des jährlichen Leistungsberichts bei der Kommission gemäß Artikel 134 der Verordnung (EU) 2021/2115;“

3. Artikel 12 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) die Berichterstattung über die Outputindikatoren und die Berichterstattung über die Ergebnisindikatoren für die mehrjährige Leistungsüberwachung gemäß Artikel 128 der Verordnung (EU) 2021/2115 zum Nachweis, dass Artikel 37 der vorliegenden Verordnung eingehalten wurde, korrekt ist;“

4. Artikel 21erhält folgende Fassung:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

„(1) Unbeschadet der Artikel 53 und 55 leistet die Kommission die monatlichen Zahlungen für die Ausgaben, die die zugelassenen Zahlstellen der Mitgliedstaaten im Laufe des Referenzmonats getätigt haben.“

b) In Absatz 2 wird folgender Unterabsatz eingefügt:

„Können jedoch Ausgaben gemäß Artikel 86 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 der Kommission in dem betreffenden Monat nicht geltend gemacht werden, weil die Kommission eine Änderung des GAP-Strategieplans gemäß Artikel 119 Absatz 10 der genannten Verordnung noch nicht genehmigt hat, so können in den folgenden Monaten desselben Haushaltsjahres oder spätestens in den Jahresrechnungen dieses Haushaltsjahres, die der Kommission gemäß Artikel 90 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer iii der vorliegenden Verordnung zu übermitteln sind, geltend gemacht werden.“

5. Artikel 32 Absatz 8 erhält folgende Fassung:

„(8) Unbeschadet der Artikel 53 und 55 leistet die Kommission die Zwischenzahlungen innerhalb von 45 Tagen ab Registrierung einer Ausgabenerklärung, die die Anforderungen gemäß Absatz 6 erfüllt.“

6. Artikel 40 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird gestrichen.

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Diese Durchführungsrechtsakte gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels werden gemäß dem in Artikel 103 Absatz 2 genannten Beratungsverfahren erlassen.

Vor Erlass der Durchführungsrechtsakte gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels unterrichtet die Kommission den betreffenden Mitgliedstaat von ihrer Absicht und gibt ihm Gelegenheit, innerhalb einer Frist, die nicht weniger als 30 Tage betragen darf, Stellung zu nehmen.“

7. Artikel 44 Absatz 2 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Abweichend von Unterabsatz 1 können die Mitgliedstaaten

a) vor dem 1. Dezember, jedoch frühestens ab dem 16. Oktober Vorschusszahlungen in Höhe von bis zu 70 % für Interventionen in Form von Direktzahlungen sowie für die Maßnahmen gemäß Kapitel IV der Verordnung (EU) 228/2013 bzw. Kapitel IV der Verordnung (EU) 229/2013 leisten;

b) vor dem 1. Dezember Vorschusszahlungen in Höhe von bis zu 85 % für die Unterstützung im Rahmen von Interventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß Artikel 65 Absatz 2 der vorliegenden Verordnung leisten.“

8. Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) für Ausgaben im Rahmen sowohl des EGFL als auch des ELER die Beträge gemäß den Artikeln 38 und 55 der vorliegenden Verordnung und Artikel 54 der Verordnung (EU) 1306/2013, der gemäß Artikel 104 der vorliegenden Verordnung anwendbar ist, und für Ausgaben im Rahmen des EGFL die Beträge gemäß den Artikeln 53 und 56 der vorliegenden Verordnung, die dem Unionshaushalt zuzuführen sind, einschließlich Zinsen;“

9. Artikel 53 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Diese Durchführungsrechtsakte beziehen sich auf die Vollständigkeit, Genauigkeit und sachliche Richtigkeit der vorgelegten Jahresrechnungen und erfolgen unbeschadet des Inhalts der zu einem späteren Zeitpunkt gemäß Artikel 55 erlassenen Durchführungsrechtsakte.“

10. Artikel 54 wird gestrichen.

11. In Artikel 57 wird folgender Absatz eingefügt:

„(3) Die Finanzinstrumente einsetzenden Stellen erstatten den Mitgliedstaaten die von den Unregelmäßigkeiten betroffenen Programmbeiträge zurück, einschließlich Zinsen und etwaiger sonstiger mit diesen Beiträgen erwirtschafteter Erträge.

Abweichend von Absatz 1 erstatten die Finanzinstrumente einsetzenden Stellen den Mitgliedstaaten die in Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes genannten Beträge nicht zurück, sofern diese Stellen für eine bestimmte Unregelmäßigkeit nachweisen, dass alle folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Unregelmäßigkeit ist auf Ebene der Endempfänger oder, bei einem Holdingfonds, auf Ebene der die spezifischen Fonds einsetzenden Stellen oder der Endempfänger aufgetreten;

b) die Finanzinstrumente einsetzenden Stellen sind ihren Verpflichtungen in Bezug auf die von der Unregelmäßigkeit betroffenen Programmbeiträge im Einklang mit dem anwendbaren Recht nachgekommen und sind so professionell, transparent und sorgfältig vorgegangen wie von einer fachkundigen Stelle mit Erfahrung beim Einsatz von Finanzinstrumenten erwartet sowie

c) die von der Unregelmäßigkeit betroffenen Beträge konnten nicht eingezogen werden, obwohl die Finanzinstrumente einsetzenden Stellen mit gebührender Sorgfalt alle einschlägigen Maßnahmen vertraglicher und rechtlicher Art ergriffen haben."

12. In Artikel 60 wird folgender Unterabsatz eingefügt:

„Wurde ein Begünstigter für eine Vor-Ort-Kontrolle eines Beihilfeantrags, eines Zahlungsantrags oder der Einhaltung der Vorschriften für die Konditionalität gemäß Artikel 83 ausgewählt, so wählen die Mitgliedstaaten diesen Begünstigten im Rahmen des Möglichen und unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken nicht für eine anschließende Kontrolle und Kontrollstichprobe für das betreffende Jahr aus, es sei denn, die Umstände erfordern eine weitere Kontrolle, um einen wirksamen Schutz der finanziellen Interessen der Union zu gewährleisten. Durch diese Bestimmung wird der Umfang der Kontrollen nicht verringert."

13. Artikel 67 Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten erfassen und verwahren alle Daten und Unterlagen über die jährlichen Outputs, die im Rahmen der gemeldeten Fortschritte bei der Umsetzung der Zielwerte, die im GAP-Strategieplan festgelegt sind und der Überwachung gemäß Artikel 128 der Verordnung (EU) 2021/2115 unterliegen, gemeldet werden."

14. Artikel 68 Absatz 3 wird gestrichen.

15. Artikel 69 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 6 wird gestrichen;

b) der folgende Absatz wird angefügt:

„(7) Die Mitgliedstaaten ermöglichen es den Begünstigten, den Beschluss gemäß Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 nicht anzuwenden. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Begünstigte, die sich gegen eine Anwendung entscheiden, dies spätestens in dem Antragsjahr tun, in dem dieser Beschluss umgesetzt wird.

Hat ein Mitgliedstaat den Beschluss gemäß Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 gefasst, so stellt er sicher, dass Begünstigte, die bereits einen Antrag gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels gestellt haben, ihren Antrag ändern bzw. ganz oder teilweise zurückziehen können: Wenn Mitgliedstaaten nicht sicherstellen, dass dies möglich ist, dürfen gegen die Begünstigten infolge dieses Beschlusses keine Sanktionen verhängt werden."

16. Artikel 70 Absatz 2 wird gestrichen.

17. Folgender Artikel wird eingefügt:

„Artikel 70a

Bewertung der Qualität des Systems zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen, des geodatenbasierten Antragssystems und des Flächenüberwachungssystems

Die Mitgliedstaaten bewerten jährlich gemäß der auf Unionsebene festgelegten Methodik die Qualität der Elemente gemäß den Artikeln 68, 69 und 70. Werden bei der Bewertung Mängel in den Systemen festgestellt, ergreift der betroffene Mitgliedstaat geeignete Abhilfemaßnahmen, oder die Kommission fordert andernfalls diesen Mitgliedstaat auf, einen Aktionsplan gemäß Artikel 42 zu erstellen.

Im Anschluss an die Bewertung gemäß Absatz 1 übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission bis zum 15. Februar, der auf das betreffende Kalenderjahr folgt, einen Bewertungsbericht und gegebenenfalls die Abhilfemaßnahmen und den Zeitplan für deren Umsetzung.“

18. Artikel 72 erhält folgende Fassung:

„Artikel 72

Kontroll- und Sanktionssystem

Die Mitgliedstaaten richten gemäß Artikel 66 Absatz 1 Buchstabe e ein Kontroll- und Sanktionssystem ein. Die Mitgliedstaaten prüfen jährlich über die Zahlstellen oder die von ihnen zum Tätigwerden in ihrem Namen ermächtigten Einrichtungen im Wege von Verwaltungskontrollen die Beihilfe- und Zahlungsanträge im Hinblick auf die Recht- und Ordnungsmäßigkeit gemäß Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a. Diese Kontrollen müssen um Vor-Ort-Kontrollen ergänzt werden, die mittels Technologie aus der Ferne durchgeführt werden können.

Die Mitgliedstaaten können jedoch beschließen, keine Kontrollen vor Ort durchzuführen, wenn die Fördervoraussetzungen für Interventionen im Rahmen des Flächenüberwachungssystems gemäß Artikel 70 überwacht werden.“

19. Artikel 74 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Vorschriften für die in Artikel 70a genannte Qualitätsbewertung;“

20. Artikel 75 erhält folgende Fassung:

„Artikel 75

Durchführungsbefugnisse im Zusammenhang mit den Artikeln 68 bis 70a

Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte erlassen mit Vorschriften für

a) Form und Inhalt folgender Unterlagen sowie Einzelheiten dazu, wie diese der Kommission zu übermitteln oder zur Verfügung zu stellen sind:

i) die in Artikel 70a genannten Berichte über die Bewertung ;

ii) die in Artikel 70a genannten Abhilfemaßnahmen;

b) grundlegende Merkmale und Vorschriften für das System für Beihilfeanträge nach Artikel 69 und das Flächenüberwachungssystem gemäß Artikel 70, einschließlich der Parameter für die schrittweise Erhöhung der Anzahl von Interventionen beim Flächenüberwachungssystem.

Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 103 Absatz 3 genannten Prüfverfahren erlassen.“

21. Artikel 83 wird wie folgt geändert:

▌

a) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(1a) Abweichend von Absatz 1 des vorliegenden Artikels gilt das System zur Kontrolle der Konditionalität nicht für Begünstigte von Zahlungen gemäß Artikel 28 der Verordnung (EU) 2021/2115.“

b) ***Absatz 2*** erhält folgende Fassung:

„(2) Die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels aufgeführten Begünstigten sind von Kontrollen im Rahmen des gemäß dem genannten Absatz eingeführten Systems ausgenommen, wenn die im geodatenbasierten Antrag gemäß Artikel 69 Absatz 1 angegebene Fläche, die für die Zahlungen und die Unterstützung gemäß dem genannten Absatz in Betracht kommt, 10 Hektar nicht überschreitet.“

c) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(2a) Landwirte mit einer gemäß Artikel 69 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung gemeldeten landwirtschaftlichen Fläche, die 30 Hektar nicht überschreitet, sind von Kontrollen nach den Anforderungen des GLÖZ-Standards 7 entsprechend der Festlegung in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 im Rahmen eines gemäß Absatz 1 dieses Artikels eingeführten Systems ausgenommen.“

d) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Mitgliedstaaten können ihre bestehenden Kontrollsysteme und Verwaltungsstrukturen nutzen, um die Einhaltung der Vorschriften für die Konditionalität sicherzustellen.

Diese Systeme müssen mit den in Absatz 1 genannten Kontrollsystemen kompatibel sein.“

e) Absatz 4 wird gestrichen.

f) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

i) Die Einleitung erhält folgende Fassung:

„(6) Um ihre Kontrollpflichten gemäß den Absätzen 1 und 3 zu erfüllen,“

ii) Buchstabe d erhält folgende Fassung:

„d) legen die Mitgliedstaaten die Kontrollstichprobe für die gemäß Buchstabe a des vorliegenden Absatzes jährlich durchzuführenden Vor-Ort-Kontrollen auf der Grundlage einer jährlichen Risikoanalyse fest, die eine Zufallskomponente mit einbezieht und mindestens 1 % der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Begünstigten umfasst; wählen sie gemäß Artikel 60 Absatz 1 Unterabsatz 3 einen Begünstigten nicht für eine Kontrolle oder eine Kontrollstichprobe aus, so stellen sie sicher, dass der Mindestkontrollsatz eingehalten wird;“

22. Artikel 84 wird wie folgt geändert:

a) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(1a) Abweichend von Absatz 1 gilt die Regelung für Verwaltungssanktionen im Bereich der Konditionalität nicht für Begünstigte von Zahlungen gemäß Artikel 28 der Verordnung (EU) 2021/2115.“

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die in Artikel 83 Absatz 1 aufgeführten Begünstigten sind von den Sanktionen gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels ausgenommen, wenn die im geodatenbasierten Antrag gemäß Artikel 69 Absatz 1 angegebene Fläche, die für die Zahlungen und die Unterstützung gemäß Artikel 83 Absatz 1 in Betracht kommt, 10 Hektar nicht überschreitet.“

c) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(5) Landwirte mit einer gemäß Artikel 69 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung gemeldeten landwirtschaftlichen Fläche, die 30 Hektar nicht überschreitet, sind von den in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Sanktionen in Bezug auf die Nichteinhaltung der Anforderungen des GLÖZ-Standards 7 entsprechend der Festlegung in Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 gemäß der Absätze 1, 2 und 3 dieses Artikels und Artikel 85 der vorliegenden Verordnung ausgenommen.“

23. Artikel 102 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„(2) Die Befugnis zum Erlass der delegierten Rechtsakte gemäß Artikel 11 Absatz 1, Artikel 17 Absatz 5, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 38 Absatz 2, Artikel 40 Absatz 3, Artikel 41 Absatz 3, Artikel 44 Absätze 4 und 5, Artikel 47 Absatz 1, Artikel 52 Absatz 1, Artikel 55 Absatz 6, Artikel 60 Absatz 3, Artikel 64 Absatz 3, Artikel 74, Artikel 76 Absatz 2, Artikel 85 Absatz 7, Artikel 89 Absatz 2, Artikel 94 Absätze 5 und 6, Artikel 95 Absatz 2 und Artikel 105 wird der Kommission für einen Zeitraum von sieben Jahren ab dem 7. Dezember 2021 übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von sieben Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.

(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 11 Absatz 1, Artikel 17 Absatz 5, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 38 Absatz 2, Artikel 40 Absatz 3, Artikel 41 Absatz 3, Artikel 44 Absätze 4 und 5, Artikel 47 Absatz 1, Artikel 52 Absatz 1, Artikel 55 Absatz 6, Artikel 60 Absatz 3, Artikel 64 Absatz 3, Artikel 74, Artikel 76 Absatz 2, Artikel 85 Absatz 7, Artikel 89 Absatz 2, Artikel 94 Absätze 5 und 6, Artikel 95 Absatz 2 und Artikel 105 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.“

b) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 11 Absatz 1, Artikel 17 Absatz 5, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 38 Absatz 2, Artikel 40 Absatz 3, Artikel 41 Absatz 3, Artikel 44 Absätze 4 und 5, Artikel 47 Absatz 1, Artikel 52 Absatz 1, Artikel 55 Absatz 6, Artikel 60 Absatz 3, Artikel 64 Absatz 3, Artikel 74, Artikel 76 Absatz 2, Artikel 85 Absatz 7, Artikel 89 Absatz 2, Artikel 94 Absätze 5 und 6, Artikel 95 Absatz 2 und Artikel 105 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.“

24. Artikel 103 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Für die Zwecke der Artikel 11, 12, 17, 18, 23, 26, 32, 39 bis 44, 47, 51 bis 53, 55, 58, 59, 60, 64, 75, 82, 92, 95 und 100 wird die Kommission hinsichtlich der Fragen, welche Interventionen in Form von Direktzahlungen, Interventionen in bestimmten Sektoren, Interventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums und die gemeinsame Organisation der Märkte betreffen, vom Ausschuss für die Agrarfonds, dem mit der Verordnung (EU) 2021/2115 eingerichteten Ausschuss für die Gemeinsame Agrarpolitik und dem mit der Verordnung (EU) 1308/2013 eingerichteten Ausschuss für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte unterstützt.“

Artikel 3

Übergangsbestimmungen und -maßnahmen

(1) Die Genehmigung von Anträgen auf Änderung von GAP-Strategieplänen, die der Kommission vor Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung vorgelegt werden, unterliegt Artikel 119 der Verordnung (EU) 2021/2115 in der zum Zeitpunkt der Einreichung dieser Anträge geltenden Fassung.

(2) Änderungen von GAP-Strategieplänen, die der Kommission gemäß Artikel 119 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2021/2115 mitgeteilt, aber nicht vor Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung von der Kommission genehmigt werden, werden in den nächsten Antrag auf strategische Änderung des GAP-Strategieplans aufgenommen, der gemäß Artikel 119 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 in der durch die vorliegende Verordnung geänderten Fassung vorgelegt wird.

(3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 102 der Verordnung (EU) 2021/2116 delegierte Rechtsakte zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 zu erlassen, um der mit der vorliegenden Verordnung vorgenommenen Streichung von Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 Rechnung zu tragen.

(4) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte zur Aktualisierung der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128, um der mit der vorliegenden Verordnung vorgenommenen Streichung von Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 Rechnung zu tragen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 103 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/2116 genannten Prüfverfahren erlassen.

Artikel 4

Inkrafttreten und Anwendbarkeit

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel ***1*** Nummer ***32 und Artikel 2 Nummern 1, 2, 3, 4 Buchstabe a, 5, 6, 8, 9, 10, 13, 23 und 24*** gelten für das ***Agrar-Haushaltsjahr*** 2025 und alle folgenden Agrar-Haushaltsjahre.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ... am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident*

ANHANG I

1. In Anhang I der Verordnung (EU) 2021/2115 erhält die Tabelle „Jährlicher Leistungsabschluss – OUTPUT (O = OUTPUT) – Interventionskategorien und dazugehörige Outputindikatoren“ folgende Fassung:

„Überwachung – OUTPUT

Interventionskategorien und dazugehörige Outputindikatoren*

Interventionskategorie(n)	Outputindikatoren
Zusammenarbeit (Artikel 77)	O.1 Anzahl der Projekte operationeller Gruppen im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP)
Wissensaustausch und Verbreitung von Informationen (Artikel 78)	O.2 Anzahl der Beratungsmaßnahmen oder -einheiten für innovationsbezogene Unterstützung bezüglich der Ausarbeitung oder Durchführung von Projekten operationeller Gruppen im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP)
Horizontaler Indikator	O.3 Anzahl der Begünstigten der GAP-Unterstützung
Einkommensgrundstützung (Artikel 21)	O.4 Anzahl der Hektar für Einkommensgrundstützung
Zahlungen an Kleinerzeuger (Artikel 28)	O.5 Anzahl der Begünstigten oder der Hektar für Zahlungen an Kleinerzeuger
Ergänzende Einkommensstützung für Junglandwirte (Artikel 30)	O.6 Anzahl der Hektar, für die ergänzende Einkommensstützung für Junglandwirte gezahlt wird

Umverteilungseinkommensstützung (Artikel 29)	O.7 Anzahl der Hektar für Umverteilungseinkommensstützung
Öko-Regelungen (Artikel 31)	O.8 Anzahl der Hektar***,*** Großvieheinheiten ***oder Bienenstöcke*** für Öko-Regelungen
Risikomanagementinstrumente (Artikel 76)	O.9 Anzahl der Einheiten, die unter unterstützte Risikomanagementinstrumente der GAP fallen
▌	▌
Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen (Artikel 78a)	O***.9a*** Anzahl der Landwirte, die Krisenzahlungen nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen erhalten
Gekoppelte Einkommensstützung (Artikel 32)	O.10 Anzahl der Hektar, für die gekoppelte Einkommensstützung gezahlt wird
	O.11 Anzahl der Tiere, die gekoppelte Einkommensstützung erhalten
Naturbedingte oder andere gebietsspezifische Benachteiligungen (Artikel 71)	O.12 Anzahl der Hektar, für die Unterstützung für Gebiete mit naturbedingten oder anderen spezifischen Benachteiligungen gewährt wird, einschließlich einer Aufschlüsselung nach Art des Gebiets

Gebietsspezifische Benachteiligungen, die sich aus bestimmten verpflichtenden Anforderungen ergeben (Artikel 72)	O.13 Anzahl der Hektar, für die im Rahmen von Natura 2000 oder der Richtlinie 2000/60/EG Unterstützung gewährt wird
Umwelt-, Klima- und andere Bewirtschaftungsverpflichtungen (Artikel 70)	O.14 Anzahl der (nicht forstwirtschaftlich genutzten) Hektar oder sonstigen Einheiten, für die über die verpflichtenden Anforderungen hinausgehende Umwelt- oder Klimaverpflichtungen bestehen
	O.15 Anzahl der (forstwirtschaftlich genutzten) Hektar oder sonstigen Einheiten, für die über die verpflichtenden Anforderungen hinausgehende Umwelt- oder Klimaverpflichtungen bestehen
	O.16 Anzahl der Hektar oder sonstigen Einheiten, für die Erhaltungsverpflichtungen bezüglich Aufforstung und Agrarforstwirtschaft bestehen
	O.17 Anzahl der Hektar oder sonstigen Einheiten, für die eine Unterstützung für den ökologischen/biologischen Landbau gewährt wird
	O.18 Anzahl der Großvieheinheiten, für die Unterstützung für Tierwohl, Tiergesundheit oder verstärkte Biosicherheitsmaßnahmen gewährt wird
	O.19 Anzahl der Vorhaben oder Einheiten zur Unterstützung genetischer Ressourcen

Investitionen (Artikel 73 und 74)	O.20 Anzahl unterstützter produktiver Investitionsvorhaben oder -einheiten innerhalb landwirtschaftlicher Betriebe
	O.21 Anzahl unterstützter nichtproduktiver Investitionsvorhaben oder -einheiten innerhalb landwirtschaftlicher Betriebe
	O.22 Anzahl unterstützter Infrastrukturinvestitionsvorhaben oder -einheiten
	O.23 Anzahl unterstützter nichtproduktiver Investitionsvorhaben oder -einheiten außerhalb landwirtschaftlicher Betriebe
	O.24 Anzahl unterstützter produktiver Investitionsvorhaben oder -einheiten außerhalb landwirtschaftlicher Betriebe
Niederlassung von Junglandwirten, neuen Landwirten, Existenzgründungen im ländlichen Raum ***und*** Unternehmensentwicklung von Kleinerzeugern (Artikel 75)	
	O.25 Anzahl der Junglandwirte, die Unterstützung für die Niederlassung erhalten
	O.26 Anzahl neuer Landwirte (ausgenommen unter O.25 gemeldete Junglandwirte), die Unterstützung für die Niederlassung erhalten
	O.27 Anzahl der Unternehmen im ländlichen Raum, die Unterstützung für eine Existenzgründung erhalten
	O.27a Anzahl der Kleinerzeuger, die Unterstützung für die Unternehmensentwicklung erhalten

Zusammenarbeit (Artikel 77)	O.28 Anzahl unterstützter Erzeugergruppierungen und -organisationen
	O.29 Anzahl der Begünstigten, die Unterstützung für die Teilnahme an offiziellen Qualitätsregelungen erhalten
	O.30 Anzahl unterstützter Vorhaben oder Einheiten für den Generationswechsel (ausgenommen Unterstützung für die Niederlassung)
	O.31 Anzahl unterstützter Strategien für lokale Entwicklung (LEADER) oder vorbereitender Maßnahmen
	O.32 Anzahl unterstützter anderer Vorhaben oder Einheiten der Zusammenarbeit (ausgenommen unter O.1 gemeldete EIP)
Wissensaustausch und Verbreitung von Informationen (Artikel 78)	O.33 Anzahl unterstützter Schulungs-, Beratungs- und Sensibilisierungmaßnahmen oder -einheiten
Horizontaler Indikator	O.34 Anzahl der Hektar, auf denen ökologische Verfahren angewendet werden (zusammenfassender Indikator für die tatsächliche Fläche, die der Konditionalität, Öko-Regelungen, land- und forstwirtschaftlichen Umwelt- und Klimabewirtschaftungsverpflichtungen unterliegt)
Interventionskategorien in bestimmten Sektoren (Artikel 47)	O.35 Anzahl unterstützter operationeller Programme
▌	▌
Interventionskategorien im Weinsektor (Artikel 58)	O.***36*** Anzahl der im Weinsektor unterstützten Maßnahmen oder Einheiten
Interventionskategorien im Bienenzuchtsektor (Artikel 55)	O.***37*** Anzahl der Maßnahmen oder Einheiten zur Erhaltung oder Verbesserung der Bienenzucht

---

* Jährlich übermittelte Daten über die gemeldeten Ausgaben.“

2. in Anhang II der Verordnung (EU) 2021/2115 wird in der Tabelle „INTERNE STÜTZUNG IM RAHMEN DER WTO GEMÄß ARTIKEL 10“

▌

folgender Eintrag eingefügt:

„Krisenzahlungen an Landwirte nach Naturkatastrophen, widrigen Witterungsverhältnissen oder Katastrophenereignissen	Artikel 78a	8’

3. Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 wird wie folgt geändert:

a) a) Der Eintrag „GLÖZ 1“ erhält folgende Fassung:

„GLÖZ 1	Erhaltung von Dauergrünland ausgehend von dem Verhältnis von Dauergrünland zur landwirtschaftlichen Fläche auf Ebene des Landes, der Region, der Teilregion, der Gruppe von Betrieben oder des Betriebs gegenüber dem Referenzjahr 2018. Die maximale Verringerung gegenüber dem Referenzjahr beträgt 10 %.	Allgemeine Bestimmung zum Schutz gegen die Umwandlung in andere landwirtschaftliche Nutzungen, um den Kohlenstoffbestand zu erhalten.“

b) Der Eintrag „GLÖZ 4“ erhält folgende Fassung:

GLÖZ 4	Schaffung von Pufferstreifen entlang von Wasserläufen*	Schutz von Wasserläufen vor Verunreinigung und Abfluss

---

* Für die Pufferstreifen entlang von Wasserläufen gemäß diesem GLÖZ-Standard gilt grundsätzlich und im Einklang mit dem Unionsrecht, dass sie eine Mindestbreite von 3 Metern haben müssen und darin auf den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln zu verzichten ist.

Auf Flächen mit einem erheblichen Umfang an Ent- und Bewässerungsgräben können die Mitgliedstaaten, sofern dies für diese Gebiete entsprechend begründet ist, die Mindestbreite gemäß den spezifischen örtlichen Umständen anpassen.

Die Mitgliedstaaten können für die Zwecke dieses GLÖZ-Standards die in den nationalen Rechtsvorschriften festgelegte Definition von Wasserläufen verwenden, sofern diese Definition mit dem Hauptziel dieses GLÖZ-Standards im Einklang steht.“

c) in der Fußnote zum Eintrag „GLÖZ 7“ wird der letzte Satz gestrichen.

ANHANG II

„Anhang XV

HÖCHSTBETRAG PRO MITGLIEDSTAAT, DER FÜR KRISENZAHLUNGEN AN LANDWIRTE RESERVIERT WERDEN KANN gemäß Artikel 96a Absatz 1

Mitgliedstaat	Haushaltsjahr 2026	Haushaltsjahr 2027
Belgien	17 331 805	17 331 805
Bulgarien	33 153 681	33 412 568
Tschechien	33 122 850	33 122 850
Dänemark	28 149 040	28 149 040
Deutschland	180 241 656	180 241 656
Estland	8 705 240	8 791 062
Irland	44 937 679	44 937 679
Griechenland	73 458 409	73 458 409
Spanien	177 305 135	177 524 124

Frankreich	261 562 218	261 394 218
Kroatien	20 162 329	20 162 329
Italien	149 173 516	149 173 516
Zypern	2 142 542	2 142 542
Lettland	14 276 793	14 429 368
Litauen	23 989 755	24 246 239
Luxemburg	1 351 754	1 351 754
Ungarn	49 801 629	49 801 629
Malta	737 356	737 356
Niederlande	23 719 521	23 719 521
Österreich	35 928 198	35 928 198
Polen	134 243 576	135 179 090
Portugal	35 146 807	35 410 328
Rumänien	89 072 611	89 899 353

Slowenien	7 251 007	7 251 007
Slowakei	20 090 491	20 146 020
Finnland	26 326 118	26 380 675
Schweden	26 954 340	26 961 185’.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0322

Bereitstellung einer Makrofinanzhilfe für Jordanien

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien (COM(2025)0456 – C10-0186/2025 – 2025/0251(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0456),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 212 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0186/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 10. Dezember 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf Artikel 60 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für internationalen Handel (A10-0245/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P10_TC1-COD(2025)0251

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16. Dezember 2025 im Hinblick auf den Erlass des Beschlusses (EU) 2025/... des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 212 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[1],

[1] Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Beziehungen zwischen der Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (im Folgenden „Jordanien“) entwickeln sich im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Am 24. November 1997 unterzeichneten die Union und Jordanien das Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits[2] (im Folgenden „Assoziierungsabkommen“), das am 1. Mai 2002 in Kraft trat. Im Rahmen des Assoziierungsabkommens errichteten die Union und Jordanien innerhalb einer Übergangszeit von zwölf Jahren schrittweise eine Freihandelszone. Daneben ist 2007 ein Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien mit Maßnahmen zur gegenseitigen Liberalisierung des Handels, zur Änderung des Assoziationsabkommens EG-Jordanien und zur Ersetzung der Anhänge I, II, III und IV des Assoziationsabkommens sowie der Protokolle Nr. 1 und 2 zu dem Assoziationsabkommen [3] in Kraft getreten. Im Jahr 2010 wurde ein fortgeschrittener Status der Partnerschaft zwischen der Union und Jordanien und damit eine Ausweitung der Kooperationsbereiche vereinbart. Ein Protokoll zwischen der Europäischen Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits[4] betreffen, wurde im Dezember 2009 paraphiert und ist am 1. Juli 2011 in Kraft getreten. Der bilaterale politische Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden im Rahmen des Assoziierungsabkommens, der für den Zeitraum 2022-2027 angenommenen Partnerschaftsprioritäten EU-Jordanien und der im Januar 2025 unterzeichneten strategischen und umfassenden Partnerschaft weiter ausgebaut.

---

2 ABl. L 129 vom 15.5.2002, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2002/357(1)/oj.

3 ABl. L 41 vom 13.2.2006, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2006/67/oj.

4 ABl. L 177 vom 6.7.2011, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/prot/2011/398/oj.

(2) Seit 2011 hat Jordanien eine Reihe politischer Reformen angestoßen, um die parlamentarische Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken. So wurden ein Verfassungsgericht und eine unabhängige Wahlkommission eingesetzt und eine Reihe wichtiger Gesetze, insbesondere das Wahlgesetz und das Parteiengesetz sowie Gesetze über Dezentralisierung und Gemeinden, vom jordanischen Parlament angenommen. Außerdem wurden gesetzgeberische Verbesserungen bei der Unabhängigkeit der Justiz und die Rechte der Frauen beschlossen.

(3) Die anhaltende Instabilität in der Region, insbesondere die Konflikte in Syrien sowie in Israel/dem Gazastreifen und die instabile Sicherheitslage im Gebiet des Roten Meeres haben die jordanische Wirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen. Diese Instabilität hat die Unsicherheit weiter erhöht, das Vertrauen der Investoren geschwächt, Handelsrouten unterbrochen und dem Tourismus geschadet. All dies stellt neben den anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, den globalen Preisschocks seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine und den durch die angezogenen globalen Finanzierungsbedingungen verursachten höheren Fremdkapitalkosten eine zusätzliche Herausforderung dar. Eine weitere Herausforderung für Jordanien sind in jüngerer Zeit die zunehmend unsicheren globalen Wirschafts- und Handelsrahmenbedingungen. Auch wenn Jordanien eine neuerliche Kontraktion der Wirtschaft verhindern konnte, was zum Teil auf die Verfolgung einer soliden makroökonomischen Politik und die Fortsetzung solider makroökonomischer Reformen zurückzuführen ist, verläuft seine Erholung nach wie vor schleppend. Die Arbeitslosigkeit bleibt auf anhaltend hohem Stand, insbesondere bei jungen Menschen und Frauen, während der Konsolidierungs- und der Außenfinanzierungsdruck die jordanische Wirtschaft weiter belasten.

(4) Neben dem Konflikt Israel/Gazastreifen hat die wiederaufflammende Gewalt in der Region, insbesondere die Eskalation der Spannungen zwischen Israel und Iran Mitte Juni 2025, in Jordanien zur Aussetzung von Flügen geführt und dürfte die ohnehin fragile wirtschaftliche Erholung des Landes weiter erschweren, das Vertrauen von Investoren und Touristen dämpfen und zur zunehmenden Unsicherheit des Ausblicks beitragen. Soziale Spannungen sind in Jordanien nach wie vor gering, könnten aber bei einer weiteren Eskalation der aktuellen Konflikte zunehmen. Auch die durch den Klimawandel bedingten Risiken, die Jordaniens ohnehin große Wasserknappheit verschärfen, könnten das Wachstum bremsen und die Staatsfinanzen zusätzlich unter Druck setzen.

(5) Im Januar 2024 einigten sich die jordanischen Behörden und der Internationale Währungsfonds (IWF) auf ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm, das durch eine vierjährige Erweiterte Fondsfazilität (EFF) in Höhe von 1,2 Mrd. USD unterstützt und derzeit umgesetzt wird. Seit Juli 2025 schneidet Jordanien im Rahmen der EFF sehr gut ab, denn alle quantitativen Leistungskriterien und strukturellen Benchmarks waren bei den ersten drei Programmüberprüfungen (Juli und Dezember 2024 und April 2025) erfüllt, woraufhin von den genehmigten 1,2 Mrd. USD insgesamt 391 Mio. USD ausgezahlt wurden.

(6) Im April 2025 verabschiedete die Union auf Ersuchen Jordaniens vom Oktober 2023 ein viertes Makrofinanzhilfeprogramm (MFA IV)[5] über Darlehen im Umfang von 500 Mio. EUR. Diese sollen im Zeitraum von 2025 bis 2027 ausgezahlt werden, sofern die in der Grundsatzvereinbarung (memorandum of understanding, MoU) vereinbarten politischen Auflagen erfüllt sind, die Maßnahmen bei der Verwaltung der öffentlichen Finanzen, bei der Staatsführung und Korruptionsbekämpfung, bei der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, bei Energie und bei den Rahmenbedingungen für Unternehmen umfassen. Dem MFA IV sind bereits drei MFA-Programme vorangegangen (MFA I: 180 Mio. EUR; MFA II: 200 Mio. EUR; MFA III: 500 Mio. EUR und 200 Mio. EUR Aufstockung wegen der COVID-19-Pandemie), was für den Zeitraum 2014 bis 2023 Darlehen in Höhe von insgesamt 1,08 Mrd. EUR ergibt.

(7) Seit Beginn der Syrienkrise im Jahr 2011 hat die Union Jordanien im Rahmen verschiedener Instrumente ungefähr 3,5 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt (davon 1,08 Mio. EUR im Rahmen der drei MFA-Programme), um Jordanien zu helfen, seine wirtschaftliche Stabilität zu wahren, die politischen und wirtschaftlichen Reformen fortzuführen und seinen damit verbundenen humanitären, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Bedürfnissen gerecht zu werden. Darüber hinaus hat die Europäische Investitionsbank Jordanien seit 2011 ungefähr 2,4 Mrd. EUR an Projektdarlehen zur Verfügung gestellt.

---

5 Beschluss (EU) 2025/793 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. April 2025 über eine Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien (ABl. L, 2025/793, 22.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2025/793/oj).

(8) Für den Zeitraum von 2021 bis 2024 belief sich der Richtbetrag an bilateralen nicht rückzahlbaren Finanzhilfen der Union für Jordanien im Rahmen des mit der Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates[6] eingerichteten Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI-GE) auf rund 360 Mio. EUR und wurde durch die Unterstützung der Union für Jordanien bei der Bewältigung der Auswirkungen der Syrienkrise (214 Mio. EUR von 2021 bis 2023) zusätzlich zu der Unterstützung durch andere regionale und thematische Programme ergänzt . Im Zeitraum zwischen 2014 und 2020 belief sich die Unterstützung der Union für Jordanien, die hauptsächlich über das Europäische Nachbarschaftsinstrument bereitgestellt wurde, auf 765 Mio. EUR. Im selben Zeitraum kamen Jordanien zusätzlich 126 Mio. EUR über die Nachbarschaftsinvestitionsplattform (NIP) zugute, womit ungefähr 580 Mio. EUR an Investitionen mobilisiert wurden. 2021 brachte die Union im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans (EIP) in Jordanien mehr als 20 Vorzeigeprojekte auf den Weg, womit (über Finanzhilfen, Mischfinanzierungsmaßnahmen und Garantien) annähernd 461 Mio. EUR bereitgestellt und insgesamt rund 4,760 Mrd. EUR für Investitionen mobilisiert wurden.

(9) Im Januar 2025 beantragte Jordanien angesichts der nach wie vor schwierigen Wirtschaftslage und -aussichten zusätzliche Makrofinanzhilfe der Union.

---

6 Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates (ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/947/oj).

(10) Da Jordanien unter die ENP fällt, fallendes Land ist, kommt es für eine Makrofinanzhilfe von der Union in Betracht.

(11) Die Makrofinanzhilfe der Union sollte ein in Ausnahmefällen zum Einsatz kommendes Finanzinstrument in Form einer ungebundenen und nicht zweckgewidmeten Zahlungsbilanzhilfe sein, das zur Deckung des unmittelbaren Außenfinanzierungsbedarfs Jordaniens beitragen soll, und sie sollte die Umsetzung eines politischen Programms unterstützen, das tiefgreifende unmittelbare Anpassungs- und Strukturreformmaßnahmen zur kurzfristigen Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation Jordaniens umfasst.

(12) Da in der Zahlungsbilanz Jordaniens eine Außenfinanzierungslücke bleibt, die die vom IWF und anderen multilateralen Einrichtungen zur Verfügung gestellten Mittel deutlich übersteigt, ist die zusätzliche Makrofinanzhilfe der Union für Jordanien in Verbindung mit dem IWF-Programm unter den derzeitigen außergewöhnlichen Umständen als angemessene Antwort auf das Ersuchen Jordaniens an die Union um Unterstützung seiner wirtschaftlichen Stabilisierung zu betrachten. Die Makrofinanzhilfe der Union würde die wirtschaftliche Stabilisierung Jordaniens und die Strukturreformagenda Jordaniens in Ergänzung der Mittel, die im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem IWF bereitgestellt werden, unterstützen.

(13) Mit der Makrofinanzhilfe der Union sollte die Wiederherstellung einer tragfähigen Zahlungsbilanz und somit die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Jordaniens unterstützt werden.

(14) Die Makrofinanzhilfe der Union dürfte mit Budgethilfen im Rahmen des NDICI-GE einhergehen.

(15) Die Höhe der Makrofinanzhilfe der Union sollte auf einer vollumfänglichen quantitativen Bewertung des verbleibenden Außenfinanzierungsbedarfs Jordaniens festgesetzt werden, wobei die Möglichkeiten Jordaniens, sich mit eigenen Mitteln zu finanzieren, sowie die dem Land zur Verfügung stehenden Währungsreserven berücksicht werden sollten. Die Makrofinanzhilfe der Union sollte die vom IWF und der Weltbank bereitgestellten Programme und Mittel ergänzen. Bei der Festlegung der Höhe der Finanzhilfe sollten auch erwartete finanzielle Beiträge bilateraler und multilateraler Geber und die Notwendigkeit einer angemessenen Lastenteilung zwischen der Union und anderen Gebern sowie ein bereits bestehender Einsatz anderer Außenfinanzierungsinstrumente der Union in Jordanien und der durch das gesamte Engagement der Union in Jordanien erzielte Mehrwert berücksichtigt werden.

(16) Die Kommission sollte sicherstellen, dass die Makrofinanzhilfe der Union rechtlich und inhaltlich mit den wichtigsten Grundsätzen und Zielsetzungen der verschiedenen Bereiche der Außenpolitik, mit den Maßnahmen in Bezug auf diese Bereichen und mit anderen relevanten Politikbereichen der Union im Einklang steht.

(17) Die Makrofinanzhilfe der Union sollte die Außenpolitik der Union gegenüber Jordanien stützen. Die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) sollten im Verlauf der Makrofinanzhilfemaßnahme eng zusammenarbeiten, um die Außenpolitik der Union zu koordinieren und um sicherzustellen, dass diese in sich kohärent ist ist.

(18) Die Makrofinanzhilfe der Union sollte Jordanien bei seinem Eintreten für die Werte, die es mit der Union teilt, insbesondere für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung, Achtung der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und Bekämpfung der Armut, sowie bei seinem Eintreten für die Grundsätze eines offenen, regelbasierten und fairen Handels unterstützen.

(19) Eine Vorbedingung für die Gewährung der Makrofinanzhilfe der Union sollte darin bestehen, dass sich Jordanien wirksame demokratische Mechanismen – einschließlich eines parlamentarischen Mehrparteiensystems – und das Rechtsstaatsprinzip zu eigen macht und die Achtung der Menschenrechte garantiert. Außerdem sollten die spezifischen Ziele der Makrofinanzhilfe der Union die Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht der öffentlichen Finanzverwaltungssysteme in Jordanien stärken und Strukturreformen mit dem Ziel der Unterstützung eines nachhaltigen, integrativen Wachstums, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Haushaltskonsolidierung fördern. Die Kommission und der EAD sollten sowohl die Erfüllung dieser Vorbedingung als auch die Erreichung dieser spezifischen Ziele regelmäßig überprüfen.

(20) Um sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union im Zusammenhang mit ihrer Makrofinanzhilfe wirksam geschützt werden, sollte Jordanien geeignete Maßnahmen ergreifen, um Betrug, Korruption und andere Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dieser Hilfe zu verhindern bzw. dagegen vorzugehen. Darüber hinaus sollte eine zwischen der Kommission und Jordanien auszuhandelnde Darlehensvereinbarung Bestimmungen enthalten, mit denen das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ermächtigt wird, Kontrollen – einschließlich Kontrollen und Überprüfungen vor Ort – gemäß den Bestimmungen und Verfahren der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[7] und der Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/966 des Rates[8] durchzuführen, mit denen die Kommission und der Rechnungshof ermächtigt werden, Rechnungsprüfungen durchzuführen, und mit denen die Europäische Staatsanwaltschaft ermächtigt wird, während und nach dem Zeitraum, in dem die Makrofinanzhilfe der Union bereitgestellt wird, ihre Zuständigkeit in Bezug auf die Bereitstellung dieser Hilfe auszuüben.

---

7 Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates (ABl. L 248 vom 18.9.2013, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/883/oj).

8 Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten (ABl. L 292 vom 15.11.1996, S. 2, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/1996/2185/oj).

(21) Eine Freigabe der Makrofinanzhilfe der Union lässt die Befugnisse des Europäischen Parlaments und des Rates als Haushaltsbehörde unberührt.

(22) Die Beträge der für die Makrofinanzhilfe der Union benötigten Rückstellungen sollten mit den im mehrjährigen Finanzrahmen vorgesehenen Haushaltsmitteln vereinbar sein.

(23) Die Makrofinanzhilfe der Union sollte von der Kommission verwaltet werden. Um sicherzustellen, dass das Europäische Parlament und der Rat in der Lage sind, die Durchführung dieses Beschlusses verfolgen, sollte die Kommission sie regelmäßig über die Entwicklungen bei der Hilfe informieren und ihnen die einschlägigen Dokumente zur Verfügung stellen.

(24) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieses Beschlusses sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[9] ausgeübt werden.

[9] Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj).

(25) Die Makrofinanzhilfe der Union sollte an wirtschaftspolitische und finanzielle Auflagen geknüpft sein, die in einer Vereinbarung festzulegen sind. Im Interesse einheitlicher Durchführungsbedingungen und aus Gründen der Effizienz sollte die Kommission die Befugnis erhalten, diese Bedingungen unter Aufsicht des Ausschusses aus Vertretern der Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 mit den jordanischen Behörden auszuhandeln. Da Hilfen möglicherweise bedeutende Auswirkungen haben, sollte das Prüfverfahren gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 angewandt werden. In Anbetracht des Umfangs der Makrofinanzhilfe der Union für Jordanien sollte bei der Verabschiedung der Vereinbarung und bei jeder Verringerung, Aussetzung oder Einstellung der Hilfe das Prüfverfahren angewandt werden.

(26) Da das Ziel dieses Beschlusses, nämlich den Außenfinanzierungsbedarf Jordaniens zu decken, , von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, sondern vielmehr auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht dieser Beschluss nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus —

HABEN FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die Union stellt Jordanien eine Makrofinanzhilfe im Umfang von höchstens 500 Mio. EUR (im Folgenden „Makrofinanzhilfe der Union“) zur Verfügung, um Jordanien bei der wirtschaftlichen Stabilisierung und einer umfassenden Reformagenda zu unterstützen. Mit der Makrofinanzhilfe der Union wird ein Beitrag zur Deckung des im IWF-Programm festgestellten Zahlungsbilanzbedarfs Jordaniens geleistet.

(2) Die Makrofinanzhilfe der Union wird Jordanien in voller Höhe als Darlehen zur Verfügung gestellt.

(3) Die Kommission wird ermächtigt, im Namen der Union die erforderlichen Mittel an den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstituten aufzunehmen und als Darlehen an Jordanien weiterzureichen.

(4) Die Freigabe der Makrofinanzhilfe der Union erfolgt durch die Kommission im Einklang mit den zwischen dem IWF und Jordanien getroffenen Vereinbarungen oder Absprachen und den wichtigsten Grundsätzen und Zielen der Wirtschaftsreformen, die in dem Assoziierungsabkommen festgelegt sind.

(5) Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament und den Rat regelmäßig über die Entwicklungen bezüglich der Makrofinanzhilfe der Union, insbesondere auch über deren Auszahlung, und stellt diesen Organen die einschlägigen Dokumente rechtzeitig zur Verfügung.

(6) Die Makrofinanzhilfe der Union wird für die Dauer von zweieinhalb Jahren ab dem ersten Tag nach Inkrafttreten der in Artikel 3 Absatz 1 genannten Grundsatzvereinbarung bereitgestellt.

(7) Sollte der Finanzierungsbedarf Jordaniens im Zeitraum der Auszahlung der Makrofinanzhilfe der Union gegenüber den ursprünglichen Prognosen erheblich sinken, erlässt die Kommission Durchführungsrechtsakte, um die Hilfen zu kürzen oder deren Auszahlung aussetzen oder einstellen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 7 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

Artikel 2

(1) Eine Vorbedingung für die Gewährung der Makrofinanzhilfe der Union besteht darin, dass Jordanien sich wirksame demokratische Mechanismen – einschließlich eines parlamentarischen Mehrparteiensystems – und das Rechtsstaatsprinzip zu eigen macht und die Achtung der Menschenrechte garantiert.

(2) Die Kommission und der EAD überprüfen die Erfüllung der Vorbedingung gemäß Absatz 1 während der gesamten Laufzeit der Makrofinanzhilfe der Union.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nach Maßgabe des Beschlusses 2010/427/EU des Rates[10].

[10] Beschluss 2010/427/EU des Rates vom 26. Juli 2010 über die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes (ABl. L 201 vom 3.8.2010, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2010/427/oj).

Artikel 3

(1) Die Kommission vereinbart gemäß dem in Artikel 7 Absatz 2 genannten Prüfverfahren mit den jordanischen Behörden auf Strukturreformen und solide öffentliche Finanzen abstellende wirtschaftspolitische und finanzielle Auflagen, an die die Makrofinanzhilfe der Uniongeknüpft wird. Die wirtschaftspolitischen und finanziellen Auflagen werden in einer Vereinbarung (im Folgenden „Vereinbarung“) festgelegt, die auch einen Zeitrahmen für ihre enthält. Diese festgelegten wirtschaftspolitischen und finanziellen Auflagen müssen mit den in Artikel 1 Absatz 4 genannten Übereinkünften und Absprachen, einschließlichmit den von Jordanien mit Unterstützung des IWF durchgeführten makroökonomischen Anpassungs- und Strukturreformprogrammen, vereinbar sein.

(2) Mit den Auflagen nach Absatz 1 wird insbesondere bezweckt, die Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht der öffentlichen Finanzverwaltungssysteme in Jordanien, auch für die Verwendung der Makrofinanzhilfe der Union, zu stärken. Bei der Gestaltung der politischen Maßnahmen werden auch die Fortschritte bei der gegenseitigen Marktöffnung, die Entwicklung eines auf Regeln beruhenden und fairen Handels sowie weitere außenpolitische Prioritäten der Union gebührend berücksichtigt. Die Kommission überprüft regelmäßig die Fortschritte Jordaniens bei der Verwirklichung dieser .

(3) Die finanziellen Bedingungen der Makrofinanzhilfe der Union werden in einer zwischen der Kommission und den jordanischen Behörden zu schließenden Darlehensvereinbarung gemäß Artikel 223 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates[11] (im Folgenden „Darlehensvereinbarung“) im Einzelnen festgelegt.

(4) Die Kommission überprüft in regelmäßigen Abständen, ob die in Artikel 4 Absatz 3 Unterabsatz 1 genannten Auflagen weiter erfüllt sind, darunter auch, ob die Wirtschaftspolitik Jordaniens mit den Zielen der Makrofinanzhilfe der Union übereinstimmt. Dabei stimmt sich die Kommission eng mit dem IWF und der Weltbank und, soweit erforderlich, mit dem Europäischen Parlament und dem Rat ab.

[11] Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj).

Artikel 4

(1) Vorbehaltlich der in Absatz 3 Unterabsatz 1 festgelegten Auflagen wird die Makrofinanzhilfe der Union von der Kommission in drei Tranchen zur Verfügung gestellt. Die Höhe jeder Tranche wird in der Vereinbarung festgelegt.

(2) Für die Beträge der Makrofinanzhilfe der Union werden erforderlichenfalls gemäß der Verordnung (EU) 2021/947 Rückstellungen gebildet.

(3) Die Kommission beschließt die Freigabe der Tranchen unter dem Vorbehalt, dass sämtliche der folgenden Auflagen erfüllt sind:

a) die in Artikel 2 Absatz 1 genannte Vorbedingung,

b) kontinuierliche zufriedenstellende Erfolge bei der Durchführung eines politischen Programms, das entschlossene Anpassungs- und Strukturreformmaßnahmen vorsieht und durch ein nicht der Vorsorge dienendes Finanzhilfeprogramm des IWF unterstützt wird, und

c) zufriedenstellende Erfüllung der in der Vereinbarung festgelegten wirtschaftspolitischen und finanziellen Auflagen.

Die Freigabe der zweiten Tranche erfolgt grundsätzlich frühestens drei Monate nach Freigabe der ersten Tranche. Die Freigabe der dritten Tranche erfolgt grundsätzlich frühestens drei Monate nach Freigabe der zweiten Tranche.

(4) Werden die in Absatz 3 Unterabsatz 1 genannten Auflagen nicht erfüllt, so setzt die Kommission die Auszahlung der Makrofinanzhilfe der Union zeitweise aus oder stellt sie ein. In solchen Fällen teilt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat die Gründe für die Aussetzung oder Einstellung mit.

(5) Die Makrofinanzhilfe der Union wird an die Zentralbank von Jordanien ausgezahlt. Vorbehaltlich der in der Vereinbarung festgelegten Bedingungen, einschließlich einer Bestätigung des verbleibenden Haushaltsbedarfs, können die Gelder der Union von der jordanischen Zentralbank an das jordanische Finanzministerium als Endbegünstigten überwiesen werden.

Artikel 5

(1) Zur Finanzierung der als Darlehen gewährten Makrofinanzhilfe der Union wird die Kommission ermächtigt, gemäß Artikel 224 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 im Namen der Union die erforderlichen Mittel an den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstituten aufzunehmen.

(2) Die Kommission schließt mit Jordanien eine Darlehensvereinbarung über den in Artikel 1 genannten Betrag. In der Darlehensvereinbarung werden der Bereitstellungszeitraum und die Bedingungen für die Makrofinanzhilfe der Union, insbesondere auch in Bezug auf die Systeme der internen Kontrolle, im Einzelnen festgelegt. Die Darlehen werden zu Bedingungen gewährt, die es Jordanien ermöglichen, die Darlehen über einen langen Zeitraum zurückzuzahlen, der auch eine tilgungsfreie Zeit beinhalten kann. Die Laufzeit der Darlehen beträgt höchstens 35 Jahre.

(3) Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament und den Rat über Entwicklungen in Bezug auf die in den Absätzen 1 und 2 genannten Transaktionen.

Artikel 6

(1) Die Makrofinanzhilfe der Union wird nach Maßgabe der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 durchgeführt.

(2) Die Makrofinanzhilfe der Union wird im Wege der direkten Mittelverwaltung durchgeführt.

(3) Vor der Durchführung der Makrofinanzhilfe der Union prüft die Kommission mittels einer operativen Bewertung, wie zuverlässig die für die Finanzhilfe relevanten Finanzregelungen, Verwaltungsverfahren sowie Mechanismen der internen und externen Kontrolle Jordaniens sind.

Artikel 7

(1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Artikel 8

(1) Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich bis zum 30. Juni einen Bericht über die Durchführung dieses Beschlusses im Vorjahr mit einer Bewertung der Durchführung. In dem Bericht

a) prüft sie den erzielten Fortschritt bei der Durchführung der Makrofinanzhilfe der Union,

b) bewertet sie die Wirtschaftslage und -aussichten Jordaniens und die Fortschritte, die bei der Durchführung der in Artikel 3 Absatz 1 genannten wirtschaftspolitischen und finanziellen Auflagen erzielt worden sind, und

c) erläutert sie den Zusammenhang zwischen den in der Vereinbarung festgelegten wirtschaftspolitischen und finanziellen Auflagen, Jordaniens aktueller Wirtschafts- und Finanzlage und den Beschlüssen der Kommission über die Auszahlung der einzelnen Tranchen der Makrofinanzhilfe der Union.

(2) Spätestens zwei Jahre nach Ablauf des in Artikel 1 Absatz 6 genannten Bereitstellungszeitraums legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Ex-post-Bewertungsbericht vor, in dem sie die Ergebnisse und die Effizienz der abgeschlossenen Makrofinanzhilfe der Union sowie das Ausmaß, in dem diese zur Verwirklichung der angestrebten Ziele beigetragen hat, beurteilt.

Artikel 9

Dieser Beschluss tritt am dritten Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu ... am

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident /// Die Präsidentin*

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0323

Reserve für die Anpassung an den Brexit

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1755 in Bezug auf die den Mitgliedstaaten im Rahmen der Reserve für die Anpassung an den Brexit zugewiesenen Beträge (COM(2025)0513 – C10-0216/2025 – 2025/0289(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0513),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 175 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0216/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 23. Oktober 2025[1],

– nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

– unter Hinweis auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 19. November 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf Artikel 60 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für regionale Entwicklung (A10-0233/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt,

[1] Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P10_TC1-COD(2025)0289

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16. Dezember 2025 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2026/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1755 in Bezug auf die den Mitgliedstaaten im Rahmen der Reserve für die Anpassung an den Brexit zugewiesenen Beträge

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 175,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[2],

---

1 Stellungnahme vom 23. Oktober 2025 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

2 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Seit der Annahme der Verordnung (EU) 2021/1755 des Europäischen Parlaments und des Rates[3] sind beispiellose geopolitische Ereignisse eingetreten, die durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die anschließende Energiekrise und den damit verbundenen Anstieg der Inflation und der Zinssätze ausgelöst wurden. Diese geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen haben zu neuen Notlagen geführt, die angegangen werden sollten, um den gemeinsamen Prioritäten und Bedürfnissen der Union gerecht zu werden. Angesichts der nahezu vollständigen Ausschöpfung der begrenzten Haushaltsflexibilität und der Grenzen, die durch Umschichtungsmöglichkeiten erreicht wurden, musste der mit der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 des Rates[4] geschaffene mehrjährige Finanzrahmen für die Jahre 2024 bis 2027 aufgestockt werden, damit die Mittel bereitgestellt werden können, die die größte Priorität haben, um auf dringende und gemeinsame Herausforderungen zu reagieren.

(2) Vor diesem Hintergrund hat der Rat die Verordnung (EU, Euratom) 2024/765[5] angenommen, mit der die Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 geändert wurde, indem der in der genannten Verordnung festgelegte Höchstbetrag für die Reserve für die Anpassung an den Brexit (im Folgenden „Reserve“) gekürzt wurde, sodass Mittel für andere Zwecke umgeschichtet werden können.

---

3 Verordnung (EU) 2021/1755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2021 zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit (ABl. L 357 vom 8.10.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1755/oj).

4 Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 des Rates vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 (ABl. L 433 I vom 22.12.2020, S. 11, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2020/2093/oj).

5 Verordnung (EU, Euratom) 2024/765 des Rates vom 29. Februar 2024 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 (ABl. L, 2024/765, 29.2.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/765/oj).

(3) Die in der Verordnung (EU) 2021/1755 vorgesehenen maximalen Mittel der Reserve sollten daher gekürzt werden. Um die wirksame Verwendung der Mittel, die den Mitgliedstaaten bereits aus der Reserve ausgezahlte wurden, zu gewährleisten und die Umsetzung der mit der Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates[6] eingerichteten Aufbau- und Resilienzfazilität in den Mitgliedstaaten nicht zu gefährden, sollte sich die Kürzung der Höchstmittel der Reserve nicht auf die bereits als Vorfinanzierung an die Mitgliedstaaten ausgezahlten Mittel oder auf die Mittel auswirken, deren Übertragung auf die Aufbau- und Resilienzfazilität von den Mitgliedstaaten beantragt wurde.

(4) Der Betrag von 584 264 090 EUR, der gemäß der Verordnung (EU) 2021/1755 im Jahr 2025 zu zahlen gewesen wäre, sollte daher nicht gezahlt und von der Gesamtausstattung der Reserve abgezogen werden.

(5) Die Verordnung (EU) 2021/1755 sollte daher entsprechend geändert werden —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

6 Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/oj).

Artikel 1

Die Verordnung (EU) 2021/1755 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 4 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Unterabsatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) jeglicher verbleibende vorläufig zugewiesene Betrag wird im Jahr 2025 gemäß Artikel 12 bereitgestellt.“

b) folgender Unterabsatz wird angefügt:

„Abweichend von Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes werden die nicht gemäß Artikel 4a auf die mit der Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates* eingerichtete Aufbau- und Resilienzfazilität übertragenen Beträge, die von der Kommission gemäß Artikel 12 Absatz 3 zu zahlen wären, nicht gezahlt und von dem in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Betrag abgezogen.

———————

* Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/oj).“

2. Artikel 4a Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten können bei der Kommission bis zum 1. März 2023 einen begründeten Antrag auf vollständige oder teilweise Übertragung der Beträge der in dem in Artikel 4 Absatz 5 genannten Durchführungsrechtsakt der Kommission festgelegten vorläufigen Zuweisung auf die Aufbau- und Resilienzfazilität stellen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ... am

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident / Die Präsidentin*

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0324

Bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/43/EG, 2013/34/EU, (EU) 2022/2464 und (EU) 2024/1760 im Hinblick auf bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen (COM(2025)0081 – C10-0037/2025 – 2025/0045(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0081),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und die Artikel 50 und 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0037/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 20. August 2025[1],

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 11. Dezember 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf Artikel 60 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, des Ausschusses für internationalen Handel, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Beschäftigung und soziale

[1] ABl. C, C/2025/4212, 20.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4212/oj.

Angelegenheiten und des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit,

– unter Hinweis auf den Bericht des Rechtsausschusses (A10-0197/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P10_TC1-COD(2025)0045

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16. Dezember 2025 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie (EU) 2025/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/43/EG, 2013/34/EU, (EU) 2022/2464 und (EU) 2024/1760 im Hinblick auf bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen[1]

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf die Artikel 50 und 114,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[2],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[3],

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Europäische Kommission hat in ihrer Mitteilung vom 11. Februar 2025 mit dem Titel „Ein einfacheres und schnelleres Europa: Mitteilung über die Umsetzung und Vereinfachung“[4] ihre Vorstellungen von einer Agenda für Umsetzung und Vereinfachung dargelegt, die für die Menschen und Unternehmen vor Ort rasche und sichtbare Verbesserungen mit sich bringt. Dies erfordert mehr als eine Politik der kleinen Schritte; die Union muss vielmehr entschlossen handeln, will sie das gesetzte Ziel erreichen. Die Kommission, das Europäische Parlament, der Rat, die Behörden der Mitgliedstaaten auf allen Ebenen und die Interessenträger müssen zusammenarbeiten, um die EU-, die nationalen und die regionalen Vorschriften zu straffen und zu vereinfachen und die politischen Strategien wirksamer umzusetzen.

---

1 DER TEXT WURDE NOCH NICHT VON DEN RECHTS- UND SPRACHSACHVERSTÄNDIGEN ÜBERARBEITET.

2 ABl. C, C/2025/4212, 20.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4212/oj.

3 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025.

4 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 11. Februar 2025: „Ein einfacheres und schnelleres Europa: Mitteilung über die Umsetzung und Vereinfachung“, COM/2025/47 final.

(2) Angesichts der erklärten Absicht der Kommission, den Meldeaufwand zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, sollten die Richtlinien 2006/43/EG[5], 2013/34/EU[6], (EU) 2022/2464[7] und (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates[8] geändert und sollte gleichzeitig an den Zielsetzungen des Europäischen Grünen Deals[9] und des Aktionsplans für ein nachhaltiges Finanzwesen[10] festgehalten werden.

(2a) Angesichts der Änderung des Anwendungsbereichs betreffend die Unternehmen, die der Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegen, wäre es unverhältnismäßig zu verlangen, dass die Zulassungsanforderungen für Prüfungsgesellschaften, die Bestätigungen der Nachhaltigkeitsberichterstattung durchführen möchten, den Zulassungsanforderungen für Prüfungsgesellschaften, die Abschlussprüfungen durchführen, gleichwertig sind. Diese Zulassungsanforderungen betreffen die natürlichen Personen, die die Arbeiten im Namen der Prüfungsgesellschaft ausführen, die Mehrheit der von der Prüfungsgesellschaft gehaltenen Stimmrechte und die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs- oder

---

5 Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 87, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/43/oj).

6 Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2013/34/oj).

7 Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (ABl. L 322 vom 16.12.2022, S. 15, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2022/2464/oj).

8 Richtlinie (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und der Verordnung (EU) 2023/2859 (ABl. L, 2024/1760, 5.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1760/oj).

9 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 11. Dezember 2019 „Der europäische Grüne Deal“ (COM(2019)0640 final).

10 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 8. März 2018, „Aktionsplan: Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ (COM(2018)097 final).

Leitungsorgans der Prüfungsgesellschaft. Prüfungsgesellschaften, die Bestätigungen der Nachhaltigkeitsberichterstattung durchführen möchten, sollten lediglich dafür Sorge tragen müssen, dass sie mindestens einen verantwortlichen Nachhaltigkeitspartner benennen, der die Zulassungsvoraussetzungen für diesen Zweck erfüllt und der in dem betreffenden Mitgliedstaat als Abschlussprüfer zugelassen ist.

(3) Gemäß Artikel 26a Absatz 1 der Richtlinie 2006/43/EG verpflichten die Mitgliedstaaten die Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften, die Bestätigung der Nachhaltigkeitsberichterstattung unter Beachtung der von der Kommission angenommenen Standards für begrenzte Prüfungssicherheit durchzuführen. Gemäß Artikel 26a Absatz 3 der genannten Richtlinie muss die Kommission diese Standards bis zum 1. Oktober 2026 annehmen. Einige Unternehmen haben Bedenken hinsichtlich der Arbeit der Erbringer von Bestätigungsleistungen geäußert und darauf hingewiesen, dass beim Umgang mit spezifischen Risiken und kritischen Problemen, die bei der Bestätigung der Nachhaltigkeitsprüfung auftreten, eine gewisse Flexibilität angezeigt ist. ***Die Kommission sollte diesen Bedenken bei der Ausarbeitung der Standards für begrenzte Prüfungssicherheit gebührend Rechnung tragen. Das Fehlen harmonisierter Standards für die Prüfungssicherheit trägt zu den Problemen der Unternehmen bei, weshalb die Kommission unbedingt einen geeigneten delegierten Rechtsakt erlassen muss. Damit ausreichend Zeit für die Ausarbeitung des Standards bleibt, sollte die Frist für ihre Annahme auf den 1. Juli 2027 verschoben werden.***

(4) Mit Artikel 26a Absatz 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2006/43/EG wird der Kommission die Befugnis übertragen, bis zum 1. Oktober 2028 Standards für hinreichende Prüfungssicherheit anzunehmen; vorher führt sie eine Bewertung durch, ob dies machbar ist. Um zu verhindern, dass den Unternehmen höhere Kosten für die Bestätigung entstehen, sollte die Anforderung zur Annahme von Standards für hinreichende Prüfungssicherheit gestrichen werden.

(4a) Gemäß Artikel 45 der Richtlinie 2006/43/EG muss ein Mitgliedstaat Prüfer und Prüfungsunternehmen aus Drittländern registrieren, die Prüfungsvermerke zu den Nachhaltigkeitsinformationen von Unternehmen aus Drittländern, die zum Handel an einem geregelten Markt dieses Mitgliedstaats zugelassen sind, erteilen. Die Bedingungen für diese Registrierung betreffen die von der Mehrheit der

Mitglieder des Verwaltungs- oder Leitungsorgans des Prüfungsunternehmens aus einem Drittland zu erfüllenden Anforderungen, die von dem Prüfer aus einem Drittland zu erfüllenden Anforderungen, die zu verwendenden Standards für die Bestätigung und die Veröffentlichung eines jährlichen Transparenzberichts durch das Prüfungsunternehmen aus einem Drittland. Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten die registrierten Prüfer und Prüfungsunternehmen aus Drittländern ihrem Aufsichtssystem, ihrem Qualitätssicherungssystem sowie ihren Untersuchungen und Sanktionen unterwerfen. Angesichts der derzeitigen internationalen Rahmenbedingungen für die Regulierung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und deren Bestätigung und in Anbetracht der Tatsache, dass die Registrierung für die Gültigkeit dieser Prüfungsvermerke innerhalb der Union erforderlich ist, wäre es unverhältnismäßig zu verlangen, dass diese Registrierungsbedingungen in den ersten Jahren der Anwendung der Regelung für die Bestätigung der Nachhaltigkeit erfüllt werden müssen. Darüber hinaus hängt die Beaufsichtigung registrierter Prüfer und Prüfungsunternehmen aus Drittländern vom Vorliegen von Gleichwertigkeits- und/oder Angemessenheitsbeschlüssen ab. Daher sollten für einen Übergangszeitraum vereinfachte Registrierungsbedingungen und eine Befreiung von der Beaufsichtigung für die Prüfer und Prüfungsunternehmen aus Drittländern vorgesehen werden, die Prüfungsvermerke zu den Nachhaltigkeitsinformationen von Unternehmen aus Drittländern, die zum Handel an einem geregelten Markt eines Mitgliedstaats zugelassen sind, erteilen. Die vereinfachte Registrierung kann unter der Bedingung erfolgen, dass den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bestimmte Informationen, wie sie in Artikel 45 Absatz 5b Buchstaben a bis f der Richtlinie 2006/43/EG aufgeführt werden, bereitgestellt werden, und diese sollten die Registrierung ablehnen, wenn die Informationen nicht bereitgestellt werden.

(5) Gemäß Artikel 19a Absatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU müssen große Unternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt in der EU zugelassen sind, mit Ausnahme von Kleinstunternehmen, eine ***Nachhaltigkeitsberichterstattung*** auf Einzelebene erstellen und veröffentlichen. ***In dem Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit wird der Rahmen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung als eine der Hauptursachen für den Regelungsaufwand bezeichnet und in diesem Zusammenhang der Schluss***

gezogen, dass der Größe der von der Regulierung betroffenen Unternehmen besser Rechnung getragen werden muss. Um den Berichterstattungsaufwand für Unternehmen zu verringern ***und die Ziele der Berichterstattung auf verhältnismäßigere Weise zu erreichen***, sollte die Verpflichtung zur Erstellung und Veröffentlichung der ***Nachhaltigkeitsberichterstattung*** auf Einzelebene auf ▌Unternehmen ***mit Nettoumsatzerlösen von über 450 000 000 EUR und*** mit durchschnittlich mehr als 1 000 Beschäftigten während des Geschäftsjahres beschränkt werden***, gemäß den nationalen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 2013/34/EU. Dieser gezieltere Anwendungsbereich, der auch für Gruppen und Emittenten gelten sollte, wird dafür sorgen, dass die Last der verpflichtenden Nachhaltigkeitsberichterstattung auf die größten Unternehmen, Gruppen und Emittenten beschränkt ist. Diese Unternehmen, Gruppen und Emittenten verursachen die größten Auswirkungen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG). Gleichzeitig sind sie am besten in der Lage, die mit der ESG-Berichterstattung verbundenen Kosten zu tragen. Unternehmen, Gruppen und Emittenten unterhalb dieses Schwellenwerts haben weiterhin die Möglichkeit der freiwilligen Nachhaltigkeitsberichterstattung; dies wird durch die mit der vorliegenden Richtlinie eingeführten neuen freiwillig anwendbaren Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung erheblich erleichtert.***

▌

(7) Nach Artikel 1 Absatz 3 der Richtlinie 2013/34/EU unterliegen Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, bei denen es sich um große Unternehmen oder um kleine und mittlere Unternehmen – mit Ausnahme von Kleinstunternehmen – handelt und deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt in der EU zugelassen sind, unabhängig von ihrer Rechtsform den in der genannten Richtlinie festgelegten Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die Beschränkung des Anwendungsbereichs der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf Einzelebene auf ▌Unternehmen ***mit Nettoumsatzerlösen von über 450 000 000 EUR und*** mit durchschnittlich mehr als 1 000 Beschäftigten während des Geschäftsjahres sollte auch für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen gelten.

(7a) Im Interesse der Kohärenz der Rechtsvorschriften für ein nachhaltiges Finanzwesen ist es wichtig zu prüfen, ob Anforderungen in Bezug auf die Bereiche

Umwelt, Soziales und Unternehmensführung oder Nachhaltigkeit für den Finanzsektor, einschließlich sektorspezifischer Rechtsvorschriften für Finanzdienstleistungen, der Erwartungen seitens der Europäischen Aufsichtsbehörden und der Erwartungen im Bereich der Aufsicht, so gestaltet oder angepasst werden sollten, dass sie mit den in der Richtlinie 2013/34/EU festgelegten Pflichten hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung im Einklang stehen. Die Wahrung der Kohärenz, auch in Bezug auf Unternehmen, die nicht in den Anwendungsbereich der Artikel 19a und 29a dieser Richtlinie fallen, erfordert besondere Aufmerksamkeit und möglicherweise Maßnahmen seitens der Kommission, der Mitgesetzgeber und der Europäischen Aufsichtsbehörden.

(8) Die mit dem EFSF-Rahmenvertrag geschaffene Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) unterliegt den in der Richtlinie 2013/34/EU festgelegten Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung, ist aber von der in der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[11] festgelegten Regelung für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß Artikel 8 jener Richtlinie ausgenommen. Zwar ist die EFSF ein großes Unternehmen, das in einer in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU aufgeführten Rechtsform eingetragen ist, jedoch entspricht ihr Mandat, die Finanzstabilität in der Union zu wahren, indem sie Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, vorübergehenden finanziellen Beistand gewährt, weitgehend dem des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der wiederum keinen Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegt. Damit die EFSF in Bezug auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung genauso behandelt wird wie der ESM und für eine kohärente Anwendung der Ausnahmeregelung der Richtlinie 2004/109/EG gesorgt ist, sollte die EFSF von der in der Richtlinie 2013/34/EU vorgesehenen Regelung für die Nachhaltigkeitsberichterstattung ausgenommen werden.

(8a) Gemäß Artikel 19 Absatz 1 Unterabsatz 4 der Richtlinie 2013/34/EU müssen große Unternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen – mit Ausnahme von

---

[11] Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. L 39 vom 31.12.2004, S. 38, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2004/109/oj).

Kleinstunternehmen –, bei denen es sich um Unternehmen von öffentlichem Interesse im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a der genannten Richtlinie handelt, d. h. die Unternehmen, die der verpflichtenden Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegen, über Informationen über die wichtigsten immateriellen Ressourcen und über deren Rolle in Bezug auf das Geschäftsmodell und die Wertschöpfung des Unternehmens Bericht erstatten. Um für Kohärenz mit dem neuen Anwendungsbereich in Artikel 19a Absatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU zu sorgen und die Ziele dieser Berichterstattung auf verhältnismäßigere Weise zu erreichen, sollte diese Anforderung nur für Unternehmen gelten, die Nettoumsatzerlöse von über 450 000 000 EUR erzielen und mehr als 1 000 Beschäftigte haben.

(9) Gemäß Artikel 19a Absatz 3 der Richtlinie 2013/34/EU müssen Unternehmen Informationen zur eigenen Geschäftstätigkeit und zu ihrer Wertschöpfungskette melden. ***Es ist belegt, dass von Unternehmen in der Wertschöpfungskette, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, ungeachtet der in Artikel 29b Absatz 4 der genannten Richtlinie angeführten bestehenden Beschränkungen in unverhältnismäßigem Ausmaß Informationen durch die Bericht erstattenden Unternehmen angefordert werden. Daher müssen Schutzmaßnahmen für Unternehmen in der Wertschöpfungskette eingeführt werden, die im Durchschnitt des Geschäftsjahres nicht mehr als 1 000 Beschäftigte aufweisen, um die Belastung für diese Unternehmen zu begrenzen (im Folgenden „geschützte Unternehmen“). Die Bericht erstattende Unternehmen können sich zur Bestimmung der Größe der Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette auf eine Selbsterklärung dieser Unternehmen stützen. Es ist keine weitere Überprüfung durch das Bericht erstattende Unternehmen erforderlich. Das Bericht erstattende Unternehmen kann sich jedoch nicht auf eine selbst erklärte Größe stützen, von der es weiß oder nach vernünftigem Ermessen wissen muss, dass sie offensichtlich unrichtig ist. Wenn Bericht erstattende Unternehmen Informationen über ihre Wertschöpfungskette einholen wollen, sollte es ihnen untersagt sein, von geschützten Unternehmen Informationen anzufordern, die bestimmte Beschränkungen überschreiten. Bei diesen Beschränkungen sollten die Beschränkungen berücksichtigt werden, die in den von der Kommission gemäß Artikel 29ca dieser Richtlinie zu erlassenden freiwillig anwendbaren Standards für***

die Nachhaltigkeitsberichterstattung festgelegt sind. Gleichzeitig sollten geschützte Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette das gesetzliche Recht erhalten, die Bereitstellung von Informationen, die über diese Beschränkungen hinausgehen, zu verweigern. Um die Wirksamkeit dieses Rechts sicherzustellen und zu verhindern, dass kleinere Unternehmen dadurch belastet werden, dass sie proaktiv prüfen müssen, ob dieses Recht auf sie zutrifft, sollten Bericht erstattende Unternehmen, die sich dafür entscheiden, Informationen zu verlangen, die über diese Beschränkungen hinausgehen, verpflichtet werden sicherzustellen, dass geschützte Unternehmen darüber informiert werden, welche zusätzlichen Informationen verlangt werden und dass sie über ein gesetzliches Recht verfügen, deren Bereitstellung abzulehnen. Um für die Verhältnismäßigkeit zu sorgen, wird die Anwendung dieser Obergrenze für die Wertschöpfungskette folgendermaßen beschränkt: Erstens verbietet sie nicht den Austausch von Informationen auf freiwilliger Basis, z. B. von Informationen, die gewöhnlich zwischen Unternehmen in einer bestimmten Wirtschaftsbranche ausgetauscht werden. Zweitens betrifft sie nicht etwaige Verpflichtungen, die sich aus Verträgen oder aus weiteren unionsrechtlichen oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben, Informationen bereitzustellen, die über die in dem freiwilligen Standard festgelegten Informationen hinausgehen. Drittens gilt die Obergrenze für die Wertschöpfungskette nur für die Erhebung von Informationen zum Zweck der in der Richtlinie 2013/34/EU ***vorgeschriebenen Berichterstattung über Nachhaltigkeitsinformationen. Sie betrifft nicht*** Anforderungen der Union zur Durchführung eines Verfahrens zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten ***oder zur Erhebung von Informationen für andere Zwecke, etwa für das Risikomanagement des Bericht erstattenden Unternehmens.*** Bei Unternehmen, die im Einklang mit diesen Beschränkungen Bericht erstatten, sollte davon ausgegangen werden, dass sie der Pflicht zur ***Berichterstattung über Informationen zur Wertschöpfungskette gemäß den Artikeln 19a und 29a der Richtlinie 2013/34/EU*** nachkommen. ***Es ist wichtig, dass die Bericht erstattenden Unternehmen von Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette nur die Informationen anfordern, die notwendig sind. Es ist insbesondere wichtig, dass sie weniger als die in den freiwillig anwendbaren Standards angegebenen Informationen anfordern, wenn sie nicht alle in diesen Standards angegebenen Informationen benötigen.*** Die Erbringer von Bestätigungsleistungen sollten bei der Erstellung ihres Bestätigungsurteils ***den für***

Unternehmen in der Wertschöpfungskette vorgesehenen Schutz beachten. Da nicht immer alle erforderlichen Informationen von Unternehmen in der Wertschöpfungskette zur Verfügung stehen, kann das Bericht erstattende Unternehmen darüber hinaus die Berichtspflichten in Bezug auf Informationen zur Wertschöpfungskette erfüllen, indem es Informationen verwendet, die es direkt von den Unternehmen in seiner Wertschöpfungskette erhalten hat, oder indem es gegebenenfalls Schätzungen für diese Informationen nutzt.

(9a) ***Angesichts der Vereinfachung der in Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2022/2464 festgelegten verschiedenen Daten sollten Artikel 19a Absatz 3 Unterabsatz 2 und Artikel 29a Absatz 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2013/34/EU geändert werden, um sie zu vereinfachen und zu präzisieren, dass der dreijährige Übergangszeitraum zu dem Zeitpunkt beginnt, ab dem ein Unternehmen verpflichtet ist, Nachhaltigkeitsinformationen gemäß der Richtlinie 2013/34/EU und der Richtlinie (EU) 2022/2464 zu melden.***

(9c) ***Es gibt Umstände, unter denen es Unternehmen – vorbehaltlich einer Bestätigung – erlaubt sein sollte, bei der Anwendung der Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung bestimmte Informationen auszulassen. Diese Umstände sollten weiter ausgeführt und präzisiert werden. Erstens könnte die Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen in bestimmten Fällen einen erheblichen Nachteil für die Marktstellung eines Unternehmens bewirken. In solchen Fällen sollte es dem Unternehmen gestattet sein, diese Informationen auszulassen, sofern spezifische Bedingungen für die Auslassung erfüllt sind, damit sichergestellt wird, dass diese Fälle die Ausnahme bleiben und dass die Interessen der Nutzer der gemeldeten Nachhaltigkeitsinformationen auch angemessen geschützt sind. In diesem Zusammenhang stellt die Tatsache, dass nicht in der Union niedergelassene Unternehmen nicht verpflichtet sind, dieselben Informationen zu melden, keinen erheblichen Nachteil für die Marktstellung des Unternehmens dar. Zweitens sollten Unternehmen die Möglichkeit haben, Informationen zum geistigen Kapital und geistigen Eigentum, zu Know-how, zu technischen Informationen bzw. zu Innovationsergebnissen auszulassen, die als Geschäftsgeheimnisse im Sinne der Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates einzustufen wären. Drittens sollte es Unternehmen gestattet sein, Verschlusssachen auszulassen. Es kann durchaus Informationen***

geben, die aus Gründen vertraulich behandelt werden sollten, die nicht im Zusammenhang mit geschäftlichen Nachteilen, dem Geschäftsgeheimnis oder der Einstufung als Verschlusssache stehen. Insbesondere sollte es Unternehmen freistehen, Informationen auszulassen, die nach anderen Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten vor unbefugtem Zugriff oder unbefugter Offenlegung geschützt werden sollen. Darüber hinaus sollten die Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung Unternehmen nicht verpflichten, Informationen offenzulegen, die die Privatsphäre natürlicher Personen oder die Sicherheit natürlicher oder juristischer Personen beeinträchtigen würden. Dies ist angesichts des derzeitigen geopolitischen Kontexts ganz besonders wichtig. Insbesondere Unternehmen des Verteidigungssektors benötigen einen Ermessensspielraum, um sensible Informationen zurückhalten zu können, deren Offenlegung ihre eigene Sicherheit oder die anderer juristischer Personen, einschließlich Mitgliedstaaten, beeinträchtigen könnte.

(10) Gemäß Artikel 29c Absatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU können kleine und mittlere Unternehmen, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt in der EU zugelassen sind, kleine, nicht komplexe Institute sowie firmeneigene Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen über Nachhaltigkeitsinformationen gemäß den von der Kommission anzunehmenden begrenzten Standards Bericht erstatten. Da kleine und mittlere Unternehmen, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt in der EU zugelassen sind, von der Nachhaltigkeitsberichterstattung ausgenommen werden sollten, sollte die Befugnis der Kommission zum Erlass delegierter Rechtsakte zur Festlegung von Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung dieser kleinen und mittleren Unternehmen gestrichen werden. ***Folglich sollten Bezugnahmen auf Artikel 29c aus der genannten Richtlinie gestrichen werden.***

(11) Gemäß Artikel 19a Absatz 7 der Richtlinie 2013/34/EU können kleine und mittlere Unternehmen, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt in der EU zugelassen sind, in den ersten beiden Jahren der Anwendung dieser Anforderungen von der Nachhaltigkeitsberichterstattung absehen. Da kleine und mittlere Unternehmen von der Nachhaltigkeitsberichterstattung ausgenommen werden sollten, sollte die Bestimmung über eine solche zweijährige Ausnahmeregelung gestrichen werden.

(12) Gemäß Artikel 29a Absatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU müssen Mutterunternehmen ***von*** Gruppen ***einer bestimmten Größe*** eine ***Nachhaltigkeitsberichterstattung*** auf konsolidierter Ebene erstellen und veröffentlichen. ***Es ist jedoch angezeigt, die Flexibilität im Falle von Beteiligungsgesellschaften im Sinne von Artikel 2 Nummer 15 der Richtlinie 2013/34/EU zu erhöhen. Insbesondere wenn eine Gruppe dieser Größe nur aufgrund der unterschiedlichen Anlagen einer Beteiligungsgesellschaft besteht, kann die konsolidierte Berichterstattung Schwierigkeiten in der Praxis und Belastungen mit sich bringen und für andere Marktteilnehmer von begrenztem Nutzen sein. Folglich sollten Beteiligungsgesellschaften, die Mutterunternehmen solcher Gruppen sind, wählen können, ob sie konsolidierte Nachhaltigkeitsinformationen melden oder diese Informationen weglassen. Diese Option sollte im Hinblick auf ihr Ziel streng begrenzt werden. Sie sollte nur Anwendung finden, wenn das Mutterunternehmen die Definition einer Beteiligungsgesellschaft erfüllt, einschließlich der Verpflichtung, sich nicht direkt oder indirekt in die Verwaltung der Tochterunternehmen einzumischen, unbeschadet ihrer Rechte als Anteilseigner. Zu diesen Rechten gehört das Stimmrecht in Hauptversammlungen, das sich je nach den nationalen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften u. a. auf die Ernennung von Mitgliedern der Leitungs-, Verwaltungs- und Aufsichtsorgane der Unternehmen, an denen Beteiligungen bestehen, beziehen kann, um für die ordnungsgemäße Überwachung und den Schutz dieser Investitionen zu sorgen. Darüber hinaus sollten Beteiligungsgesellschaften diese Möglichkeit nur haben, wenn sie unterschiedliche Beteiligungen halten, insbesondere an Unternehmen, deren Geschäftsmodelle und Tätigkeiten voneinander unabhängig sind; dies schließt Fälle aus, in denen die letztgenannten Unternehmen durch ihre Geschäftstätigkeit eng miteinander verbunden sind, z. B. wenn die Tätigkeiten einer Tochtergesellschaft die Tätigkeiten einer anderen Tochtergesellschaft ermöglichen oder unmittelbar unterstützen. Schließlich berührt diese Option nicht die Berichtspflichten, die unter Umständen für andere Unternehmen der Gruppe gelten, z. B. wenn ein Unternehmen der Gruppe als solches unter Artikel 19a oder Artikel 29a der Richtlinie 2013/34/EU fällt.***

(12a) Mit der Richtlinie (EU) 2022/2464 werden die in ihren Anwendungsbereich fallenden Unternehmen verpflichtete, Nachhaltigkeitsinformationen gemäß den

verbindlichen Europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS) zu veröffentlichen. Im Juli 2023 hat die Kommission ein erstes Paket von ESRS verabschiedet. Um die Nachhaltigkeitsberichterstattung zügig zu vereinfachen und zu straffen, wird die Kommission so bald wie möglich, spätestens jedoch sechs Monate nach Inkrafttreten der vorliegenden Richtlinie, einen delegierten Rechtsakt zur Überarbeitung des ersten Paketes von ESRS erlassen, um die Standards folgendermaßen grundlegend zu überarbeiten: i) Datenpunkte, die als am wenigsten wichtig für die allgemeine Nachhaltigkeitsberichterstattung angesehen werden, sollen wegfallen; ii) quantitative Datenpunkte sollen soweit wie möglich Vorrang vor erläuterndem Text erhalten; iii) es sollte genauer zwischen obligatorischen und freiwilligen Datenpunkten unterschieden werden; iv) es soll klar angegeben werden, wie der Grundsatz der Wesentlichkeit anzuwenden ist, damit Unternehmen lediglich verpflichtet sind, wesentliche Informationen zu melden, und damit das Risiko, dass Erbringer von Bestätigungsleistungen Unternehmen versehentlich dazu anhalten, Informationen zu melden, die nicht erforderlich sind, oder übermäßige Ressourcen für das Verfahren zur Bewertung der Wesentlichkeit aufzuwenden, gesenkt wird; v) die Kohärenz mit anderen EU-Rechtsvorschriften einschließlich der Vorschriften für Finanzdienstleistungen soll verbessert werden; vi) die Interoperabilität mit globalen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung soll im größtmöglichen Umfang berücksichtigt werden. Die Überarbeitung wird Bestimmungen präzisieren, die möglicherweise missverständlich sind. Sie wird die Struktur und Abfassung der Standards vereinfachen. Darüber hinaus nimmt sie alle weiteren Änderungen vor, die aufgrund der Erfahrungen mit der ersten Anwendung der ESRS für notwendig erachtet werden. In den Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung sollte auch berücksichtigt werden, dass es für Unternehmen nicht immer problemlos möglich ist, Informationen bei Akteuren entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette einzuholen, insbesondere bei Akteuren, die nicht den Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß Artikel 19a und 29a unterliegen, und bei Lieferanten aus Schwellenländern und aufstrebenden Märkten.

(12b) Wenn sich die Zusammensetzung einer Unternehmensgruppe während des Geschäftsjahres aufgrund des Erwerbs oder der Fusion von Unternehmen ändert,

kann die Einbeziehung dieser Unternehmen in den Prozess der Nachhaltigkeitsberichterstattung für dasselbe Geschäftsjahr mehr Zeit in Anspruch nehmen und administrative Herausforderungen mit sich bringen. Daher sollte das Mutterunternehmen, das den Anforderungen an die konsolidierte Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegt, die Möglichkeit haben, die Nachhaltigkeitsberichterstattung für solche neu erworbenen oder übernommenen Unternehmen auf das folgende Geschäftsjahr zu verschieben. Darüber hinaus wäre es unverhältnismäßig, von dem Mutterunternehmen, das den Anforderungen bezüglich einer konsolidierten Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegt, die Vorlage von Nachhaltigkeitsinformationen über ein Unternehmen für dasselbe Geschäftsjahr zu verlangen, wenn dieses Unternehmen während des Geschäftsjahres aus einer Gruppe ausscheidet. Daher sollte dem Mutterunternehmen gestattet werden, die Nachhaltigkeitsinformationen über dieses Unternehmen nicht in den konsolidierten Lagebericht für das betreffende Geschäftsjahr aufzunehmen. Da sich bestimmte Ereignisse, die die erworbenen oder übernommenen Unternehmen oder die aus der Gruppe ausgeschiedenen Unternehmen betreffen, dennoch einen Einfluss auf die nachhaltigkeitsrelevanten Auswirkungen, Risiken oder Chancen der Gruppe haben können, sollte von dem Mutterunternehmen, das sich dafür entscheidet, für ein Geschäftsjahr keine Nachhaltigkeitsinformationen über diese Unternehmen vorzulegen, verlangt werden, diese wichtigen Ereignisse in seinem konsolidierten Lagebericht anzugeben.

(13) Mit Artikel 29b Absatz 1 Unterabsatz 3 der Richtlinie 2013/34/EU wird der Kommission die Befugnis übertragen, im Wege delegierter Rechtsakte sektorspezifische Standards für die Berichterstattung anzunehmen, wobei ein erstes Paket solcher Standards bis zum 30. Juni 2026 erlassen werden soll. Um zu verhindern, dass Unternehmen zunehmend mehr vorgeschriebene Datenpunkte melden müssen, sollte diese Befugnis aufgehoben werden. ***Abhängig von der Nachfrage durch Unternehmen, die den Anforderungen der Richtlinie 2013/34/EU an die Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegen, könnte die Kommission Unternehmen unterstützen, indem sie sektorspezifische Leitlinien bereitstellt, die die Anwendung der ESRS in einer bestimmten Wirtschaftsbranche veranschaulichen und erleichtern, einschließlich Leitlinien für die Durchführung***

der Bewertung der doppelten Wesentlichkeit mit dem Ziel, Nachhaltigkeitsaspekte zu ermitteln, bei denen davon auszugehen ist, dass sie für ein typisches Unternehmen, das in der betreffenden Branche tätig ist, wesentlich sind. Solche etwaigen Leitlinien sollten sich auf Konsultationen der einschlägigen Interessenträger stützen. In geeigneten Fällen können einschlägige internationale Standards berücksichtigt werden.

(14) Nach Artikel 29b Absatz 4 der Richtlinie 2013/34/EU dürfen in den Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung keine Angaben festgelegt werden, die Unternehmen verpflichten würden, Informationen von kleinen und mittleren Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette einzuholen, die über die Informationen hinausgehen, die gemäß den Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung für kleine und mittlere Unternehmen, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt in der EU zugelassen sind, anzugeben sind. In Anbetracht der Tatsache, dass kleine und mittlere Unternehmen, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt in der EU zugelassen sind, von der Nachhaltigkeitsberichterstattung ausgenommen werden sollten, und im Bestreben, den Meldeaufwand für Unternehmen in der Wertschöpfungskette, die nicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet sind, zu verringern, sollten die Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung keine Offenlegungen verlangen, die es erfordern, bei Unternehmen in der Wertschöpfungskette, die während des Geschäftsjahres durchschnittlich bis zu ***1 000*** Mitarbeiter beschäftigen, Informationen einzuholen, die über die Informationen hinausgehen, die gemäß den freiwilligen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen offenzulegen sind, die nicht zur Berichterstattung über ihre Nachhaltigkeit verpflichtet sind.

(14a) Der Kommission sollte die Befugnis übertragen werden, einen delegierten Rechtsakt zu erlassen, in dem freiwillig anwendbare Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen festgelegt werden, die aufgrund der Obergrenze für die Wertschöpfungskette geschützt sind. Diese Standards sollten in einem angemessenen Verhältnis zu den Kapazitäten und Merkmalen dieser Unternehmen sowie zum Umfang und zur Komplexität ihrer Tätigkeiten stehen und für diese relevant sein. Andere Unternehmen, die nicht zur Berichterstattung über Nachhaltigkeitsinformationen verpflichtet sind, können sich ebenfalls für die Anwendung dieser Standards entscheiden. In den

freiwilligen Standards sollte eine vereinfachte Sprache verwendet und dem Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ Rechnung getragen werden, wobei ein modularer Ansatz verwendet werden sollte, der Flexibilität und ein schrittweises Vorgehen bei den Offenlegungen ermöglicht. Die Standards sollten so weit wie möglich der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (EMAS-Verordnung) Rechnung tragen. In den Standards sollte, soweit möglich, auch die Struktur für die Präsentation der Informationen festgelegt werden. Bis zur Annahme freiwillig anwendbarer Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung durch die Kommission können Unternehmen, die freiwillig Nachhaltigkeitsinformationen melden, dies im Einklang mit der Empfehlung (EU) 2025/1710 der Kommission tun, die auf dem von der EFRAG erarbeiteten freiwilligen Standard für KMU (VSME-Standard) beruht. Zur Sicherung von Kontinuität und Verhältnismäßigkeit sollten die freiwillig anwendbaren Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die die Kommission im Wege eines delegierten Rechtsakts erlässt, auf diese Empfehlung gestützt sein.

(14b) Damit die freiwillig anwendbaren Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung weiterhin mit den für die Nachhaltigkeitsberichterstattung relevanten Entwicklungen im Einklang stehen, sollte die Kommission diese Standards mindestens alle vier Jahre überprüfen. Bei der Durchführung dieser Überprüfung sollte die Kommission Entwicklungen, die für die Nachhaltigkeitsberichterstattung relevant sind, sowie die Frage gebührend berücksichtigen, ob die Standards es Unternehmen ermöglichen, relevante Ziele zu erreichen, einschließlich a) der Bereitstellung von Informationen, die dem Datenbedarf von Unternehmen entsprechen, die Nachhaltigkeitsinformationen von ihren Lieferanten anfordern; b) der Bereitstellung von Informationen, die dem Datenbedarf von Finanzinstituten und Anlegern entsprechen und dadurch den Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern; c) des verbesserten Umgangs mit Nachhaltigkeitsfragen, einschließlich, soweit relevant, ökologischer und sozialer Aspekte wie Umweltverschmutzung und Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer, sodass ihre Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit gestärkt werden; und d) eines Beitrags zu einer nachhaltigeren und inklusiveren

Wirtschaft. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, sollte die Kommission die Standards entsprechend ändern.

(15) Gemäß Artikel 29d der Richtlinie 2013/34/EU erstellen Unternehmen, die den Anforderungen der Artikel 19a und 29a der genannten Richtlinie unterliegen, ihren Lagebericht oder konsolidierten Lagebericht in dem in Artikel 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 der Kommission[12] dargelegten elektronischen Berichtsformat und zeichnen ihre Nachhaltigkeitsberichtserstattung, einschließlich der Angaben nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates[13], gemäß dem in jener delegierten Verordnung darzulegenden elektronischen Berichtsformat aus. Um den Unternehmen Klarheit zu verschaffen, sollte präzisiert werden, dass bis zum Erlass solcher Vorschriften über die Auszeichnung der Nachhaltigkeitsberichterstattung im Wege jener delegierten Verordnung die Unternehmen nicht zur Auszeichnung ihrer Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet sein sollten.

(16) Gemäß Artikel 33 Absatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU sind die Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane eines Unternehmens gemeinsam dafür verantwortlich, dass bestimmte Dokumente im Einklang mit den Anforderungen der genannten Richtlinie erstellt und veröffentlicht werden. Um den Unternehmen Flexibilität zu bieten und ihren Meldeaufwand zu verringern, ***können die Mitgliedstaaten vorsehen***, dass sich die gemeinsame Verantwortung der Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane eines Unternehmens für die Einhaltung der Anforderungen des Artikels 29d der genannten Richtlinie im Hinblick auf die Digitalisierung des Lageberichts auf dessen Veröffentlichung im einheitlichen elektronischen Format, einschließlich der Auszeichnung der Nachhaltigkeitsberichterstattung, beschränkt.

---

12 Delegierte Verordnung (EU) 2018/815 der Kommission vom 17. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Spezifikation eines einheitlichen elektronischen Berichtsformats (ABl. L 143 vom 29.5.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2019/815/oj).

13 Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2020/852/oj).

(17) Gemäß Artikel 40a Absatz 1 Unterabsätze 4 und 5 der Richtlinie 2013/34/EU ***müssen bestimmte*** in der Union niedergelassene Tochterunternehmen eines Drittlandunternehmens, das in der Union Nettoumsatzerlöse von mehr als 150 Mio. EUR erzielt, oder, falls es ***keine solchen*** Tochterunternehmen ▌gibt, eine Zweigniederlassung in der Union, die Nettoumsatzerlöse von mehr als 40 Mio. EUR erzielt, Nachhaltigkeitsinformationen auf Gruppenebene des Drittland-Mutterunternehmens veröffentlichen und zugänglich machen. Um ▌Unternehmen ***aus Drittländern in einem ähnlichen Maße zu entlasten wie Unternehmen, die den Artikeln 19a und 29a der genannten Richtlinie unterliegen***, sollte der Schwellenwert für die Nettoumsatzerlöse des Drittlandsunternehmens von 150 Mio. EUR auf 450 Mio. EUR angehoben werden. ***Darüber hinaus*** sollte – aus Gründen der ▌ Verringerung des Verwaltungsaufwands – für Tochterunternehmen und Zweigniederlassungen die Größe, ab der sie in den Anwendungsbereich von Artikel 40a fallen, ***ebenfalls*** angepasst werden. Die Größe des Tochterunternehmens ***bzw. der*** Zweigniederlassung sollte auf ***200 Mio. EUR festgesetzt*** werden. ***Die Berichtspflichten des Tochterunternehmens oder der Zweigniederlassung des Drittlandsunternehmens gemäß Artikel 40a unterscheiden sich von den Berichtspflichten der*** Unternehmen ***gemäß den Artikeln 19a und 29a***. ***Das Tochterunternehmen oder die Zweigniederlassung des Drittlandsunternehmens, das bzw. die Artikel 40a unterliegt, ist nur verpflichtet, den von dem Drittlandsunternehmen vorgelegten Nachhaltigkeitsbericht zu veröffentlichen und zugänglich zu machen, während Unternehmen, die den Artikeln 19a und 29a unterliegen, in eigenem Namen Bericht erstatten müssen. Daher ist es nicht erforderlich, bei der Festlegung der Größe von EU-Tochterunternehmen oder -Zweigniederlassungen, die den Berichtspflichten nach Artikel 40a unterliegen, und bei der Festlegung der Größe von Unternehmen, die den Berichtspflichten nach den Artikeln 19a und 29a unterliegen, dieselben Schwellenwerte anzuwenden. Um für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, sollte es Mutterunternehmen aus Drittländern, bei denen es sich um Beteiligungsgesellschaften im Sinne von Artikel 2 Nummer 15 der Richtlinie 2013/34/EU handelt und deren Tochterunternehmen über voneinander unabhängige Geschäftsmodelle und Tätigkeiten verfügen, ferner gestattet sein, keinen Nachhaltigkeitsbericht gemäß Artikel 40a zu veröffentlichen und zugänglich zu machen.***

(17a) Um sicherzustellen, dass Unternehmen Zugang zu praktischen Informationen über die Anwendung der in der Richtlinie 2013/34/EU genannten verbindlichen und freiwilligen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung haben, und um den Aufwand für die Anwendung dieser Standards zu verringern, sollte die Kommission ein spezielles Online-Portal zur Verfügung stellen. Dieses Portal sollte Zugang zu Informationen, Leitlinien und Unterstützung, unter anderem einschlägige Vorlagen und Leitlinien, in Bezug auf diese Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung bieten. Es sollte mit Online-Unterstützungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten, soweit vorhanden, vernetzt sein, um den nationalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

(17b) Um den Verwaltungsaufwand zu verringern, der sich aus den Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung ergibt, die für Unternehmen hauptsächlich mit der Datenerhebung, der Datenverarbeitung und dem Austausch von Daten zwischen Unternehmen verbunden sind, sollte die Kommission einen Bericht über Initiativen vorlegen, die es Unternehmen ermöglichen, Daten auf sichere, reibungsloslose und automatisierte Weise zu erheben, zu verarbeiten und auszutauschen. Dies sollte die Bereitstellung harmonisierter, standardisierter und strukturierter digitaler Datenformate für einen effizienten Austausch von Tätigkeitsdaten zwischen Unternehmen, z. B. elektronischer Rechnungen und digitaler VSME-Berichte, die Festlegung technischer Mindestanforderungen für zur Verwaltung von Nachhaltigkeitsdaten und die Berichterstattung verwendet digitale Systeme, um für Interoperabilität zu sorgen, die Gewährleistung des Zugangs zu vertrauenswürdigen und qualifizierten Daten und die Gewährleistung der Möglichkeit des Datenaustauschs über eine offene und gemeinsame EU-Infrastruktur für den Datenaustausch umfassen.

(17c) Um die Schwellenwerte für Nettoumsatzerlöse von Unternehmen, damit diese den Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegen, anzupassen, da die Inflation im Laufe der Zeit ihren realen Wert senken wird, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 290 AEUV zu erlassen. Es ist besonders wichtig, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen durchführt, auch auf Sachverständigenebene. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission die zeitgleiche, zügige und angemessene

Weiterleitung relevanter Dokumente an das Europäische Parlament und den Rat sicherstellen.

(18) In Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie (EU) 2022/2464 sind die Termine festgelegt, ab denen die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie 2013/34/EU vorgesehenen Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung erfüllen müssen, wobei diese Termine nach Unternehmensgröße gestaffelt sind. Da ***ausschließlich*** Unternehmen mit ***Nettoumsatzerlösen von über 450 Mio. EUR und mit*** durchschnittlich mehr als 1 000 Beschäftigten während des Geschäftsjahres, ***gegebenenfalls auf Ebene der Gruppe***, ***den*** Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung ***unterliegen sollten***, sollten die Kriterien für die Festlegung des Geltungsbeginns angepasst werden und der Verweis auf kleine und mittlere Unternehmen, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt in der EU zugelassen sind, sollte gestrichen werden.

(18a) Es ist wichtig, zu jedem Zeitpunkt für Rechtssicherheit in Bezug auf diese Beschränkung des Anwendungsbereichs zu sorgen, insbesondere hinsichtlich des individuellen Anwendungsbereichs der einschlägigen Bestimmungen. Dementsprechend sollte Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe a der Richtlinie (EU) 2022/2464 für die erste Gruppe von Unternehmen, die der genannten Richtlinie unterliegen, dahin gehend geändert werden, dass die Anwendung auf drei Geschäftsjahre ab dem 1. Januar 2024 beschränkt wird. Für am oder nach dem 1. Januar 2027 beginnende Geschäftsjahre sollte Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2022/2464 für die zweite Gruppe von Unternehmen, die der genannten Richtlinie unterliegen, gelten. Dementsprechend werden Unternehmen, die unter Buchstabe a, aber nicht unter Buchstabe b in der durch die vorliegende Richtlinie geänderten Fassung fallen, ab den am oder nach dem 1. Januar 2027 beginnenden Geschäftsjahren nicht mehr in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen. Um den Aufwand so rasch wie möglich zu verringern, sollte es den Mitgliedstaaten dennoch gestattet sein, diese Unternehmen für die zwischen dem 1. Januar 2025 und dem 31. Dezember 2026 beginnenden Geschäftsjahre von den Berichtspflichten zu befreien. Die Mitgliedstaaten müssen diese Ausnahmeregelung in einer Weise umsetzen, die die Einhaltung des Grundsatzes der Rechtssicherheit gewährleistet.

(19) In Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Richtlinie (EU) 2022/2464 sind die Termine festgelegt, ab denen die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie 2004/109/EG festgelegten Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung erfüllen müssen, wobei diese Termine nach ***der Größe des jeweiligen Emittenten*** gestaffelt sind. Da ***ausschließlich*** Unternehmen mit ***Nettoumsatzerlösen von über 450 Mio. EUR und mit*** durchschnittlich mehr als 1 000 Beschäftigten während des Geschäftsjahres, ***gegebenenfalls auf Ebene der Gruppe***, ***den*** Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung ***unterliegen sollten***, sollten die Kriterien für die Festlegung des Geltungsbeginns angepasst werden und der Verweis auf kleine und mittlere Unternehmen, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt in der EU zugelassen sind, sollte gestrichen werden.

(19a) Es ist wichtig, zu jedem Zeitpunkt Rechtssicherheit in Bezug auf diese Beschränkung des Anwendungsbereichs zu gewährleisten, insbesondere hinsichtlich des wesentlichen Anwendungsbereichs der einschlägigen Bestimmungen. Dementsprechend sollte Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 3 Buchstabe a der Richtlinie (EU) 2022/2464 für die erste Gruppe von Emittenten, die der genannten Richtlinie unterliegen, dahin gehend geändert werden, dass die Anwendung auf drei Geschäftsjahre ab dem 1. Januar 2024 beschränkt wird. Für am oder nach dem 1. Januar 2027 beginnende Geschäftsjahre sollte Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 3 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2022/2464 für die zweite Gruppe von Emittenten, die der genannten Richtlinie unterliegen, gelten. Dementsprechend werden Emittenten, die unter Buchstabe a, aber nicht unter Buchstabe b in der durch die vorliegende Richtlinie geänderten Fassung fallen, ab den am oder nach dem 1. Januar 2027 beginnenden Geschäftsjahren nicht mehr in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen. Um den Aufwand so rasch wie möglich zu verringern, sollte es den Mitgliedstaaten dennoch gestattet sein, diese Emittenten für die zwischen dem 1. Januar 2025 und dem 31. Dezember 2026 beginnenden Geschäftsjahre von den Berichtspflichten zu befreien. Die Mitgliedstaaten müssen diese Ausnahmeregelung in einer Weise umsetzen, die die Einhaltung des Grundsatzes der Rechtssicherheit gewährleistet.

(19aa) Aufgrund der Änderung des Anwendungsbereichs betreffend die Unternehmen, die der Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegen, sollte die in Artikel 6 Absatz 1 enthaltene Überprüfungsklausel angepasst werden. Um

sicherzustellen, dass das Ziel der Union erreicht wird, die Offenlegung ausreichender Daten zur Nachhaltigkeit von Unternehmen zu ermöglichen, sollte die Kommission die Angemessenheit des Anwendungsbereichs der Richtlinie (EU) 2022/2464 in der durch die vorliegende Richtlinie geänderten Fassung bewerten. Diese Überprüfung sollte sich insbesondere auf eine Analyse des Bedarfs an Nachhaltigkeitsdaten zur Mobilisierung privater Investitionen für die Ziele des europäischen Grünen Deals einerseits und des Einflusses der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der EU andererseits stützen. Es ist auch wichtig, dass bei der Überprüfung die entwickelten bewährten Verfahren und der tatsächliche Stand der Bereitschaft der Unternehmen zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen gemäß der genannten Richtlinie berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck und vor dem Hintergrund des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ist es wichtig, dass die Kommission bei der Prüfung einer möglichen Ausweitung des Anwendungsbereichs in Betracht zieht, diese Ausweitung mit der Möglichkeit der Einführung einer vereinfachten Berichterstattungsregelung auszugleichen.

(19b) ***Mit Artikel 1 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2024/1760 wird ausgeschlossen, dass die genannte Richtlinie eine Grundlage für einen geringeren Schutz bestimmter Rechte und Interessen darstellt, der in den zum Zeitpunkt des Erlasses der genannten Richtlinie geltenden nationalen Rechtsvorschriften oder Tarifverträgen vorgesehen ist. Dies sollte die Mitgliedstaaten jedoch nicht daran hindern, bei der Umsetzung der Richtlinie die zum Zeitpunkt der Annahme der Richtlinie geltenden nationalen Rechtsvorschriften über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit anzupassen, um ihre Angleichung an die Richtlinie, insbesondere ihren Anwendungsbereich, zu verbessern oder sicherzustellen.***

(19c) ***Mit der Richtlinie (EU) 2024/1760 soll kein umfassender Rahmen für den Schutz der Menschenrechte oder der Umwelt im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit von Unternehmen vorgegeben werden. Vielmehr ist ihr Ziel die Harmonisierung nationaler Rechtsvorschriften in Bezug auf die allgemeinen Sorgfaltspflichten dieser Unternehmen und die diesbezügliche Haftung, womit sichergestellt werden soll, dass Unternehmen, die im Binnenmarkt tätig sind, zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten ersetzen nicht die spezifischen rechtlichen Verpflichtungen, die***

direkt oder indirekt dem Schutz der Menschenrechte oder der Umwelt dienen, sondern ergänzen diese. Zu diesen spezifischen rechtlichen Verpflichtungen gehören neben vielen anderen etwa die Rechtsvorschriften über Arbeit, Arbeitszeit und Gleichbehandlung, die Rechtsvorschriften über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, einschließlich des Umgangs mit gefährlichen Stoffen, die Rechtsvorschriften über Baunormen und Bebauungspläne sowie die Rechtsvorschriften über Produkt- oder Lebensmittelsicherheit. Alle diese rechtlichen Verpflichtungen fallen nicht in den Anwendungsbereich der vorliegenden Richtlinie, es sei denn, mit ihnen werden allgemeine Sorgfaltspflichten festgelegt. Zur Erhöhung der Rechtssicherheit und um sicherzustellen, dass die erforderliche Regulierungsfreiheit ausdrücklich gewahrt wird, sollte Artikel 1 der Richtlinie (EU) 2024/1760 dahin gehend geändert werden, dass die Grenzen des Anwendungsbereichs der Richtlinie weiter präzisiert werden.

(19d) ***Mit der Richtlinie (EU) 2024/1760 werden einschlägigen Unternehmen weitreichende Sorgfaltspflichten auferlegt. Deshalb ist ihr Anwendungsbereich auf besonders große Unternehmen beschränkt. Dennoch wird in dem Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit der Rahmen für die Sorgfaltspflichten als eine der Hauptursachen für den Regelungsaufwand bezeichnet und in diesem Zusammenhang wird der Schluss gezogen, dass der Größe der von der Regulierung betroffenen Unternehmen besser Rechnung getragen werden muss. Darüber hinaus können die Ziele der genannten Richtlinie am besten in Bezug auf die größten Unternehmen erreicht werden, die den größten Einfluss auf ihre Wertschöpfungskette ausüben, die größten Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt haben und über die größten Ressourcen zur sorgfältigen Umsetzung der Sorgfaltspflichten verfügen. Aus all diesen Gründen und im Einklang mit dem zentralen Ziel der Vereinfachung sollte der Anwendungsbereich der genannten Richtlinie beschränkt werden. Der Schwellenwert von 450 Mio. EUR in Artikel 2 Absätze 1 und 2 sollte auf 1,5 Mrd. EUR und der Schwellenwert von 1 000 Beschäftigten in Artikel 2 Absatz 1 auf 5 000 Beschäftigte angehoben werden. Dementsprechend sollten die Schwellenwerte in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 2 Absatz 2***

Buchstabe c auf Lizenzgebühren in Höhe von 75 Mio. EUR und weltweite Nettoumsatzerlöse in Höhe von 275 Mio. EUR angehoben werden.

(20) Gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2024/1760 erlassen die Mitgliedstaaten in ihrem nationalen Recht auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet keine von Artikel 8 Absätze 1 und 2, Artikel 10 Absatz 1 ***und Artikel 11 Absatz 1*** der genannten Richtlinie abweichenden Bestimmungen zur Festlegung von Sorgfaltspflichten in den Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz. Um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten nicht über die genannte Richtlinie hinausgehen, und um eine Fragmentierung des Regelungsumfeld und damit verbundene Rechtsunsicherheit und unnötigen Aufwand zu vermeiden, sollten die auf eine vollständige Harmonisierung abzielenden Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2024/1760 um Bestimmungen zur Regelung der Kernaspekte des Verfahrens zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht ergänzt werden. Dazu gehören insbesondere die Ermittlungspflicht, ***die Priorisierung***, die Pflichten zur Bekämpfung negativer Auswirkungen, die ermittelt wurden oder hätten ermittelt werden müssen, sowie die Pflicht, einen Beschwerde- und Meldemechanismus vorzusehen, ***die Pflicht, Maßnahmen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht zu überwachen und die Berichterstattungspflicht bezüglich durch die genannte Richtlinie abgedeckten Fragen***. Gleichzeitig sollte es den Mitgliedstaaten ***weiterhin*** gestattet sein, strengere Bestimmungen zu anderen Aspekten ***oder Bestimmungen über Sorgfaltspflichten einzuführen, die hinsichtlich ihres Ziels oder des abgedeckten Bereichs spezifischer sind***. ***Letzterer Punkt umfasst Bestimmungen des nationalen Rechts zur Regelung spezifischer negativer Auswirkungen oder spezifischer Tätigkeitsbereiche, um ein anderes Niveau des Schutzes der Menschenrechte, Beschäftigungs- und sozialen Rechte, des Umwelt- oder des Klimaschutzes zu erreichen. Zur Erhöhung der Rechtssicherheit und um die erforderliche Regulierungsfreiheit zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf*** neu auftretende ***spezifische*** Risiken***, für die Sorgfaltspflichten von Bedeutung sein können, sollte dieser Punkt weiter präzisiert werden***. ***Es sollte präzisiert werden, dass dieser Punkt Sorgfaltspflichten umfasst, die spezifische*** Produkte, Dienstleistungen ***oder Situationen betreffen***. ***Dagegen fallen nationale Vorschriften, die über ein spezifisches Ziel oder einen spezifischen Bereich hinausgehen, beispielsweise indem das Verfahren zur Erfüllung der***

Sorgfaltspflichten im Allgemeinen oder die Sorgfaltspflichten in einer gesamten Branche geregelt werden, nicht unter diesen Punkt.

(21) Gemäß Artikel 5 der Richtlinie (EU) 2024/1760 müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass große Unternehmen ab einer bestimmten Größe eine ▌ Sorgfaltspflicht in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt erfüllen. ***Gemäß Artikel 8 müssen diese*** Unternehmen ***unter Berücksichtigung relevanter Risikofaktoren geeignete Maßnahmen ergreifen, um negative Auswirkungen zu ermitteln und zu bewerten***. ***Unternehmen sollten*** verpflichtet ***sein, auf der ausschließlichen Grundlage von bei zumutbarem Aufwand verfügbaren Informationen eine Scoping-Untersuchung durchzuführen, um*** allgemeine ***Bereiche in ihrer*** eigenen Geschäftstätigkeit, der Geschäftstätigkeit ***ihrer*** Tochterunternehmen und, ***soweit sie mit*** ihren Aktivitätsketten ***in Verbindung steht,*** der ***Geschäftstätigkeit ihrer*** Geschäftspartner ***zu ermitteln, in denen negative Auswirkungen am wahrscheinlichsten auftreten dürften***. ***Bei der Durchführung der Scoping-Untersuchung sind die*** Unternehmen ***nicht verpflichtet,*** negative Auswirkungen ***systematisch auf Unternehmensebene zu ermitteln, sondern müssen vielmehr allgemeine Bereiche erfassen***. ***Bei der Scoping-Untersuchung*** sollten sich die Unternehmen ***ausschließlich auf Informationen stützen, die ihnen bei zumutbarem Aufwand zur Verfügung stehen,*** was ***in der Regel ausschließt, dass Informationen von*** Geschäftspartnern ***angefordert werden***. ***Die Unternehmen können jedoch flexibel beurteilen, welche Informationen ihnen bei zumutbarem Aufwand zur Verfügung stehen.***

(21a) Unternehmen sollten auf der Grundlage der Ergebnisse der unter Buchstabe a genannten Scoping-Untersuchung eine eingehende Bewertung in den Bereichen durchführen, in denen die negativen Auswirkungen als am wahrscheinlichsten und am schwerwiegendsten eingestuft wurden. Unternehmen sind nicht verpflichtet, Informationen von Geschäftspartnern anzufordern, bei denen keine wahrscheinlichen und schwerwiegenden Risiken festgestellt wurden. Die eingehende Bewertung sollte darauf abzielen, genaue und zuverlässige Informationen zu erhalten, insbesondere über Art und Ausmaß, Ursachen, Schweregrad und Wahrscheinlichkeit der ermittelten negativen Auswirkungen, damit das Unternehmen gegebenenfalls die Priorisierung gemäß Artikel 9 vornehmen und geeignete Maßnahmen zu deren Behebung gemäß den Artikeln 10

bis 12 ergreifen kann. Um Unternehmen zusätzliche Flexibilität einzuräumen, sollte ein Unternehmen, das negative Auswirkungen ermittelt hat, welche in mehreren Bereichen gleichermaßen wahrscheinlich oder schwerwiegend sind, die Möglichkeit haben, die Bewertung negativer Auswirkungen zu priorisieren, an denen direkte Geschäftspartner beteiligt sind. Unternehmen sind nur verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um negative Auswirkungen zu ermitteln. Sie sind somit nicht verpflichtet, alle negativen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit, der ihrer Tochterunternehmen und der ihrer Geschäftspartner zu ermitteln. In einigen Fällen könnte dies dazu führen, dass solche Auswirkungen nicht ermittelt und daher nicht verhindert, gemindert, abgestellt oder minimiert werden, obwohl das Unternehmen seinen Verpflichtungen aus dieser Richtlinie in vollem Umfang nachgekommen ist. Demzufolge würden Unternehmen für solche Auswirkungen nicht gemäß Artikel 27 der genannten Richtlinie bestraft.

(22) Um bei der ***eingehenden Bewertung von Geschäftspartnern*** den Trickle-down-Effekt auf ***andere Unternehmen, auch*** kleine und mittlere Unternehmen und kleine Midcap-Unternehmen, zu begrenzen, sollten ▌ Unternehmen***, die der genannten Richtlinie unterliegen, von Geschäftspartnern nur dann*** Informationen ***anfordern, wenn*** diese Informationen ***erforderlich sind***. ***Es ist wichtig, dass ein Informationsersuchen stets gezielt,*** zumutbar ***und verhältnismäßig ist***. ***Von Geschäftspartnern mit weniger als 5 000 Beschäftigten sollten Unternehmen nur Informationen anfordern, wenn diese bei zumutbarem Aufwand nicht auf andere Weise erlangt werden können, z. B. über ihnen vorliege Informationen oder aus anderen Quellen.***

(-22a) Gemäß Artikel 8 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2024/1760 müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Unternehmen für die Zwecke der Ermittlung und Bewertung der negativen Auswirkungen berechtigt sind, angemessene Ressourcen zu nutzen, einschließlich unabhängiger Berichte, der im Rahmen des Meldemechanismus gesammelten Informationen und des Beschwerdeverfahrens nach Artikel 14. Um den Unternehmen und den einschlägigen Geschäftspartnern die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern, sollte präzisiert werden, dass auch digitale Lösungen, Industrieinitiativen und Multi-Stakeholder-Initiativen angemessene Ressourcen sein könnten. Diese Aufzählung ist nicht erschöpfend, sodass es den Unternehmen weiterhin freisteht,

die erforderlichen Informationen individuell anstatt durch Industrie- und Multi-Stakeholder-Initiativen – oder auch ergänzend dazu – einzuholen, um doppelte Anfragen zu vermeiden.

(22a) Da negative Auswirkungen entsprechend ihres Schweregrads und ihrer Wahrscheinlichkeit priorisiert und schrittweisebehoben werden sollten, sollte einem Unternehmen keine Strafe nach Artikel 27 der Richtlinie (EU) 2024/1760 auferlegt werden, wenn es nicht möglich ist, alle von ihm ermittelten negativen Auswirkungen gleichzeitig in vollem Umfang zu beheben.

(23) Mitunter können Unternehmen in ihrer Produktion in hohem Maße auf Vorleistungen eines bestimmten oder mehrerer bestimmter Lieferanten angewiesen sein. Wenn die Geschäftstätigkeit eines solchen Lieferanten mit schwerwiegenden negativen Auswirkungen wie Kinderarbeit oder erheblichen Umweltschäden einhergeht und das Unternehmen im Bestreben, diese Auswirkungen zu mindern, sämtliche Möglichkeiten zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht erfolglos ausgeschöpft hat, sollte es als letztes Mittel die Geschäftsbeziehung aussetzen und mit dem Lieferanten nach einer Lösung suchen, wobei der Druck infolge dieser Aussetzung nach Möglichkeit erhöht werden sollte. ***Die Aussetzung sollte beendet werden, sobald die negativen Auswirkungen behoben sind.***

(24) Um den Aufwand für Unternehmen zu verringern und bei der Einbeziehung der Interessenträger mehr Verhältnismäßigkeit zu gewährleisten, sollten Unternehmen zur Zusammenarbeit mit Arbeitnehmern, deren Vertretern, einschließlich Gewerkschaften, sowie mit Einzelpersonen und Gemeinschaften nur dann verpflichtet sein, wenn deren Rechte oder Interessen von den Produkten, Dienstleistungen und Tätigkeiten des Unternehmens, seiner Tochterunternehmen und seiner Geschäftspartner unmittelbar betroffen sind oder betroffen sein könnten und zudem ein Bezug zur jeweiligen spezifischen Phase des Verfahrens zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht besteht. Dies schließt Einzelpersonen oder Gemeinschaften in der Nachbarschaft von durch Geschäftspartner betriebenen Anlagen ein, wenn diese Personen oder Gemeinschaften von einer Verschmutzung unmittelbar betroffen sind, oder indigene Völker, deren Rechte auf Land oder Ressourcen unmittelbar davon betroffen sind, wie ein Geschäftspartner Land, Wälder oder Gewässer erwirbt, entwickelt oder anderweitig nutzt. Darüber hinaus sollte die Einbeziehung der Interessenträger nur in bestimmten Phasen des Verfahrens zur Erfüllung der

Sorgfaltspflicht vorgeschrieben werden, nämlich in der Ermittlungsphase, bei der Ausarbeitung (erweiterter) Aktionspläne und bei der Gestaltung von Abhilfemaßnahmen.

▌

(25) Um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern, sollten die ▌ allgemeinen Leitlinien der Kommission zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten ***vor Ablauf der Umsetzungsfrist zum*** 26. Juli ***2027 zur Verfügung gestellt werden***. Parallel dazu sollte das Datum der Anwendung der Richtlinie (EU) 2024/1760 für ***alle*** Unternehmen auf den 26. Juli ***2029*** verschoben werden. Dieser Zweijahreszeitraum ***sollte*** den Unternehmen ausreichend Zeit bieten, um bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht die in den Leitlinien der Kommission enthaltenen praktischen Hinweise und bewährten Verfahren zu berücksichtigen.

(26) ***Die Bestimmungen*** der Richtlinie (EU) 2024/1760 ***über*** den Plan zur Minderung der Folgen des Klimawandels ***wurden als unverhältnismäßig erachtet, insbesondere wegen des Verwaltungsaufwands für Unternehmen und zuständige Behörden, und könnten zu Rechtsunsicherheit führen***. ***Diese Bestimmungen müssen aufgehoben werden, um die Verpflichtungen zu straffen und eine gezieltere und effizientere Umsetzung der genannten Richtlinie zu unterstützen.***

▌

(27) Gemäß Artikel 27 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2024/1760 müssen die Mitgliedstaaten Vorschriften über Sanktionen erlassen, die „wirksam, verhältnismäßig und abschreckend“ sind. Gemäß Artikel 27 Absatz 2 der genannten Richtlinie tragen die Mitgliedstaaten bei der Entscheidung über die Verhängung von Sanktionen und bei der Festlegung ihrer Art und ihrer angemessenen Höhe Aspekten, die die Schwere des Verstoßes bestimmen, sowie mildernden oder erschwerenden Umständen gebührend Rechnung. Gemäß Artikel 27 Absatz 4 der genannten Richtlinie müssen sich von den Mitgliedstaaten ***verhängte*** Zwangsgelder nach dem weltweiten Nettoumsatz des Unternehmens richten. ***Diese Anforderung erscheint*** jedoch ***unnötig und könnte fälschlicherweise so ausgelegt werden, dass sich Zwangsgelder ausschließlich oder in erster Linie nach diesem Umsatz richten müssen. Stattdessen müssen die Aufsichtsbehörden gemäß der Anforderung, dass***

Sanktionen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen, die weltweiten Nettoumsatzerlöse (oder im Falle von Unternehmen, die zu einer Gruppe gehören, die konsolidierten weltweiten Nettoumsatzerlöse der obersten Muttergesellschaft) zusätzlich zu den in Artikel 27 Absatz 2 der genannten Richtlinie aufgeführten Aspekte berücksichtigen. ***Daher sollte diese gesonderte Anforderung gestrichen werden. Umgekehrt sollten die Mitgliedstaaten –*** um unionsweit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten ***und im Einklang mit dem Ziel der Harmonisierung – verpflichtet sein, eine einheitliche*** Obergrenze für Zwangsgelder ***in Höhe von 3 % des weltweiten Nettoumsatzes festzulegen***. ***Die Anwendung dieser Obergrenze auf*** Unternehmen***, die zu Gruppen gehören, sollte präzisiert werden***. Darüber hinaus sollte die Kommission zur ***Steigerung der Einheitlichkeit*** der Durchsetzungspraktiken in der Union in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten Leitlinien entwickeln, um die Aufsichtsbehörden bei der Festlegung der Höhe der Sanktionen zu unterstützen.

(28) Um ***das Subsidiaritätsprinzip besser zu verwirklichen***, sollte die derzeit in Artikel 29 Absatz 1 der genannten Richtlinie vorgesehene spezifische unionsweite Haftungsregelung gestrichen werden. Gleichzeitig sollten die Mitgliedstaaten sowohl nach dem Völkerrecht als auch nach dem Unionsrecht verpflichtet sein, dafür zu sorgen, dass Opfer negativer Auswirkungen wirksamen Zugang zur Justiz haben, und deren Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf gemäß Artikel 2 Absatz 3 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, Artikel 8 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 9 Absatz 3 des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Übereinkommen von Aarhus) sowie Artikel 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu gewährleisten. Die Mitgliedstaaten sollten daher sicherstellen, dass im Fall, dass ein Unternehmen wegen der Nichteinhaltung der in der Richtlinie (EU) 2024/1760 festgelegten Sorgfaltspflichten haftbar gemacht wird und ein solcher Verstoß einen Schaden verursacht hat, die Opfer eine vollständige Entschädigung erhalten können, die im Einklang mit den Grundsätzen der Wirksamkeit und der Gleichwertigkeit gewährt werden sollte, wobei auch Schutzmaßnahmen vorzusehen sind, die eine mögliche Überkompensation vermeiden. Angesichts der unterschiedlichen Vorschriften und Traditionen, die auf

nationaler Ebene in Bezug auf die Zulassung von Verbandsklagen bestehen, sollte die diesbezügliche Anforderung der Richtlinie (EU) 2024/1760 gestrichen werden. Eine solche Streichung gilt unbeschadet etwaiger Bestimmungen des anwendbaren nationalen Rechts, die es Gewerkschaften, nichtstaatlichen Menschenrechts- oder Umweltorganisationen, anderen Nichtregierungsorganisationen oder nationalen Menschenrechtsinstitutionen ermöglichen, Klagen zur Durchsetzung der Rechte mutmaßlich Geschädigter zu erheben oder von diesen Parteien unmittelbar erhobenen Klagen zu unterstützen. Aus demselben Grund sollte die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, in Fällen, in denen das auf entsprechende Ansprüche anzuwendende Recht nicht das nationale Recht des Mitgliedstaats ist, sicherzustellen, dass die Haftungsvorschriften zwingend anwendbar sind, gestrichen werden. Diese Streichung schränkt nicht die Möglichkeit der Mitgliedstaaten ein, vorzusehen, dass die nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung von Artikel 29 der Richtlinie (EU) 2024/1760 gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 864/2007 zwingend anwendbar sind, wenn das auf entsprechende Ansprüche anzuwendende Recht nicht das nationale Recht eines Mitgliedstaats ist.

(29) Gemäß Artikel 36 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2024/1760 legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat spätestens bis zum 26. Juli 2026 einen Bericht vor, in dem sie darauf eingeht, ob zusätzliche, auf regulierte Finanzunternehmen zugeschnittene Sorgfaltspflichten im Bereich der Nachhaltigkeit in Bezug auf die Erbringung von Finanzdienstleistungen und Anlagetätigkeiten notwendig sind, und die Optionen für solche Sorgfaltspflichten und ihre Auswirkungen aufzeigt. Da diese Überprüfungsklausel keine Zeit lässt, um den Erfahrungen mit dem neu geschaffenen allgemeinen Rahmen für die Sorgfaltspflichten Rechnung zu tragen, sollte sie gestrichen werden.

(29a) Die Umsetzungsfrist sollte um ein Jahr verlängert werden, und die Fristen, ab denen die Mitgliedstaaten die Richtlinie (EU) 2024/1760 anwenden müssen, sollten für alle Unternehmen, die in den Anwendungsbereich fallen, vereinheitlicht werden, um den Unternehmen mehr Zeit für die Vorbereitung auf die Anforderungen der genannten Richtlinie zu geben. Zusätzlich sollten mehrere andere Fristen in der genannten Richtlinie geändert werden, um dieser Verlängerung um ein Jahr sowie der mit der Richtlinie (EU) 2025/794 umgesetzten Verlängerung Rechnung zu tragen.

▌

(30) Da die Ziele dieser Richtlinie von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern wegen des Umfangs oder der Wirkungen der Maßnahme auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Richtlinie nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

(31) Die Richtlinien 2006/43/EG, 2013/34/EU, (EU) 2022/2464 und (EU) 2024/1760 sollten daher entsprechend geändert werden —

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Richtlinie 2006/43/EG

Die Richtlinie 2006/43/EG wird wie folgt geändert:

-1. Artikel 3 Absatz 4 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(4) Die zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten lassen als Prüfungsgesellschaften nur Einrichtungen zu, die die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

a) Die natürlichen Personen, die für eine Prüfungsgesellschaft Abschlussprüfungen durchführen, müssen zumindest die Voraussetzungen für Abschlussprüfungen nach Artikel 4, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 7 Absatz 1, Artikel 8 Absätze 1 und 2, Artikel 9, Artikel 10 Absatz 1 Unterabsatz 1, Artikel 11 und Artikel 12 dieser Richtlinie erfüllen und in dem betroffenen Mitgliedstaat als Abschlussprüfer zugelassen sein.

b) Eine Mehrheit der Stimmrechte in einer Einrichtung muss von Prüfungsgesellschaften, die in einem Mitgliedstaat zugelassen sind, oder von natürlichen Personen, die zumindest die Voraussetzungen für Abschlussprüfungen nach Artikel 4, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 7 Absatz 1, Artikel 8 Absätze 1 und 2, Artikel 9, Artikel 10 Absatz 1

Unterabsatz 1, Artikel 11 und Artikel 12 dieser Richtlinie erfüllen, gehalten werden. Die Mitgliedstaaten können bestimmen, dass diese natürlichen Personen auch in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen sein müssen. Für die Zwecke der Abschlussprüfung von Genossenschaften, Sparkassen und ähnlichen Einrichtungen gemäß Artikel 45 der Richtlinie 86/635/EWG oder von Tochterunternehmen oder Rechtsnachfolgern einer Genossenschaft, einer Sparkasse oder einer ähnlichen Einrichtung gemäß Artikel 45 der Richtlinie 86/635/EWG können die Mitgliedstaaten andere spezifische Bestimmungen im Zusammenhang mit Stimmrechten erlassen.

c) Das Verwaltungs- oder Leitungsorgan der Einrichtung muss sich mit einer Mehrheit von bis zu 75 % aus Prüfungsgesellschaften mit Zulassung in einem Mitgliedstaat oder natürlichen Personen zusammensetzen, die zumindest die Voraussetzungen für Abschlussprüfungen nach Artikel 4, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 7 Absatz 1, Artikel 8 Absätze 1 und 2, Artikel 9, Artikel 10 Absatz 1 Unterabsatz 1, Artikel 11 und Artikel 12 dieser Richtlinie erfüllen. Die Mitgliedstaaten können bestimmen, dass diese natürlichen Personen auch in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen sein müssen. Zählt ein solches Organ nur zwei Mitglieder, so muss eines von ihnen zumindest die Voraussetzungen dieses Buchstabens erfüllen.

d) Die Gesellschaft muss die Voraussetzungen des Artikels 4 erfüllen.“

-1a. Artikel 24b Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

-1g. „Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass eine Prüfungsgesellschaft, die die Bestätigung der Nachhaltigkeitsberichterstattung durchführt, zumindest einen verantwortlichen Nachhaltigkeitspartner benennt, der zumindest die Voraussetzungen der Artikel 4 und 6 bis 12 erfüllen und in dem betroffenen Mitgliedstaat als Abschlussprüfer zugelassen sein muss. Dieser verantwortliche Nachhaltigkeitspartner kann der verantwortliche Prüfungspartner oder einer der verantwortlichen Prüfungspartner sein. Die Prüfungsgesellschaft stellt dem verantwortlichen Nachhaltigkeitspartner oder den verantwortlichen Nachhaltigkeitspartnern die zur angemessenen Wahrnehmung seiner bzw. ihrer

Aufgaben notwendigen Mittel und Personal mit der notwendigen Kompetenz und den notwendigen Fähigkeiten zur Verfügung.“

1. Artikel 26a Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Kommission erlässt gemäß Artikel 48a ***spätestens am 1. Juli 2027*** delegierte Rechtsakte ▌, um diese Richtlinie durch Standards für begrenzte Prüfungssicherheit zu ergänzen, die regeln, welche Verfahren Prüfer und Prüfungsgesellschaften durchführen müssen, um zu Schussfolgerungen zur Bestätigung der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu gelangen, einschließlich Auftragsplanung, Risikoerwägungen und Reaktion auf Risiken, und welche Art von Schlussfolgerungen in den Prüfungsvermerk über die Nachhaltigkeitsberichterstattung oder gegebenenfalls den Bestätigungsvermerk aufzunehmen sind.

Die Kommission legt die in Unterabsatz 1 genannten Standards für die Bestätigung fest, wobei sie sicherstellt, dass diese Standards

a) in einem einwandfreien Verfahren mit angemessener öffentlicher Aufsicht und Transparenz erstellt wurden,

b) bei der jährlichen oder konsolidierten Nachhaltigkeitsberichterstattung zu einem hohen Maß an Glaubwürdigkeit und Qualität beitragen und

c) dem Gemeinwohl der Union dienen.“

1a. In Artikel 45 Absatz 5 Unterabsatz 2 erhält Buchstabe a folgende Fassung:

„a) die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs- bzw. Leitungsorgans des Prüfungsunternehmens aus einem Drittland Voraussetzungen erfüllt, die den Vorgaben der Artikel 4 bis 10 – mit Ausnahme von Artikel 7 Absatz 2, Artikel 8 Absatz 3 und Artikel 10 Absatz 1 Unterabsatz 2 – gleichwertig sind;“

1aa. In Artikel 45 wird folgender Absatz eingefügt:

„(5b) Die Mitgliedstaaten wenden die Absätze 1 bis 5a nicht auf Prüfungsvermerke zur jährlichen oder konsolidierten Nachhaltigkeitsberichterstattung an, die für Geschäftsjahre ausgestellt werden, die zwischen dem 1. Januar 2025 und dem 31. Dezember 2030 beginnen, wenn der betreffende Prüfer oder das

betreffende Prüfungsunternehmen des Drittlands den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats Folgendes vorlegt:

a) Name und Anschrift des betreffenden Prüfers bzw. des betreffenden Prüfungsunternehmens und Angaben zur rechtlichen Struktur,

b) die Erklärung, dass der Prüfer aus einem Drittland, der den Prüfungsvermerk unterzeichnet, Kenntnisse im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung und deren Bestätigung erworben hat, sowie Informationen über den Stand dieser Kenntnisse,

c) falls der Prüfer oder das Prüfungsunternehmen einem Netz angehören, eine Beschreibung dieses Netzes,

d) die Standards für die Bestätigung und Anforderungen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit, die auf die betreffende Bestätigung der Nachhaltigkeitsberichterstattung angewandt wurden,

e) eine Beschreibung des internen Qualitätskontrollsystems des Prüfungsunternehmens, das die Bewertung der Nachhaltigkeitsberichterstattung abdeckt, und

f) die Angabe, ob und wann die letzte Qualitätssicherungsprüfung des Prüfers oder des Prüfungsunternehmens im Rahmen der Aufträge zur Bestätigung der Nachhaltigkeitsprüfung durchgeführt wurde, sowie die erforderlichen Informationen über das Ergebnis dieser Qualitätssicherungsprüfung. Nach Erhalt aller oben genannten Informationen registrieren die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats den betreffenden Prüfer oder das betreffende Prüfungsunternehmen des Drittlands zum Zweck der Bestätigung von Nachhaltigkeitsinformationen und machen deutlich, dass die Registrierung im Rahmen der Bestimmung über den Übergangszeitraum erfolgt ist. Legt der betreffende Prüfer oder das betreffende Prüfungsunternehmen des Drittlands die oben genannten Informationen nicht vollständig vor, so wird er bzw. es von den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats nicht registriert.“

2. Artikel 48a Absatz 2 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Befugnis zum Erlass der in Artikel 26a Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakte wird der Kommission auf unbestimmte Zeit übertragen."

Artikel 2

Änderung der Richtlinie 2013/34/EU

Die Richtlinie 2013/34/EU wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 erhält der einleitende Teil folgende Fassung:

„Die in den Artikeln 19a, ***29a***, 29d, 30 und 33, Artikel 34 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe aa, Artikel 34 Absätze 2 und 3 sowie Artikel 51 der vorliegenden Richtlinie vorgeschriebenen Koordinierungsmaßnahmen gelten unabhängig von der jeweiligen Rechtsform auch für die Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für folgende Unternehmen, sofern es sich um Unternehmen handelt, die am Bilanzstichtag ***Nettoumsatzerlöse von über 450 000 000 EUR*** und durchschnittlich mehr als ***1 000*** Beschäftigte während des Geschäftsjahres haben:"

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die in den Artikeln 19a, 29a und 29d vorgeschriebenen Koordinierungsmaßnahmen gelten weder für die durch den EFSF-Rahmenvertrag eingerichtete Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) noch für die in Artikel 2 Nummer 12 Buchstaben b und f der Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates* genannten Finanzprodukte.

---

* Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/2088/oj)."

1a. Artikel 3 Absatz 13 erhält folgende Fassung:

„Um eine inflationsbedingte Bereinigung vorzunehmen, überprüft die Kommission mindestens alle fünf Jahre die in den folgenden Bestimmungen genannten

Schwellenwerte unter Berücksichtigung der im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Inflationsmaßnahmen und ändert sie gegebenenfalls mittels delegierter Rechtsakte im Einklang mit Artikel 49: a) Absätze 1 bis 7 dieses Artikels, b) Artikel 19 Absatz 1 Unterabsatz 4, Artikel 19a Absatz 1 Unterabsatz 1 und Artikel 29a Absatz 1 Unterabsatz 1; c) Artikel 40a Absatz 1 Unterabsätze 2, 4 und 5. "

1b. Artikel 19 Absatz 1 Unterabsatz 4 erhält folgende Fassung:

„Unternehmen, die am Bilanzstichtag Nettoumsatzerlöse von über 450 000 000 EUR und durchschnittlich mehr als 1 000 Beschäftigte während des Geschäftsjahres haben, erstatten Bericht über Informationen über die wichtigsten immateriellen Ressourcen und erläutern, inwiefern das Geschäftsmodell des Unternehmens grundlegend von diesen Ressourcen abhängt und inwiefern diese Ressourcen eine Wertschöpfungsquelle für das Unternehmen darstellen."

2. Artikel 19a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Mutterunternehmen einer ▌ Gruppe, deren ***Nettoumsatzerlös 450 000 000 EUR und deren Mitarbeiterzahl die durchschnittliche Zahl von 1 000 Mitarbeitern*** auf konsolidierter Basis zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres übersteigt, nehmen in ihren konsolidierten Lagebericht Angaben auf, die für das Verständnis der Auswirkungen der Tätigkeiten der Gruppe auf Nachhaltigkeitsaspekte sowie das Verständnis der Auswirkungen von Nachhaltigkeitsaspekten auf Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage der Gruppe erforderlich sind."

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

i) ***Nach*** Unterabsatz 1 werden die folgenden ***Unterabsätze eingefügt***:

„Für die Zwecke der Unterabsätze 3, 4, und 5 bezeichnet der Ausdruck

a) ‚berichtspflichtiges Unternehmen' ein Unternehmen, das gemäß Absatz 1 berichtspflichtig ist;

b) ‚geschütztes Unternehmen' ein Unternehmen,

a. dessen Mitarbeiterzahl zum Bilanzstichtag im Durchschnitt des vorangegangenen Geschäftsjahres 1 000 nicht übersteigt; und

b. das sich in der Wertschöpfungskette eines berichtenden Unternehmens befindet;

c) ‚freiwillige Normen' die freiwillig anwendbaren Normen gemäß ***Artikel 29ca***.

Die ***Bericht erstattenden*** Unternehmen ***können sich zur Bestimmung der Größe*** der Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette ***auf eine Selbsterklärung dieser Unternehmen stützen***. ***Die Bericht erstattenden Unternehmen sind nicht verpflichtet, Schritte zur Überprüfung dieser Informationen zu unternehmen. Sie dürfen sich jedoch nicht auf die Selbsterklärung verlassen, wenn sie wissen oder vernünftigerweise wissen müssten, dass die Erklärung offensichtlich unrichtig ist.***

Geschützte Unternehmen haben das Recht, die Bereitstellung von Informationen***, die über die in den freiwilligen Standards festgelegten Informationen hinausgehen, abzulehnen, wenn diese Informationen für die Zwecke der Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß dieser Richtlinie angefordert werden. Ferner gilt:***

a) Beim Abschluss vertraglicher und sonstiger Vereinbarungen zum Zwecke der Erfüllung der Anforderungen dieser Richtlinie an die Nachhaltigkeitsberichterstattung dürfen Bericht erstattende Unternehmen von geschützten Unternehmen keine Informationen verlangen, die über die in den freiwilligen Standards festgelegten Informationen hinausgehen.

b) Vertragsbestimmungen, die im Widerspruch zu Buchstabe a stehen, sind unwirksam, berühren jedoch nicht die Verbindlichkeit der übrigen Vertragsbestimmungen.

c) Wenn ein Bericht erstattendes Unternehmen für die Zwecke der Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß dieser Richtlinie direkt oder indirekt Informationen von geschützten Unternehmen anfordert und diese Informationen teilweise oder vollständig über Informationen hinausgehen,

die in den ▌ freiwillig anwendbaren Standards festgelegt sind***, stellt dieses Bericht erstattende Unternehmen sicher, dass die geschützten Unternehmen über Folgendes informiert werden:***

i) welche Informationen über die in den freiwilligen Standards festgelegten Informationen hinausgehen; und

ii) das gesetzliche Recht geschützter Unternehmen, die Bereitstellung der Informationen zu verweigern;

d) Die in ▌ Absatz ***1*** festgelegte Pflicht zur Berichterstattung über die Wertschöpfungskette gilt als erfüllt, wenn ***Bericht erstattende*** Unternehmen die erforderlichen Angaben zur Wertschöpfungskette machen, ohne dass darin von ***geschützten*** Unternehmen ▌ Angaben eingehen, die über die Informationen hinausgehen, die in den ▌ freiwillig anwendbaren Standards festgelegt sind***.***

Unterabsatz 4

a) berührt weder Ersuchen um Informationen zu anderen Zwecken als denen der Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß dieser Richtlinie, einschließlich Ersuchen zur Einhaltung der Unionsvorschriften für Unternehmen zur Durchführung eines Verfahrens zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten ,

b) noch erlegt er Unternehmen in der Wertschöpfungskette eine Verpflichtung zur Bereitstellung von Nachhaltigkeitsinformationen auf oder impliziert eine solche Verpflichtung.

Für die ersten drei Jahre, in denen das Mutterunternehmen den Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß Absatz ***1 unterliegt, und für den Fall, dass nicht alle erforderlichen Informationen über seine Wertschöpfungskette verfügbar sind, erläutert das Mutterunternehmen, welche Anstrengungen unternommen wurden, um die erforderlichen Informationen über seine Wertschöpfungskette zu erhalten, begründet, warum nicht alle erforderlichen Informationen eingeholt werden konnten, und erläutert seine Pläne, um künftig alle erforderlichen Informationen einzuholen. Nach dieser dreijährigen Übergangsphase erfüllt das Mutterunternehmen die Berichtspflichten in***

Bezug auf Informationen zur Wertschöpfungskette, indem es Informationen verwendet, die es direkt von Unternehmen in seiner Wertschöpfungskette erhalten hat, oder indem es gegebenenfalls Schätzungen für diese Informationen nutzt.

ii) Unterabsatz 4 erhält folgende Fassung:

„Den Unternehmen steht es frei, bei der Berichterstattung über die in den Absätzen 1 und 2 genannten Informationen folgende Informationen auszulassen:

a) in Ausnahmefällen Informationen, deren Offenlegung der Geschäftslage des Unternehmens ernsthaft schaden würde, sofern alle folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

i) Eine solche Auslassung verhindert nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes und ausgewogenes Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses und der Lage des Unternehmens oder seiner wichtigsten Risiken oder wichtigsten Auswirkungen;

ii) das Unternehmen hat festgestellt, dass es unmöglich ist, die Informationen in einer Weise – etwa auf aggregierter Ebene – offenzulegen, die es ihm ermöglichen würde, die mit der Offenlegungspflicht verfolgten Ziele zu erreichen, ohne seiner Geschäftslage ernsthaft zu schaden;

iii) das Unternehmen legt offen, dass es von dieser Befreiung Gebrauch gemacht hat,

iv) das Unternehmen überprüft zu jedem Meldestichtag erneut, ob diese Informationen weiterhin ausgelassen werden können.

b) Informationen wie geistiges Kapital, geistiges Eigentum, Know-how, technische Informationen oder Innovationsergebnisse, die als Geschäftsgeheimnis im Sinne des Artikels 2 Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2016/943 einzustufen sind, sofern die beiden folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

i) das Unternehmen legt offen, dass es von dieser Befreiung Gebrauch gemacht hat, und

ii) das Unternehmen überprüft zu jedem Meldestichtag erneut, ob diese Informationen weiterhin ausgelassen werden können.

c) Verschlusssachen im Sinne des Artikels 2 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2023/2418, sofern die beiden folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

i) das Unternehmen legt offen, dass es von dieser Befreiung Gebrauch gemacht hat, und

ii) das Unternehmen überprüft zu jedem Meldestichtag erneut, ob diese Informationen weiterhin ausgelassen werden können;

d) sonstige Informationen, die aufgrund von Verpflichtungen, die in anderen Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten festgelegt sind, oder zum Schutz der Privatsphäre einer natürlichen Person oder der Sicherheit einer natürlichen oder juristischen Person vor unbefugtem Zugriff oder unbefugter Offenlegung geschützt werden sollen, sofern die beiden folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

i) das Unternehmen legt offen, dass es von dieser Befreiung Gebrauch gemacht hat, und

ii) das Unternehmen überprüft zu jedem Meldestichtag erneut, ob diese Informationen weiterhin ausgelassen werden können.“

c) Die Absätze 6 und 7 werden gestrichen.

d) Absatz 10 erhält folgende Fassung:

„Die Befreiung nach Absatz 9 gilt auch für Unternehmen von öffentlichem Interesse, die den Anforderungen dieses Artikels unterliegen.“

(4) Artikel 29a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Mutterunternehmen einer ▌ Gruppe, deren ***Nettoumsatzerlös 450 000 000 EUR und deren Mitarbeiterzahl die durchschnittliche Zahl von 1 000 Mitarbeitern*** auf konsolidierter Basis zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres übersteigt, nehmen in ihren konsolidierten Lagebericht Angaben auf, die für das Verständnis der Auswirkungen der Tätigkeiten der Gruppe auf Nachhaltigkeitsaspekte sowie das Verständnis der Auswirkungen von Nachhaltigkeitsaspekten auf Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage der Gruppe erforderlich sind.“

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

i) ***Nach*** Unterabsatz 1 werden die folgenden ***Unterabsätze eingefügt***:

„Für die Zwecke der Unterabsätze 3, 4, und 5 bezeichnet der Ausdruck

a) ‚berichtspflichtiges Unternehmen‘ ein Unternehmen, das gemäß Absatz 1 berichtspflichtig ist;

b) ‚geschütztes Unternehmen‘ ein Unternehmen,

a. dessen Mitarbeiterzahl zum Bilanzstichtag im Durchschnitt des vorangegangenen Geschäftsjahres 1 000 nicht übersteigt; und

b. das sich in der Wertschöpfungskette eines berichtenden Unternehmens befindet;

c) ‚freiwillige Normen‘ die freiwillig anwendbaren Normen gemäß ***Artikel 29ca***.

Die Bericht erstattenden Unternehmen ***können sich zur Bestimmung der Größe*** der Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette ***auf eine Selbsterklärung dieser Unternehmen stützen***. ***Die Bericht erstattenden Unternehmen sind nicht verpflichtet, Schritte zur Überprüfung dieser Informationen zu unternehmen. Sie dürfen sich jedoch nicht auf die Selbsterklärung verlassen, wenn sie wissen oder vernünftigerweise wissen müssten, dass die Erklärung offensichtlich unrichtig ist.***

Geschützte Unternehmen haben das Recht, die Bereitstellung von Informationen***, die über die in den freiwilligen Standards festgelegten Informationen hinausgehen, abzulehnen, wenn diese Informationen für***

die Zwecke der Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß dieser Richtlinie angefordert werden. Ferner gilt:

a) Beim Abschluss vertraglicher und sonstiger Vereinbarungen zum Zwecke der Erfüllung der Anforderungen dieser Richtlinie an die Nachhaltigkeitsberichterstattung dürfen Bericht erstattende Unternehmen von geschützten Unternehmen keine Informationen verlangen, die über die in den freiwilligen Standards festgelegten Informationen hinausgehen.

b) Vertragsbestimmungen, die im Widerspruch zu Buchstabe a stehen, sind unwirksam, berühren jedoch nicht die Verbindlichkeit der übrigen Vertragsbestimmungen.

c) Wenn ein Bericht erstattendes Unternehmen für die Zwecke der Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß dieser Richtlinie direkt oder indirekt Informationen von geschützten Unternehmen anfordert und diese Informationen teilweise oder vollständig über Informationen hinausgehen, die in den ▌ freiwillig anwendbaren Standards festgelegt sind***, stellt dieses Bericht erstattende Unternehmen sicher, dass die geschützten Unternehmen über Folgendes informiert werden:***

i) welche Informationen über die in den freiwilligen Standards festgelegten Informationen hinausgehen; und

ii) das gesetzliche Recht geschützter Unternehmen, die Bereitstellung der Informationen zu verweigern;

d) Die in ▌ Absatz ***1*** festgelegte Pflicht zur Berichterstattung über die Wertschöpfungskette gilt als erfüllt, wenn ***Bericht erstattende*** Unternehmen die erforderlichen Angaben zur Wertschöpfungskette machen, ohne dass darin von ***geschützten*** Unternehmen ▌ Angaben eingehen, die über die Informationen hinausgehen, die in den ▌ freiwillig anwendbaren Standards festgelegt sind.

Unterabsatz 4

a) berührt weder Ersuchen um Informationen zu anderen Zwecken als denen der Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß dieser Richtlinie,

einschließlich Ersuchen zur Einhaltung der Unionsvorschriften für Unternehmen zur Durchführung eines Verfahrens zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten ,

b) noch erlegt er Unternehmen in der Wertschöpfungskette eine Verpflichtung zur Bereitstellung von Nachhaltigkeitsinformationen auf oder impliziert eine solche Verpflichtung.

Für die ersten drei Jahre, in denen das Mutterunternehmen den Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß Absatz ***1 unterliegt, und für den Fall, dass nicht alle erforderlichen Informationen über seine Wertschöpfungskette verfügbar sind, erläutert das Mutterunternehmen, welche Anstrengungen unternommen wurden, um die erforderlichen Informationen über seine Wertschöpfungskette zu erhalten, begründet, warum nicht alle erforderlichen Informationen eingeholt werden konnten, und erläutert seine Pläne, um künftig alle erforderlichen Informationen einzuholen. Nach dieser dreijährigen Übergangsphase erfüllt das Mutterunternehmen die Berichtspflichten in Bezug auf Informationen zur Wertschöpfungskette, indem es Informationen verwendet, die es direkt von Unternehmen in seiner Wertschöpfungskette erhalten hat, oder indem es gegebenenfalls Schätzungen für diese Informationen nutzt.***

ii) Unterabsatz 4 erhält folgende Fassung:

„Den Mutterunternehmen steht es frei, bei der Berichterstattung über die in den Absätzen 1 und 2 genannten Informationen folgende Informationen auszulassen:

a) Informationen, deren Offenlegung der Geschäftslage der Gruppe ernsthaft schaden würde, sofern alle folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

i) Eine solche Auslassung verhindert nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes und ausgewogenes Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses und der Lage der Gruppe oder ihrer wichtigsten Risiken oder wichtigsten Auswirkungen;

ii) das Mutterunternehmen hat festgestellt, dass es unmöglich ist, die Informationen in einer Weise – etwa auf aggregierter Ebene – offenzulegen, die es ihm ermöglichen würde, die mit der Offenlegungspflicht verfolgten Ziele zu erreichen, ohne der Geschäftslage der Gruppe ernsthaft zu schaden;

iii) das Mutterunternehmen legt offen, dass es von dieser Befreiung Gebrauch gemacht hat,

iv) das Mutterunternehmen überprüft zu jedem Meldestichtag erneut, ob diese Informationen weiterhin ausgelassen werden können;

b) Informationen wie geistiges Kapital, geistiges Eigentum, Know-how, technische Informationen oder Innovationsergebnisse, die als Geschäftsgeheimnis im Sinne des Artikels 2 Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2016/943 einzustufen sind, sofern die beiden folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

i) das Mutterunternehmen legt offen, dass es von dieser Befreiung Gebrauch gemacht hat, und

ii) das Mutterunternehmen überprüft zu jedem Meldestichtag erneut, ob diese Informationen weiterhin ausgelassen werden können;

c) Verschlusssachen im Sinne des Artikels 2 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2023/2418, sofern die beiden folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

i) das Mutterunternehmen legt offen, dass es von dieser Befreiung Gebrauch gemacht hat, und

ii) das Mutterunternehmen überprüft zu jedem Meldestichtag erneut, ob diese Informationen weiterhin ausgelassen werden können;

d) sonstige Informationen, die aufgrund von Verpflichtungen, die in anderen Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten festgelegt sind, oder zum Schutz der Privatsphäre einer natürlichen

Person oder der Sicherheit einer natürlichen oder juristischen Person vor unbefugtem Zugriff oder unbefugter Offenlegung geschützt werden sollen, sofern die beiden folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

i) das Mutterunternehmen legt offen, dass es von dieser Befreiung Gebrauch gemacht hat, und

ii) das Mutterunternehmen überprüft zu jedem Meldestichtag erneut, ob diese Informationen weiterhin ausgelassen werden können.“

ba) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(4a) Abweichend von Absatz 1 des vorliegenden Artikels kann das Mutterunternehmen beschließen, die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Angaben zu diesen Unternehmen nicht in den konsolidierten Lagebericht für das betreffende Geschäftsjahr aufzunehmen, wenn sich die Zusammensetzung der Gruppe während des Geschäftsjahres aufgrund von Übernahmen oder Verschmelzungen von Unternehmen geändert hat.

Abweichend von Absatz 1 des vorliegenden Artikels kann das Mutterunternehmen beschließen, die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Informationen über Tochterunternehmen, die die Gruppe während des Geschäftsjahres verlassen, nicht in den konsolidierten Lagebericht aufzunehmen.

Ein Mutterunternehmen, das die in den Unterabsätzen 1 oder 2 genannten Optionen ausübt, gibt jedes bedeutende Ereignis an, das sich während des Geschäftsjahres auf das Tochterunternehmen ausgewirkt hat und das sich auf die Auswirkungen, Risiken oder Chancen der Gruppe im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten auswirkt.“

bb) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(7a) Abweichend von Absatz 1 stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Mutterunternehmen, bei denen es sich um

Beteiligungsgesellschaften mit Tochterunternehmen handelt, deren Geschäftsmodelle und Tätigkeiten voneinander unabhängig sind, beschließen können, die in Absatz 1 genannten Informationen nicht in ihren konsolidierten Lagebericht aufzunehmen.“

c) Absatz 9 erhält folgende Fassung:

„Die Befreiung nach Absatz 8 gilt auch für Unternehmen von öffentlichem Interesse, die den Anforderungen dieses Artikels unterliegen.“

▌

6. Artikel 29b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Unterabsätze 3, 4 ***und 6*** gestrichen.

aa) Absatz 2 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Durch die Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung wird die Qualität der Informationen sichergestellt, über die Bericht erstattet wird, indem darin vorgeschrieben wird, dass die Informationen verständlich, relevant, überprüfbar und vergleichbar sein und in wahrheitsgetreuer Weise dargestellt werden müssen. Die Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung verursachen Unternehmen keinen unverhältnismäßigen administrativen oder finanziellen Aufwand, indem unter anderem die Arbeit globaler Standardsetzungsinitiativen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß Absatz 5 Buchstabe a im größtmöglichen Umfang berücksichtigt und für eine möglichst große Kohärenz mit den Anforderungen anderer Rechtsvorschriften der Union gesorgt wird. In den Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung wird der Offenlegung quantitativer Informationen so weit wie möglich Vorrang eingeräumt, wobei dem Unternehmen entstehenden Aufwand und den Bedürfnissen der Nutzer Rechnung getragen wird.“

b) In Absatz 4 Unterabsatz 1 erhält der letzte Satz folgende Fassung:

„In den Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung werden keine Offenlegungen vorgesehen, die von Unternehmen verlangen würden, dass sie von

Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette, deren Mitarbeiterzahl zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1 000 nicht übersteigt, Informationen einholen, die über die Informationen hinausgehen, die in den in Artikel 29ca genannten freiwillig anwendbaren Standards festgelegt sind.“

7. Artikel 29c wird gestrichen.

8. Folgender Artikel 29ca wird eingefügt:

„Artikel 29ca

Freiwillig anwendbare Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung

(1) Um die freiwillige Nachhaltigkeitsberichterstattung durch ▌ Unternehmen***, deren Mitarbeiterzahl zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1 000 nicht übersteigt***, zu erleichtern ***und die Informationen zu begrenzen, die für die Zwecke dieser Richtlinie von Unternehmen in der Wertschöpfungskette verlangt werden können,*** erlässt die Kommission bis zum [***vier Monate nach Inkrafttreten der vorliegenden Richtlinie***] einen delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 49, um diese Richtlinie durch Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu ergänzen, die diese Unternehmen freiwillig anwenden können.

(2) ***Unbeschadet des Absatzes 3 stützen sich die*** in Absatz 1 genannten Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung ***auf die Empfehlung (EU) 2025/1710 der Kommission in ihrer ursprünglichen Fassung. Darüber hinaus*** müssen ***sie*** mit Blick auf die Kapazitäten und Eigenschaften der Unternehmen, für die sie konzipiert sind, sowie den Umfang und die Komplexität ihrer Tätigkeiten verhältnismäßig und relevant sein. Sie geben außerdem so weit wie möglich die Struktur für die Präsentation der besagten Nachhaltigkeitsinformationen vor. ▌

(3) Die Kommission überprüft den in Absatz 1 genannten delegierten Rechtsakt nach dem Geltungsbeginn mindestens alle vier Jahre und ändert ihn erforderlichenfalls, um Entwicklungen im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung Rechnung zu tragen.

(4) Bei der Änderung delegierter Rechtsakte gemäß Absatz 3 berücksichtigt die Kommission den fachlichen Rat der EFRAG.“

9. Artikel 29d erhält folgende Fassung:

„Artikel 29d

Einheitliches elektronisches Berichtsformat

(1) Unternehmen, die den Anforderungen von Artikel 19a dieser Richtlinie unterliegen, stellen ihren Lagebericht im in Artikel 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 der Kommission* dargelegten einheitlichen elektronischen Berichtsformat auf und zeichnen ihre Nachhaltigkeitsberichtserstattung, einschließlich der Angaben nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2020/852, gemäß dem in jener delegierten Verordnung darzulegenden elektronischen Berichtsformat aus. Bis solche Vorschriften über die Auszeichnung im Wege der genannten delegierten Verordnung erlassen wurden, sind Unternehmen nicht verpflichtet, ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung auszuzeichnen.

(2) Mutterunternehmen, die den Anforderungen von Artikel 29a unterliegen, stellen ihren konsolidierten Lagebericht im in Artikel 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 dargelegten elektronischen Berichtsformat aus und zeichnen die Nachhaltigkeitsberichterstattung, einschließlich der Angaben nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2020/852, gemäß dem in jener Delegierten Verordnung darzulegenden elektronischen Berichtsformat aus. Bis solche Vorschriften über die Auszeichnung im Wege der genannten delegierten Verordnung erlassen wurden, sind Mutterunternehmen nicht verpflichtet, ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung auszuzeichnen.

---

* Delegierte Verordnung (EU) 2018/815 der Kommission vom 17. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Spezifikation eines einheitlichen elektronischen Berichtsformats (ABl. L 143 vom 29.5.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2019/815/oj).“

8a. Folgendes Kapitel wird eingefügt:

„Kapitel 6c

Digitale Unterstützungsmaßnahmen

Artikel 29e

Digitales Portal für die Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die Kommission richtet ein spezielles Portal ein, über das Unternehmen Zugang zu Informationen, Leitlinien und Unterstützung, einschließlich einschlägiger Vorlagen und Leitlinien, in Bezug auf den in der vorliegenden Richtlinie genannten verbindlichen und freiwilligen Rahmen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung erhalten können. Das Portal wird, soweit vorhanden, mit Online-Unterstützungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten vernetzt, um den nationalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Artikel 29f
Bericht über technologische Lösungen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum [24 Monate nach Inkrafttreten der vorliegenden Richtlinie] einen Bericht über technologische Lösungen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung vor, der Initiativen umfasst, die es Unternehmen ermöglichen, Daten auf sichere, nahtlose und automatisierte Weise zu erheben, zu verarbeiten und weiterzugeben.“

10. Artikel 33 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane eines Unternehmens im Rahmen der ihnen durch einzelstaatliche Rechtsvorschriften übertragenen Zuständigkeiten die gemeinsame Verantwortung dafür tragen, sicherzustellen, dass die folgenden Dokumente im Einklang mit den Anforderungen dieser Richtlinie und gegebenenfalls mit den gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 angenommenen internationalen Rechnungslegungsstandards, mit der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815, mit den Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung nach Artikel 29b dieser Richtlinie und mit den Anforderungen des Artikels 29d dieser Richtlinie aufgestellt und offengelegt werden:

a) der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Erklärung zur Unternehmensführung, wenn sie gesondert abgegeben wird; und

b) der konsolidierte Abschluss, der konsolidierte Lagebericht und die konsolidierte Erklärung zur Unternehmensführung, wenn sie gesondert abgegeben wird.

Abweichend von Unterabsatz 1 ***können*** die Mitgliedstaaten ***vorsehen***, dass die Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane eines Unternehmens im Rahmen der ihnen durch einzelstaatliche Rechtsvorschriften übertragenen Zuständigkeiten nicht die gemeinsame Verantwortung dafür tragen, sicherzustellen, dass der Lagebericht oder gegebenenfalls der konsolidierte Lagebericht gemäß Artikel 29d erstellt wird.“

11. Artikel 34 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe aa erhält folgende Fassung:

„aa) gegebenenfalls ein Urteil auf der Grundlage eines Auftrags zur Erlangung begrenzter Prüfungssicherheit darüber abzugeben, ob die Nachhaltigkeitsberichterstattung mit den Anforderungen dieser Richtlinie übereinstimmt, einschließlich der Frage, ob die Nachhaltigkeitsberichterstattung mit den nach Artikel 29b erlassenen Standards für die Berichterstattung übereinstimmt, und über das vom Unternehmen durchgeführte Verfahren zur Ermittlung von Informationen, über die nach diesen Standards für die Berichterstattung Bericht zu erstatten ist, ob die Anforderung zur Auszeichnung der Nachhaltigkeitsberichterstattung im Einklang mit Artikel 29d eingehalten wird und ob die Anforderungen an die Berichterstattung nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2020/852 eingehalten werden;“

b) Folgender Absatz 2a wird eingefügt:

„(2a) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass das in Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe aa genannte Urteil unter uneingeschränkter Einhaltung ***des Rechts*** von Unternehmen in ***der*** Wertschöpfungskette, deren Mitarbeiterzahl zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres ***1 000*** nicht übersteigt, ***die Bereitstellung von Informationen an das Bericht erstattende Unternehmen*** über die Informationen hinaus, die in den in Artikel 29ca genannten freiwillig anwendbaren Standards festgelegt sind, ***zu verweigern, erstellt wird***.

▌

12. Artikel 40a Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Unterabsatz 1 gilt nur für ▌ Tochterunternehmen***, deren Nettoumsatzerlöse im vorangegangenen Geschäftsjahr zu ihrem Bilanzstichtag 200 Mio. EUR übersteigen***."

b) Die Unterabsätze 4 und 5 erhalten folgende Fassung:

„Die in Unterabsatz 3 genannte Vorschrift gilt für eine Zweigniederlassung nur, wenn das Drittlandunternehmen kein Tochterunternehmen im Sinne von Unterabsatz 1 hat und die Zweigniederlassung im vorangegangenen Geschäftsjahr Nettoumsatzerlöse ***von mehr als 200 Mio. EUR*** erzielt hat ▌ .

Die Unterabsätze 1 und 3 gelten nur für die in diesen Unterabsätzen genannten Tochterunternehmen oder Zweigniederlassungen, wenn das Drittlandunternehmen auf Gruppenebene oder, falls dies nicht zutrifft, auf Einzelebene in den beiden letzten aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren in der Union jeweils Nettoumsatzerlöse von mehr als 450 000 000 EUR erzielt hat."

ba) Folgender Unterabsatz wird eingefügt:

„Handelt es sich bei dem Drittlandsunternehmen um eine Beteiligungsgesellschaft mit Tochterunternehmen, deren Geschäftsmodelle und Tätigkeiten voneinander unabhängig sind, so stellen die Mitgliedstaaten abweichend von den Unterabsätzen 1 und 3 sicher, dass die Tochterunternehmen und Zweigniederlassungen beschließen können, den in den Unterabsätzen 1 und 3 genannten Nachhaltigkeitsbericht nicht zu veröffentlichen und zugänglich zu machen." '

13. Artikel 49 wird wie folgt geändert:

-a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 1 Absatz 2, Artikel 3 Absatz 13 Buchstabe a, Artikel 29b, Artikel 40b und Artikel 46 Absatz 2 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem

5. Januar 2023 übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.“

-aa) In Absatz 3 Satz 1 wird der Verweis auf Artikel 29c gestrichen.

-ab) Absatz 3b wird wie folgt geändert:

i) In Unterabsatz 1 wird im einleitenden Satz der Verweis auf Artikel 29c gestrichen.

ii) In Unterabsatz 4 wird der Verweis auf Artikel 29c gestrichen.

iii) In Unterabsatz 6 wird der Verweis auf Artikel 29c gestrichen.

a) Die folgenden Absätze 3c ***und 3d*** werden eingefügt:

„(3c) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß ***Artikel 3 Absatz 13 Buchstaben b und c*** und Artikel 29ca wird der Kommission auf unbestimmte Zeit ab dem ***[Datum des Inkrafttretens der Änderungsrichtlinie]*** übertragen.

(3d) Die Befugnisübertragungen nach ***Artikel 3 Absatz 13 Buchstaben b und c*** und Artikel 29c können vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im ***Amtsblatt der Europäischen Union*** oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

▌

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 1 Absatz 2, Artikel 3 Absatz 13, ▌ Artikel 29b, Artikel 29ca oder 40b, oder Artikel 46 Absatz 2

erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.“ ▌

Artikel 3

Änderung der Richtlinie (EU) 2022/2464

Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2022/2464 wird wie folgt geändert:

1. Unterabsatz 1 wird wie folgt geändert:

a) ***in*** Buchstabe a ***erhält der einleitende Text folgende Fassung: „auf Geschäftsjahre, die zwischen dem 1. Januar 2024 und einschließlich dem 31. Dezember 2026 beginnen“.***

b) Buchstabe b wird wie folgt geändert:

i) Ziffer i erhält folgende Fassung:

„i) von ▌ Unternehmen, deren Mitarbeiterzahl zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1 000 übersteigt ***und deren Nettoumsatzerlöse zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres 450 Mio. EUR übersteigen***;“ ▌

ii) Ziffer ii erhält folgende Fassung:

„ii) von Mutterunternehmen einer ▌ Gruppe, deren ***Nettoumsatzerlöse auf konsolidierter Basis zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres 450 Mio. EUR übersteigen und*** deren Mitarbeiterzahl ▌ zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1 000 übersteigt;“ ▌

c) Buchstabe c wird gestrichen.

2. Unterabsatz 3 wird wie folgt geändert:

a) ***in*** Buchstabe a ***erhält der einleitende Text folgende Fassung: „auf Geschäftsjahre, die zwischen dem 1. Januar 2024 und einschließlich dem 31. Dezember 2026 beginnen“.***

b) Buchstabe b wird wie folgt geändert:

i) Ziffer i erhält folgende Fassung:

„i) für Emittenten im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2004/109/EG, bei denen es sich um ▌ Unternehmen ▌ handelt, ***deren Nettoumsatzerlöse zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres 450 000 000 EUR übersteigen und*** deren Mitarbeiterzahl zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres ***1 000*** übersteigt;“ ▌

ii) Ziffer ii erhält folgende Fassung:

„ii) für Emittenten im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2004/109/EG, bei denen es sich um Mutterunternehmen einer ▌ Gruppe handelt, ***deren Nettoumsatzerlöse auf konsolidierter Basis zu ihrem Bilanzstichtag 450 Mio. EUR übersteigen und*** deren Mitarbeiterzahl ▌ zu ihrem Bilanzstichtag im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1 000 übersteigt;“ ▌

c) Buchstabe c wird gestrichen.

3. Folgender Unterabsatz 5 wird angefügt:

„Abweichend von Unterabsatz 1 Buchstabe a und Unterabsatz 3 Buchstabe a können die Mitgliedstaaten Unternehmen oder Emittenten, die am Bilanzstichtag – gegebenenfalls auf konsolidierter Basis – Nettoumsatzerlöse von 450 Mio. EUR und die durchschnittliche Zahl von 1 000 während des Geschäftsjahres Beschäftigten nicht überschreiten, von der Befolgung der Maßnahmen ausnehmen, die erforderlich sind, um Artikel 1 – mit Ausnahme von Nummer 14 – sowie Artikel 2 für die zwischen dem 1. Januar 2025 und dem 31. Dezember 2026 beginnenden Geschäftsjahre nachzukommen.“

4. Artikel 6 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Buchstaben b und c erhalten folgende Fassung:

„b) eine Bewertung der Zahl der Unternehmen, die freiwillig die in Artikel 29ca der Richtlinie 2013/34/EU genannten Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung anwenden;

c) eine Bewertung, ob und wie der Anwendungsbereich der durch diese Änderungsrichtlinie geänderten Vorschriften weiter ausgedehnt werden sollte, insbesondere in Bezug auf große Unternehmen mit einem Nettoumsatzerlös von höchstens 450 Mio. EUR und einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von höchstens 1 000 im Geschäftsjahr sowie auf Drittlandsunternehmen, die ohne ein Tochterunternehmen oder eine Zweigniederlassung im Gebiet der Union unmittelbar im Binnenmarkt der Union tätig sind;“

b) Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Der die Buchstaben a, b, d und e betreffende Bericht wird bis zum 30. April 2029 und danach alle drei Jahre veröffentlicht und gegebenenfalls durch Legislativvorschläge ergänzt. Der Buchstabe c betreffende Bericht wird bis zum 30. April 2031 und danach alle drei Jahre veröffentlicht und gegebenenfalls durch Legislativvorschläge ergänzt.“

Artikel 4

Änderung der Richtlinie (EU) 2024/1760

Die Richtlinie (EU) 2024/1760 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c ***wird gestrichen.***

▌

-2. Artikel 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die vorliegende Richtlinie darf nicht als Rechtfertigung für eine Senkung des in den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten oder in zum Zeitpunkt der Annahme der vorliegenden Richtlinie geltenden Tarifverträgen vorgesehenen Niveaus des Schutzes der Menschenrechte und der Beschäftigungs- und sozialen Rechte oder des Umwelt- oder Klimaschutzes dienen. Satz 1 dieses Absatzes hindert die Mitgliedstaaten jedoch nicht daran, bestehende nationale

Rechtsvorschriften über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit, insbesondere ihren Anwendungsbereich, anzupassen, um sie an die vorliegende Richtlinie anzugleichen.“

-1a. In Artikel 1 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Diese Richtlinie berührt nicht das Unionsrecht oder das einzelstaatliche Recht in Bezug auf andere als die in Absatz 1 genannten Angelegenheiten. Insbesondere berühren die in Absatz 1 Buchstabe a genannten Vorschriften nicht das Unionsrecht oder das einzelstaatliche Recht in Bezug auf die Menschenrechte sowie Beschäftigungs- oder soziale Rechte oder den Schutz der Umwelt und den Klimawandel mit Ausnahme der allgemeinen Sorgfaltspflichten.“

1a. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Das Unternehmen hatte im letzten Geschäftsjahr, für das ein Jahresabschluss angenommen wurde oder hätte angenommen werden müssen, im Durchschnitt mehr als 5 000 Beschäftigte und erzielte einen weltweiten Nettoumsatz von mehr als 1,5 Mrd. EUR;“

aa) Absatz 1 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„Das Unternehmen hat in der Union Franchise- oder Lizenzvereinbarungen gegen Lizenzgebühren mit unabhängigen Drittunternehmen geschlossen oder ist die oberste Muttergesellschaft einer Gruppe, die solche Vereinbarungen geschlossen hat, sofern diese Vereinbarungen eine gemeinsame Identität, ein gemeinsames Geschäftskonzept und die Anwendung einheitlicher Geschäftsmethoden gewährleisten und sich diese Lizenzgebühren im letzten Geschäftsjahr, für das ein Jahresabschluss angenommen wurde oder hätte angenommen werden müssen, auf mehr als 75 Mio. EUR beliefen, und sofern das Unternehmen im letzten Geschäftsjahr, für das ein Jahresabschluss angenommen wurde oder hätte angenommen werden müssen, einen weltweiten Nettoumsatz von mehr als 275 Mio. EUR erzielt hat oder die oberste Muttergesellschaft einer Gruppe ist, die im letzten Geschäftsjahr, für das ein Jahresabschluss angenommen wurde oder hätte angenommen werden müssen, einen weltweiten Nettoumsatz von mehr als 275 Mio. EUR erzielt hat.“

b) Absatz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Das Unternehmen erzielte im Geschäftsjahr vor dem letzten Geschäftsjahr einen Nettoumsatz von mehr als 1,5 Mrd. EUR in der Union;“

ba) Absatz 2 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„Das Unternehmen ist die oberste Muttergesellschaft einer Gruppe, die in der Union Franchise- oder Lizenzvereinbarungen gegen Lizenzgebühren mit unabhängigen Drittunternehmen geschlossen hat, sofern diese Vereinbarungen eine gemeinsame Identität, ein gemeinsames Geschäftskonzept und die Anwendung einheitlicher Geschäftsmethoden gewährleisten und sich diese Lizenzgebühren in der Union im Geschäftsjahr vor dem letzten Geschäftsjahr auf mehr als 75 Mio. EUR beliefen und sofern das Unternehmen im Geschäftsjahr vor dem letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr einen Nettoumsatz von mehr als 275 Mio. EUR in der Union erzielt hat oder die oberste Muttergesellschaft einer Gruppe ist, die im Geschäftsjahr vor dem letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr einen Nettoumsatz von mehr als 275 Mio. EUR in der Union erzielt hat.“

c) Absatz 3 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(3) Besteht die Haupttätigkeit der obersten Muttergesellschaft im Halten von Anteilen an operativen Tochterunternehmen und beteiligt sie sich nicht an managementspezifischen, betrieblichen oder finanziellen Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Gruppe oder eines oder mehrere ihrer Tochterunternehmen, so kann sie von der Erfüllung der Verpflichtungen gemäß dieser Richtlinie befreit werden. Diese Ausnahme gilt unter der Bedingung, dass eines der in der Union niedergelassenen Tochterunternehmen der obersten Muttergesellschaft dazu benannt wird, die in den Artikeln 6 bis 16 genannten Verpflichtungen im Namen der obersten Muttergesellschaft zu erfüllen, einschließlich der Verpflichtungen der obersten Muttergesellschaft in Bezug auf die Tätigkeiten ihrer Tochterunternehmen. In einem solchen Fall werden dem benannten Tochterunternehmen alle erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt und alle rechtlichen Befugnisse erteilt, um diesen Verpflichtungen wirksam nachzukommen, insbesondere zur Gewährleistung, dass das benannte

Tochterunternehmen von den Unternehmen der Gruppe die relevanten Informationen und Unterlagen erhält, um den Verpflichtungen der obersten Muttergesellschaft gemäß dieser Richtlinie nachzukommen.“

1a. Artikel 3 Absatz 1 ***wird wie folgt geändert***:

a) Buchstabe n erhält folgende Fassung:

„n) ‚Interessenträger‘ die Beschäftigten des Unternehmens, die Beschäftigten seiner Tochterunternehmen und seiner Geschäftspartner sowie ihre Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter und Einzelpersonen oder Gemeinschaften, deren Rechte oder Interessen durch die Produkte, Dienstleistungen und Geschäftstätigkeiten des Unternehmens, seiner Tochterunternehmen und seiner Geschäftspartner direkt beeinträchtigt werden oder beeinträchtigt werden könnten, sowie die rechtmäßigen Vertreter dieser Einzelpersonen oder Gemeinschaften;“

b) Buchstabe u erhält folgende Fassung:

„u) ‚Risikofaktoren‘ Tatsachen, Situationen oder Umstände, die den Schweregrad und die Wahrscheinlichkeit nachteiliger Auswirkungen betreffen, darunter Tatsachen, Situationen oder Umstände auf der Ebene des Geschäftspartners, etwa ob der Geschäftspartner nicht unter die vorliegende Richtlinie oder andere vergleichbare verpflichtende Rechtsvorschriften zu Sorgfaltspflichten im Hinblick auf Nachhaltigkeit fällt, geografische und kontextbezogene Tatsachen, Situationen oder Umstände, wie etwa das Niveau der Strafverfolgung in Bezug auf die Art der negativen Auswirkungen, sowie branchenspezifische, die Geschäftstätigkeiten betreffende oder auf die Produkte und Dienstleistungen bezogene Tatsachen, Situationen oder Umstände;“

3. Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„Artikel 4

Grad der Harmonisierung

(1) Unbeschadet des Artikels 1 Absätze 2 und 3 erlassen die Mitgliedstaaten in ihrem nationalen Recht auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet keine

von ***den Artikeln 6, 8 und 9***, Artikel 10 Absätze 1 bis 5, Artikel 11 Absätze 1 bis 6 und ***den Artikeln 14 bis 16*** abweichenden Bestimmungen zur Festlegung von Sorgfaltspflichten in den Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz.

▌

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 werden die Mitgliedstaaten durch die vorliegende Richtlinie nicht daran gehindert, in ihrem nationalen Recht strengere Bestimmungen einzuführen, die von den in anderen Bestimmungen als ***den Artikeln 6, 8 und 9***, Artikel 10 Absätze 1 bis 5, Artikel 11 Absätze 1 bis 6 und ***den Artikeln 14 bis 16*** festgelegten Bestimmungen abweichen, oder Bestimmungen einzuführen, die hinsichtlich ihres Ziels oder des abgedeckten Bereichs spezifischer sind, insbesondere auch indem sie spezifische Produkte, Dienstleistungen oder Situationen regeln, um ein anderes Niveau des Schutzes der Menschenrechte, Beschäftigungs- und sozialen Rechte, des Umwelt- oder des Klimaschutzes zu erreichen.“

3a. Artikel 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Muttergesellschaften, die in den Anwendungsbereich der vorliegenden Richtlinie fallen, die Möglichkeit haben, den in den Artikeln 7 bis 11 genannten Verpflichtungen im Namen von Unternehmen nachzukommen, bei denen es sich um Tochterunternehmen dieser Muttergesellschaften handelt und die in den Anwendungsbereich der vorliegenden Richtlinie fallen, sofern auf diese Weise eine wirksame Einhaltung sichergestellt wird. Dies gilt unbeschadet der Tatsache, dass die Tochterunternehmen der Ausübung der Befugnisse der Aufsichtsbehörde nach Artikel 25 und der zivilrechtlichen Haftung nach Artikel 29 unterliegen.“

aa) Absatz 2 Buchstabe e erhält folgende Fassung:

„e) erforderlichenfalls holt das Tochterunternehmen vertragliche Zusicherungen von einem direkten Geschäftspartner gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe b oder Artikel 11 Absatz 3 Buchstabe c bzw. von einem indirekten Geschäftspartner gemäß Artikel 10 Absatz 4 oder Artikel 11 Absatz 5 ein und

setzt die Geschäftsbeziehung gemäß Artikel 10 Absatz 6 oder Artikel 11 Absatz 7 aus.“

b) Absatz 3 wird gestrichen.

4. Artikel 8 ***erhält folgende Fassung***:

„Artikel 8

Ermittlung und Bewertung tatsächlicher und potenzieller negativer Auswirkungen

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Unternehmen geeignete Maßnahmen ergreifen, um gemäß dem vorliegenden Artikel tatsächliche und potenzielle negative Auswirkungen zu ermitteln und zu bewerten, die sich aus ihrer eigenen Geschäftstätigkeit und der ihrer Tochterunternehmen und – sofern sie mit ihren Aktivitätsketten in Verbindung stehen – der ihrer Geschäftspartner ergeben.

(2) Im Rahmen der in Absatz 1 dargelegten Verpflichtung ergreifen die Unternehmen – unter Berücksichtigung relevanter Risikofaktoren, darunter Tatsachen, Situationen oder Umstände auf der Ebene des Geschäftspartners, etwa ob der Geschäftspartner nicht unter die vorliegende Richtlinie oder andere vergleichbare verpflichtende Rechtsvorschriften zu Sorgfaltspflichten im Hinblick auf Nachhaltigkeit fällt, geografische und kontextbezogene Tatsachen, Situationen oder Umstände, wie etwa das Niveau der Strafverfolgung in Bezug auf die Art der negativen Auswirkungen, sowie branchenspezifische, die Geschäftstätigkeiten betreffende oder auf die Produkte und Dienstleistungen bezogene Tatsachen, Situationen oder Umstände, – geeignete Maßnahmen, um

a) auf der ausschließlichen Grundlage von bei zumutbarem Aufwand verfügbaren Informationen eine Scoping-Untersuchung durchzuführen, um allgemeine Bereiche in ihrer eigenen Geschäftstätigkeit, der Geschäftstätigkeit ihrer Tochterunternehmen und, soweit sie mit ihren Aktivitätsketten in Verbindung steht, der Geschäftstätigkeit ihrer Geschäftspartner zu ermitteln, in denen

negative Auswirkungen am wahrscheinlichsten auftreten und am schwerwiegendsten sein dürften;

b) auf der Grundlage der Ergebnisse der unter Buchstabe a genannten ***Scoping-Untersuchung*** eine eingehende Bewertung in den Bereichen durchzuführen, in denen die negativen Auswirkungen als am wahrscheinlichsten und am schwerwiegendsten eingestuft wurden.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Unternehmen für die Zwecke der eingehenden Bewertung gemäß Absatz 2 Buchstabe b a) nur dann Informationen von Geschäftspartnern anfordern können, wenn diese Informationen erforderlich sind, und im Falle von Geschäftspartnern mit weniger als 5 000 Beschäftigten nur dann, wenn die Informationen bei zumutbarem Aufwand nicht auf andere Weise erlangt werden können; b) in Fällen, in denen die erforderlichen Informationen von verschiedenen Geschäftspartnern eingeholt werden können, die Informationen, sofern angemessen, vorrangig direkt von dem Geschäftspartner oder den Geschäftspartnern anfordern, bei dem bzw. denen die negativen Auswirkungen am wahrscheinlichsten auftreten; c) in Fällen, in denen negative Auswirkungen in mehreren Bereichen als gleichermaßen wahrscheinlich oder gleichermaßen schwerwiegend eingestuft werden, die Möglichkeit haben, vorrangig solche Bereiche zu bewerten, an denen direkte Geschäftspartner beteiligt sind.

(4) ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Unternehmen für die Zwecke der Ermittlung und Bewertung der in Absatz 1 genannten negativen Auswirkungen, soweit erforderlich auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Informationen, berechtigt sind, auf angemessene Ressourcen zurückzugreifen, einschließlich unabhängiger Berichte, digitaler Lösungen, Industrieinitiativen bzw. Multi-Stakeholder-Initiativen sowie Informationen, die im Rahmen des Meldemechanismus und des Beschwerdeverfahrens nach Artikel 14 gesammelt werden.“***

4a. In Artikel 9 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Werden Entscheidungen zur Festlegung von Prioritäten gemäß diesem Artikel getroffen, so führt die bloße Tatsache, dass weniger gravierende negative Auswirkungen nicht angegangen wurden, nicht dazu, dass gegen das betreffende Unternehmen Sanktionen gemäß Artikel 27 verhängt werden. “

5. Artikel 10 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Im Hinblick auf die in Absatz 1 genannten potenziellen negativen Auswirkungen, die durch in den Absätzen 2, 4 und 5 festgelegte Maßnahmen nicht verhindert oder angemessen gemindert werden konnten, geht das Unternehmen – als letztes Mittel ***und bis die negativen Auswirkungen behoben sind*** – wie folgt vor:

a) Es sieht davon ab, mit einem Geschäftspartner, von dem bzw. von dessen Aktivitätskette die Auswirkungen ausgehen, neue Beziehungen einzugehen oder bestehende Beziehungen auszubauen.

b) Es ***setzt***, sofern es nach dem für seine Beziehung zu dem betreffenden Geschäftspartner maßgebenden Recht dazu berechtigt ist, ***die Geschäftsbeziehung in Bezug auf die betreffenden Tätigkeiten aus, auch im Hinblick auf die Nutzung oder Erhöhung des Drucks seitens des Unternehmens***.

c) ***Es nimmt unverzüglich einen verstärkten Präventionsaktionsplan für die spezifischen negativen Auswirkungen an und setzt ihn um, sofern berechtigterweise davon auszugehen ist, dass diese Bemühungen erfolgreich sein werden.***

Solange berechtigterweise davon ausgegangen werden kann, dass der verstärkte Präventionsplan erfolgreich sein wird, ***führt*** die bloße Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Geschäftspartner ***nicht dazu, dass gegen das betreffende Unternehmen Sanktionen gemäß Artikel 27 verhängt werden oder es gemäß Artikel 29 haftbar gemacht wird***.

Vor der Aussetzung der Geschäftsbeziehung bewertet das Unternehmen, ob berechtigterweise davon ausgegangen werden kann, dass die durch die Aussetzung verursachten negativen Auswirkungen offensichtlich schwerwiegender ausfallen als die negativen Auswirkungen, die nicht verhindert oder angemessen gemindert werden konnten. Sollte dies der Fall sein, ist das Unternehmen nicht verpflichtet, die Geschäftsbeziehung auszusetzen, und muss in der Lage sein, der zuständigen Aufsichtsbehörde eine hinreichende Begründung für diese Entscheidung vorzulegen.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die ihrem Recht unterliegenden Verträge im Einklang mit Unterabsatz 1 die Möglichkeit der Aussetzung der Geschäftsbeziehung vorsehen, es sei denn, es handelt sich um Verträge, zu deren Abschluss die Parteien gesetzlich verpflichtet sind.

Entscheidet das Unternehmen, die Geschäftsbeziehung auszusetzen, so ergreift es Maßnahmen, um die Auswirkungen der Aussetzung zu verhindern, zu mindern oder abzustellen, informiert den betroffenen Geschäftspartner in angemessener Weise und überprüft diese Entscheidung fortlaufend.

Entscheidet das Unternehmen im Einklang mit dem vorliegenden Artikel, die Geschäftsbeziehung nicht auszusetzen, so überwacht es die potenziellen negativen Auswirkungen und überprüft regelmäßig seine Entscheidung und ob weitere geeignete Maßnahmen zur Verfügung stehen.“

6. Artikel 11 Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Im Hinblick auf die in Absatz 1 genannten tatsächlichen negativen Auswirkungen, die durch in den Absätzen 3, 5 und 6 festgelegte Maßnahmen nicht ***abgestellt oder in ihrem Ausmaß nicht minimiert*** werden konnten, geht das Unternehmen – als letztes Mittel ***und bis die negativen Auswirkungen behoben sind*** – wie folgt vor:

a) Es sieht davon ab, mit einem Geschäftspartner, von dem bzw. von dessen Aktivitätskette die Auswirkungen ausgehen, neue Beziehungen einzugehen oder bestehende Beziehungen auszubauen;

b) Es ***setzt***, sofern es nach dem für seine Beziehung zu dem betreffenden Geschäftspartner maßgebenden Recht dazu berechtigt ist, ***die Geschäftsbeziehung in Bezug auf die betreffenden Tätigkeiten aus,***

auch im Hinblick auf die Nutzung oder Erhöhung des Drucks seitens des Unternehmens.

c) ***Es nimmt unverzüglich einen verstärkten Präventionsaktionsplan für die spezifischen negativen Auswirkungen an und setzt ihn um, sofern nach vernünftigem Ermessen davon auszugehen ist, dass diese Bemühungen erfolgreich sein werden.***

Solange nach vernünftigem Ermessen davon ausgegangen werden kann, dass der verstärkte ***Korrekturmaßnahmenplan*** erfolgreich sein wird, ***führt*** die bloße Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Geschäftspartner ***nicht dazu, dass gegen das betreffende Unternehmen Sanktionen gemäß Artikel 27 verhängt werden oder es gemäß Artikel 29 haftbar gemacht wird***.

Vor der Aussetzung einer Geschäftsbeziehung bewertet das Unternehmen, ob berechtigterweise davon ausgegangen werden kann, dass die durch die Aussetzung verursachten negativen Auswirkungen offensichtlich schwerwiegender ausfallen werden als die negativen Auswirkungen, die nicht ***abgestellt werden konnten oder deren Ausmaß nicht angemessen minimiert*** werden konnte. Sollte dies der Fall sein, ist das Unternehmen nicht verpflichtet, die Geschäftsbeziehung auszusetzen, und muss in der Lage sein, der zuständigen Aufsichtsbehörde eine hinreichende Begründung für diese Entscheidung vorzulegen.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die ihrem Recht unterliegenden Verträge im Einklang mit Unterabsatz 1 die Möglichkeit der Aussetzung der Geschäftsbeziehung vorsehen, es sei denn, es handelt sich um Verträge, zu deren Abschluss die Parteien gesetzlich verpflichtet sind.

Entscheidet das Unternehmen, die Geschäftsbeziehung auszusetzen, so ergreift es Maßnahmen, um die Auswirkungen der Aussetzung zu verhindern, zu mindern oder abzustellen, informiert den betroffenen Geschäftspartner in angemessener Weise und überprüft diese Entscheidung fortlaufend.

Entscheidet das Unternehmen im Einklang mit dem vorliegenden Artikel, die Geschäftsbeziehung nicht auszusetzen, so überwacht es die ***tatsächlichen*** negativen Auswirkungen und überprüft regelmäßig seine Entscheidung und ob weitere geeignete Maßnahmen zur Verfügung stehen.“

7. Artikel 13 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Der einleitende Teil erhält folgende Fassung:

„Die Konsultation relevanter Interessenträger erfolgt in folgenden Schritten im Rahmen des Verfahrens zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht:“

b) Die Buchstaben c und e werden gestrichen.

8. Artikel 15 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Diese Bewertungen stützen sich, sofern angemessen, auf qualitative und quantitative Indikatoren und werden unverzüglich nach Eintreten einer wesentlichen Änderung, mindestens jedoch alle fünf Jahre und immer dann durchgeführt, wenn die begründete Annahme besteht, dass die Maßnahmen nicht mehr ausreichen oder wirken oder dass neue Risiken des Eintretens dieser negativen Auswirkungen entstehen können.“

8a. Artikel 16 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Kommission nimmt spätestens zum 31. März 2029 delegierte Rechtsakte im Einklang mit Artikel 34 zur Ergänzung dieser Richtlinie an, wobei sie den Inhalt und die Kriterien für die Berichterstattung gemäß Absatz 1 sowie insbesondere festlegt, welche hinreichend detaillierten Angaben zur Beschreibung der Sorgfaltspflichten, zu ermittelten tatsächlichen und potenziellen negativen Auswirkungen und zu den in Bezug auf diese Auswirkungen ergriffenen geeigneten Maßnahmen zu machen sind. Bei der Ausarbeitung dieser delegierten Rechtsakte trägt die Kommission den gemäß den Artikeln 29b und 40b der Richtlinie 2013/34/EU angenommenen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gebührend Rechnung und passt sie gegebenenfalls an sie an.“

8b. Artikel 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mitgliedstaaten stellen ab dem 1. Januar 2031 sicher, dass die Unternehmen die in Artikel 16 Absatz 1 dieser Richtlinie genannte jährliche Erklärung gleichzeitig mit ihrer Veröffentlichung an die in Absatz 3 des vorliegenden Artikels genannte Sammelstelle übermitteln, damit diese Informationen im zentralen europäischen Zugangsportal (European Single

Access Point, ESAP), das gemäß der Verordnung (EU) 2023/2859 eingerichtet wird, zugänglich gemacht werden.“

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Damit die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Informationen im ESAP zugänglich gemacht werden, benennen die Mitgliedstaaten bis zum 31. Dezember 2030 mindestens eine Sammelstelle im Sinne von Artikel 2 Nummer 2 der Verordnung (EU) 2023/2859 und teilen dies der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde mit.“

8c. Der einzige Absatz des Artikels 18 erhält folgende Fassung:

„Um die Unternehmen bei der Einhaltung von Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe b und Artikel 11 Absatz 3 Buchstabe c zu unterstützen, nimmt die Kommission in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern bis zum 26. Juli 2027 Leitlinien zu freiwilligen Mustervertragsklauseln an.“

Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe b wird gestrichen.

9. Artikel 19 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die in Absatz 2 Buchstaben a***, d und e*** genannten Leitlinien werden bis zum 26. Juli ▌2027 und die in Absatz 2 Buchstaben▌ f und g genannten Leitlinien bis zum 26. Juli ***2028*** zur Verfügung gestellt.“

10. Artikel 22 ***wird gestrichen.***

▌

10a. Artikel 24 Absätze 1 und 7 erhalten folgende Fassung:

„(1) Jeder Mitgliedstaat benennt mindestens eine Aufsichtsbehörde, die für die Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen aus den nach Artikel 7 bis 16 angenommenen nationalen Rechtsvorschriften zuständig ist.“

„(7) Spätestens zum 26. Juli 2028 teilen die Mitgliedstaaten der Kommission die Namen und Kontaktdaten der nach diesem Artikel benannten Aufsichtsbehörden sowie deren jeweilige Zuständigkeiten mit, sofern mehrere Aufsichtsbehörden benannt wurden. Sie unterrichten die Kommission über jede diesbezügliche Änderung.“

10b. Artikel 25 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Aufsichtsbehörden über angemessene Befugnisse und Ressourcen verfügen, um die ihnen durch diese Richtlinie übertragenen Aufgaben wahrzunehmen, einschließlich der Befugnis, Unternehmen zu verpflichten, Informationen bereitzustellen und Untersuchungen im Zusammenhang mit der Einhaltung der in den Artikeln 7 bis 16 festgelegten Verpflichtungen durchzuführen.“

11. Artikel 27 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

▌

„(4) Die Kommission gibt in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten Leitlinien heraus, um die Aufsichtsbehörden bei der Festlegung der Höhe der Sanktionen nach Maßgabe dieses Artikels zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten ***stellen sicher, dass die*** Obergrenze für Zwangsgelder ***auf 3 % des weltweiten Nettoumsatzes des Unternehmens oder – im Falle der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben b und c und Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben b und c genannten obersten Muttergesellschaften – auf 3 % des auf der Ebene der obersten Muttergesellschaft im Geschäftsjahr vor der Entscheidung über die Verhängung des Zwangsgelds berechneten konsolidierten weltweiten Nettoumsatzes festgesetzt wird***.“

12. Artikel 29 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird gestrichen.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Wird ein Unternehmen nach nationalem Recht für Schäden haftbar gemacht, die einer natürlichen oder juristischen Person durch die Nichteinhaltung der Sorgfaltspflichten im Rahmen dieser Richtlinie entstanden sind, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die betreffenden Personen Anspruch auf vollständige Entschädigung haben. Die vollständige Entschädigung darf nicht zu Überkompensierung führen, unabhängig davon, ob es sich dabei um Strafschadensersatz, Mehrfachentschädigung oder andere Arten von Schadensersatz handelt.“

c) Absatz 3 Buchstabe d wird gestrichen.

d) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Unternehmen, die an Industrieinitiativen bzw. Multi-Stakeholder-Initiativen teilgenommen haben oder eine Überprüfung durch unabhängige Dritte oder Vertragsklauseln in Anspruch nehmen, um die Erfüllung der Sorgfaltspflichten zu unterstützen, können dennoch nach nationalem Recht haftbar gemacht werden.“

e) Absatz 5 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die zivilrechtliche Haftung eines Unternehmens im Sinne dieses Artikels berührt nicht die zivilrechtliche Haftung ihrer Tochterunternehmen oder direkter und indirekter Geschäftspartner in der Aktivitätskette des Unternehmens.“

f) Absatz 7 wird gestrichen.

13. Artikel 36 ***wird wie folgt geändert:***

a) Absatz 1 wird gestrichen.

aa) Absatz 2 Buchstabe b dritter Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

„– ob die in Artikel 2 festgelegten Schwellenwerte für die Beschäftigtenzahl und den Nettoumsatz überarbeitet werden müssen und ob in Sektoren mit hohem Risiko ein sektorspezifischer Ansatz eingeführt werden muss, und insbesondere, ob Unternehmen mit durchschnittlich mehr als 1 000 Beschäftigten und einem weltweiten Nettoumsatz von mehr als 450 Mio. EUR und zudem Unternehmen, die in Branchen mit hohem Schadenspotenzial tätig sind, unter diese Richtlinie fallen sollten;“

b) Absatz 2 Buchstabe e wird gestrichen.

c) Absatz 2 Buchstabe f erhält folgende Fassung:

„f) die Wirksamkeit der auf nationaler Ebene eingerichteten Durchsetzungsmechanismen nach der vorliegenden Richtlinie, einschließlich ihrer Schutzwirkung auf Rechteinhaber.“

i) Der einleitende Teil erhält folgende Fassung:

„Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat spätestens zum 26. Juli 2031 und danach alle fünf Jahre einen Bericht über die Umsetzung dieser Richtlinie und deren Wirksamkeit und Effizienz bezüglich der Erreichung der darin festgelegten Ziele – insbesondere bei der Bekämpfung negativer

Auswirkungen – vor. Dem Bericht wird gegebenenfalls ein Gesetzgebungsvorschlag beigefügt. In dem ersten Bericht wird unter anderem Folgendes bewertet:“

14. Artikel 37 Absatz 1 Unterabsätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen spätestens am 26. Juli 2028 die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit.
Sie wenden diese Maßnahmen ab dem 26. Juli 2029 an, mit Ausnahme der Maßnahmen, die erforderlich sind, um Artikel 16 nachzukommen; diese wenden die Mitgliedstaaten für am oder nach dem 1. Januar 2030 beginnende Geschäftsjahre an.“

Artikel 5

Umsetzung

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, um dieser Richtlinie ***–*** ***mit Ausnahme von Artikel 4 –*** spätestens zum [12 Monate nach Inkrafttreten] nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit.

Die Mitgliedstaaten setzen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, um Artikel 4 dieser Richtlinie spätestens zum 26. Juli 2028 nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit.

Bei Erlass ***der*** Vorschriften ***gemäß den Unterabsätzen 1 und 2*** nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten nationalen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 6

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 7

Adressaten

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu ... am

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident / Die Präsidentin*

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0330

Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas und Verbesserung der Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2025 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas, zur Verbesserung der Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938 (COM(2025)0828 – C10-0123/2025 – 2025/0180(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0828),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2, Artikel 194 Absatz 2 und Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0123/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die vom ungarischen Parlament und vom slowakischen Parlament im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegten begründeten Stellungnahmen, in denen geltend gemacht wird, dass der Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 18. September 2025[1],

– nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung von den zuständigen Ausschüssen angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 10. Dezember 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über

[1] Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf Artikel 60 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz,

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Ausschusses für internationalen Handel und des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie gemäß Artikel 59 der Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für internationalen Handel und des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A10-0195/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. nimmt die dieser Entschließung beigefügte Erklärung der Kommission zur Kenntnis, die gemeinsam mit dem endgültigen Rechtsakt im Amtsblatt der Europäischen Union (Reihe L) veröffentlicht wird;

3. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

4. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P10_TC1-COD(2025)0180

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 17. Dezember 2025 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2025/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas *und zur Vorbereitung der Einstellung von Einfuhren von Öl*, zur Verbesserung der Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938*

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf die Artikel 194 Absatz 2 und 207,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen[2],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[3],

---

* DER TEXT WURDE NOCH NICHT VON DEN RECHTS- UND SPRACHSACHVERSTÄNDIGEN ÜBERARBEITET.

1 ABl. C, …

2 ABl. C, …

3 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2025.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der rechtswidrige, groß angelegte russische Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 offenbarte die gravierenden Auswirkungen der bestehenden Abhängigkeiten vom russischen Erdgas auf Märkte und Sicherheit. Vor diesem Hintergrund verständigten sich die Staats- und Regierungschefs in der Erklärung von Versailles vom 11. März 2022 darauf, die Abhängigkeit von russischer Energie allmählich zu verringern, bis eine vollständige Unabhängigkeit erreicht ist. Im Rahmen der Mitteilung „REPowerEU“ vom 8. März 2022 ▌ und dem REPowerEU-Plan vom 18. Mai 2022 ▌ wurden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die es ermöglichen, die Energieeinfuhren auf eine sichere, erschwingliche und nachhaltige Weise zu diversifizieren und die Energieeinfuhren aus Russland zu ersetzen. Seitdem wurden erhebliche Fortschritte bei der Diversifizierung der Gaslieferungen und der Abkehr von ▌Gas ***aus der Russischen Föderation*** erreicht. Angesichts der beträchtlichen Menge an russischem Erdgas, die derzeit noch von der Union bezogen wird, kündigte die Kommission im Rahmen des REPowerEU-Plans zur Beendigung der russischen Energieeinfuhren am 6. Mai 2025 einen Gesetzgebungsvorschlag an, um die Einfuhren von russischem Gas vollständig einzustellen und um den bestehenden Rahmen ***zur Verringerung*** der Energieabhängigkeiten zu verbessern. ***Um die Energieversorgungssicherheit und -resilienz der EU zu gewährleisten, ist es dringend und strategisch notwendig, alle im REPowerEU-Plan aufgeführten verbleibenden Energieabhängigkeiten zu verringern.***

(2) Zahlreiche unangekündigte und ungerechtfertigte Liefereinschränkungen und -unterbrechungen bereits vor dem groß angelegten militärischen Überfall auf die Ukraine sowie die seitherige Instrumentalisierung von Energie als Waffe seitens der Russischen Föderation zeigen, dass die Russische Föderation bestehende Abhängigkeiten von Gaslieferungen aus Russland systematisch ***als politische Waffe*** einsetzte, um der Wirtschaft der Union zu schaden. Dies hat schwerwiegende negative Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten und die wirtschaftliche Sicherheit der Union ***und auch auf die Stabilität des Binnenmarkts, die Verbraucher in der Union und die Wettbewerbsfähigkeit im Allgemeinen*** zur Folge. In Anbetracht dessen können die Russische Föderation sowie russische Energieunternehmen nicht länger als vertrauenswürdige Energiehandelspartner angesehen werden.

(3) Im Januar 2006 stoppte ***die Russische Föderation*** seine Gaslieferungen an ***einige*** Länder in ***Südost- und Mitteleuropa*** inmitten einer Kältewelle, wodurch die Preise anstiegen und den Bürgerinnen und Bürgern Schaden drohte oder entstand. Am 6. Januar 2009 stoppte ***die Russische Föderation*** die Gasdurchleitung über die Ukraine, wovon 18 Mitgliedstaaten betroffen waren, insbesondere in Mittel- und Osteuropa. ***Diese*** Lieferunterbrechung führte zu erheblichen Beeinträchtigungen der Gasmärkte in der Region sowie in der gesamten Union. In manchen Mitgliedstaaten gab es fast 14 Tage lang keine Erdgasflüsse, sodass Schulen und Fabriken langfristig nicht beheizt werden konnten und die Mitgliedstaaten den Notstand ausrufen mussten. Im Jahr 2014 besetzte die Russische Föderation die Krim und annektierte sie rechtswidrig, ***brachte*** die ukrainische Gasförderanlagen auf der Krim ***unter ihre Kontrolle*** und schränkte Gaslieferungen an mehrere Mitgliedstaaten ein, die bekanntgegeben hatten, die Ukraine mit Gas zu versorgen, wodurch Marktstörungen entstanden, Preise anstiegen und der wirtschaftlichen Sicherheit Schaden zugefügt wurde. Das von ***der Russischen Föderation*** kontrollierte Gasexportunternehmen Gazprom mit Monopolstellung war bereits Gegenstand mehrerer Untersuchungen der Kommission hinsichtlich eines möglichen Verstoßes gegen die ***Wettbewerbsvorschriften der Union*** und hat daraufhin sein Marktverhalten geändert, um die wettbewerbsrechtlichen Bedenken der Kommission auszuräumen. ***In mehreren Fällen betrafen die*** Wettbewerbsfragen ▌sogenannte „territoriale Beschränkungen“ in den Gaslieferverträgen von Gazprom, in deren Rahmen der Weiterverkauf von Gas ***aus dem Bestimmungsland heraus*** verboten wurde, sowie Belege, dass Gazprom in unlauteren Preisbildungspraktiken verwickelt war und die Energieversorgung von politischen Zugeständnissen hinsichtlich der Beteiligung an russischen Pipelineprojekten oder hinsichtlich der Kontrollübernahme von Energieanlagen der Union abhängig machte.

(4) Der von ***der Russischen Föderation*** seit Februar 2022 geführte grundlose und ungerechtfertigte Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die anschließend als Waffe eingesetzte Einschränkung der Gaslieferungen in Verbindung mit der Manipulation der Märkte in Form vorsätzlicher Unterbrechungen der Gasflüsse haben Schwachstellen und Abhängigkeiten der Union und ihrer Mitgliedstaaten offengelegt; diese bergen ein eindeutiges Risiko unmittelbarer und schwerwiegender Auswirkungen auf das Funktionieren des Gasmarktes und der Wirtschaft der Union, ihre wesentlichen Sicherheitsinteressen sowie unmittelbarer Gefahren für die Unionsbürgerinnen und -bürger, da Unterbrechungen der Energieversorgung der Gesundheit schaden oder sogar das Leben gefährden können. Das staatlich kontrollierte Unternehmen Gazprom manipulierte nachweislich und vorsätzlich die Energiemärkte der Union, um die Energiepreise in die Höhe zu treiben. Die von Gazprom kontrollierten großen unterirdischen Speicher in der Union wiesen beispiellos ***niedrige Füllstände*** auf, russische Unternehmen reduzierten ihre Verkäufe an den Gashandelsplätzen der Union und stellten die Nutzung ihrer eigenen Verkaufsplattform vor dem völkerrechtswidrigen Überfall vollständig ein, wodurch die kurzfristigen Märkte beeinträchtigt und die ohnehin angespannte Versorgungslage nach dem rechtswidrigen Angriff ***der Russischen Föderation*** auf die Ukraine weiter verschärft wurden. Ab März 2022 stellte ***die Russische Föderation*** systematisch die Erdgaslieferungen an Mitgliedstaaten ein oder beschränkte sie, was erhebliche Störungen des Gasmarktes der Union zur Folge hatte. Dies betraf insbesondere die Lieferungen an die Union über die Jamal-Pipeline, die Lieferungen nach Finnland sowie die Nord-Stream-1-Pipeline, bei denen Gazprom zunächst die Gasflüsse verringerte und die Lieferungen schließlich vollständig einstellte.

(5) ***Der*** Einsatz ***der Russischen Föderation*** von Gaslieferungen und Marktmanipulation als Waffe in Form von vorsätzlichen Unterbrechungen der Gasflüsse führte 2022 in der Union zu sprunghaft steigenden Energiepreisen, die ein beispielloses Niveau erreichten und bis zu achtmal so hoch wie der Durchschnitt der Vorjahre waren. Die daraus resultierende Notwendigkeit, alternative Gasbezugsquellen zu finden, Versorgungswege umzustellen, die Speicher für den Winter zu füllen und Lösungen für Engpässe in der Gasinfrastruktur der Union zu finden, trug zur hohen Preisvolatilität und zu den beispiellosen Preisanstiegen im Jahr 2022 bei.

(6) Die außergewöhnlich hohen Gaspreise schlugen sich in hohen Preisen für Strom und andere Energieerzeugnisse nieder und verursachten eine langfristig hohe Inflation. Eine tiefe Wirtschaftskrise mit negativen Wachstumsraten in vielen Mitgliedstaaten, ausgelöst durch hohe Energiepreise ***und Preisvolatilität***, gefährdete die Wirtschaft der Union, schwächte die Kaufkraft der Verbraucher und erhöhte die Herstellungskosten, was Risiken für den sozialen Zusammenhalt und die Stabilität sowie Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Menschen barg. Die Lieferunterbrechungen führten zudem zu schwerwiegenden Problemen in Bezug auf die Energieversorgungssicherheit in der Union und dazu, dass sich elf Mitgliedstaaten gezwungen sahen, eine Energiekrisenstufe gemäß der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates[4] auszurufen. Während dieser Krise profitierte ***die Russische Föderation*** von der Abhängigkeit der Union und erzielte dank seiner Marktmanipulationen Rekordgewinne aus dem verbleibenden Energiehandel mit Europa – mit Einnahmen aus Gaseinfuhren ***nach Europa, die sich im Jahr 2024 nach wie vor auf*** rund 15 Mrd. EUR ***beliefen***. Solche Einnahmen könnten dafür eingesetzt werden, weitere Angriffe auf die Wirtschaft der Union zu finanzieren und so die wirtschaftliche Sicherheit zu schwächen. Sie könnten aber auch dazu dienen, den Angriffskrieg gegen die Ukraine zu finanzieren, der eine ernsthafte Bedrohung für die politische und wirtschaftliche Sicherheit Europas darstellt.

---

[4] Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 (Abl. L 280 vom 28.10.2017, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/1938/oj).

(7) Die jüngste Krise hat gezeigt, dass verlässliche Handelsbeziehungen mit Lieferpartnern für Energieerzeugnisse von entscheidender Bedeutung sind, um die Marktstabilität aufrechtzuerhalten und das Leben und die Gesundheit der Menschen sowie die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Union zu schützen – insbesondere ***nicht zuletzt*** da die Union darauf angewiesen ist, einen Großteil ihrer Energie aus Drittländern zu beziehen. Die Energieversorgung aus ***der Russischen Föderation*** fortzuführen würde bedeuten, dass sich die Union weiterhin wirtschaftlichen und sicherheitsbezogenen Risiken aussetzt, wodurch die ***Energieversorgungssicherheit der Union*** verringert ***anstatt erhöht*** würde. Selbst eine Abhängigkeit von kleineren Einfuhrmengen russischen Gases kann – im Falle eines Missbrauchs durch ***die Russische Föderation*** – erhebliche Verzerrungen in der Preisdynamik auslösen, selbst wenn diese nur temporär wären, und ***die Energiemärkte stören,*** insbesondere in den Regionen, die weiterhin stark von den Einfuhren aus der Russischen Föderation abhängig sind. In Anbetracht des langandauernden und beständigen Musters von Marktmanipulationen und Lieferunterbrechungen sowie der Tatsache, dass ***die*** Regierung ***der Russischen Föderation*** den Gashandel systematisch als Waffe zur Durchsetzung politischer Ziele statt handelsbezogener Ziele eingesetzt hat, ist es angezeigt, ***rechtsverbindliche*** Maßnahmen zu ergreifen, um ***alle verbleibenden Schwachstellen*** der Union, die durch die Erdgaseinfuhren aus der Russischen Föderation – sowohl über Pipelines als auch in Form von verflüssigtem Erdgas (LNG) – bedingt sind, ***zu beseitigen***.

(8) Die in ***Artikel 3*** der vorliegenden Verordnung festgelegten Beschränkungen internationaler Transaktionen stehen gemäß Artikel 21 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) im Einklang mit dem auswärtigen Handeln der Union in anderen Bereichen. Die Beziehungen zwischen der Union und der Russischen Föderation haben sich in den letzten Jahren und insbesondere seit 2022 massiv verschlechtert. Der Grund dafür ist die eklatante Missachtung des Völkerrechts durch die Russische Föderation und insbesondere ihr grundloser und ungerechtfertigter Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit Juli 2014 hat die Union als Reaktion auf das Vorgehen der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine schrittweise restriktive Maßnahmen für den Handel mit der Russischen Föderation verhängt. Der Union ist es aufgrund der Ausnahmen im Rahmen des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation, insbesondere gemäß Artikel XXI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Ausnahmen zur Wahrung der Sicherheit), sowie entsprechender Ausnahmen im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Russischen Föderation gestattet, aus der Russischen Föderation eingeführte Waren nicht die Vorteile zu gewähren, die gleichartigen Erzeugnissen aus anderen Ländern eingeräumt werden (Meistbegünstigung). Die Union ist daher befugt, Einfuhrverbote oder -beschränkungen für Waren aus der Russischen Föderation zu verhängen, wenn sie solche Maßnahmen angesichts der anhaltenden ernsten Krise in den internationalen Beziehungen zwischen der Union und der Russischen Föderation als erforderlich zum Schutz ihrer wesentlichen Sicherheitsinteressen ansieht.

(9) Die Diversifizierung der ***LNG-Einfuhr*** ist von wesentlicher Bedeutung, um die Energieversorgungssicherheit innerhalb der Union zu stärken und aufrechtzuerhalten. ***Um das Risiko zu vermeiden, dass für einen langen Zeitraum reservierte LNG-Terminal-Kapazitäten, die*** von russischen Unternehmen ***gehalten werden,*** dazu genutzt werden könnten, durch Kapazitätshortungspraktiken***, wie die Buchung von Verflüssigungs- oder Speicherkapazitäten, ohne diese tatsächlich zu nutzen oder um Wettbewerber an der Nutzung der Infrastruktur zu hindern,*** Einfuhren aus alternativen Quellen zu behindern, ***müssen die nationalen Regulierungsbehörden und Wettbewerbsbehörden gegebenenfalls die soliden Rechtsinstrumente, die im Rahmen des nationalen und europäischen Energie- und Wettbewerbsrechts zur Verfügung stehen, in vollem Umfang nutzen***. ***Stellen die Zollbehörden von russischem Gas ausgehende Risiken für die Sicherheit oder Gefahrenabwehr vor dessen Eingang in das Zollgebiet der Union fest, so sollten sie die Bestimmungen des Zollkodex der Union über das Risikomanagement anwenden, um solche Risiken zu vermeiden.***

(10) Die Kommission hat die Auswirkungen eines möglichen Verbots der Einfuhr von russischem Erdgas ▌auf die Union und ihre Mitgliedstaaten sorgfältig geprüft. Seit 2022 wurden umfassende Vorarbeiten sowie mehrere detaillierte Analysen zu den Auswirkungen einer vollständigen Einstellung der Einfuhren von Gas aus Russland durchgeführt und veröffentlicht ▌; zudem konnte sich die Kommission auf zahlreiche Konsultationen mit Interessenträgern, externen Sachverständigen und Agenturen sowie auf Studien über die Auswirkungen einer solchen Einstellung stützen. Die Analyse der Kommission ergab, dass eine Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas – sofern diese schrittweise, koordiniert und gut vorbereitet ***und*** im Geiste der Solidarität erfolgt – voraussichtlich nur begrenzte Auswirkungen auf die Energiepreise in der Union haben wird und aufgrund des Austritts eines unzuverlässigen Handelspartners aus dem Unionsmarkt die ***Sicherheit der Energieversorgung*** der Union stärken und nicht gefährden dürfte. Wie im REPowerEU-Fahrplan dargelegt, hat die Umsetzung des REPowerEU-Plans die ***Abhängigkeit der Union von Lieferungen aus der Russischen Föderation*** bereits verringert, beispielsweise durch ***die Einführung von*** Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage oder zur Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energiequellen sowie durch aktive Unterstützung bei der Diversifizierung der Energieversorgung und der Stärkung der Verhandlungsposition der ***Union*** durch gemeinsame Gasbeschaffung. Zudem hat die Folgenabschätzung gezeigt, dass durch eine frühzeitige Koordinierung der Diversifizierungspolitik nachteilige Auswirkungen auf Preise oder Lieferungen vermieden werden können ▌.

(11) Die vorgeschlagene Verordnung steht voll und ganz im Einklang mit der Strategie der Union, ihre Abhängigkeit von Einfuhren fossiler Brennstoffe zu verringern, indem die Dekarbonisierung gefördert und die in der Union erzeugte saubere Energie rasch ausgebaut wird. Wie im REPowerEU-Fahrplan dargelegt, hat die Umsetzung des REPowerEU-Plans zwischen 2022 und 2024 bereits zu erheblichen Einsparungen von jährlich mehr als 60 Mrd. Kubikmetern bei den Gaseinfuhren geführt, sodass die Union ihre ***Abhängigkeit von Lieferungen aus der Russischen Föderation*** verringern konnte. ***Die Verringerung der Abhängigkeiten*** könnte erreicht werden durch Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage***, zur Steigerung der Energieeffizienz*** oder zur Beschleunigung des ökologischen Wandels durch einen beschleunigten Ausbau von Kapazitäten zur Erzeugung von Wind- und Solarenergie, wodurch der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix erheblich erhöht ***würde***, sowie durch aktive Unterstützung der Diversifizierung der Energielieferungen und der Stärkung der Verhandlungsposition der ***Union*** durch gemeinsame Gasbeschaffung. Darüber hinaus dürften durch die vollständige Umsetzung der Energiewende, des jüngsten Aktionsplans für erschwingliche Energie und anderer Maßnahmen, insbesondere Investitionen in die Herstellung CO_2-armer Alternativen für energieintensive Erzeugnisse wie Düngemittel, bis 2030 bis zu 100 Mrd. ***Kubikmeter*** Erdgas ersetzt werden. ***Diese gebündelten Anstrengungen werden die Resilienz, die Wettbewerbsfähigkeit und die offene strategische Autonomie der Union stärken, die europäische Industrie, europäische KMU und die europäischen Bürgerinnen und Bürger unterstützen und die schrittweise*** Einstellung der Einfuhren von Gas aus der Russischen Föderation erleichtern.

(12) ***Bei der Ausarbeitung der Diversifizierungspläne sollte die Kommission in koordinierter Weise und im Geiste der Solidarität mit den Mitgliedstaaten, insbesondere in Mittel- und Südosteuropa, zusammenarbeiten, um alternative Quellen für Erdgaslieferungen zu ermitteln. Neben der Verbesserung der Versorgungssicherheit könnten neue Lieferungen auch die entgangenen Einnahmen ausgleichen, indem die bestehende Infrastruktur, die zuvor für den Transport von russischem Gas genutzt wurde, eingesetzt wird.***

(13) Im Einklang mit der Erklärung von Versailles und der REPowerEU-Mitteilung haben zahlreiche Gaseinführer ihre Gaslieferungen aus ***der Russischen Föderation*** bereits eingestellt oder erheblich reduziert. Wie in der Folgenabschätzung dargelegt, können die verbleibenden Gasmengen bestehender Lieferverträge schrittweise abgebaut werden, ohne dass erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen oder Risiken für die Versorgungssicherheit bestehen, weil genügend alternative Lieferanten auf dem globalen Gasmarkt, ein gut vernetzter interner Gasmarkt und eine ausreichende Einfuhrinfrastruktur zur Verfügung stehen. ***Die entsprechenden Maßnahmen müssen mit dem aktuellen Rahmen für die Energiepolitik der Union in Einklang stehen.***

(14) ***In einigen Fällen enthalten LNG-Ladungen eine Mischung von Gas, das in verschiedenen Ländern erzeugt wurde. Das Verbot sollte auch für die in Russland erzeugten Mengen von Gas in solchen Ladungen gelten. Wenn Einführer die jeweiligen Anteile an außerhalb Russlands erzeugtem LNG eindeutig nachweisen können, sollte es möglich sein, die in einer LNG-Ladung enthaltenen Mengen von nicht-russischem LNG einzuführen.***

(15) Kurzfristige ***Lieferverträge*** ▌ betreffen kleinere Mengen als die großen ***langfristigen*** Lieferverträge zwischen Einführern und russischen Unternehmen. Diese bestehenden ***kurzfristigen Lieferverträge*** werden ***in jedem Fall bis zum Inkrafttreten dieser*** Verordnung ***kurz vor dem Auslaufen sein***. Dementsprechend erscheint das Risiko für die wirtschaftliche Sicherheit, das sich aus bestehenden kurzfristigen ***Lieferverträgen*** ergibt, gering. Daher sollten bestehende kurzfristige ***Lieferverträge*** von der sofortigen Anwendung des Einfuhrverbots ausgenommen werden und es sollte eine Übergangsphase bis zum ***25. April 2026 für LNG-Einfuhren unter Berücksichtigung des Artikels 3ra der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates***[5] ***und bis zum*** 17. Juni 2026 ***für Pipeline-Gas*** gelten.

---

[5] ***Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren (ABl. L 229 vom 31.7.2014, S. 1; ELI:*** http://data.europa.eu/eli/reg/2014/833/oj***).***

(16) Eine Ausnahme von dem ***Verbot von Gaseinfuhren*** ▌sollte auch für bestehende langfristige Lieferverträge gewährt werden. Einführer mit langfristigen ***Lieferverträgen*** benötigen in der Regel mehr Zeit als jene mit kurzfristigen Verträgen, um alternative Versorgungswege und -quellen zu finden, auch weil langfristige ***Lieferverträge*** in der Summe gewöhnlich deutlich größere Mengen umfassen als kurzfristige ***Lieferverträge***. Daher sollte ein Übergangszeitraum eingeführt werden, um den Inhabern langfristiger ***Lieferverträge*** ausreichend Zeit einzuräumen, ihre Lieferungen in geordneter Weise zu diversifizieren. ***LNG kann zwar weltweit bezogen werden, und es bestehen für LNG-Kunden beim Wechsel zu alternativen Lieferanten auf dem LNG-Weltmarkt in der Regel keine physischen Hindernisse, doch kann die Diversifizierung für Pipeline-Gaskunden, insbesondere in Ländern ohne LNG-Infrastruktur, komplexer sein. Daher sollte für Gaslieferungen im Rahmen bestehender langfristiger Pipeline-Verträge eine längere Übergangsfrist gewährt werden.***

(17) ***Es sind besondere Situationen eingetreten, in denen ein Land, das*** derzeit noch im Rahmen bestehender langfristiger Lieferverträge für russisches Pipeline-Gas beliefert ***wird***, von den jüngsten Änderungen der ***Versorgungswege*** aus der Russischen Föderation***, durch die die Möglichkeit entfällt, Gas über den vorherigen Versorgungsweg einzuführen,*** besonders betroffen ***ist***, da es nur begrenzte oder gar keine alternativen Transportwege für das vertraglich vereinbarte Gas gibt. Um Abhilfe zu schaffen, stellen Versorger aus anderen Mitgliedstaaten derzeit die Lieferung von Pipeline-Gas im Rahmen kurzfristiger Lieferverträge mit Lieferanten aus der Russischen Föderation über nicht überlastete Kopplungspunkte sicher. Aufgrund dieser sehr besonderen Situation sollte die Übergangszeit, die für die Suche nach neuen Lieferanten erforderlich ist, auch für solche kurzfristigen Lieferverträge mit Lieferanten aus der Russischen Föderation gelten, über die von Änderungen der Versorgungswege für russisches Gas betroffene Binnenländer versorgt werden.

(18) Wenngleich es zunächst gerechtfertigt scheint, bestehende Altverträge von der sofortigen Anwendung ***des Verbots der Einfuhr von russischem Gas*** auszunehmen, sollten nicht alle Verträge, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossen wurden, ausgenommen werden. ▌Russische Lieferanten könnten es ***nämlich*** als Anreiz sehen, die Zeit zwischen der Veröffentlichung ***des Kommissionsvorschlags für diese Verordnung*** und dem Inkrafttreten des Verbots zu nutzen, um die derzeitigen Lieferungen ▌auszuweiten***, indem sie neue Verträge schließen, die Liefermengen durch Änderung bestehender Verträge erhöhen oder Flexibilitätsregelungen im Rahmen bestehender Verträge nutzen***. Um sicherzustellen, dass die Einfuhren aus ***der Russischen Föderation*** infolge ***dieses Verbots*** ▌zurückgehen ***anstatt zuzunehmen, sollten mit dieser*** Verordnung ***Anreize für Unternehmen vermieden werden,*** in der Zeit zwischen der ***Veröffentlichung des Kommissionsvorschlags für diese Verordnung*** und dem Inkrafttreten des Verbots ***neue Verträge zur Einfuhr von russischem Gas abzuschließen***. Schließlich haben sich die Staats- und Regierungschefs bereits im März 2022 verpflichtet, die ***russischen*** Gaslieferungen einzustellen; ***aufbauend auf dieser Zusage hat die Kommission die*** REPowerEU-Strategie, ***den*** REPowerEU-Plan und ***den*** REPowerEU-Fahrplan ***vorgeschlagen***. Spätestens mit der Veröffentlichung des Vorschlags für diese Verordnung sollten Verträge, die nach diesem Zeitpunkt geschlossen ***wurden***, nicht mehr als Altverträge betrachtet werden. Daher sollten Verträge, die nach dem 17. Juni 2025 geschlossen werden, von den außerordentlichen Übergangsbestimmungen für bestehende kurz- und langfristige ***Lieferverträge*** ausgenommen werden.

(19) Um zu verhindern, dass die in den bestehenden Lieferverträgen vorgesehenen Einfuhrmengen ▌ erhöht werden, sollten Änderungen bestehender Lieferverträge für die Zwecke dieser Verordnung als neue Verträge angesehen werden, und Erhöhungen der Einfuhrmengen durch die Nutzung vertraglicher Flexibilitätsregelungen sollten vom Übergangszeitraum ausgenommen werden. ***Ausnahmen sollten für bestimmte Fälle notwendiger Änderungen bestehender Verträge vorgesehen werden, sofern diese nicht zu einer Erhöhung der vertraglich vereinbarten Mengen oder zu einem Aufschub des Lieferzeitpunkts führen. Preisschwankungen infolge einer Preisindexierung, die bereits in bestehenden Lieferverträgen vorgesehen ist, stellen keine Änderung bestehender Lieferverträge dar.***

(20) Mit dieser Verordnung wird ein eindeutiges rechtliches Verbot der Einfuhr von russischem Erdgas eingeführt; dieser souveräne Rechtsakt der Union entzieht sich der Kontrolle der Gaseinführer und macht Erdgaseinfuhren aus ***der Russischen Föderation*** mit unmittelbarer Rechtswirkung und ohne Ermessensspielraum der Mitgliedstaaten hinsichtlich seiner Anwendung rechtswidrig.

(21) Im Gegensatz zu anderen Waren ist Erdgas ein homogener Rohstoff, der in großen Mengen gehandelt und häufig mehrfach zwischen Händlern auf Großhandelsebene weiterverkauft wird. Angesichts der besonderen Komplexität der Rückverfolgung von Erdgas bis zu seinem Ursprung und unter Berücksichtigung der Möglichkeit, dass russische Lieferanten versuchen könnten, diese Verordnung beispielsweise durch Verkäufe über Zwischenhändler, Umladungen oder Transporte durch andere Länder zu umgehen, sollte diese Verordnung einen wirksamen Rahmen ***zur Verhinderung der Umgehung des Verbots*** schaffen. ***Die einschlägigen Behörden sollten daher in die Lage versetzt werden, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um festzustellen, ob Erdgaslieferungen aus der Russischen Föderation im Rahmen von Modellen in das Zollgebiet der Union verbracht werden, die zur Umgehung der Vorschriften dieser Verordnung geschaffen wurden. Bei der Feststellung, ob Erdgas in der Union zum zollrechtlich freien Verkehr überlassen wird, sollten sich die Zollbehörden nicht nur auf die Angaben in der Zollanmeldung stützen können, sondern auch dazu befugt sein, in Fällen, in denen sie es für angebracht erachten, auf der Grundlage anderer einschlägiger Informationen zu prüfen, ob eine in die Union verbrachte Ware tatsächlich zur Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr bestimmt ist. Die Verordnung sollte zudem vorschreiben, dass das Erzeugungsland*** und ***die Lieferkette*** des in die Union eingeführten Erdgases ***ermittelt werden***.

(22) Insbesondere sollten die Erdgaseinführer verpflichtet werden, den ***Behörden*** alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um ***das Land der Erzeugung*** des in die Union eingeführten Erdgases ***zu ermitteln und*** festzustellen ▌, ob das eingeführte Gas unter das allgemeine Verbot oder eine seiner Ausnahmen fällt. ***Der Begriff „Ursprung“ im Sinne des Zollrechts der Union erlaubt möglicherweise nicht immer die Ermittlung des Landes der Erzeugung des eingeführten Gases, beispielsweise wenn das Gas verarbeitet wurde (z. B. verflüssigt oder regasifiziert), nachdem es die Russische Föderation verlassen hat.*** Diese Verordnung sollte ***daher auch Fälle erfassen, in denen sich das „Ursprungsland“ im Sinne des Zollrechts der Union von dem Land der Erzeugung des Gases unterscheidet, und es sollte ein Mechanismus vorgesehen werden, mit dem überprüft wird, ob das Erdgas in der Russischen Föderation gewonnen oder verflüssigt wurde. Jegliches Gas, das vor seiner Einfuhr in die EU aus der Russischen Föderation ausgeführt wurde, entweder durch direkte Ausfuhr aus Russland in die EU oder durch indirekte Ausfuhr über ein Drittland, sollte – außer im Falle der Durchleitung – dem Verbot unterliegen.***

(23) Aufgrund der besonderen Eigenschaften von Pipeline-Gas und LNG, und um vor dem Eingang des Gases in das Zollgebiet der Union ein reibungsloses Überprüfungsverfahren in Bezug auf das Land der Erzeugung und die Bedingungen für mögliche Ausnahmen zu ermöglichen, sollte ein Verfahren zur vorherigen Genehmigung eingeführt werden. Die Einfuhr sollte verweigert werden, wenn keine Genehmigung vorliegt. Die Genehmigungsbehörden oder die Zollbehörden (wenn diese nicht identisch sind) sollten vorab über beabsichtigte Einfuhren in die Union informiert werden, und ihnen sollten die Informationen übermittelt werden, die erforderlich sind, um das Land der Erzeugung zu verifizieren oder zu überprüfen, ob die Bedingungen für eine Ausnahme gemäß dieser Verordnung erfüllt sind. Die Genehmigungsbehörden sollten zwar anstreben, innerhalb des Zeitraums zwischen der Übermittlung der Informationen durch den Einführer und dem geplanten Eingang in das Zollgebiet eine Genehmigung zu erteilen, um Gaseinfuhren in die EU zu erleichtern, können aber auch zu einem späteren Zeitpunkt eine Entscheidung fällen, insbesondere wenn Zweifel an den übermittelten Informationen bestehen. Die vorherige Genehmigung lässt die bestehenden Durchsetzungsbefugnisse der Zollbehörden unberührt. Einfuhren von Erdgas aus Gasförderländern sollten von dieser Verpflichtung ausgenommen werden, wenn die Union in der Vergangenheit erhebliche Mengen aus diesen Ländern eingeführt hat und diese Länder entweder im Wege eines Verbots der Einfuhr von russischem Gas oder im Wege restriktiver Maßnahmen gegen russische Gasinfrastruktur, russische Gasunternehmen oder Personen, die solche Unternehmen verwalten, nachgewiesen haben, dass sie den russischen Gassektor nicht unterstützen wollen, oder wenn diese Länder nicht über die erforderliche Infrastruktur für die Einfuhr von Pipeline-Gas oder von LNG verfügen. Die Kommission sollte die Liste dieser Länder erstellen.

(24) ***Die Genehmigungsbehörden sowie – falls davon abweichend – die Zollbehörden sollten alle Informationen anfordern können, die für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Einfuhren erforderlich sind. Sie sollten sich auch auf Informationen aus anderen Quellen stützen können. Da die Vertragsbedingungen hinsichtlich der für die Beurteilung relevanten Elemente oft komplex sind, sollten die Behörden befugt sein, von den Einführern detaillierte Vertragsinformationen, einschließlich vollständiger Lieferverträge, anzufordern, wenn dies erforderlich ist, um den Kontext bestimmter Klauseln oder Verweise auf andere Vertragsbestimmungen nachzuvollziehen. Diese Verordnung sollte Vorschriften enthalten, die einen wirksamen Schutz von Geschäftsgeheimnissen der betroffenen Unternehmen gewährleisten.***

(25) ***Bei der Ausübung ihrer Befugnisse sollten die Genehmigungsbehörden und die Zollbehörden besonderes Augenmerk auf die Durchsetzung an Kopplungspunkten, LNG-Anlagen oder Durchleitungspipelines richten, an denen das Risiko einer Umgehung hoch ist. Beim Transport von Öl wurden Praktiken beobachtet, bei denen sogenannte „Schattenflotten“ zur Umgehung der Sanktionen eingesetzt werden, und es besteht die Gefahr, dass sie auch bei Einfuhren von LNG zur Anwendung kommen, wodurch die Ziele dieser Verordnung untergraben würden. Die Behörden sollten in enger Zusammenarbeit ihre Prioritäten bei der Durchsetzung erforderlichenfalls anpassen, um potenzielle Umgehungspraktiken, die im Zuge der Durchführung dieser Verordnung festgestellt werden, anzugehen. Die Kommission sollte außerdem die Durchleitung von russischen Erdgasflüssen durch Drittländer kontinuierlich überwachen.***

▌

(26) ***Ein Teil der russischen Gasfernleitungsinfrastruktur ist direkt mit der Union verbunden, und einige Durchleitungspipelines, die*** Russland ***mit der Union verbinden, verlaufen durch Drittländer, ohne derzeit über Einspeisepunkte zwischen der Russischen Föderation und der Union zu verfügen. Im Rahmen der Verordnung sollte daher davon ausgegangen werden, dass Erdgas, das über Grenzen, Verbindungsleitungen oder Kopplungspunkte zwischen der Russischen Föderation und der Union oder Belarus und der Union in die Union eingeführt wird oder über Pipelines wie TurkStream am Kopplungspunkt Strandzha 2/Malkoclar ankommt, seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder von dort direkt oder indirekt ausgeführt wird, was das Erfordernis zur Vorlage eines Nachweises des Landes der Erzeugung ersetzt. Falls geltend gemacht wird, dass Erdgas, das an diesen Grenzen, diesen Verbindungsleitungen oder diesen Kopplungspunkten ankommt, einem „Durchleitungsverfahren" durch die Russische Föderation unterliegt, sollten strenge Kontrollen durchgeführt werden. Die Russische Föderation*** ist ein wichtiger Gasausführer und hat in der Vergangenheit keine nennenswerte Rolle als Gasdurchleitungsland gespielt***,*** was auf mehrere Faktoren zurückzuführen ***ist***, etwa das Fehlen einer ***Regasifizierungsinfrastruktur***, die Organisation des Gashandels in ***der Russischen Föderation*** über ein Pipeline-Ausfuhrmonopol, die Geschäftsmodelle russischer Gasunternehmen, die nicht auf der Organisation ***der Durchleitung*** beruhen, und die geografische Lage Russlands ▌. Aus diesen Gründen und angesichts der Anreize für russische Lieferanten, das Einfuhrverbot zu umgehen, sollten die Zollbehörden ***die Einfuhr von angeblich in Durchleitung befindlichen Erdgasmengen verweigern, es sei denn, es können*** eindeutige ***Nachweise dafür vorgelegt werden, dass sich das Gas in Durchleitung durch die Russische Föderation befand und in einem anderen Land als der Russischen Föderation erzeugt wurde. Die erforderlichen Nachweise*** sollten ***der Genehmigungsbehörde rechtzeitig, also spätestens einen Monat vor dem Eingang in das Zollgebiet der Union vorgelegt werden, um*** die Rückverfolgbarkeit des eingeführten Gases bis zum Ort der Gewinnung ***zu*** ermöglichen.

(27) ***Der Kopplungspunkt Strandzha 1 verbindet die Union mit einem Pipelinesystem, über das nicht nur Gas aus Aserbaidschan oder der Türkei, sondern auch erhebliche Gasmengen aus der Russischen Föderation transportiert werden. Daher sollten eindeutige Nachweise nötig sein, die belegen, dass das Land der Erzeugung nicht Russland ist, und den Behörden sollte ausreichend Zeit für die Überprüfung gewährt werden, um sicherzustellen, dass über Strandzha 1 eingeführtes Gas seinen Ursprung nicht in der Russischen Föderation hat oder nicht direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird. Sollten in Zukunft andere Kopplungspunkte mit Systemen verbunden werden, die erhebliche Mengen russischen Gases transportieren, sollte derselbe Kontrollstandard gelten.***

(28) ***Darüber hinaus können erhebliche Mengen an Erdgas auch im Rahmen eines „Durchleitungsverfahrens“ in die Union gelangen. Da die strengen Überwachungsvorschriften für Gaseinfuhren wie die vorherige Genehmigung nicht für Gas, das im Rahmen eines „Durchleitungsverfahrens“ die Union durchquert oder entsprechend der Zolllagerregelung gespeichert wird, gelten, ist es angezeigt, spezifische Schutzmaßnahmen in Form einer Regelung zur Überwachung der Durchleitung vorzusehen, die es den Zollbehörden ermöglicht, Gasflüsse im Rahmen eines „Durchleitungsverfahrens“ wirksam zu überwachen, um sicherzustellen, dass Erdgas, das die Union im Rahmen eines Durchleitungsverfahrens durchquert, nicht letztlich in der Union in den zollrechtlich freien Verkehr überführt wird. Sofern Betreiber aus Drittländern Gas im Rahmen eines Versandverfahrens, einer vorübergehenden Verwahrung oder eines Zolllagerverfahrens nach dem Zollkodex der Union lagern, sollten die Mitgliedstaaten über die entsprechenden Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen verfügen, um zu gewährleisten, dass die Nutzung von Speicheranlagen in der Union durch Drittländer kein Risiko für die nationale oder regionale Versorgungssicherheit und die Erfüllung von Speicherverpflichtungen darstellt und der Kommission relevante Informationen bereitstellen.***

(29) ***Im Einklang mit dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit sollten die Genehmigungsbehörden, die Zollbehörden, die Regulierungsbehörden, die zuständigen Behörden, die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) und die Kommission zusammenarbeiten, um die Bestimmungen dieser Verordnung umzusetzen, und einschlägige Informationen austauschen, insbesondere in Bezug auf die Prüfung von Ausnahmen, die Einfuhren von russischem Erdgas nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung erlauben. Zollbehörden, Regulierungsbehörden, zuständige Behörden und die ACER sollten über die erforderlichen Instrumente und Datenbanken verfügen, um erforderlichenfalls sicherzustellen, dass einschlägige Informationen zwischen den nationalen Behörden und Behörden in anderen Mitgliedstaaten ausgetauscht werden können. Die ACER sollte mit ihrem Fachwissen zur Überwachung der Umsetzung beitragen. Um die Schaffung der erforderlichen interoperablen gemeinsamen Informationssysteme zu erleichtern, können die Kommission und die Mitgliedstaaten prüfen, ob die verfügbaren Mittel aus dem Fonds für die innere Sicherheit (ISF) in Anspruch genommen werden können. Die Zollbehörden sollten den Regulierungsbehörden, den zuständigen Behörden und der Kommission monatlich über die wesentlichen Elemente im Zusammenhang mit der Entwicklung der Einfuhren von russischem Gas berichten, z. B. Mengen, die im Rahmen von lang- oder kurzfristigen Lieferverträgen eingeführt wurden, Einspeisepunkte und Vertragspartner. Die Kommission sollte diese Informationen gegebenenfalls in den Bericht über die Durchführung dieser Verordnung aufnehmen. Die Kommission sollte auch die Wirksamkeit des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden bewerten und, sofern angebracht, Empfehlungen für deren Verbesserung abgeben.***

(30) Die Erfahrungen mit dem Ausstieg aus den ***russischen*** Gaslieferungen über die Ukraine haben gezeigt, dass Marktstörungen oder Versorgungssicherheitsprobleme, die sich aus einem Wechsel der Gaslieferanten ergeben könnten, durch eine gute Vorbereitung und Koordinierung im Geiste der Solidarität wirksam vermieden werden können. Um ***sich auf*** das vollständige Ende russischer Gaslieferungen ▌ in koordinierter Weise vorzubereiten und dem Markt ausreichend Zeit zu geben, sich auf die damit verbundenen Veränderungen ohne Risiko für die Gasversorgungssicherheit oder erhebliche Auswirkungen auf die Energiepreise vorzubereiten, sollten die Mitgliedstaaten nationale Diversifizierungspläne erstellen und bis zum 1. März 2026 vorlegen. Diese Pläne ***sollten den Vorschriften zur Wahrung des Berufsgeheimnisses unterliegen und nicht ohne Zustimmung des jeweiligen Mitgliedstaats offengelegt werden. Sie*** sollten die auf nationaler oder regionaler Ebene geplanten Maßnahmen zur Nachfragesenkung, Förderung der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen und Sicherstellung einer alternativen Versorgung sowie mögliche technische, ***vertragliche*** oder regulatorische Hindernisse, die den Diversifizierungsprozess erschweren könnten, enthalten. Da der Diversifizierungsprozess möglicherweise eine Koordinierung der Maßnahmen auf nationaler, regionaler oder Unionsebene erfordert, sollte die Kommission die nationalen Diversifizierungspläne bewerten und gegebenenfalls Empfehlungen für Anpassungen abgeben.

(31) Mit der Erklärung von Versailles verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs nicht nur, ihre Erdgaseinfuhren aus ***der Russischen Föderation*** einzustellen, sondern auch die Einfuhr von anderen Energieträgern, insbesondere Öl. ***Die Russische Föderation hat ähnliche Praktiken wie im Gasbereich, wo Russland in der Vergangenheit Gas als Mittel zur Ausübung von Zwang und Manipulation eingesetzt hat, auch beim Ölhandel mit der Union angewendet. Dies zeigt sich beispielsweise an Unterbrechungen der Öllieferungen in der Vergangenheit. Die bestehenden Beziehungen zur Russischen Föderation bei der Ölversorgung schaffen Abhängigkeiten und Risiken für die Sicherheit in der Union. Um zu verhindern, dass Russland die Öleinfuhren der Union als Druckmittel instrumentalisiert, ist es daher von entscheidender Bedeutung, auch einen zeitnahen Ausstieg aus Öleinfuhren aus der Russischen Föderation vorzubereiten***. Zwar sind bereits einschränkende Maßnahmen zur Einstellung der Öleinfuhren aus ***der Russischen Föderation*** in Kraft, und die Öleinfuhren sind erheblich zurückgegangen, doch ein weitreichenderer Ausstieg aus russischem Öl könnte spezifische vorbereitende Schritte und eine Koordinierung mit den Nachbarn erfordern. ▌

(32) ***Daher sollten die Mitgliedstaaten auch nationale Diversifizierungspläne für Rohöl und Erdölerzeugnisse erstellen, die auf nationaler Ebene bestehende und geplante Maßnahmen zur Gewährleistung von Transparenz und Rückverfolgbarkeit von Öleinfuhren aus der Russischen Föderation enthalten sollten. Die Kommission sollte Empfehlungen zu diesen Plänen abgeben. Diese Pläne sollten den Vorschriften zur Wahrung des Berufsgeheimnisses unterliegen und nicht ohne Zustimmung des jeweiligen Mitgliedstaats offengelegt werden. Parallel dazu sollte die Kommission weiterhin das Problem der Umgehung der EU-Ölsanktionen durch den Einsatz sogenannter „Schattenflotten“ angehen, insbesondere durch die in ihrer Mitteilung „Fahrplan für die Beendigung der Energieeinfuhren aus Russland“ vom 6. Mai 2025 dargelegten Maßnahmen.***

(33) Die Erfahrungen während der Gaskrise 2022 und 2023 haben gezeigt, dass umfassende Informationen über die Versorgungslage und mögliche Versorgungsabhängigkeiten für die Überwachung der Gasversorgung in der Union wesentlich sind. Daher sollten Einführer von russischem Gas, die von den in dieser Verordnung ***festgelegten*** Ausnahmen Gebrauch machen, der Kommission alle Informationen übermitteln, die für die wirksame Bewertung möglicher Risiken für den Gashandel erforderlich sind. Diese Informationen sollten Schlüsselparameter oder auch ganze Abschnitte der betreffenden Gaslieferverträge mit Ausnahme von Preisinformationen umfassen, wenn dies erforderlich ist, um den Kontext bestimmter Klauseln oder Verweise auf andere Vertragsbestimmungen nachzuvollziehen. Bei der Überwachung der Gasversorgung in der Union sollte die Kommission auch die von den Zollbehörden übermittelten Informationen über Einfuhren und die in den nationalen Diversifizierungsplänen aufgeführten Informationen berücksichtigen. Die Kommission sollte die mit der Verordnung (EU) 2017/1938 eingesetzte Koordinierungsgruppe „Gas“ regelmäßig über den Ausstiegsprozess auf Unionsebene informieren und jährlich einen Bericht über den Ausstieg aus russischem Gas vorlegen, dem spezifische Empfehlungen und Maßnahmen der Union zur Beschleunigung des Ausstiegs beigefügt werden können.

(34) Die Mitgliedstaaten und die Union sollten bei der Umsetzung der vorliegenden Verordnung eng zusammenarbeiten, ***einschließlich in Bezug auf mögliche Streitbeilegungsverfahren***. ***Die Verordnungen (EU) Nr. 1219/2012[6] und (EU) Nr. 912/2014[7] des Europäischen Parlaments und des Rates enthalten gegebenenfalls weitere Einzelheiten über die Zusammenarbeit und die Aufteilung*** der finanziellen Verantwortung ***zwischen den Mitgliedstaaten und der Union*** in möglichen Fällen der Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten ***im Zusammenhang mit der vorliegenden Verordnung***.

(35) Angesichts der jüngsten Praxis der Russischen Föderation, vereinbarte Gerichts- und Schiedsverfahren einseitig zu ändern und zu behindern, können weder betroffene Personen noch die Union und die Mitgliedstaaten für Urteile, Schiedssprüche oder andere gerichtliche Entscheidungen haftbar gemacht werden, die im Rahmen rechtswidriger Verfahren angenommen wurden und für die keine Rechtsbehelfe im Rahmen der einschlägigen Gerichtsbarkeit wirksam zugänglich sind.

---

6 **Verordnung (EU) Nr. 1219/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 zur Einführung einer Übergangsregelung für bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen den Mitgliedstaaten und Drittländern (ABl. L 351, 20.12.2012, p. 40, ELI:** https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2012/1219/oj**).**

7 ***Verordnung (EU) Nr. 912/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Schaffung der Rahmenbedingungen für die Regelung der finanziellen Verantwortung bei Investor-Staat-Streitigkeiten vor Schiedsgerichten, welche durch internationale Übereinkünfte eingesetzt wurden, bei denen die Europäische Union Vertragspartei ist (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 121, ELI:*** http://data.europa.eu/eli/reg/2014/912/oj***).***

(36) Die Union hat einen soliden Rechtsrahmen geschaffen, um jederzeit ***die*** sichere Gasversorgung zu gewährleisten und etwaige Versorgungskrisen in koordinierter Weise zu bewältigen, einschließlich der Verpflichtung ***für*** Mitgliedstaaten, für eine wirksame operative Solidarität mit Nachbarn, die Gas benötigen, zu sorgen. Die Kommission sollte die Entwicklung der Marktrisiken für die Gasversorgung, die sich aus dem Gashandel mit ***der Russischen Föderation*** auf Unionsebene, regionaler Ebene und Ebene der Mitgliedstaaten ergeben, kontinuierlich überwachen. Im Falle plötzlicher und bedeutender Entwicklungen, die die Versorgungssicherheit eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ernsthaft bedrohen, ***und nachdem ein Notfall gemäß Artikel 11 oder Artikel 12 der Verordnung (EU) 2017/1938 ausgerufen wurde,*** sollte die Kommission die erforderlichen Sofortmaßnahmen ergreifen können, indem sie indem sie ***den Beschluss*** über die in dieser Verordnung festgelegten Einfuhrverbote für Erdgas oder LNG ***in einem oder mehreren Mitgliedstaaten annimmt***. ***In einer solchen Situation sollte die Kommission zudem in der Lage sein, die Verpflichtung zur Vorlage eines Nachweises des Landes der Erzeugung vor dem Eingang in das Zollgebiet der Union auszusetzen, um zusätzliche Einfuhren kurzfristig zu erleichtern. Ein solcher Beschluss der Kommission*** sollte zeitlich befristet sein ***und nicht für länger als vier Wochen gewährt werden und nur dann verlängert werden, wenn die Bedingungen der Krise oder des Notfalls nach Artikel 11 der Verordnung 2017/1938 weiterhin zutreffen.*** Im Durchführungsbeschluss der Kommission ***sollten*** bestimmte zusätzliche Bedingungen festgelegt werden, sodass jede ***solche*** Aussetzung strikt auf die Bewältigung der Bedrohung beschränkt ist. Die Kommission sollte ***die Koordinierungsgruppe „Gas“ unterrichten, dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht mit der Begründung der Aussetzung und etwaiger Verlängerungen vorlegen und*** die Anwendung einer solchen befristeten ***Aussetzung*** genau überwachen.

(37) ***Um ein Auswählen der günstigsten Sanktionen („penalty shopping“) zu vermeiden und um eine einheitliche Anwendung dieser Verordnung sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten harmonisierte Vorschriften für Sanktionen für Verstöße gegen diese Verordnung festlegen. Nachdem Verstöße gegen die vorliegende Verordnung jedoch auch Verstöße gegen andere Rechtsvorschriften der Union darstellen können, die eng mit den Verboten und Verpflichtungen in der vorliegenden Verordnung verbunden sind, etwa gegen das Zollrecht, restriktive Maßnahmen oder die Verordnung (EU) 2017/1938, sollte die Verhängung von Sanktionen im Einklang mit der Charta der Grundrechte und der Rechtsprechung in der Auslegung durch den Gerichtshof nicht zu einem Verstoß gegen den Grundsatz ne bis in idem führen. Diese Verordnung lässt die Verhängung strafrechtlicher Sanktionen nach nationalem Recht unberührt.***

(38) Die ▌***mit dieser Verordnung eingeführten*** Maßnahmen stehen vollständig im Einklang mit dem Grundsatz der Energiesolidarität. Die einzelnen Mitgliedstaaten führen unterschiedlich viel russisches Gas ein, und viele Mitgliedstaaten haben bereits Maßnahmen ergriffen, um die Einfuhr russischen Gases zu beenden. Mit ▌***dieser*** Verordnung wird ein EU-weit harmonisierter Ansatz für den Ausstieg aus russischem Gas sichergestellt, der die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten wahrt.

(39) Da die Ziele dieser Verordnung hinsichtlich der Überwachung möglicher Abhängigkeiten bei der Gasversorgung von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend in koordinierter Weise und ohne das Risiko einer Marktfragmentierung verwirklicht werden können, sondern auf Unionsebene besser und effizienter zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über die für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

(40) Da die Union der schnellstmöglichen wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Gaseinfuhren aus der Russischen Föderation eine hohe Wichtigkeit beimisst, sollte diese Verordnung am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten***. Nach der Erklärung von Versailles vom März 2022 und der Annahme des Vorschlags für diese Verordnung am 17. Juni 2025 hatten die Marktteilnehmer viel Zeit, ihr Lieferportfolio anzupassen. Dennoch erscheint es angemessen, einen Übergangszeitraum vorzusehen, damit Gaslieferanten, die ihre Lieferstrategien noch nicht angepasst haben, die erforderlichen Vorkehrungen treffen können, um die Anforderungen dieser Verordnung zu erfüllen. Das Verbot der Einfuhr von Gas aus der Russischen Föderation sollte daher erst ab dem [6 Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung] gelten. Damit Einführer mit bestehenden Lieferverträgen und Einführer, die neue Verträge abschließen, die erforderliche vorherige Genehmigung rechtzeitig und ohne Störungen der geplanten Gaseinfuhren einholen können, sollten die in dieser Verordnung vorgesehenen unterschiedlichen Genehmigungsverfahren bereits gelten, bevor das Verbot von Gaseinfuhren aus der Russischen Föderation anwendbar wird —***

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1
Gegenstand

Mit dieser Verordnung wird ein Rahmen geschaffen, um die ***verbleibenden*** erheblichen Risiken für Handel und ***Versorgungssicherheit***, die sich für die Union aus dem Gashandel mit der Russischen Föderation ergeben, wirksam zu beseitigen ***und die wirksame und rechtzeitige Einstellung der Einfuhr von Öl aus der Russischen Föderation vorzubereiten***, indem Folgendes festgelegt wird:

a) ein schrittweises Verbot der Einfuhr von Erdgas aus der Russischen Föderation ;

b) Vorschriften zur wirksamen Umsetzung und Überwachung dieses Verbots sowie zur ***Einstellung*** der Einfuhr von Öl aus der ***Russischen Föderation***;

c) Bestimmungen zur besseren Bewertung der Energieversorgungssicherheit in der Union.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Erdgas“ ***Gas*** im Sinne der Codes 2711 11 00 und 2711 21 00 der Kombinierten Nomenklatur (KN);

2. „LNG“ verflüssigtes Erdgas im Sinne des KN-Codes 2711 11 00;

3. „Erdgas in gasförmigem Zustand“ Erdgas im Sinne des KN-Codes 2711 21 00;

4. „Mischungen“ Mischungen aus LNG-Mengen, die aus verschiedenen Ursprungsländern kommen;

5. „langfristiger Liefervertrag“ einen Vertrag über die Lieferung von Erdgas, mit Ausnahme von Erdgasderivaten, der eine Laufzeit von mehr als einem Jahr hat;

6. „kurzfristiger Liefervertrag“ einen Vertrag über die Lieferung von Erdgas, mit Ausnahme von Erdgasderivaten, der eine Laufzeit von höchstens einem Jahr hat;

7. „Binnenland“ ein Land, das vollständig von Land umgeben ist und keinen direkten Zugang zum Meer hat;

8. „Einfuhr“ die Überführung von Waren in den zollrechtlich freien Verkehr nach Artikel 201 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[8];

9. „Einführer“ ***die natürliche oder juristische Person, die in der betreffenden Zollanmeldung der Anmelder im Sinne des Artikels 5 Nummer 15 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 ist, oder andernfalls*** eine natürliche oder juristische Person, ***einschließlich verbundener Unternehmen, ▌von der Waren in das Zollgebiet der Union verbracht*** oder anderweitig auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht werden;

10. „verbundenes Unternehmen“ ein Unternehmen im Sinne des Artikels 2 Nummer 12 der Richtlinie 2013/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[9];

---

8 ***Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (Neufassung) (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1; ELI:*** http://data.europa.eu/eli/reg/2013/952/oj***)***.

9 ***Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19, ELI:*** http://data.europa.eu/eli/dir/2013/34/oj***)***.

11. „Zollbehörden“ Zollbehörden im Sinne des Artikels 5 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013;

12. „Genehmigungsbehörde“ die Behörde, die dazu befugt ist, die Genehmigungsanträge gemäß Artikel 5 Absatz 1 und Absatz 2 zu prüfen;

13. „zuständige Behörde“ eine zuständige Behörde im Sinne des Artikels 2 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates[10];

14. „Regulierungsbehörde“ eine Regulierungsbehörde, die gemäß Artikel 76 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2024/1788 des Europäischen Parlaments und des Rates[11] benannt worden ist;

15. „Kontrolle“ Kontrolle im Sinne des Artikels 2 Nummer 55 der Richtlinie (EU) 2024/1788;

[10] Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 (Abl. L 280 vom 28.10.2017, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/1938/oj).

[11] ***Richtlinie (EU) 2024/1788 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über gemeinsame Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbares Gas, Erdgas und Wasserstoff, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2023/1791 und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/73/EG (Neufassung) (ABl. L, 2024/1788, 15.7.2024; ELI:*** http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1788/oj***)***

16. „Kopplungspunkt“ einen Kopplungspunkt im Sinne des Artikels 2 Nummer 63 der Richtlinie (EU) 2024/1788;

17. „Verbindungsleitung“ eine Verbindungsleitung im Sinne des Artikels 2 Nummer 39 der Richtlinie (EU) 2024/1788;

18. „Einspeisepunkt“ einen Einspeisepunkt im Sinne des Artikels 2 Nummer 61 der Richtlinie (EU) 2024/1788;

19. „Lieferort“ den in einem Gasliefervertrag festgelegten physischen oder virtuellen Ort, an dem Erdgas von einem Verkäufer geliefert und von einem Käufer entgegengenommen werden soll;

20. „vertraglich vereinbarte Mengen“ die Mengen Erdgas, zu deren Kauf ***ein*** Käufer ▌ verpflichtet ist und zu deren Bereitstellung ***ein*** Verkäufer ▌ verpflichtet ist, wie im ***ursprünglichen*** Liefervertrag festgelegt, ***jedoch*** ohne die Mengen, die sich aus ***vertraglichen Bestimmungen ergeben, die eine Änderung gegenüber der Grundmenge vorsehen, etwa Aufrundungsmengen, Teilmengen und zusätzliche Mengen*** oder sonstige volumetrische Änderungen im Rahmen der vertraglichen Bestimmungen, ***außer bezahlte Ausgleichsmengen, die vor dem 17. Juni 2025 bezahlt wurden***;

21. „Aufrundungsmengen“ die Mengen Erdgas, die zu der vertraglich vereinbarten jährlichen Menge für ein bestimmtes Jahr hinzugefügt werden, damit die letzte Ladung auf eine ganze Ladung aufgerundet werden kann;

22. „Teilmengen“ die Mengen Erdgas, die auf folgende Vertragsjahre übertragen werden, wenn die während eines Jahres gelieferte Menge nach Änderungen größer oder kleiner ist als die vertraglich vereinbarte jährliche Menge; diese Mengen können sowohl positiv als auch negativ sein;

23. ***„zusätzliche Mengen“ die Mengen Erdgas, die auf Grundlage von Lieferverträgen und nach Ermessen einer Vertragspartei optional zu der vertraglich vereinbarten jährlichen Menge hinzugefügt werden;***

24. „***bezahlte*** Ausgleichsmengen“ die Mengen Erdgas, die ein Käufer ▌ gemäß einem langfristigen Liefervertrag berechtigt oder verpflichtet ist, in nachfolgenden Zeiträumen abzunehmen und zu bezahlen, im Einklang mit Mindestabnahmeverpflichtungen und als Ausgleich für Rückstände bei der Abnahme von Mengen, die vertraglich vereinbart, aber in früheren Zeiträumen nicht abgenommen wurden;

25. „Lieferplan“ den zwischen den Parteien eines Gasliefervertrags vereinbarten Zeitplan oder Plan, in dem die in festgelegten Zeitabständen von ***einem*** Verkäufer ▌ zu liefernden und von ***einem*** Käufer ▌ entgegenzunehmenden Gasmengen angegeben sind, einschließlich des Zeitpunkts, des Orts und der Lieferbedingungen, wie in einem Liefervertrag oder damit zusammenhängenden operativen Verfahren festgelegt;

26. „Nominierung“ eine Nominierung im Sinne des Artikels 2 Nummer 8 der Verordnung (EU) 2024/1789 des Europäischen Parlaments und des Rates[12];

27. „Öl“ Rohöl, Erdgaskondensate, Raffinerieeinsatzmaterial, Zusatzstoffe und Oxigenate sowie sonstige Kohlenwasserstoffe und Ölerzeugnisse, die unter die KN-Codes 2709 und 2710 fallen.

28. „Land der Erzeugung“ das Land, in dem das Erdgas gewonnen wird, unabhängig davon, ob das Erdgas in weiterer Folge in einem anderen Land verflüssigt oder regasifiziert wird. In Fällen, in denen Erdgas, das in anderen Ländern als der Russischen Föderation gewonnen wurde, in der Russischen Föderation verflüssigt oder regasifiziert wird, wird die Russische Föderation als Land der Erzeugung angesehen;

12 Verordnung (EU) 2024/1789 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Binnenmärkte für erneuerbares Gas, Erdgas sowie Wasserstoff, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1227/2011, (EU) 2017/1938, (EU) 2019/942 und (EU) 2022/869 sowie des Beschlusses (EU) 2017/684 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 (ABl. L, 2024/1789, 15.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1789/oj).

KAPITEL II

SCHRITTWEISES VERBOT DER EINFUHR VON ERDGAS AUS DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Artikel 3

Verbot der Einfuhr von Erdgas aus der Russischen Föderation

(1) Die Einfuhr von Erdgas in gasförmigem Zustand über Pipelines, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, wird ▌ verboten, es sei denn, eine der ***Ausnahmen nach Artikel 4*** findet Anwendung.

(2) Die Einfuhr von LNG***, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat, direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird oder aus Erdgas in gasförmigem Zustand stammt, das in der Russischen Föderation gewonnen wurde,*** wird ▌ verboten, es sei denn, eine der ***Ausnahmen nach Artikel 4*** findet Anwendung. ***Dieses Verbot gilt auch für LNG, das in Mischungen enthalten ist und seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird.***

Artikel 4

Übergangsphase für bestehende Lieferverträge

(1) ***Das Verbot nach Artikel 3 Absatz 1 gilt ab dem 17. Juni 2026, und das Verbot nach Artikel 3 Absatz 2 gilt ab dem 25. April 2026*** für Fälle, in denen ***gegenüber der Genehmigungsbehörde*** nachgewiesen werden kann, dass die ***jeweilige*** Einfuhr von Erdgas gemäß Artikel 3 im Rahmen eines vor dem 17. Juni 2025 geschlossenen und danach nicht geänderten kurzfristigen Liefervertrags erfolgt***, es sei denn, die Änderung fällt unter Absatz 4***.

▌

(2) Artikel 3 Absatz 2 gilt ab dem 1. Januar 2027 für Fälle, in denen gegenüber der Genehmigungsbehörde nachgewiesen werden kann, dass die Einfuhr von Erdgas gemäß Artikel 3 im Rahmen eines vor dem 17. Juni 2025 geschlossenen und danach nicht geänderten langfristigen Liefervertrags erfolgt, es sei denn, die Änderung fällt unter Absatz 4.

(3) ***Das Verbot nach Artikel 3 Absatz 1 gilt ab dem 30. September 2027 für Fälle, in denen gegenüber der Genehmigungsbehörde nachgewiesen werden kann, dass die Einfuhr von Erdgas gemäß Artikel 3 im Rahmen eines vor dem 17. Juni 2025 geschlossenen und danach nicht geänderten langfristigen Liefervertrags erfolgt, es sei denn, die Änderung fällt unter Absatz 4.***

Stellt die Kommission ein Risiko fest, dass das Befüllungsziel für 2027 für die unterirdischen Gasspeicheranlagen eines Mitgliedstaats nach Artikel 6a der Verordnung (EU) 2017/1938 möglicherweise nicht erreicht wird, wobei die Umstände für das Risiko, das Ziel zu verfehlen, zu berücksichtigen sind, so bestätigt sie dieses Risiko im Wege eines Durchführungsbeschlusses spätestens am 15. September 2027.

Wird ein Durchführungsbeschluss nach Unterabsatz 2 erlassen, so gilt das Verbot für bestehende Verträge nach Artikel 3 Absatz 1 erst ab dem 1. November 2027 in diesem Mitgliedstaat. Die Kommission informiert unverzüglich die Koordinierungsgruppe „Gas“, das Europäische Parlament und den Rat.

(4) Die Ausnahmen gemäß den Absätzen 1, 3 und 5 gelten auch für bestehende Lieferverträge mit folgenden Änderungen:

a) Senkung der vertraglich vereinbarten Mengen;

b) Senkung der Preise und Gebühren;

c) Änderung von Vertraulichkeitsklauseln;

d) Änderung der operativen Verfahren, wie z. B. Kommunikationsverfahren;

e) Änderungen der Anschriften der Vertragsparteien;

f) Übertragung vertraglicher Verpflichtungen zwischen verbundenen Unternehmen;

g) Änderungen, die aufgrund von Gerichts- oder Schiedsverfahren erforderlich sind; oder

h) für Binnenländer: Änderungen zwischen nationalen Lieferorten.

(***5)*** ***Das Verbot nach Artikel 3 gilt ab dem 30. September 2027 oder, sofern die Kommission eine Durchführungsbeschluss nach Absatz 3 Unterabsatz 2 erlassen hat, ab dem 1. November 2027, wenn gegenüber der Genehmigungsbehörde nachgewiesen werden kann,***

a) dass ***Erdgaseinfuhren nach Artikel 3*** im Rahmen eines kurzfristigen Liefervertrags mit Lieferung an ▌ ein Binnenland erfolgen***, der notwendig ist, um den langfristigen Liefervertrag gemäß Buchstabe b zu erfüllen***, und

b) dass ein langfristiger Liefervertrag mit Lieferung ▌ ***an ein*** Binnenland für die Einfuhr von Erdgas in gasförmigem Zustand ▌ über Pipelines besteht, ***wobei***

i) der Vertrag vor dem 17. Juni 2025 geschlossen und danach nicht geändert wurde, es sei denn, die Änderung fällt unter Absatz 4;

ii) und der Vertrag Lieferungen von Gas betrifft, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, und

iii) für den Vertrag die Lieferung am ursprünglichen Lieferort an einer EU-Grenze zu einem Drittland nicht mehr durchgeführt werden kann.

(6) Die Genehmigungsbehörde oder die Zollbehörde – sofern sie nicht identisch sind – stellen der Kommission relevante Informationen bereit, sodass es dieser möglich ist, zu überwachen, ob die spezifischen Bedingungen nach den Absätzen 1, 3, 4 und 5 weiterhin erfüllt sind. Dabei überwacht die Kommission insbesondere, ob diese Bestimmung nicht zu Zwecken der Umgehung genutzt wird.

▌

(7) Die gemäß den Absätzen 1**,** ***2 und 3*** getätigten Einfuhren dürfen die vertraglich vereinbarten Mengen nicht übersteigen.

▌

KAPITEL III

GENEHMIGUNG, ÜBERMITTLUNG UND AUSTAUSCH RELEVANTER INFORMATIONEN

Artikel 5

Genehmigung und Übermittlung relevanter Informationen ▌

▌

(1) ***Wird eine Ausnahme nach Artikel 4 für Einfuhren von Erdgas beantragt, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, so ist für diese Einfuhren eine vorherige Genehmigung erforderlich. Den Genehmigungsbehörden sind alle Informationen vorzulegen, die nötig sind,*** um zu beurteilen, ob die Bedingungen ***nach Artikel 4*** erfüllt sind.

(2) ***Diese*** ▌ Informationen müssen mindestens Folgendes umfassen:

a) das Datum des Abschlusses des Gasliefervertrags;

b) die Laufzeit des Gasliefervertrags;

c) die vertraglich vereinbarten ***Mengen***, einschließlich aller Flexibilitätsrechte zur Abweichung nach oben oder unten;

d) die Identität der Parteien des Gasliefervertrags, einschließlich – bei in der EU registrierten Parteien – der Registrierungs- und Identifizierungsnummer für Wirtschaftsbeteiligte (EORI-Nummer);

▌

e) bei LNG-Mischungen Unterlagen, die die jeweiligen Mengen an russischem und nichtrussischem Gas in der Mischung nachweisen und in denen das Mischverfahren dargelegt ist;

f) bei LNG-Einfuhren ***den Ort der Verflüssigung und*** den Erstverladehafen;

g) die Lieferorte, einschließlich möglicher Flexibilitätsregelungen in Bezug auf den Lieferort, ***und***

h) jede Änderung des Gasliefervertrags unter Angabe des Inhalts und des Datums der Änderung, mit Ausnahme von Änderungen, die sich ausschließlich auf den Gaspreis beziehen.

Wird eine Ausnahme nach Artikel 4 beantragt und wurde der Gaspreis am 17. Juni 2025 oder später geändert, so sind Informationen über die Preisänderung vorzulegen.

Die erforderlichen Informationen sind der Genehmigungsbehörde spätestens einen Monat vor dem Eingang in das Zollgebiet der Union zu übermitteln. Dieselbe Frist gilt für Gas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird.

(3) ***Für Erdgaseinfuhren, bei denen das Land der Erzeugung nicht die Russische Föderation ist, ist eine vorherige Genehmigung erforderlich, es sei denn, diese Einfuhren fallen unter Absatz 5. Den Genehmigungsbehörden in dem Mitgliedstaat, in dem das Gas zum zollrechtlich freien Verkehr überlassen werden soll, sind spätestens fünf Arbeitstage vor dem Eingang in das Zollgebiet Nachweise vorzulegen, aus denen das Land der Erzeugung dieses Erdgases hervorgeht.***

(4) Eine vorherige Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn Gas aus einem Land eingeführt wird, das Gas erzeugt und im Jahr 2024 mehr als 5 Mrd. m³ Erdgas in die Union ausgeführt hat und entweder die Einfuhr von russischem Gas verboten hat oder andere restriktive Maßnahmen in Bezug auf russisches Gas anwendet oder über keine Gasinfrastruktur verfügt, die die Einfuhr von LNG oder Pipeline-Gas ermöglicht. Spätestens fünf Arbeitstage nach Inkrafttreten dieser Verordnung erstellt die Kommission im Wege eines Durchführungsbeschlusses eine Liste dieser Länder. Die Kommission überwacht, ob die Kriterien für eine Ausnahme von der vorherigen Genehmigung weiterhin erfüllt sind und aktualisiert die Liste entsprechend unverzüglich auf der Grundlage der Informationen, die von den Genehmigungsbehörden oder den Zollbehörden (wenn diese nicht identisch sind) sowie von Einrichtungen der Union nach Artikel 7 Absatz 2 bereitgestellt werden. Die Kommission kann im Wege eines Durchführungsbeschlusses die Ausnahme von der vorherigen Genehmigung widerrufen, wenn von Genehmigungsbehörden oder Zollbehörden (wenn diese nicht identisch sind) ein oder mehrere Fälle von Umgehung der Verbote nach Artikel 3 durch Ausführer aus einem Land, für das die Ausnahme gilt, festgestellt werden, oder wenn die Kommission Grund zu der Annahme hat, dass Behörden aus ausführenden Ländern nicht angemessen gegen Umgehungspraktiken vorgehen.

Der Bericht nach Artikel 13 enthält eine Bewertung der Wirksamkeit des Verfahrens zur vorherigen Genehmigung nach Artikel 5 Absatz 2.

(5) ***Genehmigungsbehörden***, Zollbehörden***, wenn diese nicht identisch sind,*** oder andere an der Überwachung nach den Artikeln 6 und 7 beteiligte Behörden können detailliertere Informationen ▌ anfordern, wenn ***diese*** Informationen ***für erforderlich erachtet werden***, um beurteilen zu können, ob die Bedingungen der Artikel 3 und 4 erfüllt sind. ***Sie können sich auch auf Informationen aus anderen Quellen stützen.*** Die ***Genehmigungsbehörden*** können ▌ insbesondere die Vorlage des vollständigen Wortlauts bestimmter Klauseln des Gasliefervertrags oder des ***gesamten Wortlauts*** des Gasliefervertrags, ausgenommen Preisinformationen, verlangen, insbesondere, wenn bestimmte Vertragsbestimmungen miteinander verknüpft sind oder die vollständige Kenntnis der Formulierung der Vertragsbestimmungen für ***diese*** Beurteilung von entscheidender Bedeutung ist. ***Sind die vorgelegten Informationen nicht schlüssig***, können ***die Zollbehörden*** die Überlassung der Waren zum zollrechtlich freien Verkehr verweigern. ***Die Kommission veröffentlicht in enger Zusammenarbeit mit den Genehmigungsbehörden oder den Zollbehörden, wenn diese nicht identisch sind, Leitlinien zu weiteren Einzelheiten in Bezug auf das Verfahren der vorherigen Genehmigung und die geeigneten Arten von Dokumenten und Nachweisen, die vorzulegen sind.***

(6) ***Die Genehmigungsbehörden oder, sofern zutreffend, die Zollbehörden, prüfen gegebenenfalls die vorgelegten Nachweise, aus denen das Land der Erzeugung hervorgeht, indem sie weitere Informationen verlangen, die unter anderem Unterlagen für die vorgelagerte Lieferung und die Satellitenverfolgung von LNG-Ladungen oder Tracking-Informationen der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs umfassen können.***

(7) Bei Erdgas, das über ***Grenzen oder Verbindungsleitungen oder*** Kopplungspunkte ***zwischen der Union und der Russischen Föderation oder Belarus oder über Pipelines, die die Russische Föderation mit der Union verbinden und durch Drittländer verlaufen, wobei sie zwischen der Russischen Föderation und der Union keine Einspeisepunkte aufweisen,*** in die Union ***eingeführt werden soll***, wird davon ausgegangen, dass es direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird ▌ .

▌

(8) ***Bei Erdgas, das über Strandzha 1 in die Union eingeführt werden soll, wird davon ausgegangen, dass es direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, es sei denn, eindeutige Nachweise können den Genehmigungsbehörden spätestens sieben Arbeitstage vor Eingang in das Zollgebiet vorgelegt werden, aus denen hervorgeht, dass das Land der Erzeugung nicht die Russische Föderation ist.***

(9) ***In Fällen, in denen Änderungen in Bezug auf die Gasinfrastruktur oder die Handelsströme zu einer Situation führen, in der andere Kopplungspunkte die Union mit Systemen verbinden, durch die erhebliche Mengen an russischem Gas befördert wird, stellt die Kommission diese Koppelungspunkte im Wege eines Durchführungsbeschlusses der Kommission fest. In diesem Fall beträgt die Frist zur Vorlage eindeutiger Nachweise für das Land der Erzeugung sieben Arbeitstage.***

(10) ***Wird Erdgas im Rahmen des Versandverfahrens gemäß dem Zollkodex der Union durch die EU von Drittland zu Drittland befördert, einschließlich zum Zweck der Speicherung entsprechend der Zolllagerregelung, sind die Genehmigungsbehörden und die Zollbehörden (wenn diese nicht identisch sind) spätestens fünf Arbeitstage vor dem geplanten Versand über Folgendes zu informieren:***

a) ***das Land der Erzeugung des Erdgases, das versandt wird, es sei denn, diese Informationen liegen nicht vor;***

b) den geplanten und den tatsächlichen Zeitplan für die Nominierung unter Angabe der Menge, des Zeitfensters und der Ein- und Ausspeisepunkte des Gases im Versand, mit täglicher Granularität wo anwendbar;

c) die Mengen und Lieferorte in den Gasliefervertrögen; und

d) gegebenenfalls den Vertrag zwischen dem Verkäufer, dem Käufer beziehungsweise jedem zwischengeschalteten Unternehmen und den einschlägigen Fernleitungsnetzbetreibern in der Union.

Die Genehmigungsbehörden überprüfen, ob die Daten übereinstimmen und leiten die erhaltenen Informationen unverzüglich an die Zollbehörden weiter, wenn sie nicht identisch sind.

(11) ***Sofern Betreiber russisches Gas im Rahmen eines Versandverfahrens, einer vorübergehenden Verwahrung oder eines Zolllagerverfahrens nach dem Zollkodex der Union auf dem Hoheitsgebiet der Union lagern, müssen die Mitgliedstaaten über die entsprechenden Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen verfügen, um zu gewährleisten, dass die Nutzung von Speicheranlagen in der Union durch Drittländer kein Risiko für die nationale oder regionale Versorgungssicherheit und die Erfüllung der Speicherverpflichtungen nach den Artikeln 6a bis 6d der Verordnung (EU) 2017/1938 darstellt und der Kommission relevante Informationen bereitstellen. Die Kommission nimmt Informationen über mögliche Probleme bei der Versorgungssicherheit im Zusammenhang mit russischem Gas in den Speichern der Union in ihren Jahresbericht nach Artikel 11 Absatz 3 auf.***

Artikel 6

Wirksame Überwachung ***und Berichterstattung***

Die Zollbehörden und gegebenenfalls die zuständigen Behörden und Regulierungsbehörden***, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA)*** sowie die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) stellen – erforderlichenfalls unter umfassender Nutzung ihrer Durchsetzungsbefugnisse – eine wirksame Überwachung der Bestimmungen des Kapitels II sicher und arbeiten eng mit ***anderen*** einschlägigen nationalen Behörden, den Behörden anderer Mitgliedstaaten***, den Behörden der Union*** und der Kommission zusammen. ***Die Genehmigungsbehörden und, sofern zutreffend, die Zollbehörden, prüfen gegebenenfalls die vorgelegten Nachweise, aus denen das Land der Erzeugung hervorgeht, indem sie weitere Informationen verlangen, die unter anderem Unterlagen für die vorgelagerte Lieferung und die Satellitenverfolgung von LNG-Ladungen oder Tracking-Informationen der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs umfassen können.***

Bei der Ausübung ihrer Befugnisse richten die Genehmigungsbehörden und die Zollbehörden besonderes Augenmerk auf die Durchsetzung an Kopplungspunkten, LNG-Anlagen oder Durchleitungspipelines, an denen das Risiko einer Umgehung hoch ist, beispielsweise in Fällen, in denen Einfuhren aus Drittstaaten ankommen, die auch mit russischem Gas handeln oder Gas aus Erzeugungsanlagen ausführen, die teilweise im Eigentum von Unternehmen aus der Russischen Föderation stehen. Die Behörden nutzen den Mechanismus zur Zusammenarbeit nach Artikel 7 der vorliegenden Verordnung und passen ihre Prioritäten bei der Durchsetzung erforderlichenfalls an, um potenzielle Umgehungspraktiken, die im Zuge der Durchführung dieser Verordnung festgestellt werden, anzugehen. Die Kommission überwacht in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die Gesamtmengen an durch Drittländer eingeführtem Erdgas, um potenzielle Risiken einer Umgehung der Artikel 3 und 4 zu bewerten.

Artikel 7

Zusammenarbeit und Informationsaustausch

(1) ***Die Genehmigungsbehörde ist die Zollbehörde, es sei denn, der Mitgliedstaat benennt zu diesem Zweck eine andere Behörde. Wenn die Mitgliedstaaten eine andere Behörde als die Zollbehörde als Genehmigungsbehörde benennen, teilen sie dies der Kommission mit.***

(2) ***Soweit möglich und im Rahmen der jeweiligen Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse arbeiten die Genehmigungsbehörden*** mit den Regulierungsbehörden, den zuständigen Behörden ***und gegebenenfalls mit den Zollbehörden sowie mit dem OLAF, der EUStA,*** der ACER und der Kommission zusammen und tauschen die erhaltenen Informationen ***über Erdgaseinfuhren*** ▌ mit ihnen aus, um eine wirksame Bewertung zu gewährleisten, ob die in den Artikeln 3 ***und 4*** dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erfüllt sind. ***Sie tauschen insbesondere Informationen in Bezug auf potenzielle Umgehungspraktiken aus, die im Zuge der Durchführung dieser Verordnung festgestellt werden.***

(3) ***Die Genehmigungsbehörden oder gegebenenfalls die Zollbehörden unterrichten die Regulierungsbehörden, die zuständigen Behörden, die ACER und die Kommission monatlich über wesentliche Elemente im Zusammenhang mit der Entwicklung der Einfuhren von Erdgas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, zum Beispiel Mengen, die im Rahmen von lang- oder kurzfristigen Verträgen eingeführt wurden, Einspeisepunkte und Vertragspartner. Diese Unterrichtung umfasst zudem die wesentlichen Entwicklungen in Bezug auf russisches Gas, das im Rahmen eines in Artikel 5 Absatz 10 genannten Versandverfahrens in die Union gelangt.***

(4) ***Die Genehmigungsbehörden und gegebenenfalls die Zollbehörden verschiedener Mitgliedstaaten tauschen erforderlichenfalls die von ihnen erhaltenen Informationen über Erdgaseinfuhren aus und arbeiten zusammen, um eine wirksame Durchsetzung sicherzustellen und eine Umgehung der Vorschriften zu verhindern. Sie nutzen bestehende Instrumente und Datenbanken, die einen wirksamen Austausch einschlägiger Informationen zwischen nationalen Behörden in ihrem Mitgliedstaat und Behörden in anderen Mitgliedstaaten ermöglichen, oder sie richten diese Instrumente erforderlichenfalls ein. Der Bericht nach Artikel 13 beinhaltet auch eine Evaluierung der Wirksamkeit des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit zwischen den relevanten Behörden nach den Absätzen 2 und 4 des vorliegenden Artikels und nach Artikel 6 und enthält, sofern angebracht, Empfehlungen für deren Verbesserung.***

(5) Bis zum ***1. Juli*** 2026 und bis zum ***1. Juli*** 2027 veröffentlicht die ACER auf der Grundlage der im Rahmen dieser Verordnung eingegangenen Daten und eigener Informationen einen Bericht, der einen Überblick über die Verträge ***für die*** Lieferung von Erdgas***, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird,*** sowie eine Bewertung der Auswirkungen der Diversifizierung auf die Energiemärkte enthält. ***Falls relevant, muss dieser Bericht auch Daten über russisches Gas enthalten, das im Rahmen eines in Artikel 5 Absatz 10 genannten Versandverfahrens in die Union gelangt.***

(6) Die Kommission und die ACER tauschen ***gegebenenfalls*** ihnen vorliegende einschlägige Informationen ***über Verträge für die Einfuhr von Erdgas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, mit den Genehmigungsbehörden und gegebenenfalls*** mit den Zollbehörden aus, um die Durchsetzung dieser Verordnung zu erleichtern.

(7) ***Sofern für die Erfüllung der Verpflichtung nach Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes relevant, gilt die Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates[13] mutatis mutandis.***

Artikel 8

Sanktionen

(1) ***Die Mitgliedstaaten sehen wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen bei Nichteinhaltung der Bestimmungen nach den Artikeln 3, 4 oder 5 der vorliegenden Verordnung vor.***

---

[13] ***Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates vom 13. März 1997 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung (ABl. L 082 vom 22.3.1997, S. 1; ELI:*** http://data.europa.eu/eli/reg/1997/515/oj***)***.

(2) Das Höchstmaß der Sanktionen für juristische Personen beträgt mindestens

- *3,5% des gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs des Unternehmens oder*
- *40 Mio. EUR, oder*
- *300 % des geschätzten Transaktionsumsatzes, berechnet auf der Grundlage der entsprechenden Erdgasmengen und der „Day-Ahead"-Vertragspreise auf dem TTF-Markt.*

In Bezug auf natürliche Personen beträgt das Höchstmaß der Sanktionen mindestens 2,5 Mio. EUR.

(3) Sieht die Rechtsordnung eines Mitgliedstaats keine Befugnis für zuständige Behörden vor, unabhängig Geldbußen zu verhängen, so kann dieser Artikel so angewandt werden, dass das Sanktionsverfahren von der zuständigen Behörde eingeleitet und von den zuständigen nationalen Gerichten durchgesetzt wird, wobei sicherzustellen ist, dass die entsprechenden Verfahren wirksam sind und die gleiche Wirkung wie von zuständigen Behörden verhängte Geldbußen haben. In jedem Fall müssen die verhängten Sanktionen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

(4) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung über die geltenden einzelstaatlichen Vorschriften, wie nach diesem Artikel vorgesehen, und teilen der Kommission außerdem jede spätere Änderung, die diese Vorschriften betrifft, unverzüglich mit.

KAPITEL IV
NATIONALE DIVERSIFIZIERUNGSPLÄNE

Artikel 9
Nationale Diversifizierungspläne für Erdgas

(1) ***Jeder Mitgliedstaat*** erstellt einen Diversifizierungsplan, in dem er die Maßnahmen, Etappenziele und potenziellen Hindernisse für die Diversifizierung seiner Gaslieferungen beschreibt, um alle Einfuhren von Erdgas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, innerhalb der Frist für das vollständige Verbot von Einfuhren ***aus der Russischen Föderation nach den Artikeln 3 und 4*** einzustellen.

(2) Der nationale Diversifizierungsplan für Erdgas muss ***alle der folgenden Punkte beinhalten***:

a) verfügbare Angaben über die Einfuhrmengen von Erdgas im Rahmen bestehender Lieferverträge, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation in den Mitgliedstaat ausgeführt wird ;

b) eine klare Beschreibung der bestehenden ***Unterstützungsmaßnahmen*** sowie der auf nationaler Ebene geplanten ***Unterstützungsmaßnahmen***, mit denen Erdgas ersetzt werden soll, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, einschließlich der dadurch voraussichtlich wegfallenden Mengen, der Etappenziele und ***eines*** Zeitplans für die Umsetzung sowie, ***sofern*** verfügbar, der vorgesehenen Optionen für alternative Lieferungen und Versorgungswege. Diese Maßnahmen können ▌die Nutzung der Plattform „AggregateEU“ nach ***Artikel 42 der Verordnung (EU) 2024/1789***, Unterstützungsmaßnahmen für Diversifizierungsbemühungen von Energieunternehmen, die Zusammenarbeit in regionalen Gruppen wie der hochrangigen Gruppe für Energieverbindungsleitungen in Mittel- und Südosteuropa (CESEC), das Aufzeigen von Alternativen zu Erdgaseinfuhren durch Elektrifizierung, ***Energieautarkie,*** Energieeffizienzmaßnahmen, die Förderung der Erzeugung von Biogas, Biomethan und sauberem Wasserstoff, den Einsatz erneuerbarer Energien, freiwillige Maßnahmen zur Nachfragesenkung ***oder Möglichkeiten anderer Mitgliedstaaten zur Erleichterung der Diversifizierung der Versorgung*** umfassen;

c) ***die*** Ermittlung potenzieller technischer, vertraglicher oder regulatorischer Hindernisse für die Ersetzung von Erdgas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, sowie Optionen zur Überwindung dieser Hindernisse.

(3) Die Mitgliedstaaten ***legen*** der Kommission bis zum 1. März 2026 ihre nationalen Diversifizierungspläne unter Verwendung des Musters in Anhang I ***vor***.

(4) Die Kommission erleichtert die Ausarbeitung und Umsetzung der nationalen Diversifizierungspläne für Erdgas***, soweit angezeigt, unter anderem indem sie bewährte Verfahren und technische Unterstützung bereitstellt***. ***Während der Übergangsphase für bestehende Lieferverträge gemäß Artikel 4 stimmt sich die Kommission mit den Mitgliedstaaten bei ihren Diversifizierungsbemühungen ab, um alternative Bezugsquellen zu ermitteln. Neue Lieferungen könnten auch die entgangenen Einnahmen ausgleichen, indem bestehende Infrastruktur, die zuvor für die Durchleitung von russischem Gas genutzt wurde, eingesetzt wird.*** Die Mitgliedstaaten erstatten der mit Artikel 4 der Verordnung (EU) 2017/1938 eingesetzten Koordinierungsgruppe „Gas“ regelmäßig Bericht über die bei der Ausarbeitung, Annahme und Durchführung dieser Pläne erzielten Fortschritte. Auf der Grundlage der nationalen Diversifizierungspläne bewertet die Kommission die Umsetzung der ***Einstellung der Einfuhr von Gas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird,*** und erstattet der Koordinierungsgruppe „Gas“ gemäß Artikel 11 der vorliegenden Verordnung Bericht.

Artikel 10

Nationale Diversifizierungspläne für Öl ***(Rohöl und/oder Erdölerzeugnisse)***

(1) ***Ein Mitgliedstaat, der Einfuhren von Öl erhält,*** das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, erstellt einen Diversifizierungsplan, in dem er Maßnahmen, Etappenziele und potenzielle Hindernisse für die Diversifizierung seiner Ölversorgung beschreibt, um die Einfuhren von Öl, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, bis ***Ende 2027*** einzustellen.

(2) ***Ein*** nationaler Diversifizierungsplan für Öl muss ***alle der folgenden Punkte beinhalten:***

a) verfügbare Angaben über die Menge der direkten oder indirekten Öleinfuhren aus ***der Russischen Föderation*** im Rahmen bestehender Lieferverträge;

b) auf nationaler Ebene geplante Maßnahmen für die Ersetzung von Öl, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, einschließlich der dadurch voraussichtlich wegfallenden Mengen, der Etappenziele und ***eines*** Zeitplans für die Umsetzung sowie Optionen für alternative Lieferungen***,*** Versorgungsrouten ***und Energiequellen sowie Möglichkeiten anderer Mitgliedstaaten zur Erleichterung der Diversifizierung der Versorgung***;

c) auf nationaler Ebene bestehende und geplante Maßnahmen zur Gewährleistung von Transparenz und Rückverfolgbarkeit von Öl, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, einschließlich, soweit möglich, Maßnahmen zur Überprüfung von Einfuhren, die möglicherweise neu gekennzeichnet wurden;

d) mögliche Verbote auf nationaler Ebene für Importe von Öl, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird;

e) mögliche technische***, vertragliche*** oder regulatorische Hindernisse für die Ersetzung von Öl, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, und Optionen zur Überwindung dieser Hindernisse.

(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission bis zum 1. März 2026 ihre nationalen Diversifizierungspläne ▌ unter Verwendung des Musters in Anhang II. ***Die Kommission veröffentlicht spätestens einen Monat nach Vorlage der Pläne eine nicht vertrauliche Fassung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Pläne.***

(4) Die Kommission erleichtert die Ausarbeitung und Umsetzung der nationalen Diversifizierungspläne für Erdgas***, soweit angezeigt, unter anderem indem sie bewährte Verfahren und technische Unterstützung bereitstellt***. ***Die Kommission unterstützt die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der nationalen Diversifizierungspläne. Die Kommission schätzt die Folgen einer möglichen beschleunigten Beendigung von Öleinfuhren für die von einem vollständigen Wegfall russischer Öllieferungen am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten ab. Sie arbeitet aktiv mit den direkt betroffenen sowie mit anderen relevanten Mitgliedstaaten zusammen, um Lösungen im Sinne der Minimierung möglicher in der Abschätzung festgestellter Risiken zu finden.*** Die Mitgliedstaaten erstatten der mit Artikel 17 der Richtlinie 2009/119/EG des Rates[14] eingesetzten Koordinierungsgruppe für Erdöl und Erdölerzeugnisse regelmäßig Bericht über die bei der Ausarbeitung, Annahme und Durchführung dieser nationalen Diversifizierungspläne erzielten Fortschritte.

[14] Richtlinie 2009/119/EG des Rates vom 14. September 2009 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten (ABl. L 265 vom 9.10.2009, S. 9, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/119/oj).

(5) Wird im nationalen Diversifizierungsplan für Öl ein Risiko festgestellt, dass die Einstellung der Einfuhr von ***Öl, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, bis Ende 2027 möglicherweise*** nicht erreicht wird, kann die Kommission ***nach Prüfung des nationalen Diversifizierungsplans und innerhalb von drei Monaten nach Vorlage des nationalen Diversifizierungsplans*** eine Empfehlung an den ***betreffenden*** Mitgliedstaat darüber abgeben, wie die ***Einstellung*** rechtzeitig erreicht werden kann. ***Die Kommission veröffentlicht die Empfehlungen spätestens drei Monate nach Vorlage des Diversifizierungsplans.*** Im Anschluss an diese Empfehlung aktualisiert der Mitgliedstaat seinen Diversifizierungsplan innerhalb von drei Monaten unter Berücksichtigung der Empfehlung der Kommission.

KAPITEL V
ÜBERWACHUNG DER GASVERSORGUNGSSICHERHEIT

Artikel 11
Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938

Die Verordnung (EU) 2017/1938 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 2 werden folgende Nummern ***33*** und ***34*** angefügt:

„33. ‚Abnahmeverpflichtungsklausel' (Take-or-Pay-Klausel) bezeichnet eine vertragliche Bestimmung, wonach der Käufer verpflichtet ist, innerhalb eines bestimmten Zeitraums entweder die gelieferte Menge abzunehmen oder alternativ eine bestimmte Mindestmenge Gas zu bezahlen, unabhängig davon, ob das Gas tatsächlich entgegengenommen wird;

34. ‚Lieferverpflichtungsklausel' (Deliver-or-Pay-Klausel) bezeichnet eine vertragliche Bestimmung, wonach der Verkäufer verpflichtet ist, im Falle der Nichtlieferung von Gas eine Vertragsstrafe zu zahlen."

2. Artikel 14 Absatz 6 wird wie folgt geändert:

a) In Unterabsatz 1 wird folgender Buchstabe c angefügt:

„c) der Kommission und ***den betreffenden zuständigen Behörden*** die folgenden Informationen über Lieferverträge für Erdgas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird:

i) die in ***Artikel 7 Absatz 1*** der Verordnung (EU) …/… ***** [+] genannten Informationen;

ii) Angaben zu den zu liefernden und abzunehmenden Mengen, einschließlich möglicher Flexibilitätsregelungen im Rahmen von Abnahmeverpflichtungsklauseln oder Lieferverpflichtungsklauseln;

iii) Lieferpläne (LNG) oder Nominierungen (Pipeline-Gas);

iv) mögliche vertragliche Flexibilitätsregelungen in Bezug auf die vertraglich vereinbarten jährlichen Mengen, einschließlich Ausgleichsmengen;

[+] ABl.: Bitte in den Text die Nummer der vorliegenden Verordnung einfügen und die entsprechende Fußnote vervollständigen.

v) Bedingungen für die Aussetzung oder Beendigung von Gaslieferungen, einschließlich Bestimmungen über höhere Gewalt;

vi) Informationen darüber, welches Recht für den Vertrag maßgebend ist, und das gewählte Schiedsverfahren;

vii) zentrale Elemente anderer kommerzieller Vereinbarungen, die für die Durchführung des Gasliefervertrags relevant sind, mit Ausnahme von Preisinformationen.

*****Verordnung (EU) …/… des Europäischen Parlaments und des Rates vom … zur Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas und zur Vorbereitung der Einstellung von Einfuhren von Öl, zur Verbesserung der Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938 (ABl. …, ELI: …).“

b) Folgender ***Unterabsatz*** wird angefügt:

„Die unter Buchstabe c genannten Informationen werden ***spätestens vier Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung (EU) …./….***[+] ***und*** für jeden Vertrag in einem disaggregierten Format bereitgestellt, einschließlich der ▌ relevanten Textteile ***im vollständigen Wortlaut***, mit Ausnahme von Preisinformationen, ***insbesondere*** wenn die vollständige Kenntnis der Formulierung der Vertragsbestimmungen für die ***Bewertung der Gasversorgungssicherheit*** von entscheidender Bedeutung ist oder wenn bestimmte Vertragsbestimmungen miteinander verknüpft sind.

[+] ABl.: Bitte im Text die Nummer der vorliegenden Verordnung einfügen.

Die Anbieter von LNG-Terminal-Dienstleistungen stellen der Kommission Informationen über Dienstleistungen bereit, die Kunden aus der Russischen Föderation oder von Unternehmen aus der Russischen Föderation kontrollierte Kunden buchen, einschließlich der vertraglich vereinbarten Dienstleistungen, der betroffenen Mengen und der Vertragslaufzeit.“

3. Artikel 17 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Kommission überwacht fortlaufend die Exposition des Energiesystems der Union gegenüber ▌ Lieferungen***, auch über Drittländer, von Gas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird,*** insbesondere auf der Grundlage von Informationen, die ***der Kommission und den*** zuständigen Behörden gemäß Artikel 14 Absatz 6 Buchstabe c übermittelt werden.

Die Kommission bewertet die Umsetzung der ***Einstellung der Einfuhren von Gas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, gemäß der Verordnung (EU)…/…**** auf nationaler, regionaler und Unionsebene auf der Grundlage der nationalen Diversifizierungspläne nach Artikel 9 der genannten Verordnung. Diese Bewertung wird der Koordinierungsgruppe ‚Gas‘ gemeldet.

Auf der Grundlage der ▌ Bewertung gemäß Absatz 3 veröffentlicht die Kommission einen Jahresbericht mit einem umfassenden Überblick über die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung ihrer nationalen Diversifizierungspläne.

Soweit relevant, ***kann die Kommission innerhalb von drei Monaten ab der Übermittlung eines Diversifizierungsplans eine Empfehlung abgeben,*** in der mögliche Aktionen und Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Diversifizierung der ***Gasversorgung*** und einem fristgemäßen ***Ausstieg aus Gas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird,*** aufgezeigt werden.

Die betreffenden Mitgliedstaaten aktualisieren ihren nationalen Diversifizierungsplan innerhalb von drei Monaten unter Berücksichtigung der Empfehlung der Kommission.

***** Verordnung (EU) …/… des Europäischen Parlaments und des Rates vom … zur Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas und zur Vorbereitung der Einstellung von Einfuhren von Öl, zur Verbesserung der Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938 (ABl. …, ELI: …).“

KAPITEL VI
SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 12
Berufsgeheimnis

(1) Vertrauliche Informationen, die ***nach*** dieser Verordnung empfangen, ausgetauscht oder übermittelt werden, unterliegen den in diesem Artikel festgelegten Bestimmungen zum Berufsgeheimnis.

(2) Zur Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichtet sind alle Personen, die für Behörden, die an der Durchführung dieser Verordnung beteiligt sind, arbeiten oder gearbeitet haben, ***und*** alle natürlichen oder juristischen Personen, an die die relevanten Behörden ***ihre*** Befugnisse delegiert haben, einschließlich der von ***diesen*** Behörden unter Vertrag genommenen Prüfer und Sachverständigen.

(3) Unter das Berufsgeheimnis fallende Informationen dürfen keiner anderen Person oder Behörde gegenüber offengelegt werden, es sei denn, dies geschieht aufgrund von Unionsrecht oder nationalem Recht.

(4) Alle im Rahmen dieser Verordnung zwischen den relevanten Behörden ***oder Mitgliedstaaten*** ausgetauschten Informationen, die ***Geschäfts- oder Betriebsbedingungen oder*** andere wirtschaftliche oder persönliche Angelegenheiten betreffen, sind als vertraulich zu betrachten und unterliegen dem Berufsgeheimnis, es sein denn, die ***relevante Behörde*** erklärt zum Zeitpunkt der Übermittlung, dass die Weitergabe der Informationen zulässig ist ***oder die Informationen gemäß Unionsrecht oder nationalem Recht erforderlich sind***, oder die Weitergabe ist für Gerichtsverfahren erforderlich.

Artikel 13

Überwachung ▌

Die Kommission überwacht fortlaufend die Entwicklung des Energiemarkts der Union, insbesondere im Hinblick auf potenzielle Abhängigkeiten bei der Gasversorgung oder andere Risiken für die ***Energieversorgungssicherheit*** im Zusammenhang mit Energieeinfuhren aus der Russischen Föderation. ***Bis zum [zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Durchführung dieser Verordnung vor.***

Im Falle plötzlicher und bedeutender Entwicklungen, die die Energieversorgungssicherheit eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ernsthaft gefährden ***und nachdem ein Notfall nach den Artikeln 11 und 12 der Verordnung (EU) 2017/1938 ausgerufen worden ist, kann die Kommission die Anwendung des Kapitels II der vorliegenden Verordnung in einem oder mehreren Mitgliedstaaten vorübergehend ganz oder teilweise aussetzen. In einem solchen Fall kann die Kommission auch das Erfordernis einer vorherigen Genehmigung gemäß Artikel 5 Absatz 2 aussetzen. Der Beschluss der Kommission enthält bestimmte Bedingungen,*** *insbesondere um sicherzustellen, dass eine Aussetzung strikt auf die Abwehr der Bedrohung beschränkt ist.* ***Die Aussetzung wird auf eine Dauer begrenzt, die unbedingt erforderlich ist, um die Zeit zu überbrücken, bis es in ausreichendem Maße Lieferungen aus anderen Ländern als der Russischen Föderation gibt, um den Bedarf der Union zu decken. Sie wird nicht länger gewährt als für vier Wochen und nur dann verlängert, wenn die Bedingungen des Notfalls nach Artikel 11 der Verordnung 2017/1938 weiterhin zutreffen. Ausschließlich kurzfristige Verträge sind im Rahmen einer vorübergehenden Aussetzung nach dem vorliegenden Absatz zulässig. Die Kommission informiert die Mitgliedstaaten und die Koordinierungsgruppe „Gas“ über etwaige Aussetzungen und legt dem Parlament und dem Rat einen Bericht mit der Begründung der Aussetzung und etwaiger Verlängerungen vor. Die Kommission legt den Bericht dem Parlament vor, wenn sie darum ersucht wird.***

Artikel 14

Inkrafttreten und Anwendung

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 3 gilt ab dem [sechs Wochen nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung], sofern nach Artikel 4 nicht anders festgelegt.

Artikel 5 gilt ab dem [sechs Wochen minus ein Monat nach Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung].

Diese Verordnung lässt die Anwendung des in der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates[15] festgelegten Verbots in Bezug auf LNG unberührt, das unabhängig von den Bestimmungen der vorliegenden Verordnung gilt und eingehalten wird.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu **…** am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments	***Im Namen des Rates***
Die Präsidentin	Der Präsident/Die Präsidentin

15 ***Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren (ABl. L 229 vom 31.7.2014, S. 1; ELI:*** http://data.europa.eu/eli/reg/2014/833/oj***).***

ANHANG I

Muster für nationale Diversifizierungspläne für Erdgas

Dieses Muster ist für nationale Behörden bestimmt, die einen nationalen Diversifizierungsplan gemäß Artikel 9 erstellen. Es umfasst Folgendes:

Allgemeine Angaben

Name der für die Erstellung des Plans zuständigen Behörde	
Beschreibung des Gassystems. Hierzu gehört Folgendes: i) die Gasnachfrage; ii) der Versorgungsmix unter Berücksichtigung der Abhängigkeit von russischen Lieferungen.	

Wichtigste Angaben über die Einfuhr von Gas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation in den Mitgliedstaat ausgeführt wird

Verweis auf die einzelnen Verträge, die die Einführer an die zuständigen Behörden und die Kommission übermittelt haben	
Sofern zutreffend, von Unternehmen oder verbundenen Unternehmen aus der Russischen Föderation gebuchte LNG-Terminal-Dienstleistungen	
Gesamtmengen an ▌Gas, ***das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird,*** deren Lieferung in den Mitgliedstaat vertraglich vereinbart ist. Angaben zu vertraglichen Flexibilitätsregelungen und Lieferort (Kopplungspunkt, Einfuhrort, LNG-Terminal usw.).	

Beschreibung der Maßnahmen zur Ersetzung von Erdgas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird

3.1. Die Beschreibung muss die folgenden Elemente umfassen:

Diversifizierungsoptionen: i) alternative Lieferungen; ii) alternative Versorgungswege; iii) Nachfragebündelung.	
Beschreibung der Maßnahme und ihrer Ziele, einschließlich der dadurch voraussichtlich wegfallenden Mengen und der Zwischenschritte im Falle einer mehrstufigen Maßnahme	
Zeitplan der Umsetzung	
Auswirkungen der Maßnahmen auf das Energiesystem, einschließlich der Gasflussmuster, Infrastrukturkapazitäten, Tarife usw.	
Auswirkungen auf benachbarte Mitgliedstaaten	

Technische***, vertragliche*** oder regulatorische Hindernisse für die Ersetzung von Gas, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird

Technische***, vertragliche oder*** regulatorische Hindernisse	
Optionen zur Überwindung der Hindernisse und Zeitplan	
Kategorie	Ersatz für die im Rahmen der Einstellung entfallenden Mengen[1]
Erforderliche Angaben	Beschreibung der auf nationaler Ebene bestehenden und geplanten Maßnahmen zur Ersetzung der verbleibenden Erdgasmengen, die ihren Ursprung in der Russischen Föderation haben oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt werden i) voraussichtliche ersetzte Menge pro Maßnahme, ii) Zeitplan für die Umsetzung (Beginn-Abschluss), iii) Optionen für alternative Lieferungen und Versorgungswege
Pipeline-Gas	
LNG	

[1] Diese Maßnahmen können die Nutzung der Plattform „AggregateEU“ gemäß Artikel 42 der Verordnung (EU) 2024/1789, Unterstützung für Diversifizierungsbemühungen von Energieunternehmen, die Zusammenarbeit in regionalen Gruppen wie der hochrangigen Gruppe für Energieverbindungsleitungen in Mittel- und Südosteuropa (CESEC), das Aufzeigen von Alternativen zu Erdgaseinfuhren durch Elektrifizierung, Energieeffizienzmaßnahmen, die Förderung der Erzeugung von Biogas, Biomethan und sauberem Wasserstoff, den Einsatz erneuerbarer Energien oder freiwillige Maßnahmen zur Nachfragesenkung umfassen.

ANHANG II

Muster für nationale Diversifizierungspläne für Öl

Dieses Muster ist für nationale Behörden bestimmt, die einen detaillierten nationalen Diversifizierungsplan gemäß Artikel 10 erstellen. Es umfasst Folgendes:

Allgemeine Angaben

Name der für die Erstellung des Plans zuständigen Behörde	
Beschreibung des Ölnetzes. Hierzu gehört Folgendes: i) die Ölnachfrage; ii) der Versorgungsmix unter Berücksichtigung der Abhängigkeit von russischen Lieferungen.	

Die wichtigsten Angaben über die Einfuhr von Öl ***(Rohöl und Erdölerzeugnisse)***, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation in den Mitgliedstaat ausgeführt wird.

Gesamtmengen an russischem Öl, deren Lieferung in den Mitgliedstaat vertraglich vereinbart ist. Angabe des Enddatums vertraglicher Verpflichtungen.	
Angaben zur Identität der verschiedenen Interessenträger (Verkäufer, Einführer und Käufer)	

Beschreibung der Maßnahmen zur Ersetzung von Öl, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird.

Die Beschreibung muss die folgenden Elemente umfassen:

Diversifizierungsoptionen: i) alternative Lieferungen; ii) alternative Versorgungswege.	
Beschreibung der Maßnahme und ihrer Ziele, einschließlich der dadurch voraussichtlich wegfallenden Mengen und der Zwischenschritte im Falle einer mehrstufigen Maßnahme ***Auf nationaler Ebene bestehende und geplante Maßnahmen zur Gewährleistung von Transparenz und Rückverfolgbarkeit von Öl, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird, einschließlich, soweit möglich, Maßnahmen zur Überprüfung von Einfuhren, die möglicherweise neu gekennzeichnet wurden***	
Zeitplan der Umsetzung	
Auswirkungen der Maßnahmen auf das Energiesystem, einschließlich der Ölflussmuster, Infrastrukturkapazitäten, Tarife usw.	
Auswirkungen auf benachbarte Mitgliedstaaten	

Technische***, vertragliche*** oder regulatorische Hindernisse für die Ersetzung von Öl, das seinen Ursprung in der Russischen Föderation hat oder direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation ausgeführt wird.

Technische***, vertragliche oder*** regulatorische Hindernisse	
Optionen zur Überwindung ***des Hindernisses*** und Zeitplan	

Erklärung der Europäischen Kommission zu künftigen Maßnahmen in Bezug auf russisches Öl

Um wesentliche Sicherheitsrisiken abzuwehren und Energieabhängigkeiten zu beenden, die sich aus dem fortgesetzten Energiehandel mit der Russischen Föderation ergeben, hält die Europäische Kommission an ihrer Verpflichtung fest, im Einklang mit der Erklärung von Versailles dafür zu sorgen, dass alle noch stattfindenden Einfuhren von Öl aus der Russischen Föderation bis Ende 2027 schrittweise eingestellt werden.

Die Kommission beabsichtigt, Anfang 2026 einen Legislativvorschlag vorzulegen, um Einfuhren von Öl aus der Russischen Föderation so rasch wie möglich, spätestens jedoch ab Ende 2027 zu verbieten.

Die Kommission wird die möglichen Auswirkungen einer beschleunigten Einstellung der Öleinfuhren auf die Versorgungssicherheit, die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit der am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten sorgfältig prüfen.

Die Kommission wird im Geiste der Solidarität aktiv mit den unmittelbar betroffenen und anderen relevanten Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um geeignete Maßnahmen zur Minimierung der in der Bewertung ermittelten möglichen Risiken zu erarbeiten und den Zugang zu alternativen Lieferquellen zu erleichtern.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0331

Entwaldungsverordnung: bestimmte Verpflichtungen von Marktteilnehmern und Händlern

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2025 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/1115 hinsichtlich bestimmter Verpflichtungen von Marktteilnehmern und Händlern (COM(2025)0652 – C10-0263/2025 – 2025/0329(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0652),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 192 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0263/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 3. Dezember 2025[1],

– nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung von den zuständigen Ausschüssen angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 10. Dezember 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf die Artikel 60 und 170 seiner Geschäftsordnung,

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest[2];

---

1 Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

2 Dieser Standpunkt ersetzt die am 26. November 2025 angenommenen Abänderungen (Angenommene Texte P10_TA(2025)0295).

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P10_TC1-COD(2025)0329

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 17. Dezember 2025 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2025/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/1115 hinsichtlich bestimmter Verpflichtungen von Marktteilnehmern und Händlern

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 192 Absatz 1,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[2],

---

1 Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

2 Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2025 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates[3] wurde mit dem Ziel erlassen, Entwaldung und Waldschädigung zu verringern. Sie enthält Vorschriften für das Inverkehrbringen und die Bereitstellung auf dem Unionsmarkt sowie für die Ausfuhr aus der Union von relevanten Erzeugnissen gemäß ihrem Anhang I, die relevante Rohstoffe, nämlich Rinder, Kakao, Kaffee, Ölpalme, Kautschuk, Soja und Holz enthalten, mit diesen gefüttert wurden oder unter deren Verwendung hergestellt wurden. Insbesondere soll mit der Verordnung sichergestellt werden, dass diese Rohstoffe und relevanten Erzeugnisse nur dann auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht oder bereitgestellt oder ausgeführt werden, wenn sie entwaldungsfrei sind, im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften des Erzeugerlandes erzeugt wurden und von einer Sorgfaltserklärung abgedeckt sind.

[3] Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 (ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 206, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1115/oj).

(2) Die Kommission hat gemäß der Verordnung (EU) 2023/1115 in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und anderen Interessenträgern ein Informationssystem für die Übermittlung von Sorgfaltserklärungen (im Folgenden „Informationssystem“) entwickelt. Die Interessenträger wurden in den Entwicklungsprozess einbezogen, um sicherzustellen, dass das Informationssystem effizient ist und den Bedürfnissen der Marktteilnehmer entspricht. Das Informationssystem wurde am 4. Dezember 2024 eingeführt und ermöglicht Marktteilnehmern, Händlern, bei denen es sich nicht um Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen handelt (im Folgenden „nicht-KMU-Händler“), und ihren Bevollmächtigten, Sorgfaltserklärungen zu übermitteln. Die jüngsten Prognosen über die Zahl der erwarteten über das Informationssystem abgewickelten Vorgänge und Interaktionen haben jedoch zu einer grundlegenden Neubewertung der Belastung des Systems geführt, die auf einen deutlich höheren Verkehr im Informationssystem als erwartet hindeutet.

(3) Gleichzeitig deuten die Ergebnisse des 2024 veröffentlichten mit dem Titel „Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ darauf hin, dass die zunehmende Zahl und Komplexität der Vorschriften den Handlungsspielraum für Unternehmen in der Union einschränkt und sie daran hindert, wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch die Handelspartner haben Bedenken hinsichtlich der Komplexität der Vorschriften geäußert. Vor diesem Hintergrund sollten bestimmte in der Verordnung (EU) 2023/1115 festgelegte Verfahren und Anforderungen vereinfacht und unnötiger Regelungsaufwand für Unternehmen unter Beibehaltung der Ziele der genannten Verordnung beseitigt werden.

(4) Im Rahmen der Bemühungen um eine Vereinfachung sollte darüber hinaus der Verwaltungsaufwand verringert werden, der sich aus den Verpflichtungen für nachgelagerte Akteure, bei denen es sich nicht um Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen handelt, sowie für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger ergibt, die ihre eigenen Erzeugnisse herstellen und in Verkehr bringen.

(5) Zur Schaffung von Rechtsklarheit in Bezug auf die nachgelagerten Lieferketten und zur weiteren Verringerung der Berichtspflichten und der entsprechenden Belastung des Informationssystems sollte die neue Kategorie der „nachgelagerten Marktteilnehmer“ eingeführt werden. Die Verpflichtungen dieser nachgelagerten Marktteilnehmer sollten mit denen identisch sein, die für Händler gelten. Weder nachgelagerte Marktteilnehmer noch Händler sollten dazu verpflichtet sein, sich von der Erfüllung der Sorgfaltspflicht zu vergewissern oder Sorgfaltserklärungen zu übermitteln, wodurch die Berichtspflichten und die Zahl der erforderlichen Interaktionen mit dem Informationssystem erheblich verringert werden.

(6) Nachgelagerte nicht-KMU-Marktteilnehmer und nicht-KMU-Händler haben einen erheblichen Einfluss auf die Lieferketten und spielen eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung entwaldungsfreier Lieferketten. Daher sollte für sie weiterhin die Verpflichtung zur Registrierung im Informationssystem bestehen. Gleichzeitig sollte ***der erste*** nachgelagerte Marktteilnehmer oder Händler, unabhängig davon, ob es sich um ein kleines oder mittleres Unternehmen handelt oder nicht, weiterhin eine vollständige Rückverfolgbarkeit gewährleisten, indem er die Referenznummern der Sorgfaltserklärungen und die den Kleinst- oder Kleinerzeugern zugewiesenen Identifikationsnummern erfasst[redacted] .***Die Verpflichtung zur Erfassung und Aufbewahrung der Referenznummern sollte nur für den ersten nachgelagerten Marktteilnehmer oder Händler und nicht für andere nachgelagerte Marktteilnehmer oder Händler in der nachgelagerten Lieferkette gelten.***

(7) Alle Marktteilnehmer, die relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen oder diese Erzeugnisse ausführen, fallen unabhängig von ihrer Größe in den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2023/1115. Dadurch entsteht ein hoher Verwaltungsaufwand für Kleinst- oder Kleinerzeuger, die ihre eigenen Erzeugnisse in Verkehr bringen oder ausführen. Um den Bedenken im Zusammenhang mit Marktteilnehmern von Kleinst- oder Kleinunternehmen, die ihre eigenen Erzeugnisse herstellen und in Verkehr bringen, Rechnung zu tragen und die Belastung des Informationssystems weiter zu verringern, ist es erforderlich, eine neue Unterkategorie von Marktteilnehmern einzuführen, für die die Verpflichtung zur Übermittlung einer Sorgfaltserklärung nicht gelten sollte. Diese neue Unterkategorie der „Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger“ sollte natürliche Personen oder Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen umfassen, die in einem Land, das gemäß der Verordnung (EU) 2023/1115 als Land mit geringem Risiko eingestuft wurde, niedergelassen sind und relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen oder ausführen, die sie selbst ***in diesem Land*** erzeugt haben, d. h. sie haben die in den relevanten Erzeugnissen enthaltenen relevanten Rohstoffe auf betreffenden Grundstücken oder – in Bezug auf Rinder – in Betrieben selbst angebaut, geerntet, gewonnen oder aufgezogen. Sowohl in als auch außerhalb der Union niedergelassene Marktteilnehmer sollten unter die Definition des Begriffs Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger fallen.

(8) Um die Ziele der Verordnung (EU) 2023/1115 wirksam zu erreichen, d. h. die Rückverfolgbarkeit entlang der Lieferkette zu gewährleisten, um sicherzustellen, dass die in Verkehr gebrachten Erzeugnisse entwaldungsfrei sind, sollten Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger dennoch verpflichtet werden, eine einmalige vereinfachte Erklärung über das Informationssystem zu übermitteln. Bei Übermittlung der vereinfachten Erklärung durch einen Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger sollte das Informationssystem eine Identifikationsnummer vergeben. Diese Identifikationsnummer sollte den relevanten Erzeugnissen beigefügt werden, die ein Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger in Verkehr bringt oder ausführt. Um den Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit gemäß der Verordnung (EU) 2023/1115 gerecht zu werden und die Ziele der Verordnung zu verfolgen, sollten die in einer vereinfachten Erklärung enthaltenen Informationen eine automatische Risikobewertung durch das Informationssystem ermöglichen, die Kontrollen durch die zuständigen Behörden im Einklang mit dem risikobasierten Ansatz erleichtern und für nachgelagerte Akteure so weit wie im Einklang mit den geltenden Datenschutzvorschriften möglich sichtbar sein.

(9) Als Teil der Bemühungen um eine Vereinfachung sollte der Verwaltungsaufwand verringert werden, der sich aus den Verpflichtungen der Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger ergibt, gemäß Artikel 4a der Verordnung (EU) 2023/1115 in der durch diese Verordnung geänderten Fassung eine einmalige vereinfachte Erklärung zu übermitteln und gemäß Artikel 9 Absatz 1 ebenda Informationen zu sammeln, indem es ihnen gestattet wird, die Geolokalisierung von Grundstücken durch die Anschrift der Grundstücke oder des Betriebs zu ersetzen, auf bzw. in denen aus die relevanten Rohstoffe erzeugt wurden, die das relevante Erzeugnis enthält oder unter dessen Verwendung es hergestellt wurde, sofern die Anschrift eindeutig dem geografischen Standort der betreffenden Grundstücke bzw. des betreffenden Betriebs entspricht. So haben Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger die freie Wahl, entweder die Geolokalisierung der Grundstücke oder die Anschrift der Grundstücke oder des jeweiligen Betriebs anzugeben.

(10) Gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates[4] unterliegen in der Union niedergelassene Primärerzeuger von Rindern bereits Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und Berichtspflichten, die denen gemäß der Verordnung (EU) 2023/1115 gleichwertig sind. Die entsprechenden Daten werden in den nationalen Datenbanken der Mitgliedstaaten gespeichert. Es ist daher angezeigt, Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger von der Verpflichtung zur Übermittlung einer vereinfachten Erklärung auszunehmen, wenn die erforderlichen Informationen bereits in solchen Datenbanken verfügbar sind und die Mitgliedstaaten die einschlägigen Daten in dem Informationssystem bereitstellen. Diese Ausnahme sollte, sofern dieselben Bedingungen erfüllt sind, auch für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger in anderen Sektoren gelten, in denen die Rechtsvorschriften der Union oder die nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten gleichwertige Rückverfolgbarkeits- oder Berichtspflichten vorsehen.

(11) Wie in den Leitlinien für die Verordnung (EU) 2023/1115 über entwaldungsfreie Erzeugnisse[5] dargelegt, sollte in Fällen, in denen die Tätigkeiten angesichts aller relevanten Umstände unbedeutend sind, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet werden. Die gelegentliche extensive oder gelegentliche Beweidung in kleinem Maßstab in Wäldern sollte nicht als überwiegend angesehen werden, solange die Erzeugung und die damit verbundenen Tätigkeiten keine nachteiligen Auswirkungen auf den Lebensraum des Waldes haben.

---

4 Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj).

5 ABl. C, C/2025/4524, 12.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4524/oj.

(12) Um Rechtsklarheit dahin gehend zu schaffen, dass alle Kleinstunternehmen, kleinen und mittleren Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform von den vereinfachten Bestimmungen für Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen gemäß der Verordnung (EU) 2023/1115 profitieren können, sollte die Begriffsbestimmung für „Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen“ geändert werden, um klarzustellen, dass die Rechtsform für die Feststellung, ob eine natürliche oder juristische Person unter diese Begriffsbestimmung fällt, nicht relevant sein sollte. Dies sollte auch für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger klargestellt werden. ***Darüber hinaus sollte die Begriffsbestimmung für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger Erzeuger umfassen, die die Grenzen von mindestens zwei der drei in Artikel 3 Absatz 1 und Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[6] genannten Kriterien überschreiten, aber nachweisen können, dass die Teile ihrer Bilanzsumme, die Nettoumsatzerlöse und die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres Beschäftigten, die sich auf die relevanten Rohstoffe und relevanten Erzeugnisse beziehen, die Grenzen von mindestens zwei von drei dieser Kriterien nicht überschreiten.***

6 Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2013/34/oj).

(13) Die Verordnung (EU) 2023/1115 enthält Bestimmungen für die Überprüfung der genannten Verordnung und die Aufforderung an die Kommission, mehrere Folgenabschätzungen, gegebenenfalls zusammen mit Gesetzgebungsvorschlägen, vorzulegen. Da der Geltungsbeginn der Verordnung (EU) 2023/1115 durch die Verordnung (EU) 2024/3234 des Europäischen Parlaments und des Rates[7] verschoben wurde, kann eine mögliche Ausweitung des Anwendungsbereichs der Verordnung (EU) 2023/1115 nicht ohne Nachweise über ihre Anwendung, über ihre Auswirkungen auf Entwaldung und Waldschädigung, über ihre Auswirkungen auf Marktteilnehmer und Händler, insbesondere KMU, und auf die Handelsströme bewertet werden. Aus diesen Gründen sollten die Verpflichtungen im Zusammenhang mit den von der Kommission durchzuführenden Folgenabschätzungen gemäß der Verordnung (EU) 2023/1115 gestrichen werden. Diese Folgenabschätzungen sollten Gegenstand der allgemeinen Überprüfung der Verordnung (EU) 2023/1115 sein. Das in der Verordnung (EU) 2023/1115 genannte Datum der allgemeinen Überprüfung sollte auf den 30. Juni 2030 geändert werden, damit die bei der Durchsetzung der genannten Verordnung gesammelten Erfahrungen in die Überprüfung einfließen können. Um den geänderten Verpflichtungen für Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer und Händler Rechnung zu tragen, sollten bei der allgemeinen Überprüfung auch die Auswirkungen dieser Änderungen auf die Verwirklichung der allgemeinen Ziele der Verordnung (EU) 2023/1115 bewertet werden.

---

7 Verordnung (EU) 2024/3234 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/1115 hinsichtlich der Bestimmungen zum Geltungsbeginn (ABl. L, 2024/3234, 23.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/3234/oj).

(14) Im Vorfeld der bis zum 30. Juni 2030 durchzuführenden allgemeinen Überprüfung der Verordnung (EU) 2023/1115 sollte die Kommission im Interesse einer Vereinfachung für die Marktteilnehmer und Händler eine Überprüfung der Vereinfachung der genannten Verordnung durchführen und bis zum 30. April 2026 einen Bericht vorlegen. In dem Bericht sollten der Verwaltungsaufwand und die Auswirkungen der genannten Verordnung insbesondere auf Kleinst- oder Kleinunternehmen bewertet werden. Darüber hinaus sollte die Kommission in dem Bericht Möglichkeiten aufzeigen, wie die festgestellten Probleme im Einklang mit den in der Verordnung (EU) 2023/1115 vorgesehenen Befugnisübertragung – unter anderem durch technische Leitlinien, Verbesserungen des IT-Systems und delegierte Rechtsakte oder Durchführungsrechtsakte – bewältigt werden können, und dem Bericht gegebenenfalls einen Gesetzgebungsvorschlag beifügen.

(15) Der Geltungsbeginn der Bestimmungen der Verordnung (EU) 2023/1115, die Verpflichtungen für Marktteilnehmer, Händler und zuständige Behörden enthalten, nämlich die in Artikel 38 Absatz 2 genannten, sollte um 12 Monate verschoben werden. Dies ist notwendig, um es Drittländern, Mitgliedstaaten, Marktteilnehmern und Händlern zu ermöglichen, umfassend vorbereitet zu sein, insbesondere um diesen Marktteilnehmern und Händlern zu ermöglichen, ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommen zu können.

(16) Angesichts der Verschiebung ***des in Artikel 38 Absatz 2*** der Verordnung (EU) 2023/1115 ***genannten Geltungsbeginns um 12 Monate*** sollten die Fristen in anderen damit verbundenen Bestimmungen, d. h. für die Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates[8] ***und*** für den späteren Geltungsbeginn der Verordnung (EU) 2023/1115 für ***natürliche Personen,*** Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen, entsprechend angepasst werden. Um ausreichend Zeit für die Anpassung technischer Entwicklungen der elektronischen Schnittstelle auf der Grundlage der Single-Window-Umgebung der Europäischen Union für den Zoll an die Anforderungen der Verordnung (EU) 2023/1115 in der durch die vorliegende Verordnung geänderten Fassung einzuräumen, sollte das Datum, bis zu dem die elektronische Schnittstelle einzurichten ist, entsprechend angepasst werden.

(17) Da die Ziele dieser Verordnung, nämlich in Bezug auf die Vereinfachung der Berichtspflichten und die Anpassung von Fristen bei gleichzeitiger Beibehaltung der Ziele der Verordnung (EU) 2023/1115, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahme auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

---

[8] Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzerzeugnisse in Verkehr bringen (ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 23, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2010/995/oj).

(18) Die Verordnung (EU) 2023/1115 sollte daher entsprechend geändert werden.

(19) Diese Verordnung sollte aus Gründen der Dringlichkeit am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten, um sicherzustellen, dass diese Verordnung vor dem derzeitigen Geltungsbeginn der Verordnung (EU) 2023/1115 in Kraft tritt,

(20) Angesichts der Dringlichkeit, gezielte Vereinfachungen vorzunehmen und das Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2023/1115 zu verschieben, wird es als angemessen erachtet, sich auf die Ausnahme von der Achtwochenfrist nach Artikel 4 des dem Vertrag über die Europäische Union, dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft beigefügten Protokolls Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zu berufen —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Verordnung (EU) 2023/1115

Die Verordnung (EU) 2023/1115 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 15 erhält folgende Fassung:

„15. ‚Marktteilnehmer' jede natürliche oder juristische Person, die im Rahmen einer gewerblichen Tätigkeit relevante Erzeugnisse in Verkehr bringt oder ausführt, ausgenommen nachgelagerte Marktteilnehmer;"

b) Die folgenden Nummern werden eingefügt:

„15a. ‚Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger' Marktteilnehmer jeglicher Rechtsform, bei denen es sich um natürliche Personen oder Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 bzw. Artikel 3 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates* handelt, die in einem Land, das gemäß Artikel 29 dieser Verordnung als Land mit geringem Risiko eingestuft wurde, niedergelassen sind und im Rahmen einer gewerblichen Tätigkeit relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen oder ausführen, die diese Marktteilnehmer auf betreffenden Grundstücken oder – in Bezug auf Rinder – in Betrieben ***in diesem Land*** selbst angebaut, geerntet, gewonnen oder aufgezogen haben; ***dazu gehören auch Marktteilnehmer, die die Grenzen von mindestens zwei der drei in Artikel 3 Absatz 1 und Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU genannten Kriterien überschreiten, aber nachweisen können, dass die Teile ihrer Bilanzsumme, die Nettoumsatzerlöse und die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres Beschäftigten, die sich auf die relevanten Rohstoffe und relevanten Erzeugnisse beziehen, die Grenzen von mindestens zwei von drei dieser Kriterien nicht überschreiten;***

15b. ‚nachgelagerter Marktteilnehmer' jede natürliche oder juristische Person, die im Rahmen einer gewerblichen Tätigkeit relevante Erzeugnisse in Verkehr bringt oder ausführt, die unter Verwendung relevanter Erzeugnisse hergestellt wurden und Gegenstand einer Sorgfaltserklärung oder einer vereinfachten Erklärung sind;

---

* Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2013/34/oj).“

c) Nummer 17 erhält folgende Fassung:

„17. ‚Händler' jede Person in der Lieferkette mit Ausnahme des Marktteilnehmers oder nachgelagerten Marktteilnehmers, die im Rahmen einer gewerblichen Tätigkeit relevante Erzeugnisse auf dem Markt bereitstellt;"

d) Nummer 19 erhält folgende Fassung:

„19. ‚im Rahmen einer gewerblichen Tätigkeit' zum Zweck der Verarbeitung, zum Vertrieb an gewerbliche oder nichtgewerbliche Verbraucher oder zur Verwendung im Unternehmen des Marktteilnehmers, nachgelagerten Marktteilnehmers oder Händlers selbst;"

e) Nummer 22 erhält folgende Fassung:

„22. ‚Bevollmächtigter' jede in der Union niedergelassene natürliche oder juristische Person, die gemäß Artikel 6 von einem Marktteilnehmer schriftlich beauftragt wurde, in seinem Namen bestimmte Aufgaben zur Erfüllung seiner aus dieser Verordnung resultierenden Verpflichtungen wahrzunehmen;"

f) Nummer 30 erhält folgende Fassung:

„30. ‚Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen' oder ‚KMU' Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen jeglicher Rechtsform im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 bzw. Artikel 3 Absatz 2 Unterabsatz 1 und Artikel 3 Absatz 3 der Richtlinie 2013/34/EU;"

2. Artikel 3 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) für sie liegt eine Sorgfaltserklärung oder eine vereinfachte Erklärung gemäß den einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung vor.“

3. Die Überschrift von Kapitel 2 erhält folgende Fassung:

„KAPITEL 2

VERPFLICHTUNGEN DER MARKTTEILNEHMER, NACHGELAGERTEN MARKTTEILNEHMER UND HÄNDLER“

4. Artikel 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Mit der Übermittlung der Sorgfaltserklärung oder im Falle von Kleinst- oder Kleinprimärerzeugern der in Artikel 4a genannten vereinfachten Erklärung an die zuständigen Behörden übernimmt der Marktteilnehmer die Verantwortung dafür, dass die relevanten Erzeugnisse Artikel 3 entsprechen. Die Marktteilnehmer bewahren die Sorgfaltserklärungen für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Übermittlung der Erklärung über das Informationssystem gemäß Artikel 33 auf.“

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Marktteilnehmer, die neue Informationen, einschließlich begründeter Bedenken, darüber erhalten oder davon in Kenntnis gesetzt werden, dass die Gefahr besteht, dass ein relevantes Erzeugnis, das sie bereits in Verkehr gebracht haben, nicht dieser Verordnung entspricht, unterrichten unverzüglich die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, in denen sie das relevante Erzeugnis in Verkehr gebracht haben, sowie die nachgelagerten Marktteilnehmer und die Händler, an die sie das relevante Erzeugnis geliefert haben. Bei Ausfuhren unterrichten die Marktteilnehmer die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, der das Erzeugerland ist.“

c) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Die Marktteilnehmer teilen den nachgelagerten Marktteilnehmern und Händlern der nachgelagerten Lieferkette für die in Verkehr gebrachten oder ausgeführten relevanten Erzeugnisse die Referenznummern der Sorgfaltserklärungen oder gegebenenfalls die diesen Erzeugnissen zugewiesenen Identifikationsnummern mit.“

d) Die Absätze 8, 9 und 10 werden gestrichen.

5. Der folgende Artikel wird eingefügt:

„Artikel 4a

Vereinfachte Regelung für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger

(1) Die Verpflichtungen gemäß Artikel 4 ***Absatz*** 2, ***Artikel 4 Absatz*** 3 ***Satz 2*** und ***Artikel 4 Absatz*** 4 Buchstabe c gelten nicht für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger.

(2) Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger übermitteln eine einmalige vereinfachte Erklärung über das in Artikel 33 genannte Informationssystem, bevor sie relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen oder ausführen. Nach Übermittlung ihrer ***einmaligen*** vereinfachten Erklärung wird diesen Erzeugern eine Identifikationsnummer zugewiesen.

(3) Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger legen bei der Übermittlung der vereinfachten Erklärung über das Informationssystem gemäß Artikel 33 die in Anhang III aufgeführten Informationen vor. Diese Erzeuger ***können*** die in ihrer vereinfachten Erklärung enthaltenen Informationen nach jeder ***wesentlichen*** Änderung dieser Informationen ***aktualisieren***.

(4) Sind alle in Anhang III aufgeführten Informationen in einem anderen als dem in Artikel 33 genannten Informationssystem oder einer anderen Datenbank verfügbar, das bzw. die gemäß dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten eingerichtet wurde, so sind Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger nicht verpflichtet, eine ***einmalige*** vereinfachte Erklärung gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels zu übermitteln. Die Mitgliedstaaten stellen diese Informationen für jeden Marktteilnehmer in dem in Artikel 33 genannten Informationssystem zur Verfügung. Der Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger darf die relevanten Erzeugnisse erst auf dem Unionsmarkt in Verkehr bringen oder aus diesem ausführen, nachdem ihm eine Identifikationsnummer zugewiesen wurde.

(5) Bei Kleinst- oder Kleinprimärerzeugern kann die Geolokalisierung gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe d durch die Postanschrift aller Grundstücke ***oder die Postanschrift des Betriebs*** ersetzt werden, auf denen ***bzw. in dem*** die relevanten Rohstoffe, die das relevante Erzeugnis enthält oder unter deren Verwendung es hergestellt wurde, erzeugt wurden."

6. Die Artikel 5 und 6 erhalten folgende Fassung:

„Artikel 5

Verpflichtungen der nachgelagerten Marktteilnehmer und Händler

(1) Nachgelagerte Marktteilnehmer und Händler dürfen relevante Erzeugnisse nur dann ***in Verkehr bringen,*** auf dem Markt bereitstellen ***oder ausführen***, wenn sie im Besitz der nach Absatz 3 erforderlichen Informationen sind.

(2) Nachgelagerte Marktteilnehmer, die keine KMU sind (im Folgenden „nachgelagerte nicht-KMU-Marktteilnehmer") und Händler, die keine KMU sind (im Folgenden „nicht-KMU-Händler"), müssen sich in dem in Artikel 33 genannten Informationssystem registrieren, bevor sie relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen, auf dem Markt bereitstellen oder ausführen.

(3) Nachgelagerte Marktteilnehmer und Händler sammeln und speichern folgende Informationen zu den relevanten Erzeugnissen, die sie in Verkehr bringen, auf dem Markt bereitstellen oder ausführen wollen:

a) den Namen, den eingetragenen Handelsnamen oder die eingetragene Handelsmarke, die Postanschrift, die E-Mail-Adresse und, falls verfügbar, eine Internetadresse derjenigen Marktteilnehmer, nachgelagerten Marktteilnehmer oder Händler, die ihnen die relevanten Erzeugnisse geliefert haben, sowie die Referenznummern der Sorgfaltserklärungen oder die Identifikationsnummern, die diesen Erzeugnissen zugewiesen wurden***, und zwar nur, sofern ihr Lieferant ein Marktteilnehmer ist***;

b) den Namen, den eingetragenen Handelsnamen oder die eingetragene Handelsmarke, die Postanschrift, die E-Mail-Adresse und, falls verfügbar, eine Internetadresse der nachgelagerten Marktteilnehmer oder Händler, an die sie die relevanten Erzeugnisse geliefert haben.

(4) Nachgelagerte Marktteilnehmer und Händler bewahren die in Absatz 3 genannten Informationen ab dem Datum des Inverkehrbringens oder der Bereitstellung auf dem Markt oder der Ausfuhr mindestens fünf Jahre lang auf und stellen sie den zuständigen Behörden auf Verlangen zur Verfügung.

(5) Nachgelagerte Marktteilnehmer und Händler, die neue Informationen, einschließlich begründeter Bedenken, darüber erhalten oder davon in Kenntnis gesetzt werden, dass die Gefahr besteht, dass ein relevantes Erzeugnis, das sie bereits in Verkehr gebracht oder auf dem Markt bereitgestellt haben, nicht dieser Verordnung entspricht, unterrichten unverzüglich die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, in denen sie das relevante Erzeugnis in Verkehr gebracht oder bereitgestellt haben, sowie die nachgelagerten Marktteilnehmer und Händler, an die sie das relevante Erzeugnis geliefert haben. Bei Ausfuhren unterrichten die nachgelagerten Marktteilnehmer die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, der das Erzeugerland ist.

(6) Erhalten nachgelagerte nicht-KMU-Marktteilnehmer und nicht-KMU-Händler vor dem Inverkehrbringen oder der Bereitstellung auf dem Markt oder der Ausfuhr einschlägige Informationen darüber oder werden davon in Kenntnis gesetzt, dass ein relevantes Erzeugnis nicht den Anforderungen dieser Verordnung entspricht, so unterrichten sie unverzüglich die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, auf deren Markt sie beabsichtigen, das relevante Erzeugnis in Verkehr zu bringen oder bereitzustellen oder aus denen sie beabsichtigen, die relevanten Erzeugnisse auszuführen. Im Falle begründeter Bedenken überprüfen sie, ob die Sorgfaltspflicht erfüllt wurde und kein oder nur ein vernachlässigbares Risiko festgestellt wurde. Sie dürfen keine relevanten Erzeugnisse in Verkehr bringen, bereitstellen oder ausführen, es sei denn, die Überprüfung ergibt, dass kein oder nur ein vernachlässigbares Risiko der Nichtkonformität besteht.

(7) Die nachgelagerten Marktteilnehmer und Händler bieten den zuständigen Behörden jede zur Erleichterung der Durchführung der Kontrollen gemäß Artikel 19 erforderliche Hilfestellung an, unter anderem den Zutritt zum Betriebsgelände und der Bereitstellung von Unterlagen und Aufzeichnungen.

Artikel 6

Bevollmächtigte

(1) Marktteilnehmer können einen Bevollmächtigten beauftragen, die Sorgfaltserklärung gemäß Artikel 4 Absatz 2 oder eine vereinfachte Erklärung gemäß Artikel 4a Absatz 2 in ihrem Namen zu übermitteln. In diesem Fall behält der Marktteilnehmer die Verantwortung dafür, dass die relevanten Erzeugnisse Artikel 3 entsprechen.

(2) Der Bevollmächtigte stellt den zuständigen Behörden auf Verlangen eine Kopie der Vollmacht in einer Amtssprache der Union sowie eine Kopie in einer Amtssprache des Mitgliedstaats, in dem die Sorgfaltserklärung oder die vereinfachte Erklärung bearbeitet wird, oder, falls dies nicht möglich ist, in englischer Sprache zur Verfügung.

(3) Ein Markteilnehmer, bei dem es sich um eine natürliche Person oder ein Kleinstunternehmen handelt, kann den nächsten nachgelagerten Marktteilnehmer oder Händler der nachgelagerten Lieferkette, bei dem es sich nicht um eine natürliche Person oder ein Kleinstunternehmen handelt, beauftragen, als Bevollmächtigter zu fungieren. Dieser nächste nachgelagerte Marktteilnehmer oder Händler der nachgelagerten Lieferkette darf relevante Erzeugnisse nicht in Verkehr bringen oder auf dem Markt bereitstellen oder ausführen, ohne die Sorgfaltserklärung gemäß Artikel 4 Absatz 2 im Namen dieses Marktteilnehmers oder – im Falle eines Kleinst- oder Kleinprimärerzeugers – ohne eine vereinfachte Erklärung im Namen des Kleinst- oder Kleinprimärerzeugers über das in Artikel 33 genannte Informationssystem zu übermitteln. In solchen Fällen trägt der Marktteilnehmer, bei dem es sich um eine natürliche Person oder ein Kleinstunternehmen handelt, weiter die Verantwortung dafür, dass das relevante Erzeugnis Artikel 3 entspricht.“

7. Artikel 8 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Bevor Marktteilnehmer relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen oder auf dem Markt bereitstellen oder ausführen, müssen sie in Bezug auf alle relevanten Erzeugnisse die Sorgfaltspflicht erfüllen.“

8. Artikel 9 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) die Menge der relevanten Erzeugnisse; für relevante Erzeugnisse, die auf den Markt gelangen oder diesen verlassen, ist die Menge in Kilogramm Eigenmasse und gegebenenfalls in der besonderen Maßeinheit, die bei dem angegebenen Code des Harmonisierten Systems in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates* aufgelistet ist, anzugeben; in allen anderen Fällen ist die Menge in Eigenmasse oder gegebenenfalls in Eigenvolumen oder Stückzahl anzugeben; eine besondere Maßeinheit ist anzugeben, wenn eine solche kohärent für alle möglichen Unterpositionen des in der Sorgfaltserklärung angegebenen oder als Teil der vereinfachten Erklärung bereitgestellten Codes des Harmonisierten Systems definiert ist;

_____

* Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/1987/2658/oj).“

b) Buchstabe f erhält folgende Fassung:

„f) der Name, die Anschrift und die E-Mail-Adresse aller Unternehmen, nachgelagerten Marktteilnehmer oder Händler, an die die relevanten Erzeugnisse geliefert wurden;“

(9) Artikel 15 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Die Kommission kann die harmonisierte Durchführung dieser Verordnung erleichtern, indem sie einschlägige Leitlinien herausgibt, den kontinuierlichen Austausch mit Sachverständigen, Interessenträgern und allen einschlägigen Wirtschaftsbeteiligten, einschließlich Kleinst- oder Kleinprimärerzeugern, nachgelagerten Marktteilnehmer und Händlern, sicherstellt, bewährte Verfahren entwickelt und technische Rückmeldungen von der bestehenden Expertengruppe der Kommission zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt einholt und einen angemessenen Informationsaustausch, die Koordinierung und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden, zwischen den zuständigen Behörden und Zollbehörden sowie zwischen den zuständigen Behörden und der Kommission fördert“;

10. Artikel 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die zuständigen Behörden führen in ihrem Gebiet Kontrollen durch, um festzustellen, ob in der Union niedergelassene Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer und Händler dieser Verordnung entsprechen. Die zuständigen Behörden führen in ihrem Gebiet Kontrollen durch, um festzustellen, ob die relevanten Erzeugnisse, die der Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer oder Händler in Verkehr gebracht, auf dem Markt bereitgestellt oder ausgeführt hat bzw. beabsichtigt, in Verkehr zu bringen, auf dem Markt bereitzustellen oder auszuführen, dieser Verordnung entsprechen.“

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die zuständigen Behörden verwenden einen risikobasierten Ansatz, um die durchzuführenden Kontrollen zu bestimmen. Die Risikokriterien werden auf der Grundlage einer Analyse der Risiken von Verstößen gegen diese Verordnung ermittelt, wobei insbesondere die relevanten Rohstoffe, die Komplexität und die Länge der Lieferketten, einschließlich der Frage einer etwaigen Vermischung relevanter Erzeugnisse, die Verarbeitungsstufe des relevanten Erzeugnisses, die Frage, ob die betreffenden Grundstücke an Wälder grenzen, der Ländern oder Landesteilen zugeordnete Risikograd gemäß Artikel 29 — unter besonderer Beachtung der Lage von Ländern oder Landesteilen, für die ein hohes Risiko festgestellt wurde —, bisherige Verstöße gegen diese Verordnung durch Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer oder Händler, die Risiken einer Umgehung sowie alle sonstigen einschlägigen Informationen berücksichtigt werden. Die Risikoanalyse beruht auf den in den Artikeln 9 und 10 genannten Informationen, kann sich auf die Informationen stützen, die in dem in Artikel 33 genannten Informationssystem enthalten sind, und kann durch weitere einschlägige Quellen wie Überwachungsdaten, Risikoprofile internationaler Organisationen, gemäß Artikel 31 geäußerte begründete Bedenken oder

Schlussfolgerungen der Sitzungen von Sachverständigengruppen der Kommission gestützt werden.“

c) Absatz 5 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) die Auswahl der zu kontrollierenden Marktteilnehmer, nachgelagerten Marktteilnehmer und Händler; diese Auswahl stützt sich auf die nationalen Risikokriterien gemäß Buchstabe a, wobei unter anderem Informationen aus dem Informationssystem gemäß Artikel 33 und Verfahren der elektronischen Datenverarbeitung zu verwenden sind; für jeden zu kontrollierenden Marktteilnehmer, nachgelagerten Marktteilnehmer oder Händler können die zuständigen Behörden spezifische Sorgfaltserklärungen festlegen, die überprüft werden müssen.“

d) Die Absätze 8 bis 11 erhalten folgende Fassung:

„(8) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass sich die jährlichen Kontrollen, die gemäß Absatz 1 von seinen zuständigen Behörden durchgeführt werden, auf mindestens 3 % der Marktteilnehmer, nachgelagerten nicht-KMU-Marktteilnehmer und nicht-KMU-Händler erstrecken, die relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen oder auf dem Markt bereitstellen oder ausführen, die relevante Rohstoffe enthalten oder unter deren Verwendung hergestellt wurden, die in einem Erzeugerland oder dessen Landesteilen hergestellt werden, für das bzw. die gemäß Artikel 29 ein normales Risiko festgestellt wurde.

(9) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass sich die jährlichen Kontrollen, die gemäß Absatz 1 diese Artikels von seinen zuständigen Behörden durchgeführt werden, auf mindestens 9 % der Marktteilnehmer, nachgelagerten nicht-KMU-Marktteilnehmer und nicht-KMU-Händler, die relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen oder auf dem Markt bereitstellen oder ausführen, die relevante Rohstoffe enthalten oder unter deren Verwendung hergestellt wurden, sowie auf 9 % der Menge jedes relevanten Erzeugnisses erstrecken, das relevante Rohstoffe enthält oder unter deren Verwendung hergestellt wurde, die in einem Land oder in Landesteilen hergestellt werden, für das bzw. die gemäß Artikel 29 ein hohes Risiko festgestellt wurde.

(10) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass sich die jährlichen Kontrollen, die gemäß Absatz 1 dieses Artikels von seinen zuständigen Behörden durchgeführt werden, auf mindestens 1 % der Marktteilnehmer, nachgelagerten nicht-KMU-Teilnehmer und nicht-KMU-Händler erstrecken, die relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen oder auf dem Markt bereitstellen oder ausführen, die relevante Rohstoffe enthalten oder unter deren Verwendung hergestellt wurden, die in einem Land oder in Landesteilen hergestellt werden, für das bzw. die gemäß Artikel 29 ein geringes Risiko festgestellt wurde.

(11) Die quantifizierten Ziele der Kontrollen, die von den zuständigen Behörden durchzuführen sind, sind für jeden der relevanten Rohstoffe einzeln zu erfüllen. Die quantifizierten Ziele werden anhand der Gesamtzahl der Marktteilnehmer, nachgelagerten nicht-KMU-Marktteilnehmer und nicht-KMU-Händler, die im Vorjahr relevante Erzeugnisse in Verkehr gebracht oder auf dem Markt bereitgestellt oder ausgeführt haben, und gegebenenfalls anhand der Menge berechnet. Marktteilnehmer gelten als überprüft, wenn die zuständige Behörde die gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstaben a und b einschlägigen Elemente überprüft hat. Nachgelagerte Marktteilnehmer und Händler gelten als überprüft, wenn die zuständige Behörde die gemäß Artikel 19 Absatz 1 einschlägigen Elemente überprüft hat.“

e) Absatz 13 erhält folgende Fassung:

„(13) Die Kontrollen erfolgen ohne vorherige Ankündigung gegenüber dem Marktteilnehmer, nachgelagerten Marktteilnehmer oder Händler, es sei denn, eine vorherige Benachrichtigung des Marktteilnehmers, nachgelagerten Marktteilnehmers oder Händlers ist erforderlich, um die Wirksamkeit der Kontrollen zu gewährleisten.“

11. Die Artikel 18 und 19 erhalten folgende Fassung:

„Artikel 18

Kontrollen der Marktteilnehmer

(1) Die Kontrollen der Marktteilnehmer umfassen

a) eine Prüfung ihrer Sorgfaltspflichtregelung, einschließlich der Risikobewertungs- und Risikominderungsverfahren, sowie eine Prüfung der Unterlagen und Aufzeichnungen, mit denen das ordnungsgemäße Funktionieren der Sorgfaltspflichtregelung belegt wird;

b) eine Prüfung von Unterlagen und Aufzeichnungen, aus denen hervorgeht, dass ein bestimmtes relevantes Erzeugnis, das der Marktteilnehmer in Verkehr gebracht hat, in Verkehr zu bringen beabsichtigt oder auszuführen beabsichtigt, dieser Verordnung entspricht, einschließlich gegebenenfalls durch Risikominderungsmaßnahmen, sowie eine Prüfung der einschlägigen Sorgfaltserklärungen oder für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger eine Prüfung der einschlägigen vereinfachten Erklärung oder der Informationen, die von den Mitgliedstaaten für jeden Marktteilnehmer im Informationssystem gemäß Artikel 33 zur Verfügung gestellt werden.

(2) Die Kontrollen der Marktteilnehmer können gegebenenfalls auch Folgendes umfassen, insbesondere wenn die in Absatz 1 genannten Prüfungen Fragen aufgeworfen haben:

a) eine Prüfung der relevanten Rohstoffe oder der relevanten Erzeugnisse vor Ort, um deren Übereinstimmung mit den für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht verwendeten Unterlagen zu überprüfen,

b) eine Prüfung der gemäß Artikel 24 ergriffenen Korrekturmaßnahmen,

c) alle technischen und wissenschaftlichen Mittel, einschließlich anatomischer Analysen, chemischer Analysen oder DNA-Analysen, die zur Bestimmung der Art oder des genauen Ortes, an dem der relevante Rohstoff oder das relevante Erzeugnis erzeugt wurde, geeignet sind,

d) alle zur Feststellung, ob die relevanten Erzeugnisse entwaldungsfrei sind, geeigneten technischen und wissenschaftlichen Mittel, einschließlich Erdbeobachtungsdaten wie aus dem Copernicus-Programm und entsprechenden Werkzeugen oder aus anderen öffentlich oder privat verfügbaren Quellen, und

e) Stichprobenkontrollen, einschließlich Vor-Ort-Prüfungen, gegebenenfalls und sofern diese zustimmen auch in Drittländern in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden dieser Drittländer.

Artikel 19

Kontrollen der nachgelagerten Marktteilnehmer und Händler

(1) Die Kontrollen der nachgelagerten Marktteilnehmer und Händler umfassen die Prüfung von Unterlagen und Aufzeichnungen, die die Einhaltung von Artikel 5 Absätze 1, 2, 3 und 4 belegen.

(2) Die Kontrollen der nachgelagerten Marktteilnehmer und Händler können zudem gegebenenfalls, insbesondere wenn die Prüfungen nach Absatz 1 Fragen aufgeworfen haben, Stichproben, einschließlich Vor-Ort-Prüfungen, umfassen.“

12. Artikel 20 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mitgliedstaaten können ihre zuständigen Behörden ermächtigen, von den Marktteilnehmern, nachgelagerten Marktteilnehmern oder Händlern die Erstattung sämtlicher Kosten ihrer Tätigkeit im Zusammenhang mit Verstößen zu verlangen.“

13. Artikel 21 ***Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung***:

„(2) Die zuständigen Behörden treffen mit der Kommission Verwaltungsvereinbarungen über die Übermittlung von Informationen zu Untersuchungen und die Durchführung von Untersuchungen. Die zuständigen Behörden teilen der Kommission auch alle wesentlichen dokumentierten technischen Fehler oder erheblichen Störungen mit, die sich aus dem in Artikel 33 genannten Informationssystem ergeben.

3) Die zuständigen Behörden tauschen die für die Durchsetzung dieser Verordnung erforderlichen Informationen unter anderem über das Informationssystem gemäß Artikel 33 aus. Dies beinhaltet, dass die zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten Zugang zu Informationen über Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer und Händler, einschließlich Sorgfaltserklärungen und vereinfachte Erklärungen für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger, und über die Art der durchgeführten Kontrollen und deren Ergebnisse erhalten und entsprechende Daten mit ihnen ausgetauscht werden, um die Durchsetzung dieser Verordnung zu erleichtern.“

14. Artikel 22 Absatz 1 Buchstaben b und c erhalten folgende Fassung:

„b) die Anzahl und die Ergebnisse der Kontrollen, die bei Marktteilnehmern, nachgelagerten Marktteilnehmern und Händlern durchgeführt wurden, und die Gesamtzahl der Marktteilnehmer, der nachgelagerten nicht-KMU-Marktteilnehmer und nicht-KMU-Händler, einschließlich der Art der festgestellten Verstöße,

c) die Menge der geprüften relevanten Erzeugnisse im Verhältnis zur Gesamtmenge der in Verkehr gebrachten oder ausgeführten relevanten Erzeugnisse, die von einer Sorgfaltserklärung im Informationssystem gemäß Artikel 33 der vorliegenden Verordnung abgedeckt sind; die Erzeugerländer; für relevante Erzeugnisse, die auf den Markt gelangen oder diesen verlassen, ist die Menge in Kilogramm Eigenmasse anzugeben und gegebenenfalls in der besonderen Maßeinheit, die bei dem angegebenen Code des Harmonisierten Systems in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates festgelegt ist; in allen anderen Fällen ist die Menge in Eigenmasse oder gegebenenfalls in Volumen oder Stückzahl anzugeben; eine besondere Maßeinheit ist anzugeben, wenn eine solche konsequent für alle möglichen Unterpositionen des in der Sorgfaltserklärung angegebenen Codes des Harmonisierten Systems definiert ist,“

15. Artikel 24 erhält folgende Fassung:

„Artikel 24

Korrekturmaßnahmen bei Verstößen

(1) Stellen die zuständigen Behörden unbeschadet des Artikels 25 fest, dass ein Marktteilnehmer, nachgelagerter Marktteilnehmer oder Händler gegen diese Verordnung verstoßen hat, oder dass ein in Verkehr gebrachtes, auf dem Markt bereitgestelltes oder ausgeführtes relevantes Erzeugnis nichtkonform ist, so fordern sie den betreffenden Marktteilnehmer, nachgelagerten Marktteilnehmer oder Händler unverzüglich auf, geeignete und verhältnismäßige Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um den Verstoß innerhalb einer festgelegten, angemessenen Frist zu beenden.

(2) Für die Zwecke von Absatz 1 umfassen die vom Marktteilnehmer, nachgelagerten Marktteilnehmer oder Händler zu ergreifenden Korrekturmaßnahmen mindestens eine der folgenden Handlungen:

a) Behebung formeller Verstöße, insbesondere gegen die Anforderungen aus Kapitel 2;

b) Verhinderung, dass das relevante Erzeugnis in Verkehr gebracht, auf dem Markt bereitgestellt oder ausgeführt wird;

c) sofortige Rücknahme vom Markt oder sofortiger Rückruf des relevanten Erzeugnisses;

d) Spende des relevanten Erzeugnisses an gemeinnützige oder im öffentlichen Interesse liegende Zwecke oder, falls dies nicht möglich ist, Entsorgung des Erzeugnisses im Einklang mit den Abfallbewirtschaftungsvorschriften der Union.

(3) Unabhängig von den nach Absatz 2 ergriffenen Korrekturmaßnahmen behebt der Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer oder Händler jegliche Mängel in der Sorgfaltspflichtregelung, um der Gefahr weiterer Verstöße gegen diese Verordnung vorzubeugen.

(4) Ergreift der Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer oder Händler innerhalb der von der zuständigen Behörde gemäß Absatz 1 festgelegten Frist keine Korrekturmaßnahmen nach Absatz 2 oder wird ein Verstoß nach Absatz 1 nicht beseitigt, so stellen die zuständigen Behörden nach Ablauf dieser Frist die Umsetzung der vorgeschriebenen Korrekturmaßnahme nach Absatz 2 mit allen ihnen gemäß dem Recht des betreffenden Mitgliedstaats zur Verfügung stehenden Mitteln sicher.“

16. Artikel 25 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Unbeschadet der Verpflichtungen, denen sie gemäß der Richtlinie 2008/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates* unterliegen, erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften über Sanktionen, die bei Verstößen gegen diese Verordnung durch Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer und Händler zu verhängen sind, und treffen alle für die Anwendung der Sanktionen erforderlichen Maßnahmen. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Vorschriften und Maßnahmen mit und melden ihr unverzüglich alle diesbezüglichen Änderungen.

---

* Richtlinie 2008/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 28, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2008/99/oj).“

b) In Absatz 2 erhalten Buchstaben a, b und c folgende Fassung:

„a) Geldstrafen oder Geldbußen, die im Verhältnis zu der Umweltschädigung und zum Wert der relevanten Rohstoffe oder relevanten Erzeugnisse stehen, wobei die Höhe solcher Geldstrafen oder Geldbußen so berechnet wird, dass bei den Verantwortlichen der wirtschaftliche Gewinn aus ihren Verstößen tatsächlich abgeschöpft wird, und die Sanktionen bei wiederholten Verstößen schrittweise angehoben werden; wenn es sich um eine juristische Person handelt, wird der Höchstbetrag der Geldstrafe oder Geldbuße auf mindestens 4 % des nach dem Verfahren zur Berechnung des Gesamtumsatzes gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates* berechneten jährlichen unionsweiten Gesamtumsatzes des Marktteilnehmers, nachgelagerten Marktteilnehmers oder Händlers in dem Geschäftsjahr vor der Entscheidung über die Verhängung der Geldstrafe oder Geldbuße festgelegt und gegebenenfalls so erhöht, dass er höher ausfällt als der potenzielle wirtschaftliche Gewinn;

b) die Einziehung der relevanten Erzeugnisse beim Marktteilnehmer, nachgelagerten Marktteilnehmer und/oder Händler;

c) die Einziehung der Einnahmen, die der Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer und/oder Händler aus einer Transaktion mit den relevanten Erzeugnissen erzielt hat;

---

* Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2004/139/oj).“

17. Artikel 26 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Referenznummer der Sorgfaltserklärung oder die Identifikationsnummer für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger wird den Zollbehörden vor der Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr oder zur Ausfuhr eines relevanten Erzeugnisses, das auf den Markt gelangt oder diesen verlässt, zur Verfügung gestellt. Zu diesem Zweck stellt die Person, die die Zollanmeldung zur Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr oder zur Ausfuhr des relevanten Erzeugnisses abgibt, den Zollbehörden die Referenznummer der Sorgfaltserklärung oder die Identifikationsnummer für Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger, die einem relevanten Erzeugnis zugewiesen wurde, zur Verfügung, es sei denn, die Sorgfaltserklärung wird über die in Artikel 28 Absatz 2 genannte elektronische Schnittstelle bereitgestellt. ***Dieser Absatz gilt nicht für die Ausfuhr eines relevanten Erzeugnisses durch einen nachgelagerten Marktteilnehmer.***“

b) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Geht aus dem Status nach Absatz 6 des vorliegenden Artikels hervor, dass für das relevante Erzeugnis, das auf den Markt gelangt oder diesen verlässt, gemäß Artikel 17 Absatz 2 festgestellt wurde, dass es vor dem Inverkehrbringen oder der Ausfuhr kontrolliert werden muss, so setzen die Zollbehörden die Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr oder zur Ausfuhr dieses relevanten Erzeugnisses aus.“

18. Artikel 27 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Zollbehörden dürfen im Einklang mit Artikel 12 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 vertrauliche Informationen, die sie im Zuge der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erheben oder die ihnen auf vertraulicher Basis übermittelt werden, an die zuständige Behörde des Mitgliedstaats übermitteln, in dem der Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer, Händler oder Bevollmächtigte niedergelassen ist.“

19. Artikel 28 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Kommission entwickelt eine elektronische Schnittstelle auf der Grundlage der mit der Verordnung (EU) 2022/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates* eingerichteten Single-Window-Umgebung der Europäischen Union für den Zoll, um die Übermittlung von Daten, insbesondere den Mitteilungen und Ersuchen gemäß Artikel 26 Absätze 6 bis 9 der vorliegenden Verordnung, zwischen den nationalen Zollsystemen und dem Informationssystem gemäß Artikel 33 zu ermöglichen. Diese elektronische Schnittstelle steht bis zum 1. Dezember 2029 zur Verfügung.

---

* Verordnung (EU) 2022/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 zur Einrichtung der Single-Window-Umgebung der Europäischen Union für den Zoll und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2399/oj).“

b) Nummer 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) dass Marktteilnehmer der Verpflichtung, die Sorgfaltserklärung für einen relevanten Rohstoff oder ein relevantes Erzeugnis gemäß Artikel 4 der vorliegenden Verordnung zu übermitteln, entsprechen können, indem sie diese über die nationale Single-Window-Umgebung gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) 2022/2399 zur Verfügung stellen, und von den zuständigen Behörden diesbezüglich Rückmeldung erhalten können und“

20. Artikel 31 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Natürliche oder juristische Personen können begründete Bedenken bei den zuständigen Behörden geltend machen, wenn sie der Auffassung sind, dass ein oder mehrere Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer oder Händler gegen diese Verordnung verstoßen.

(2) Die zuständigen Behörden bewerten ohne ungebührliche Verzögerung, sorgfältig und unparteiisch die begründeten Bedenken, einschließlich der Frage, ob die Behauptungen begründet sind, und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich der Durchführung von Kontrollen und Anhörungen von Marktteilnehmern, nachgelagerten Marktteilnehmern und Händlern, um potenzielle Verstöße gegen diese Verordnung aufzudecken und gegebenenfalls vorläufige Maßnahmen gemäß Artikel 23 zu ergreifen, um zu verhindern, dass die relevanten Erzeugnisse, die Gegenstand der Untersuchung sind, in Verkehr gebracht, auf dem Markt bereitgestellt oder ausgeführt werden.“

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Unbeschadet der Verpflichtungen gemäß der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates* sehen die Mitgliedstaaten Maßnahmen zum Schutz der Identität der natürlichen oder juristischen Personen vor, die begründete Bedenken vorlegen oder Untersuchungen durchführen, um die Einhaltung der Bestimmungen dieser Verordnung durch Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer oder Händler zu überprüfen.

---

* Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2019/1937/oj).“

21. Artikel 33 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

i) Nach Buchstabe a wird folgender Buchstabe eingefügt:

„aa) Registrierung von nachgelagerten nicht-KMU-Marktteilnehmern und nicht-KMU-Händlern gemäß Artikel 5 Absatz 2;“

ii) Die Buchstaben b und c erhalten folgende Fassung:

„b) Registrierung von Sorgfaltserklärungen, einschließlich der Übermittlung einer Referenznummer für jede durch das Informationssystem übermittelte Sorgfaltserklärung an den betreffenden Marktteilnehmer;

c) Registrierung vereinfachter Erklärungen, die von Kleinst- oder Kleinprimärerzeugern übermittelt werden, und Zuweisung einer Identifikationsnummer an den betreffenden Marktteilnehmer;“

iii) Buchstabe g erhält folgende Fassung:

„g) Bereitstellung einschlägiger Informationen zur Unterstützung der Erstellung der Risikoprofile für den Kontrollplan gemäß Artikel 16 Absatz 5, einschließlich der Kontrollergebnisse, der Risikoprofile für Marktteilnehmer, nachgelagerte Marktteilnehmer, Händler sowie relevante Rohstoffe und relevante Erzeugnisse zum Zweck der Ermittlung — auf der Grundlage elektronischer Datenverarbeitungstechniken — der Marktteilnehmer, nachgelagerten Marktteilnehmer und Händler, die gemäß Artikel 16 Absatz 5 zu kontrollieren sind, sowie der relevanten Erzeugnisse, die von den zuständigen Behörden zu kontrollieren sind;“

iv) Buchstabe i erhält folgende Fassung:

„i) Unterstützung der Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden und den Marktteilnehmern, nachgelagerten Marktteilnehmern und Händlern für die Zwecke der Durchführung dieser Verordnung, einschließlich gegebenenfalls durch den Einsatz digitaler Instrumente zum Lieferkettenmanagement.“

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorschriften für die Funktionsweise des Informationssystems nach diesem Artikel fest, darunter

a) Vorschriften für den Schutz personenbezogener Daten und den Datenaustausch mit anderen IT-Systemen;

b) Notfallregelungen für den Fall, dass die Funktionen des Informationssystems nicht verfügbar sind.

Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem in Artikel 36 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.“

c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Kommission gewährt den Zollbehörden, den zuständigen Behörden, den Marktteilnehmern, nachgelagerten Marktteilnehmern und den Händlern und gegebenenfalls deren Bevollmächtigten im Einklang mit deren jeweiligen Verpflichtungen im Rahmen dieser Verordnung Zugang zu diesem Informationssystem.“

22. Artikel 34 erhält folgende Fassung:

„Artikel 34

Überprüfung

(1) Die Kommission kann gemäß Artikel 35 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs I in Bezug auf die entsprechenden KN-Codes von relevanten Erzeugnissen erlassen, die relevante Rohstoffe enthalten, mit diesen gefüttert oder unter deren Verwendung hergestellt wurden.

(1a) Bis zum 30. April 2026 nimmt die Kommission eine Vereinfachung dieser Verordnung vor und legt dem Europäischen Parlament und dem Rat auf dieser Grundlage einen Bericht vor, dem gegebenenfalls ein Gesetzgebungsvorschlag beigefügt ist.

(2) Bis zum 30. Juni 2030 und danach mindestens alle fünf Jahre führt die Kommission eine allgemeine Überprüfung dieser Verordnung durch und legt dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht vor, dem gegebenenfalls ein Gesetzgebungsvorschlag beigefügt ist. Der erste der Berichte enthält auf der Grundlage spezifischer Studien insbesondere eine Bewertung

a) der Notwendigkeit und Umsetzbarkeit zusätzlicher Instrumente zur Handelserleichterung, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, die von dieser Verordnung stark betroffen sind, sowie Länder oder deren Landesteile, die mit normalem oder hohem Risiko eingestuft wurden, um die Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung zu unterstützen;

b) der Auswirkungen dieser Verordnung auf Landwirte, insbesondere Kleinbauern, indigene Völker und lokale Gemeinschaften, und des möglichen Bedarfs an zusätzlicher Unterstützung zugunsten des Übergangs zu nachhaltigen Lieferketten und für Kleinbauern bei der Einhaltung der Anforderungen dieser Verordnung;

c) der weiteren Ausdehnung der Begriffsbestimmung für „Waldschädigung“ auf der Grundlage einer eingehenden Analyse und unter Berücksichtigung der Fortschritte, die bei internationalen Beratungen zu diesem Thema erzielt wurden;

d) der Schwelle für die verpflichtende Verwendung von Polygonen nach Artikel 2 Nummer 28 unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Auswirkungen auf die Bekämpfung von Entwaldung und Waldschädigung;

e) der Veränderungen des Handelsgefüges bei den unter diese Verordnung fallenden relevanten Rohstoffen und relevanten Erzeugnissen, wenn diese Veränderungen auf eine Umgehungspraktik hindeuten könnten;

f) der Frage, ob mit den durchgeführten Kontrollen wirksam sichergestellt werden konnte, dass relevante Rohstoffe und relevante Erzeugnisse, die auf dem Markt bereitgestellt oder ausgeführt werden, Artikel 3 entsprechen;

g) der möglichen Ausweitung des Anwendungsbereichs dieser Verordnung auf sonstige bewaldete Flächen und des in Artikel 2 Nummer 13 genannten Stichtags, um den Beitrag der Union zur Umwandlung und Schädigung natürlicher Ökosysteme zu minimieren;

h) der möglichen Ausweitung des Anwendungsbereichs dieser Verordnung auf andere natürliche Ökosysteme, einschließlich sonstiger Flächen mit hohen Kohlenstoffbeständen und mit hohem Wert für die biologische Vielfalt wie Grünland, Torf- und Feuchtgebiete;

i) der Auswirkungen der relevanten Rohstoffe auf die Entwaldung und Waldschädigung entsprechend wissenschaftlichen Erkenntnissen, wobei Veränderungen des Verbrauchs berücksichtigt werden, einschließlich der Notwendigkeit und Durchführbarkeit einer Ausweitung des Anwendungsbereichs dieser Verordnung auf weitere Rohstoffe, einschließlich Mais, und zur Änderung oder Erweiterung der Liste der relevanten Erzeugnisse, einschließlich der möglichen Aufnahme von Biokraftstoffen (HS-Code 382600) in Anhang I;

j) der Rolle der Finanzinstitute bei der Unterbindung von Finanzströmen, die mittelbar oder unmittelbar zu Entwaldung und Waldschädigung beitragen, und die Notwendigkeit, in Rechtsakten der Union spezifische Verpflichtungen für Finanzinstitute vorzusehen;

k) der Rolle der nachgelagerten Marktteilnehmer und Händler bei der Sicherstellung, dass Lieferketten entwaldungsfrei sind und dass die Ziele dieser Verordnung erreicht werden;

l) der Rolle von Kleinst- oder Kleinprimärerzeugern bei der Sicherstellung, dass die Erzeugung entwaldungsfrei ist, dass die Ziele dieser Verordnung erreicht werden und eine Bewertung des möglichen Umgehungsrisikos.“

(23) Artikel 35 erhält folgende Fassung:

„Artikel 35

Ausübung der Befugnisübertragung

(1) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.

(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 34 Absatz 1 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem 29. Juni 2023 übertragen. Die Kommission erstellt spätestens sechs Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.

(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 34 Absatz 1 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

(4) Vor dem Erlass eines delegierten Rechtsakts konsultiert die Kommission die von den einzelnen Mitgliedstaaten benannten Sachverständigen, im Einklang mit den in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung enthaltenen Grundsätzen.

(5) Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.

(6) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 34 Absatz 1 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben, oder wenn vor

Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.“

24. Artikel 37 erhält folgende Fassung:

„Artikel 37

Aufhebung

(1) Die Verordnung (EU) Nr. 995/2010 wird mit Wirkung vom 30. Dezember ***2026*** aufgehoben.

(2) Die Verordnung (EU) Nr. 995/2010 gilt jedoch ***bis zum 31. Dezember 2029*** weiterhin ***für Holz und Holzerzeugnisse im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 995/2010, die vor dem 29. Juni 2023 erzeugt und ab dem 30. Dezember 2026 in Verkehr gebracht wurden.***

(3) Abweichend von Artikel 1 Absatz 2 der vorliegenden Verordnung müssen Holz und Holzerzeugnisse im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 995/2010, die vor dem 29. Juni 2023 erzeugt und ab dem 31. Dezember ***2029*** in Verkehr gebracht wurden, Artikel 3 der vorliegenden Verordnung entsprechen.“

25. Artikel 38 erhält folgende Fassung:

„Artikel 38

Inkrafttreten und Geltungsbeginn

(1) Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

(2) ***Vorbehaltlich Absatz 3 des vorliegenden Artikels finden jedoch die*** Artikel 3 bis 13, ***16 bis 24***, 26, 31 und 32 ab dem 30. Dezember ***2026 Anwendung***.

(3) Für Marktteilnehmer, ***unabhängig davon, ob es sich bei ihnen um natürliche Personen oder Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 bzw. 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU handelt, unabhängig von ihrer Rechtsform,*** die am 31. Dezember 2024 als ***solche*** niedergelassen waren, gelten die in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Artikel ab dem 30. ***Juni 2027, jedoch nicht bezüglich Erzeugnissen, die unter den Anhang der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 fallen***.“

26. ***In Anhang I wird in der Tabelle die Zeile „ex 49 Bücher, Zeitungen, Bilddrucke und andere Erzeugnisse des grafischen Gewerbes, hand- oder maschinengeschriebene Schriftstücke und Pläne“ gestrichen.***

27. Anhang II wird gemäß Anhang I der vorliegenden Verordnung geändert.

28. Der Wortlaut von Anhang II der vorliegenden Verordnung wird als Anhang III angefügt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat

Geschehen zu ... am

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident/Die Präsidentin*

ANHANG I

Anhang II Nummer 4 wird gestrichen.

ANHANG II

„ANHANG III

VEREINFACHTE ERKLÄRUNG FÜR KLEINST- ODER KLEINPRIMÄRERZEUGER

Angaben, die in der vereinfachten ***einmaligen*** Erklärung von Kleinst- oder Kleinprimärerzeugern gemäß Artikel 4a Absatz 3 enthalten sein müssen:

1. Name und Anschrift des Kleinst- oder Kleinprimärerzeugers sowie bei relevanten Rohstoffen und relevanten Erzeugnissen, die auf den Markt gelangen oder diesen verlassen, die gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 festgelegte Registrierungs- und Identifizierungsnummer für Wirtschaftsbeteiligte (EORI-Nummer).

2. Code des Harmonisierten Systems (HS-Code) und Freitextbeschreibung der relevanten Erzeugnisse, einschließlich Handelsbezeichnung, und ***einmalige geschätzte*** jährliche Menge der relevanten Erzeugnisse, die in Verkehr gebracht oder ausgeführt werden sollen, ausgedrückt in Eigenmasse, wobei die geschätzte prozentuale Abweichung anzuführen ist, oder gegebenenfalls ausgedrückt in Eigenvolumen oder Stückzahl. Für relevante Erzeugnisse, die auf den Markt gelangen oder diesen verlassen, ist die ***geschätzte*** Menge in Kilogramm Eigenmasse anzugeben und gegebenenfalls in der besonderen Maßeinheit, die bei dem angegebenen Code des Harmonisierten Systems in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates festgelegt ist; in allen anderen Fällen ist die Menge in Eigenmasse, wobei die geschätzte prozentuale Abweichung anzuführen ist, oder gegebenenfalls in Eigenvolumen oder Stückzahl anzugeben. Eine besondere Maßeinheit ist anzugeben, wenn eine solche konsequent für alle möglichen Unterpositionen des in der Sorgfaltserklärung angegebenen Codes des Harmonisierten Systems definiert ist.

3. Erzeugerland und Postanschrift oder Geolokalisierung aller Grundstücke ***oder Postanschrift des Betriebs oder aller Grundstücke***, auf denen der Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger relevante Rohstoffe erzeugt. Bei relevanten Erzeugnissen, die Rind enthalten oder unter Verwendung von Rindern hergestellt wurden, und bei relevanten Erzeugnissen, die mit relevanten Erzeugnissen gefüttert wurden, bezieht sich die Postanschrift oder die Geolokalisierung auf alle Betriebe, in denen die Rinder gehalten werden. Werden die relevanten Erzeugnisse auf verschiedenen Grundstücken erzeugt, so ist die Postanschrift oder die Geolokalisierung aller Grundstücke gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe d anzugeben.

4. Folgende Erklärung: „Mit dieser Erklärung bestätigt der Kleinst- oder Kleinprimärerzeuger, dass er die Sorgfaltspflicht gemäß der Verordnung (EU) 2023/1115 in Bezug auf die relevanten Erzeugnisse, die er in Verkehr bringt oder ausführt, erfüllen wird, und dass er diese nur dann in Verkehr bringen oder ausführen wird, wenn kein oder lediglich ein vernachlässigbares Risiko festgestellt wurde, dass die relevanten Erzeugnisse gegen Artikel 3 Buchstabe a oder b der genannten Verordnung verstoßen.“

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0327

Genetisch veränderter Mais der Sorte NK603

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D110123/02 – 2025/2958(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D110123/02),

– gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel[1], insbesondere auf Artikel 11 Absatz 3 und Artikel 22 Absatz 3,

– unter Hinweis auf die Abstimmung vom 14. Oktober 2025 in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel, aus der keine Stellungnahme hervorging, und die Abstimmung im Berufungssauschuss vom 17. Dezember 2025, aus der ebenfalls keine Stellungnahme hervorging,

– gestützt auf Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse[2] durch die Kommission kontrollieren,

– unter Hinweis auf die am 22. Mai 2025 angenommene und am 20. Juni 2025 veröffentlichte Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit

[1] ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2003/1829/oj.
[2] ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj.

(EFSA)[3],

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen mit Einwänden gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen (GVO)[4],

---

[3] Wissenschaftliche Stellungnahme des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen zur Bewertung von genetisch verändertem Mais der Sorte NK603 zwecks Erneuerung der Zulassung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 (Dossier GMFF-2023-21250). EFSA Journal 23 (2025), Nr. 6, 9505, https://doi.org/10.2903/j.efsa.2025.9505.

[4] In der achten Wahlperiode nahm das Parlament 36 Entschließungen und in der neunten Wahlperiode 38 Entschließungen an, in denen Einwände gegen die Zulassung von GVO erhoben wurden. Zudem hat das Parlament in der zehnten Wahlperiode die folgenden Entschließungen angenommen:

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2628 der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × NK603 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1797, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1797/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2627 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle COT102 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1798, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1798/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2629 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 und aus acht Unterkombinationen enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1799, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1799/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1828 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais MON 810 enthalten oder aus ihm bestehen, sowie von Lebens- und Futtermitteln, die aus diesem genetisch veränderten Mais gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/1207 der Kommission (ABl. C, C/2025/1800, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1800/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2024/1822 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais DP915635 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1801, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1801/oj).

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1826 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP23211 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1802, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1802/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2618 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP202216 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1803, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1803/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 94804 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1804, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1804/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP910521 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2246, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2246/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 95275 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2247, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2247/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Mai 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0106).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2025/1898 vom 22. September 2025 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP51291 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0222).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DAS1131 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0288).

– gestützt auf Artikel 115 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit,

A. in der Erwägung, dass das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 (im Folgenden „genetisch veränderter Mais“) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, mit dem Durchführungsbeschluss 2015/684[5] der Kommission zugelassen wurde; in der Erwägung, dass diese Zulassung außerdem das Inverkehrbringen anderer Erzeugnisse als Lebens- und Futtermittel, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 enthalten oder aus ihm bestehen, zu den gleichen Verwendungszwecken wie bei jeder anderen Maissorte außer zum Anbau betrifft;

B. in der Erwägung, dass am 11. März 2024 Bayer Agriculture B.V. mit Sitz in Belgien im Namen von Bayer CropScience LP mit Sitz in den Vereinigten Staaten bei der Kommission gemäß den Artikeln 11 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 einen Antrag auf Erneuerung dieser Zulassung stellte;

C. in der Erwägung, dass die EFSA am 20. Juni 2025 im Einklang mit den Artikeln 6 und 18 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 eine befürwortende wissenschaftliche Stellungnahme über genetisch veränderten Mais abgegeben hat, in der sie zu dem Schluss kam, dass der Antrag auf Erneuerung keine Nachweise für neue Risiken, eine

---

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte MON 88913 (MON-88913-8) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0289).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps der Sorte MON 88302 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0290).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0291).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0292).

[5] Durchführungsbeschluss (EU) 2015/684 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von genetisch verändertem Mais der Sorte NK603 (MON-ØØ6Ø3-6) und über die Erneuerung der Zulassung bereits existierender NK603-(MON-ØØ6Ø3-6-)Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 6, ELI:). http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2015/684/oj).

veränderte Exposition oder wissenschaftliche Unsicherheiten enthielt, die eine Korrektur der Schlussfolgerungen der ursprünglichen, von der EFSA 2009[6] angenommenen Risikobewertung für genetisch veränderten Mais erforderlich machen würden; in der Erwägung, dass in diesen Stellungnahmen mehrere umfassendere ökologische, sozioökonomische und kumulative Auswirkungen unberücksichtigt blieben, die nach Ansicht der EFSA nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen;

D. in der Erwägung, dass genetisch veränderter Mais mit dem Ziel entwickelt wurde, dass er gegenüber Glyphosat resistent ist;

E. in der Erwägung, dass die von der EFSA durchgeführten Risikobewertungen keine langfristigen toxikologischen Studien oder detaillierten Analysen der kumulativen und kombinatorischen Auswirkungen, einschließlich möglicher Wechselwirkungen mit Rückständen von Pestiziden, die üblicherweise beim Anbau von Mais verwendet werden, umfasste;

F. in der Erwägung, dass die meisten genetisch veränderten Pflanzen, auch der genetisch veränderte Mais, genetisch verändert wurden, damit sie gegenüber einem oder mehreren Komplementärherbiziden resistent sind, die beim Anbau der genetisch veränderten Pflanzen eingesetzt werden können, ohne dass die Pflanzen absterben, was bei nicht herbizidresistenten Pflanzen der Fall wäre; in der Erwägung, dass aus mehreren Studien hervorgeht, dass bei herbizidresistenten genetisch veränderten Kulturen vermehrt Komplementärherbizide zum Einsatz kommen, was zum großen Teil dem Auftreten herbizidresistenter Unkräuter[7] geschuldet ist;

G. in der Erwägung, dass herbizidresistente genetisch veränderte Kulturen Landwirte in einem System der Unkrautbekämpfung gefangen halten, das weitgehend oder vollständig auf Herbiziden beruht, und zwar indem ein Aufschlag für genetisch verändertes Saatgut berechnet wird, der nur gerechtfertigt werden kann, wenn die Landwirte, die dieses Saatgut kaufen, auch Komplementärherbizide versprühen; in der Erwägung, dass der verstärkte Einsatz von Komplementärherbiziden in landwirtschaftlichen Betrieben, die genetisch veränderten Mais anbauen, zur Folge hat, dass gegen diese Herbizide resistente Unkräuter schneller auftreten und sich rascher ausbreiten, wodurch der Bedarf an Herbiziden noch weiter steigt, sodass es sich hier um einen Teufelskreis handelt, der auch als „Herbizid-Tretmühle“ bezeichnet wird; in der Erwägung, dass sich die nachteiligen Auswirkungen der übermäßigen Abhängigkeit von Herbiziden auf die Bodengesundheit, die Wasserqualität und die oberirdische und unterirdische biologische Vielfalt folglich verschlimmern und eine verstärkte Exposition

---

6 GVO-Gremium der EFSA, 2009: Wissenschaftliche Stellungnahme des Gremiums für genetisch veränderte Organismen zu den Anträgen (EFSA-GMO-NL-2005-22 und EFSA-GMO-RX-NK603) auf das Inverkehrbringen von genetisch verändertem glyphosatresistentem Mais der Sorte NK603 zum Anbau, zur Verwendung in Lebens- und Futtermitteln sowie zur Einfuhr und Verarbeitung und auf Erneuerung der Zulassung von Mais der Sorte NK603 als bereits bestehendes Produkt. EFSA Journal, 7(6), 1137, https://doi.org/10.2903/j.efsa.2009.1137.

7 Siehe z. B. Bonny, S., „Genetically Modified Herbicide-Tolerant Crops, Weeds, and Herbicides: Overview and Impact“ (Genetisch veränderte herbizidresistente Kulturen, Unkräuter und Herbizide: Überblick und Auswirkungen), Environmental Management, Januar 2016; 57(1), S. 31-48, https://doi.org/10.1007/s00267-015-0589-7, und Benbrook, C. M.: „Impacts of genetically engineered crops on pesticide use in the U.S. – the first sixteen years“ (Auswirkungen von genetisch veränderten Nutzpflanzen auf den Pestizideinsatz in den USA – die ersten sechzehn Jahre), Environmental Sciences Europe; 28. September 2012, Bd. 24(1), https://doi.org/10.1186/2190-4715-24-24.

von Menschen und Tieren hervorrufen werden, und zwar möglicherweise auch im Wege höherer Herbizidrückstände in Lebens- und Futtermitteln[8];

H. in der Erwägung, dass nach wie vor ernsthafte Bedenken hinsichtlich der krebserzeugenden Wirkung von Glyphosat bestehen; in der Erwägung, dass die EFSA im November 2015 zu dem Schluss gelangte, dass Glyphosat wahrscheinlich nicht krebserzeugend sei, und die Europäische Chemikalienagentur im März 2017 folgerte, dass keine Klassifizierung erforderlich sei; in der Erwägung, dass das Internationale Krebsforschungszentrum – das spezialisierte Krebszentrum der Weltgesundheitsorganisation – Glyphosat hingegen 2015 als für den Menschen wahrscheinlich krebserzeugend eingestuft hat; in der Erwägung, dass die Karzinogenität von Glyphosat in einer Reihe von aktuellen wissenschaftlichen und von Fachkollegen begutachteten Studien bestätigt wurde[9];

I. in der Erwägung, dass das Risiko eines Genflusses von Mais zu Wildformen wie der Teosinte, wie in Spanien und Frankreich gemeldet, Anlass zu Bedenken hinsichtlich der Transgenpersistenz und der Umweltauswirkungen gibt;

J. in der Erwägung, dass eine unabhängige Überwachung und Beobachtung potenzieller nachteiliger Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Bodengesundheit, Bestäuber und Nichtzielorganismen nach wie vor nicht ausreichend gewährleistet sind;

K. in der Erwägung, dass der in Artikel 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankerte Grundsatz der Vorsorge bei wissenschaftlicher Unsicherheit Anwendung finden sollte;

L. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 festgelegt ist, dass genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen;

M. in der Erwägung, dass die Erneuerung der Zulassung von genetisch verändertem Mais durch die Union nicht im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen zur Verringerung des Gebrauchs von Pestiziden[10] stehen würde, da die Exposition von Menschen, Tieren und der Umwelt gegenüber Glyphosat, Dicamba und Glufosinat in Ländern, in denen diese herbizidresistente genetisch veränderte Kulturpflanze angebaut wird, steigt und die gesundheitlichen Beeinträchtigungen möglicherweise schwerwiegend sind;

---

8 Siehe z. B. https://doi.org/10.1002/ps.8105, https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2009.03.009.

9 Siehe z. B. https://doi.org/10.1016/j.mrrev.2019.02.001, https://doi.org/10.1093/ije/dyz017, https://doi.org/10.1371/journal.pone.0219610 und https://doi.org/10.1186/s13045-019-0767-9.

10 Im Dezember 2022 wurde auf der 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (COP 15) ein globaler Biodiversitätsrahmen vereinbart, der u. a. das globale Ziel umfasst, das Risiko durch Pestizide bis 2030 um mindestens 50 % zu verringern (siehe https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7834).

N. in der Erwägung, dass mit dem Durchführungsbeschluss der Kommission weiterhin Einfuhren von Erzeugnissen in die Union ermöglicht würden, die nicht den von den Landwirten in der Union eingehaltenen Standards entsprechen, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt würden;

O. in der Erwägung, dass die Kommission in den Schlussfolgerungen des strategischen Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU[11] aufgefordert wird, ihren Ansatz in Bezug auf den Marktzugang für Ein- und Ausfuhren im Agrar- und Lebensmittelsektor zu überdenken, da die unterschiedlichen Standards der Union und ihrer Handelspartner eine Herausforderung darstellen; in der Erwägung, dass fairere Handelsbeziehungen auf globaler Ebene, die mit den Zielen für eine gesunde Umwelt im Einklang stehen, zu den zentralen Forderungen der Landwirte während der Demonstrationen in den Jahren 2023 und 2024 zählten;

P. in der Erwägung, dass das Parlament wiederholt betont hat, dass die Kommission GVO nicht zulassen sollte, wenn die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel oder im Berufungsausschuss keine qualifizierte Mehrheit erzielen, damit dem anhaltenden Demokratiedefizit entgegengewirkt wird;

Q. in der Erwägung, dass die Kommission trotz der von ihr selbst eingeräumten demokratischen Defizite, der fehlenden Unterstützung durch die Mitgliedstaaten und der Einwände des Europäischen Parlaments nach wie vor GVO zulässt;

R. in der Erwägung, dass im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ bei der Bewertung der langfristigen Nachhaltigkeit und Sicherheit von GVO die Wechselbeziehungen zwischen der Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und der Umwelt berücksichtigt werden müssen;

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem Unionsrecht insofern zuwiderläuft, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar ist, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates[12] darin besteht, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher im Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten;

3. fordert die Kommission auf, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen;

---

11 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/agriculture-and-green-deal/strategic-dialogue-future-eu-agriculture_de.

12 Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2002/178/oj).

4. fordert die Kommission auf, die Zulassung von genetisch verändertem Mais aufgrund fehlender ausreichender Nachweise über die langfristigen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Lebensmittelsicherheit, die Lebensgrundlage der Landwirte und die Tiergesundheit im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ nicht zu erneuern;

5. fordert die Kommission auf, umgehend einen Gesetzgebungsvorschlag zur Reform des Beschlussfassungsverfahrens in Bezug auf GVO vorzulegen, um auf die wiederholten Einwände des Parlaments und das Fehlen einer Unterstützung durch eine qualifizierte Mehrheit unter den Mitgliedstaaten zu reagieren;

6. betont in diesem Zusammenhang, dass die Zulassung der Einfuhr von genetisch veränderten Pflanzen, die gegen in der Union verbotene Herbizide wie Glufosinat resistent gemacht wurden, für die Verwendung als Lebens- oder Futtermittel nicht mit den internationalen Verpflichtungen der Union unter anderem im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt und der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, einschließlich des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal, vereinbar ist und ungleiche Wettbewerbsbedingungen für die Landwirte in der Union schafft;

7. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0328

Genetisch veränderte Zuckerrübensorte KWS20-1

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Zuckerrübensorte KWS20-1 gewonnenen Lebensmitteln, Lebensmittelzutaten und Futtermitteln gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D110122/02 – 2025/2959(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Zuckerrübensorte KWS20-1 gewonnenen Lebensmitteln, Lebensmittelzutaten und Futtermitteln gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D110122/02),

– gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel[1], insbesondere auf Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 19 Absatz 3,

– unter Hinweis auf die Abstimmung vom 14. Oktober 2025 in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel, aus der keine Stellungnahme hervorging, und die Abstimmung im Berufungsausschuss vom 28. November 2025, aus der ebenfalls keine Stellungnahme hervorging,

– unter Hinweis auf Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren[2],

– unter Hinweis auf die am 26. März 2025 angenommene und am 12. Mai 2025 veröffentlichte Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit

1 ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2003/1829/oj.
2 ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj.

(EFSA)[3],

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen mit Einwänden gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen (GVO)[4],

---

[3] Wissenschaftliche Stellungnahme des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen zur Bewertung von genetisch veränderten Zuckerrüben der Sorte KWS20-1 (Antrag GMFF-2023-14732), EFSA Journal 2025; 23(5):9381, https://doi.org/10.2903/j.efsa.2025.9381.

[4] In der achten Wahlperiode nahm das Parlament 36 Entschließungen und in der neunten Wahlperiode 38 Entschließungen an, in denen Einwände gegen die Zulassung von GVO erhoben wurden. Zudem hat das Parlament in der zehnten Wahlperiode die folgenden Entschließungen angenommen:
- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2628 der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × NK603 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1798, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1797/oj).
- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2627 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle COT102 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1798, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1798/oj).
- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2629 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 und aus acht Unterkombinationen enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1799, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1799/oj).
- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1828 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais MON 810 enthalten oder aus ihm bestehen, sowie von Lebens- und Futtermitteln, die aus diesem genetisch veränderten Mais gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/1207 der Kommission (ABl. C, C/2025/1800, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1800/oj).
- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1822 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP915635 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1801, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1801/oj).

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1826 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP23211 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1802, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1802/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2618 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP202216 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1803, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1803/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 94804 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1804, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1804/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP910521 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2246, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2246/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 95275 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2247, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2247/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Mai 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0106).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2025/1898 vom 22. September 2025 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP51291 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0222).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DAS1131 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0288).

– gestützt auf Artikel 115 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit,

A. in der Erwägung, dass Bayer Agriculture B.V. mit Sitz in Belgien am 30. Mai 2023 im Namen von Bayer CropScience LP mit Sitz in den Vereinigten Staaten und KWS SAAT SE & Co. KGaA mit Sitz in Deutschland bei der zuständigen niederländischen Behörde gemäß den Artikeln 5 und 17 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 einen Antrag auf das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, Lebensmittelzutaten und Futtermitteln gestellt hat, die aus genetisch veränderten Zuckerrüben der Sorte KWS20-1 (im Folgenden „genetisch veränderte Zuckerrüben“) hergestellt werden;

B. in der Erwägung, dass die EFSA am 12. Mai 2025 eine befürwortende wissenschaftliche Stellungnahme abgegeben hat, in der sie zu dem Schluss kam, dass genetisch veränderte Zuckerrüben genauso sicher sind wie das entsprechende herkömmliche Äquivalent; in der Erwägung, dass in dieser Stellungnahme nicht auf mehrere umfassendere ökologische, sozioökonomische und kumulative Auswirkungen eingegangen wurde, die nach Ansicht der EFSA nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen;

C. in der Erwägung, dass genetisch veränderte Zuckerrüben mit dem Ziel entwickelt wurden, dass sie gegenüber Herbiziden auf Glyphosat-, Dicamba- und Glufosinat-Ammonium-Basis resistent sind;

D. in der Erwägung, dass die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung keine langfristigen toxikologischen Studien oder detaillierten Analysen der kumulativen und kombinatorischen Auswirkungen, einschließlich möglicher Wechselwirkungen mit

---

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte MON 88913 (MON-88913-8) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0289).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps der Sorte MON 88302 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0290).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0291).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0292).

Rückständen von Pestiziden, die üblicherweise beim Anbau von Zuckerrüben verwendet werden, umfasste;

E. in der Erwägung, dass die meisten genetisch veränderten Pflanzen, einschließlich genetisch veränderter Zuckerrüben, genetisch verändert wurden, damit sie gegenüber einem oder mehreren „Komplementärherbiziden“ resistent sind, die beim Anbau der genetisch veränderten Pflanzen eingesetzt werden können, ohne dass die Pflanzen absterben, was bei nicht herbizidtoleranten Pflanzen der Fall wäre; in der Erwägung, dass aus mehreren Studien hervorgeht, dass bei herbizidtoleranten genetisch veränderten Kulturen vermehrt Komplementärherbizide zum Einsatz kommen, was zum großen Teil dem Auftreten herbizidtoleranter Unkräuter geschuldet ist[5];

F. in der Erwägung, dass herbizidtolerante genetisch veränderte Kulturen Landwirte in einem System der Unkrautbekämpfung gefangen halten, das weitgehend oder vollständig auf Herbiziden beruht, und zwar indem ein Aufschlag für genetisch verändertes Saatgut berechnet wird, der nur gerechtfertigt werden kann, wenn die Landwirte, die dieses Saatgut kaufen, auch Komplementärherbizide sprühen; in der Erwägung, dass der verstärkte Einsatz von Komplementärherbiziden in landwirtschaftlichen Betrieben, die genetisch veränderte Zuckerrüben anbauen, zur Folge haben wird, dass gegen diese Herbizide resistente Unkräuter schneller auftreten und sich rascher ausbreiten, wodurch der Bedarf an Herbizid noch steigt, und es sich hier um einen Teufelskreis handelt, der auch als „Herbizid-Tretmühle“ bezeichnet wird; in der Erwägung, dass sich die nachteiligen Auswirkungen der übermäßigen Abhängigkeit von Herbiziden auf die Bodengesundheit, die Wasserqualität und die oberirdische und unterirdische biologische Vielfalt folglich verschlimmern und eine verstärkte Exposition von Menschen und Tieren hervorrufen werden, und zwar möglicherweise auch im Wege höherer Herbizidrückstände in Lebens- und Futtermitteln[6];

G. in der Erwägung, dass nach wie vor ernsthafte Bedenken hinsichtlich der krebserzeugenden Wirkung von Glyphosat bestehen; in der Erwägung, dass die EFSA im November 2015 zu dem Schluss gelangte, dass Glyphosat wahrscheinlich nicht krebserzeugend sei, und die Europäische Chemikalienagentur im März 2017 folgerte, dass keine Klassifizierung erforderlich sei; in der Erwägung, dass das Internationale Krebsforschungszentrum – das spezialisierte Krebszentrum der Weltgesundheitsorganisation – Glyphosat hingegen 2015 als für den Menschen wahrscheinlich krebserzeugend eingestuft hat; in der Erwägung, dass das krebserzeugende Potenzial von Glyphosat in einer Reihe von aktuellen wissenschaftlichen Studien, die einer Peer-Review unterzogen wurden, bestätigt

---

5 Siehe z. B. Bonny, S.: „Genetically Modified Herbicide-Tolerant Crops, Weeds, and Herbicides: Overview and Impact“ (Genetisch veränderte herbizidtolerante Kulturen, Unkräuter und Herbizide: Überblick und Auswirkungen), Environmental Management, Januar 2016; 57(1), S. 31-48, https://doi.org/10.1007/s00267-015-0589-7, und Benbrook, C. M.: „Impacts of genetically engineered crops on pesticide use in the U.S. – the first sixteen years“ (Auswirkungen von genetisch veränderten Nutzpflanzen auf den Pestizideinsatz in den USA – die ersten sechzehn Jahre), Environmental Sciences Europe; 28. September 2012, Band 24(1), https://doi.org/10.1186/2190-4715-24-24.

6 Siehe z. B. https://doi.org/10.1002/ps.8105, https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2009.03.009.

wurde[7];

H. in der Erwägung, dass Dicamba leicht flüchtig ist, was bedeutet, dass es sich nach seiner Anwendung verflüchtigt, in die Luft gelangt und vom Wind getragen wird, bis es auf den Boden niedergeht, wo Menschen, Tiere und Nichtzielpflanzen, Reben, Bäume und Sträucher Gefahr laufen, potenziell schwere Schäden zu erleiden, und zwar insbesondere dann, wenn die Exposition über mehrere Jahre anhält; in der Erwägung, dass die leichte Ausbreitung von Dicamba und die Schädigung benachbarter Kulturpflanzen, Bäume und Reben zu einer zunehmenden Spaltung geführt haben, bei der Landwirte Auseinandersetzungen untereinander bzw. mit Nachbarn auf dem Land austragen und es zu zahlreichen Streitigkeiten über den Verlust von Kulturpflanzen und die Kosten für die Neuanpflanzung kommt;

I. in der Erwägung, dass Glufosinat als reproduktionstoxisch (1B) eingestuft wird und demnach unter die in der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Ausschlusskriterien fällt[8]; in der Erwägung, dass die Genehmigung für die Verwendung von Glufosinat in der Union am 31. Juli 2018 ausgelaufen ist;

J. in der Erwägung, dass die Feldversuche, die den Antrag stützen, unter begrenzten geografischen und klimatischen Bedingungen durchgeführt wurden, und zwar ausschließlich in den Vereinigten Staaten von Amerika, die nicht die gesamte Vielfalt der Zuckerrübenanbaugebiete widerspiegeln, einschließlich derjenigen, die stark von klimawandelbedingten Stressfaktoren betroffen sind;

K. in der Erwägung, dass eine unabhängige Überwachung und Beobachtung potenzieller nachteiliger Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Bodengesundheit, Bestäuber und Nichtzielorganismen nach wie vor nicht ausreichend gewährleistet ist;

L. in der Erwägung, dass der in Artikel 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankerte Grundsatz der Vorsorge bei wissenschaftlicher Unsicherheit Anwendung finden sollte;

M. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 festgelegt ist, dass genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen;

N. in der Erwägung, dass die Zulassung der genetisch veränderten Zuckerrüben durch die Union nicht im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen zur Verringerung des

---

7 Siehe z. B. https://doi.org/10.1016/j.mrrev.2019.02.001, https://doi.org/10.1093/ije/dyz017, https://doi.org/10.1371/journal.pone.0219610 und https://doi.org/10.1186/s13045-019-0767-9.

8 Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2009/1107/oj).

Gebrauchs von Pestiziden[9] stehen würde, da die Exposition von Menschen, Tieren und der Umwelt gegenüber Glyphosat, Dicamba und Glufosinat in Ländern, in denen diese herbizidtolerante genetisch veränderte Kulturpflanze angebaut wird, steigt und die gesundheitlichen Beeinträchtigungen möglicherweise schwerwiegend sind;

O. in der Erwägung, dass mit dem Durchführungsbeschluss der Kommission Einfuhren von Erzeugnissen in die Union ermöglicht würden, die nicht den von den Landwirten in der Union eingehaltenen Standards entsprechen, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt würden;

P. in der Erwägung, dass die Kommission in den Schlussfolgerungen des strategischen Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU[10] aufgefordert wird, ihren Ansatz in Bezug auf den Marktzugang für Ein- und Ausfuhren im Agrar- und Lebensmittelsektor zu überdenken, da die unterschiedlichen Standards der Union und ihrer Handelspartner eine Herausforderung darstellen; in der Erwägung, dass fairere Handelsbeziehungen auf globaler Ebene, die mit den Zielen für eine gesunde Umwelt im Einklang stehen, zu den zentralen Forderungen der Landwirte während der Demonstrationen in den Jahren 2023 und 2024 zählten;

Q. in der Erwägung, dass das Parlament wiederholt betont hat, dass die Kommission GVO nicht zulassen sollte, wenn die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel oder im Berufungsausschuss keine qualifizierte Mehrheit erzielen, damit dem anhaltenden Demokratiedefizit entgegengewirkt wird;

R. in der Erwägung, dass die Kommission trotz der von ihr selbst eingeräumten demokratischen Defizite, der fehlenden Unterstützung durch die Mitgliedstaaten und der Einwände des Europäischen Parlaments nach wie vor GVO zulässt;

S. in der Erwägung, dass im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ bei der Bewertung der langfristigen Nachhaltigkeit und Sicherheit von GVO die Wechselbeziehungen zwischen der Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und der Umwelt berücksichtigt werden müssen;

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem Unionsrecht insofern zuwiderläuft, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar ist, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des

---

9 Im Dezember 2022 wurde auf der 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (COP 15) ein globaler Biodiversitätsrahmen vereinbart, der u. a. das globale Ziel umfasst, das Risiko durch Pestizide bis 2030 um mindestens 50 % zu verringern (siehe https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7834).

10 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/agriculture-and-green-deal/strategic-dialogue-future-eu-agriculture_de.

Rates[11] darin besteht, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher im Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten;

3. fordert die Kommission auf, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen;

4. fordert die Kommission auf, die genetisch veränderten Zuckerrüben aufgrund fehlender ausreichender Nachweise über die langfristigen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Lebensmittelsicherheit, die Lebensgrundlage der Landwirte und die Tiergesundheit im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ nicht zuzulassen;

5. fordert die Kommission auf, umgehend einen Gesetzgebungsvorschlag zur Reform des Beschlussfassungsverfahrens in Bezug auf GVO vorzulegen, um auf die wiederholten Einwände des Parlaments und das Fehlen einer qualifizierten Mehrheit unter den Mitgliedstaaten zu reagieren;

6. betont in diesem Zusammenhang, dass die Zulassung der Einfuhr von genetisch veränderten Pflanzen, die gegen in der Union verbotene Herbizide wie Glufosinat resistent gemacht wurden, für die Verwendung als Lebens- oder Futtermittel nicht mit den internationalen Verpflichtungen der Union unter anderem im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt und der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, einschließlich des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal, vereinbar ist und ungleiche Wettbewerbsbedingungen für die Landwirte in der Union schafft;

7. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

---

[11] Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2002/178/oj).

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0332

Abkommen zwischen der EU und Jordanien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit: Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung von Jordanien an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA)

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2025 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zur Änderung und Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung des Haschemitischen Königreichs Jordanien an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (14284/2024 – C10-0159/2025 – 2024/0178(NLE))

(Zustimmung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Beschlusses des Rates (14284/2024),

– unter Hinweis auf das Abkommen in Form eines Briefwechsels zur Änderung und Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung des Haschemitischen Königreichs Jordanien an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (14289/2024),

– unter Hinweis auf das vom Rat gemäß Artikel 186 und Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe a Ziffer v des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterbreitete Ersuchen um Zustimmung (C10-0159/2025),

– gestützt auf Artikel 107 Absätze 1 und 4 und Artikel 117 Absatz 7 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A10-0228/2025),

1. gibt seine Zustimmung zu dem Abschluss des Abkommens;

2. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und des

Haschemitischen Königreichs Jordanien zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0335

Militärische Mobilität

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2025 zu militärischer Mobilität (2025/2090(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Titel VI und XVI,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Titel V,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über Leitlinien der Union für den Aufbau des Transeuropäischen Verkehrsnetzes, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1153 und (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013[1],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014[2],

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, insbesondere die vom 26. Juni 2025, 6. März 2025, 21. und 22. März 2024, 14. und 15. Dezember 2023, 29. und 30. Juni 2023, 15. Dezember 2022 und 30. und 31. Mai 2022,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates, insbesondere die vom 6. Dezember 2024, 18. November 2024, 13. Juni 2024, 27. Mai 2024, 24. Oktober 2023, 24. Januar 2022 und 22. Januar 2018,

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 10. November 2017 mit dem Titel „Die militärische Mobilität in der Europäischen Union verbessern“ (JOIN(2017)0041),

– unter Hinweis auf die Durchführungsverordnung (EU) 2021/1328 der Kommission vom 10. August 2021 zur Festlegung der Infrastrukturanforderungen für bestimmte Kategorien von Maßnahmen für Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck

[1] ABl. L, 2024/1679, 28.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1679/oj.
[2] ABl. L 249 vom 14.7.2021, S. 38, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1153/oj.

gemäß der Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates[3],

– unter Hinweis auf den Gemeinsamen Bericht der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 24. September 2021 über die Umsetzung des Aktionsplans zur militärischen Mobilität von Oktober 2020 bis September 2021 (JOIN(2021)0026),

– unter Hinweis auf den „Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung – Für eine Europäische Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger, Werte und Interessen schützt und zu Weltfrieden und internationaler Sicherheit beiträgt“, der am 21. März 2022 vom Rat angenommen wurde,

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 10. November 2022 mit dem Titel „Aktionsplan zur militärischen Mobilität 2.0“ (JOIN(2022)0048),

– unter Hinweis auf den Gemeinsamen Bericht der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 13. November 2023 über die Umsetzung des Aktionsplans zur militärischen Mobilität 2.0 von November 2022 bis Oktober 2023 (JOIN(2023)0037),

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 28. Mai 2025 mit dem Titel „Der strategische Ansatz der Europäischen Union für den Schwarzmeerraum“ (JOIN/2025/0135),

– unter Hinweis auf die im Jahr 2024 veröffentlichte Unterstützungsstudie der Kommission über den Bedarf an Klimaanpassungsmaßnahmen und grenzüberschreitenden Investitionen zur Verwirklichung des TEN-V-Netzes („Support study on the climate adaptation and cross-border investment needs to realise the TEN-T network“),

– unter Hinweis auf den Gemeinsamen Bericht der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 20. März 2025 über die Umsetzung des Aktionsplans zur militärischen Mobilität 2.0 (JOIN(2025)0011),

– unter Hinweis auf das Gemeinsame Weißbuch der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 19. März 2025 zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030 (JOIN(2025)0120),

– unter Hinweis auf den vom Rat am 18. März 2025 angenommenen überarbeiteten Anhang II des Dokuments „Militärische Anforderungen für die militärische Mobilität innerhalb und außerhalb der Union“ (ST 6728/25 ADD1),

– unter Hinweis auf die Jahresberichte von 2022, 2023 und 2024 der Europäischen Verteidigungsagentur sowie ihre Berichte über die militärische Mobilität vom März 2018 und vom 26. Januar 2024,

– unter Hinweis auf den Sonderbericht 04/2025 des Europäischen Rechnungshofs vom 5. Februar 2025 mit dem Titel „Militärische Mobilität in der EU: Konzeptionsschwächen und Hindernisse stehen zügigeren Fortschritten im Weg“,

[3] ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 37, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2021/1328/oj.

– unter Hinweis auf den Bericht von Sauli Niinistö vom 30. Oktober 2024 mit dem Titel „Safer Together: Strengthening Europe's Civilian and Military Preparedness and Readiness“ (Gemeinsam für mehr Sicherheit: Stärkung der zivilen und militärischen Vorsorge und Bereitschaft Europas),

– unter Hinweis auf die am 27. Mai 2025 von den Verkehrsministern Bulgariens, Tschechiens, Estlands, Finnlands, Ungarns, Islands, Lettlands, Litauens, Norwegens, Polens, Rumäniens und der Slowakei abgegebene Erklärung über militärische Mobilität,

– unter Hinweis auf den Zehnten Fortschrittsbericht vom 10. Juni 2025 über die Umsetzung des am 6. Dezember 2016 und 5. Dezember 2018 vom Rat der EU und vom NATO-Rat gebilligten gemeinsamen Pakets von Vorschlägen,

– unter Hinweis auf das Kommuniqué des Gipfeltreffens in Vilnius, das von den Staats- und Regierungschefs der NATO, die an dem Treffen des Nordatlantikrates am 11. Juli 2023 in Vilnius teilgenommen haben, veröffentlicht wurde, und auf die Erklärung des Gipfeltreffens in Washington, die von den Staats- und Regierungschefs der NATO, die an dem Treffen des Nordatlantikrates der NATO am 10. Juli 2024 in Washington teilgenommen haben, abgegeben wurde,

– unter Hinweis auf die drei gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO, die am 10. Januar 2023, 5. Dezember 2018 und 6. Dezember 2016 von den jeweiligen Präsidenten des Europäischen Rates, der Präsidentin bzw. dem Präsidenten der Kommission und dem NATO-Generalsekretär unterzeichnet wurden,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 19. März 2025 für eine Verordnung des Rates zur Festlegung des Instruments „Sicherheitsmaßnahmen für Europa“ (SAFE) durch die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie (COM(2025)0122),

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 1. April 2025 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1058 und (EU) 2021/1056 in Bezug auf spezifische Maßnahmen zur Bewältigung strategischer Herausforderungen im Rahmen der Halbzeitüberprüfung (COM(2025)0123),

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 22. April 2025 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/694, (EU) 2021/695, (EU) 2021/697, (EU) 2021/1153, (EU) 2023/1525 und (EU) 2024/795 im Hinblick auf Anreize für verteidigungsbezogene Investitionen im EU-Haushalt zur Umsetzung des Plans „ReArm Europe“ (COM(2025)0188),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 2. April 2025 zur Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2024[4],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. März 2025 zu dem Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung[5],

---

4 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0058.
5 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0034.

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 17. Januar 2024 zu der Ausarbeitung einer umfassenden europäischen Strategie für Häfen[6],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 5. Mai 2022 zu den Auswirkungen des rechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die Verkehrs- und Tourismusbranche in der EU[7],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Juli 2021 zu der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO im Rahmen der transatlantischen Beziehungen[8],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. Dezember 2018 zu militärischer Mobilität[9],

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung und des Ausschusses für Verkehr und Tourismus gemäß Artikel 59 der Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung und des Ausschusses für Verkehr und Tourismus (A10-0242/2025),

A. in der Erwägung, dass durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine die militärische Mobilität erneut in den Blick gerückt ist und verdeutlicht wird, dass die rasche grenzüberschreitende Bewegung von Truppen, Ausrüstung und Mitteln in der gesamten EU dringend erleichtert werden muss, um die Abschreckung und die Verteidigung zu stärken;

B. in der Erwägung, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten aufgrund von Instabilität und sich verändernden geopolitischen Krisen in unterschiedlichen Regionen der Welt bereit sein müssen, in Abstimmung mit der NATO auf mögliche Angriffshandlungen oder verschiedene Arten von Krisen an allen ihren Außengrenzen zu reagieren;

C. in der Erwägung, dass Mitgliedstaaten mit gemeinsamen Außengrenzen mit Russland oder Belarus sowie an die Ukraine angrenzende Mitgliedstaaten, die ein Eindringen Russlands in ihren Luftraum erleben, einer unmittelbaren Sicherheitsbedrohung ausgesetzt sind, zumal westliche Sicherheitsbehörden davor warnen, dass Russland die EU kurzfristig angreifen könnte;

D. in der Erwägung, dass die militärische Mobilität eine wesentliche Voraussetzung für die gemeinsame europäische Sicherheit und Verteidigung ist und in den Prioritäten der EU für die Fähigkeitenentwicklung 2023 als entscheidender Enabler ermittelt wurde;

E. in der Erwägung, dass die Widerstandsfähigkeit, die Abschreckung und die Geschwindigkeit militärischer Bewegungen in Europa inzwischen eine wesentliche Voraussetzung für die Glaubhaftigkeit der europäischen Verteidigung sind; in der Erwägung, dass die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der 27 Mitgliedstaaten, auch gegen zunehmende Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur und die Zunahme

---

6 ABl. C, C/2024/5716, 17.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/5716/oj.
7 ABl. C 465 vom 6.12.2022, S. 164.
8 ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 105.
9 ABl. C 388 vom 13.11.2020, S. 22.

hybrider Bedrohungen, durch die militärische Mobilität in der EU erheblich gestärkt wird, sofern die volle Ausschöpfung ihres Potenzials ermöglicht wird;

F. in der Erwägung, dass erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um die regionalen Verkehrsverbindungen zu verbessern und das europaweite Netz auszubauen und somit die EU-Länder von Finnland und den baltischen Staaten im Norden bis zur Iberischen Halbinsel im Süden miteinander zu verbinden; in der Erwägung, dass die Entwicklung einer kohärenten Infrastruktur für militärische Mobilität in den vier vorrangigen EU-Korridoren für die militärische Mobilität von entscheidender Bedeutung wäre, um Truppen und Militärausrüstung kurzfristig und in großem Umfang auf der Schiene, auf der Straße, auf Wasserwegen, auf dem Seeweg und auf dem Luftweg zu verlegen und bereitzustellen, wenn und wo dies erforderlich ist, und dass gleichzeitig sichergestellt werden muss, dass diese Infrastruktur zivil und militärisch genutzt werden kann, damit wesentliche zivile Lieferketten weiterhin funktionieren;

G. in der Erwägung, dass die militärische Mobilität eine Priorität der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO ist und dass durch sie im Wege einer abgestimmten Vorgehensweise die Bewegung verbündeter Kräfte sowohl in Friedenszeiten als auch in Krisen- oder Kriegszeiten ermöglicht werden muss; in der Erwägung, dass es für die kollektive Verteidigung entscheidend ist, die Interoperabilität innerhalb der EU und mit der NATO sowie mit Partnern wie der Ukraine zu verbessern; in der Erwägung, dass zur Verwirklichung der strategischen Ziele der Partnerschaft zwischen der EU und der NATO eine starke Führung und eine koordinierte Governance erforderlich sind, damit die technische Zusammenarbeit in eine gemeinsame strategische Zielvorstellung übergeht und so die Mobilität als Instrument des Zusammenhalts und der kollektiven Sicherheit gestärkt wird;

H. in der Erwägung, dass der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit eine zentrale Funktion bei der Verbesserung und Angleichung der Verteidigungsfähigkeiten der EU zukommt und durch sie die Abhängigkeiten in Bezug auf strategische Enabler wie die militärische Mobilität verringert werden;

I. in der Erwägung, dass die EU sich darum bemüht, die Konnektivität mit regionalen Partnern und Bewerberländern zu fördern;

J. in der Erwägung, dass die industrielle Basis der Verteidigung der EU Schwachstellen aufweist, darunter eine übermäßige Abhängigkeit von Einfuhren aus Drittstaaten, eine fragmentierte Produktion und Versorgung, unzureichende Investitionen und begrenzte Produktionskapazitäten; in der Erwägung, dass in der EU-Strategie für wirtschaftliche Sicherheit betont wird, dass es wichtig ist, strategische Abhängigkeiten zu verringern und kritische Technologien und Vermögenswerte zu schützen, um die Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu wahren;

K. in der Erwägung, dass in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 6. März 2025 betont wurde, dass die Union „souveräner werden muss, mehr Verantwortung für [ihre] eigene Verteidigung übernehmen muss und besser gerüstet werden muss, um […] zu handeln und unmittelbare und künftige Herausforderungen und Bedrohungen eigenständig zu bewältigen“, und somit bekräftigt wurde, dass externe Abhängigkeiten verringert werden müssen und die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) konsolidiert werden muss;

L. in der Erwägung, dass in der vom Rat am 27. Mai 2025 angenommenen SAFE-Initiative

bis zu 150 Mrd. EUR dafür bereitgestellt werden, die gemeinsame Beschaffung, den Ausbau der Industrie und die verteidigungsbezogene Produktion in der EU zu unterstützen, wodurch eine strategische Gelegenheit geschaffen wird, den Grundsatz der europäischen Präferenz anzuwenden und sicherzustellen, dass durch EU-Mittel die europäische Industrie gestärkt und externe Abhängigkeiten nicht vertieft werden;

M. in der Erwägung, dass das Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung[10] (EDIRPA) und das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) wesentlich zur Unterstützung der Entwicklung innovativer Technologien und Fähigkeiten beitragen können, die für die militärische Mobilität von Bedeutung sind; betont, dass Synergieeffekte zwischen dem EDIP, dem EDIRPA, der Fazilität „Connecting Europe“ und anderen Finanzierungsinstrumenten der EU in vollem Umfang genutzt werden sollten, um die Widerstandsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur zu stärken und die Gesamtkapazität der EU für schnelle und sichere militärische Bewegungen zu verbessern;

N. in der Erwägung, dass durch eine solide Überprüfung von Investitionen zur wirtschaftlichen Sicherheit der EU beigetragen wird, kritische Infrastrukturen und Technologien vor feindseligen Übernahmen geschützt werden und die Industriepolitik ergänzt wird, die zum Ziel hat, die Autonomie und technologische Führungsrolle Europas zu fördern; in der Erwägung, dass die Überarbeitung der Verordnung (EU) 2019/452[11] über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union ein wichtiges Instrument für den Schutz der Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und der strategischen Interessen der EU ist;

O. in der Erwägung, dass das Parlament seinen Standpunkt zu der vorgeschlagenen Verordnung[12] angenommen und betont hat, dass alle Mitgliedstaaten verpflichtet werden sollten, aus Gründen der Sicherheit bzw. der öffentlichen Ordnung einen Überprüfungsmechanismus für ausländische Investitionen zu unterhalten, und dass eine stärkere Harmonisierung zwischen den nationalen Systemen erforderlich ist, um strategischen Abhängigkeiten und neu auftretenden Schwachstellen in den Bereichen Technologie und Infrastruktur zu begegnen;

P. in der Erwägung, dass in den vergangenen Jahren durch die Umsetzung der im Aktionsplan zur militärischen Mobilität 2.0 vorgesehenen Maßnahmen zwar erhebliche Fortschritte bei der Erhöhung der militärischen Mobilität erzielt wurden, jedoch nach wie vor beträchtliche regulatorische, administrative und finanzielle Hindernisse sowie Engpässe und Infrastrukturhemmnisse bestehen;

Q. in der Erwägung, dass die koordinierten und integrierten Anstrengungen auf der Ebene der EU, der NATO und der Mitgliedstaaten dringend verstärkt werden müssen, um die Ressourcen auszubauen und diese physischen, rechtlichen und regulatorischen

---

10 Verordnung (EU) 2023/2418 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Oktober 2023 über die Einrichtung eines Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) (ABl. L, 2023/2418, 26.10.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2418/oj).

11 Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union (ABl. L 79 I vom 21.3.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/452/oj).

12 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0102.

Hindernisse zu beseitigen;

R. in der Erwägung, dass interne Prüfungen und die Erfahrungen der letzten Zeit erhebliche Unzulänglichkeiten in der Politik der EU im Bereich der militärischen Mobilität erkennen lassen, wobei Verzögerungen aufgrund von bürokratischem Verwaltungsaufwand und unzureichender Infrastruktur bedeuten, dass die grenzüberschreitende Verbringung von Militärausrüstung in Reaktion auf einen Angriff möglicherweise über einen Monat dauern würde;

S. in der Erwägung, dass viele Verkehrswege in Europa noch nicht für schwere Militärfahrzeuge geeignet sind; in der Erwägung, dass einige Mitgliedstaaten Panzer nicht einfahren lassen, weil sie die nationalen Gewichtsbeschränkungen überschreiten, und Konvois an Brücken angehalten werden, die nicht für derartige Lasten ausgelegt sind, was verdeutlicht, dass wichtige Infrastrukturen wie Eisenbahnlinien, Straßen, Tunnel und Brücken dringend verbessert werden müssen, damit sie die militärischen Standards erfüllen;

T. in der Erwägung, dass Investitionen in die Verbesserung der bestehenden zivil und militärisch nutzbaren Infrastruktur für den Luft-, Schienen- und Straßenverkehr sowie die Schifffahrt den Gemeinden und Unternehmen in Friedenszeiten erhebliche Vorteile bringen sowie den Personen- und Güterverkehrssystemen zugutekommen und zur Verringerung der verkehrsbedingten CO_2-Emissionen, der Vollendung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V), den Kapazitäten im Bereich des Katastrophenschutzes und der Stärkung des Binnenmarkts beitragen;

U. in der Erwägung, dass Verkehrsunternehmen große Bedeutung bei der militärischen Mobilität zukommt; in der Erwägung, dass nicht harmonisierte Verfahren jedoch häufig erhebliche Verzögerungen beim Verkehrsbetrieb und der Erteilung von Genehmigungen für grenzüberschreitende Bewegungen zur Folge haben;

Reaktion auf sich verändernde geopolitische Gegebenheiten

1. hebt hervor, dass die militärische Mobilität für die Sicherheit und Verteidigung Europas wichtig ist; betont, dass die Behebung der strategischen Mängel in der EU und die Deckung des Bedarfs an einer erhöhten militärischen Mobilität angesichts des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine dringender geworden sind;

2. begrüßt das Bestreben der EU und der Mitgliedstaaten, im Rahmen der einschlägigen Strategien der EU und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sowie im Rahmen der NATO ihre Verteidigungsbereitschaft erheblich zu erhöhen, die strategischen Abhängigkeiten zu verringern, die Lücken bei den Fähigkeiten zu schließen und die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung zu stärken; begrüßt die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO bei der Verbesserung der militärischen Mobilität; ist jedoch der Ansicht, dass es an der Zeit ist, die erklärten gemeinsamen Ziele der EU und der NATO rasch in echte Fortschritte zu verwandeln;

3. würdigt die gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung der Ukraine; besteht darauf, dass insbesondere auf der Grundlage der Erfahrungen der ukrainischen Streitkräfte systematisch Lehren aus dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezogen werden, auch in Bezug auf die militärische Mobilität, und auch aus nationalen und multinationalen Übungen Erkenntnisse gewonnen werden; erachtet es als besonders

wichtig, dass für logistische Vorkehrungen und Ausweichpläne gesorgt wird und schwache und fehlende Verbindungen ermittelt werden; hebt den Stellenwert einer frühzeitigen und wirksamen Abstimmung mit strategischen Partnern hervor, insbesondere mit der NATO;

4. betont, dass Russland eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit der Europäischen Union darstellt und dass es von zentraler Bedeutung ist, dass die Fähigkeit zur schnellen Verlegung von Truppen und militärischen Fähigkeiten an die Ostflanke der EU entwickelt wird;

5. betont, dass ein strategischer Bedarf an Investitionen besteht, und zwar in allen Mitgliedstaaten entlang der vier vorrangigen EU-Korridore für die militärische Mobilität – d. h. der Korridore Nord, Ost, Zentrum-Süden und Zentrum-Norden –, da eine erhöhte und wirksame militärische Mobilität für die Sicherheit aller Mitgliedstaaten und aller EU-Bürgerinnen und -Bürger von wesentlicher Bedeutung ist;

6. betont, dass eine erhöhte militärische Mobilität die GSVP der EU und ihre Missionen und Operationen stärken wird; fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Zielvorstellung dessen zu verfolgen, wie sie ihre Maßnahmen im Bereich der militärischen Mobilität voranbringen können, und konkrete Zielvorgaben zu formulieren, die in den Strategischen Kompass der EU aufgenommen werden sollten; fordert nachdrücklich eine konkrete Vorsorge in Bezug auf die militärische Mobilität, indem zu einem umfassenden Ansatz für die militärische Logistik übergegangen wird, der auch die Sicherheit kritischer Infrastruktur, Verkehrsknotenpunkte, Wartung, Lagerung, Betankung, Instandsetzung und Munition umfasst;

7. betont, dass die militärische Mobilität nicht auf die Bewegung von Truppen, Waffen und Ausrüstung beschränkt ist, sondern auch die humanitäre Hilfe und Akte der Solidarität betrifft; betont, dass die Unterstützung der militärischen Mobilität auch erhebliche Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger mit sich bringen kann, da die Fähigkeit, Streitkräfte rasch zu verlegen, eine schnellere Bereitstellung von humanitärer Hilfe und medizinischer Unterstützung sowie die Instandsetzung von Infrastruktur im Falle von Naturkatastrophen, Pandemien oder anderen Krisen erleichtern kann; betont ferner, dass Investitionen der EU in die Infrastruktur für die militärische Mobilität greifbare Vorteile für die lokalen Gemeinschaften und die Konnektivität bringen können, wodurch die Widerstandsfähigkeit vor Ort gestärkt und die Wirtschaftsintegration verbessert wird sowie mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und die öffentliche Unterstützung für die Sicherheitsagenda Europas verbessert wird;

Lösung finanzieller Probleme

8. betont, dass ein zentral verwaltetes EU-Finanzierungsinstrument eigens für den Verkehr wie die Fazilität „Connecting Europe“ im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) als Hauptquelle für eine solide Finanzierung der militärischen Mobilität fortgeführt werden und die Mittelausstattung dieses Instruments für den Verkehr deutlich erhöht werden muss; begrüßt daher den Vorschlag, die Mittel für die militärische Mobilität im nächsten MFR aufzustocken, in dem im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ für den Zeitraum 2028-2034 mehr als 50 Mrd. EUR für den Verkehr bereitgestellt werden sollen, darunter mehr als 17 Mrd. EUR für die militärische Mobilität;

9. weist erneut darauf hin, dass der Rat im MFR 2021-2027 eine beispiellose Kürzung der Mittel für die militärische Mobilität um 75 % gegenüber dem Standpunkt des

Parlaments und der Kommission vorgenommen hat, und betont, dass eine solche Situation nicht erneut eintreten darf; betont, dass die Mittel für die militärische Mobilität aufgrund der groß angelegten Militärinvasion Russlands in der Ukraine vorzeitig bereitgestellt werden mussten und Anfang 2024 bereits vollständig aufgebraucht waren; besteht darauf, dass die Mittel für die militärische Mobilität im nächsten MFR erheblich aufgestockt werden, um sie mit dem geschätzten Investitionsbedarf von mindestens 100 Mrd. EUR für die Bewältigung der 500 Hotspots in der EU in Einklang zu bringen, bei denen ein dringender Verbesserungsbedarf festgestellt wurde[13];

10. beharrt darauf, dass es vor dem Hintergrund dieses Investitionsbedarfs sowie der Empfehlungen des Draghi-Berichts wichtig ist, in den späteren Verhandlungen über die Gesamtobergrenze des MFR mindestens den angegebenen Betrag von 17 Mrd. EUR beizubehalten und gleichzeitig die Mittelzuweisung für die Verwirklichung des TEN-V zu schützen; betont, dass der Rat keinen Vorschlag zur Kürzung dieser Mittel vorlegen darf, und ist der Ansicht, dass die Bereitstellung dieser Mittel für die militärische Mobilität genau beobachtet werden muss;

11. betont, dass die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten bei grenzüberschreitenden und großen Verkehrsprojekten und beim Aufbau von Infrastruktur mit Doppelnutzung erfolgreich gefördert werden müssen, um die rasche und effiziente groß angelegte Mobilisierung und Bewegung von Streitkräften, Ausrüstung und Mitteln in der gesamten EU zu ermöglichen;

12. bekräftigt, dass Initiativen und Finanzmittel für die militärische Mobilität die Gesamtumsetzung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Vollendung eines intelligenten, widerstandsfähigen, interoperablen, dekarbonisierten und nachhaltigen TEN-V nicht behindern sollten; weist erneut auf das Ziel hin, das TEN-V-Kernnetz bis 2030 zu vollenden und das Europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem (ERTMS) sowie das erweiterte Kernnetz bis 2040 einzuführen;

13. betont, dass die zeitnahe Fertigstellung grenzübergreifender Verkehrsinfrastrukturprojekte im Rahmen des TEN-V-Netzes ein unentbehrliches Ziel ist, wenn es darum geht, in Europa wirksame Ziele in den Bereichen doppelter Verwendungszweck und militärische Mobilität zu verwirklichen; weist darauf hin, dass sich die Gesamtinvestitionen, die für die Vollendung des TEN-V-Kernnetzes und des erweiterten TEN-V-Kernnetzes erforderlich sind, dem Positionspapier der TEN-V-Koordinatoren vom April 2024 zufolge in den nächsten 15 Jahren auf 845 Mrd. EUR belaufen werden und dass allein für Projekte mit dem höchsten EU-Mehrwert der verbleibende zu investierende Betrag auf mindestens 210 Mrd. EUR geschätzt wird;

14. weist darauf hin, dass die Umsetzung großer Verkehrsinfrastrukturprojekte, die für die militärische Mobilität von entscheidender Bedeutung sind, aufgrund der Art der zu ergreifenden Maßnahmen eine langfristige Finanzierung erfordert;

15. betont, dass im nächsten MFR die Verfahren für die Gewährung von Finanzhilfen für Projekte im Bereich von Infrastruktur mit Doppelnutzung im Rahmen der Unterstützung der militärischen Mobilität aus der Fazilität „Connecting Europe“ gestrafft und

---

13 Gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 16. Oktober 2025 mit dem Titel „Frieden sichern: Fahrplan für die Verteidigungsbereitschaft 2030“ (JOIN(2025)0027).

vereinfacht werden müssen;

16. begrüßt die Starthilfe-Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Investitionen in Projekte im Bereich der Infrastruktur mit Doppelnutzung, die darauf abzielen, die militärische Mobilität zu verbessern; fordert eine beständige Rolle der EIB bei der Finanzierung anderer Projekte im Bereich der Infrastruktur mit Doppelnutzung und anderer militärisch und zivil nutzbarerer Fähigkeiten;

17. fordert, dass die Entwicklung zusätzlicher Finanzierungsmechanismen wie einer Bank für Verteidigung, Sicherheit und Widerstandsfähigkeit geprüft wird, um dem Finanzierungsbedarf in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und Widerstandsfähigkeit gerecht zu werden;

18. weist erneut darauf hin, dass die Mitgliedstaaten alle im Rahmen des derzeitigen MFR zur Verfügung stehenden Mittel nutzen können, was auch die kürzlich eingeführten Maßnahmen zur Neuzuweisung von Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds einschließt, und nicht verwendete Mittel der Aufbau- und Resilienzfazilität rasch für Investitionen in die Verteidigung, einschließlich der Infrastruktur mit Doppelnutzung und beweglicher Mittel, umwidmen können, um die militärische Mobilität zu fördern, wozu auch die militärische Hemmung feindlicher Bewegungen gehört;

19. fordert Zusagen, dass die zweckgebundenen Haushaltsmittel des EDIP, des Europäischen Verteidigungsfonds, des Programms SAFE sowie der im Rahmen des Omnibus-Pakets zur Verteidigungsbereitschaft und weiterer Verteidigungsinitiativen der EU angenommenen Maßnahmen verwendet werden können, um den Ausbau und die Modernisierung der physischen und digitalen Infrastruktur mit Doppelnutzung und die gemeinsame und vorhersehbare Beschaffung von unterstützenden Verteidigungsfähigkeiten, auch im Bereich der militärischen Mobilität, voranzutreiben und so eine echte europäische Verteidigungsunion zu stärken;

Beseitigung von Hindernissen für die militärische Mobilität und Übergang zu einem „militärischen Schengen-Raum“

20. bekräftigt seine Forderung nach einem „militärischen Schengen-Raum“ und fordert die Kommission auf, mit Blick auf dieses Ziel unverzüglich einen Fahrplan vorzulegen;

21. erklärt sich erneut zutiefst besorgt über den derzeitigen Mangel an Reaktionsfähigkeit und Effizienz bei der militärischen Mobilität, die durch die Komplexität der Rechtsvorschriften und Verfahren sowie die mangelnde Harmonisierung behindert wird, was zu einer langsamen Koordinierung und zu Zeitverlust führt;

22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz für die militärische Mobilität zu verfolgen, bei dem alle einschlägigen Interessenträger, einschließlich der öffentlichen Hand, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft, einbezogen werden, indem die ergriffenen Maßnahmen kommuniziert und erläutert werden;

23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die dreizehn im Rahmen der Militärischen Mobilitätszusage 2024 eingegangenen Verpflichtungen schleunigst uneingeschränkt umzusetzen und dabei den Schwerpunkt auf Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und Transportmittel sowie auf die Harmonisierung der

Rechtsvorschriften, die schnellere Erteilung von Genehmigungen für grenzüberschreitende Bewegungen und die Verbesserung der GSVP und der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO zu legen;

24. fordert die Kommission nachdrücklich auf, einen horizontalen Ansatz zu verfolgen, wenn sie weitere Maßnahmen vorschlägt, indem sie die Vorschriften und Verfahren harmonisiert und vereinfacht, wobei das dringende Ziel darin besteht, dass der Ansatz der EU für die Beseitigung aller bestehenden administrativen, diplomatischen, logistischen und infrastrukturellen Hindernisse für die militärische Mobilität zu einem integrierten und koordinierten Ansatz gemacht wird;

25. fordert die Einrichtung einer europäischen digitalen zentralen Anlaufstelle für die Ausstellung von Genehmigungen für die grenzüberschreitende Verbringung von Militärausrüstung, einschließlich eines kodifizierten Priorisierungssystems und einer mit der NATO gemeinsam genutzten Datenbank;

26. betont, dass komplexe, langwierige und voneinander abweichende nationale Vorschriften und Verfahren gestrafft werden müssen; besteht darauf, dass im anstehenden Paket zur militärischen Mobilität für alle Verkehrsträger vereinfachte, harmonisierte, einheitliche und digitalisierte Verfahren vorgeschlagen werden, unter anderem in Bezug auf Zölle, Gefahrguttransporte, Sondertransporte, diplomatische Genehmigungen und die Verwendung identischer Genehmigungen, z. B. bei Marschanmeldungen bzw. -krediten für grenzüberschreitende Bewegungen und der Dokumentation im Zusammenhang mit dem EU-/NATO-Vordruck 302, wobei diese Verfahren von allen Mitgliedstaaten anerkannt und angewandt werden sollten; fordert ferner, dass ein militärisches Zollsystem entwickelt wird, um die Zollformalitäten zu digitalisieren und den Verwaltungsaufwand und die Verwaltungskosten mit Blick auf die bestehenden EU-Projekte wie das Secure Digital Military Mobility System (sicheres digitales System für militärische Mobilität) zu verringern;

27. betont, dass die Verwaltungs- und Infrastrukturhemmnisse beseitigt werden müssen, mit denen Unternehmen konfrontiert sind, die auf der Straße Sondertransporte von Militärgütern und Kranen für Vorhaben im Bereich der kritischen Infrastrukturen durchführen; fordert daher, dass die Vorschriften über Sondertransporte auf der Straße im Rahmen der laufenden Überarbeitung der Richtlinie über Gewichte und Abmessungen weiter harmonisiert werden;

28. betont, dass die Bereitstellung von Kriegsrisikoversicherungen für Anbieter von Logistikdienstleistungen mit hohem Risiko ein Anreiz für Unternehmen darstellen kann, da sie dazu beiträgt, die Betriebsrisiken zu mindern;

29. betont, dass die Harmonisierung der Verfahren und eine wirksame Interoperabilität das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten stärken und die grenzüberschreitende Konnektivität fördern wird;

30. begrüßt das Ziel, den Rechts- und Verwaltungsrahmen entsprechend den Vorschlägen im Omnibus-Paket zur Verteidigungsbereitschaft sowie in der anstehenden Gemeinsamen Mitteilung zur militärischen Mobilität 2025 zu vereinfachen, und fordert ein rasches Inkrafttreten und eine zügige Umsetzung dieses Rahmens;

K***risenrahmen***

31. fordert die Kommission nachdrücklich auf, einen rechtlichen und operativen Rahmen für die Bewältigung von Krisensituationen vorzulegen, in dem klar zwischen mindestens drei Phasen, zum Beispiel „Friedenszeiten“, „Krisenzeiten“ und „Kriegszeiten“, unterschieden wird und der Vorschriften für jede Phase enthält, um die Interoperabilität und den vorrangigen Zugang der Streitkräfte zu Transporteinrichtungen, -netzen und -mitteln und die vereinfachte Bewegung von Militärpersonal und -ausrüstung entlang der militärischen Korridore und zwischen diesen Korridoren sicherzustellen; fordert, dass dieser Rahmen klare Definitionen für „Ausweichsituationen“ und „Ausweichlösungen“ enthält, um die Kontinuität des Militärtransports im Falle einer Störung sicherzustellen, und auch Leitlinien für die Mitgliedstaaten umfasst, was die Beauftragung verschiedener Sicherheitsanbieter mit der Überwachung und dem Schutz kritischer Infrastrukturen betrifft;

32. erwartet, dass mit dem künftigen Rechtsrahmen ein System für die effiziente und klare Kommunikation und Koordinierung zwischen militärischen und zivilen Stellen, einschließlich der NATO, geschaffen wird, über das unter Wahrung des Grundsatzes „Kenntnis nur, wenn nötig“ auch Informationen mit den Infrastrukturbetreibern und Transportunternehmen ausgetauscht werden, die für die Erbringung militärischer logistischer Dienstleistungen qualifiziert sind, um die Widerstandsfähigkeit in gesamten Netzen und für jede Phase zu fördern; weist insbesondere auf die fehlende Zusammenarbeit und die begrenzte Kommunikation zwischen Hafenverwaltungen und militärischen Akteuren sowie Akteuren im Zusammenhang mit einschlägigen Verteidigungsgebäuden hin; ist sich der Sensibilität der Verfahren des Informationsaustauschs insbesondere mit europäischen Hafenverwaltungen in ausländischem Eigentum bewusst; betont jedoch, dass ein zuverlässiger und sicherer Kanal für den spezifischen Informationsaustausch erforderlich ist;

33. betont, dass ein dauerhafter Beschlussfassungsmechanismus eingerichtet werden muss, der es den Staats- und Regierungschefs ermöglicht, in Krisen- und Kriegszeiten umgehend tätig zu werden;

34. fordert die Kommission auf, eine Taskforce für militärische Mobilität mit Vertretern aller zuständigen EU-Einrichtungen einzurichten, um die Vorbereitung, Umsetzung und Überwachung aller Initiativen im Bereich der militärischen Mobilität auf horizontale Weise zu straffen, und fordert gleichzeitig die Benennung nationaler Kontaktstellen, um die allgemeine Governance und Koordinierung der militärischen Mobilität zu verbessern;

35. fordert die Kommission nachdrücklich auf, bei sämtlichen künftigen Initiativen im Bereich der militärischen Mobilität alle Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs zur Governance zu berücksichtigen;

36. stellt fest, dass den Beschäftigten in der Verkehrswirtschaft bei der militärischen Mobilität und der Erleichterung der Lieferketten eine entscheidende Funktion zukommt; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Arbeitskräftemangel zu beheben, in die Beschäftigten in der Verkehrswirtschaft zu investieren, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, für bessere Ausbildungsmöglichkeiten zu sorgen, um die Arbeitnehmer mit den für die militärische Mobilität erforderlichen Kompetenzen auszustatten, und die Attraktivität der Branche zu erhöhen;

Verbesserung und Errichtung neuer Infrastruktur mit Doppelnutzung

37. begrüßt, dass der Rat die vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität in der EU für kurzfristige und groß angelegte Bewegungen angenommen hat, die in Zusammenarbeit mit der NATO erarbeitet wurden, und dass die Ermittlung von 500 Hotspots mit dringendem Verbesserungsbedarf im Gange ist; hebt hervor, dass über 94 % dieser Korridore Teil des TEN-V sind, was die starken Synergieeffekte zwischen ziviler und militärischer Infrastruktur verdeutlicht; fordert eine genaue Bewertung des Finanzbedarfs für die Fertigstellung dieser Korridore für die militärische Mobilität;

38. betont, dass die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur beschleunigt werden muss und sowohl der physische Schutz als auch der Cyberschutz ihrer kritischen Komponenten entlang der vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität verbessert werden müssen;

39. betont, dass die schwächsten Verbindungen und die Engpässe Folgewirkungen für das Funktionieren und die wirksame Aufrechterhaltung ganzer Korridore und des Verkehrsnetzes insgesamt haben; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, angemessene Mittel bereitzustellen, um ein gut verknüpftes Netz für die militärische Mobilität sicherzustellen, einschließlich Verbesserungen bei der Instandhaltung, Modernisierung und Interoperabilität der bestehenden Infrastruktur;

40. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, ob es notwendig ist, für jeden vorrangigen Korridor für die militärische Mobilität einen speziellen europäischen Koordinator als Mitglied der Taskforce für die militärische Mobilität zu ernennen, um die Umsetzung dieser Korridore zu erleichtern;

41. weist erneut darauf hin, dass die Infrastruktur für die Hemmung feindlicher Bewegungen, einschließlich Hindernissen mit doppeltem Verwendungszweck, Befestigungsanlagen und Systemen für die schnelle Verlegung zur Verstärkung der Grenz- und Territorialverteidigung, auch einen wichtigen Bestandteil der militärischen Mobilität ausmacht; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gründliche und koordinierte Planung und Vorbereitung der Infrastruktur für die Hemmung feindlicher Bewegungen in den vier vorrangigen Korridoren für die militärische Mobilität durchzuführen und dabei dem östlichen und dem nördlichen Korridor Vorrang einzuräumen;

42. weist erneut darauf hin, dass die Eisenbahn das Rückgrat des landgestützten Systems der Mobilität bildet, wenn es darum geht, große Mengen übergroßer, schwerer und gefährlicher militärischer Mittel zu transportieren; besteht darauf, dass sofortigen und kurzfristigen Lösungen wie der Beseitigung des Verwaltungsaufwands für Militärpersonal bei grenzüberschreitenden Bewegungen Vorrang eingeräumt wird; fordert die Kommission auf, für einen verstärkten Kapazitätsaufbau zu sorgen, insbesondere an Verkehrsknotenpunkten und in wichtigen Bereichen im Einklang mit den vier vorrangigen Korridoren für die militärische Mobilität;

43. unterstreicht, dass die Interoperabilität des Eisenbahnverkehrs von entscheidender Bedeutung für den nahtlosen Betrieb in allen Mitgliedstaaten ist; bringt seine tiefe Besorgnis über den anhaltenden Mangel an Interoperabilität des Eisenbahnverkehrs zum Ausdruck, der auf Unterschiede bei den Spurweiten innerhalb der EU zurückzuführen ist, z. B. in den baltischen Staaten, in Finnland und auf der Iberischen Halbinsel, was sich auf die grenzüberschreitenden Bewegungen von Truppen, Ausrüstung und Mitteln auswirkt und den Straßenverkehr unentbehrlich macht; fordert die Kommission auf, sich weiterhin mit den verschiedenen Hindernissen für einen nahtlosen Eisenbahnbetrieb in

der gesamten EU zu befassen, unter anderem mit der langsamen Einführung des ERTMS und der digitalen automatischen Kupplung (DAK) sowie mit Unterschieden bei der Spurweite; weist erneut darauf hin, dass die betreffenden Mitgliedstaaten gemäß der TEN-V-Verordnung verpflichtet sind, bis Juli 2026 ihre Pläne für die Umstellung ihrer Netze auf die europäische Regelspurweite vorzulegen; begrüßt in diesem Zusammenhang das Projekt „Rail Baltica“ zur Anbindung der baltischen Staaten an das Eisenbahnnetz der EU durch Anpassung der Spurweiten in den baltischen Staaten; ist der Ansicht, dass dieses Projekt sowohl für die zivile als auch für die militärische Mobilität von strategischer Bedeutung ist, da dadurch interoperable, nachhaltige und leistungsfähige Eisenbahnverbindungen entlang der Ostflanke der EU bereitgestellt werden;

44. stellt fest, dass digitale Technologien, die für den Ausbau der Kapazitäten für den zivilen Schienenverkehr relevant sind, wie das ERTMS und die DAK, auch für die militärische Mobilität von Bedeutung sind und verbessert werden sollten; gibt zu bedenken, dass das ERTMS in einem anderen geostrategischen Kontext entwickelt wurde, und fordert eine Bewertung seiner Robustheit und seiner Resilienz im Bereich der Cybersicherheit; betont, dass der Eisenbahnverkehr bei jedem Ausfall der Netzverfügbarkeit, der auf Störmaßnahmen oder andere Faktoren zurückzuführen ist, angesichts der Abhängigkeit von der Funktechnologie sofort eingestellt werden müsste; fordert eine Bewertung ähnlicher Art im Rahmen der Entwicklung des künftigen Bahnmobilfunksystems (FRMCS);

45. stellt fest, dass Straßen- und Eisenbahnverbindungen zu Häfen und Netzen von Güterterminals oft von entscheidender Bedeutung sind, um die „letzte Meile“ der Verbringung von Militärausrüstung in die Gebiete zu erleichtern, in denen sie benötigt wird, und diese Verbindungen somit von wesentlicher Bedeutung für den Erfolg der militärischen Mobilität sind; weist erneut darauf hin, dass alle strategischen Punkte des Straßentransports, wie Parkplätze, Tankstellen und Autowaschanlagen, dringend verbessert werden sollten, um in Notfällen eine große Anzahl von militärischen Transporteinheiten und militärischem Transportpersonal aufnehmen zu können; fordert daher, dass Investitionen in wichtige Straßeninfrastrukturen entlang der vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität zu den Prioritäten gehören, um die militärische Mobilität so effektiv wie möglich zu erleichtern;

46. fordert einen harmonisierten europäischen Rahmen, mit dem die Bewegung von Militärkonvois – die von autorisierten zivilen Anbietern durchgeführt werden, wie z. B. Anbietern, die Sondertransporte auf der Straße durchführen sowie Spezialkrane und schwere Ausrüstung handhaben – über die vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität erleichtert und gleichzeitig die Sicherheit der Zivilbevölkerung sichergestellt wird;

47. betont, dass Häfen als kritischen Knotenpunkten im Netz für die militärische Mobilität eine strategische Bedeutung zukommt, da sie als Eingangs- und Ausgangspunkte für groß angelegte militärische Verlegungen dienen und die Integration des See- und Landtransports, insbesondere für die transatlantische Zusammenarbeit, sowie die Widerstandsfähigkeit der strategischen wirtschaftlichen Interessen der Union ermöglichen; stellt fest, dass die maritime Infrastruktur unter strukturellen Mängeln leidet und viele EU-Terminals nicht für den Umschlag militärischer Fracht ausgelegt sind; betont, dass ausreichende Kapazitäten für militärische Versorgungsgüter sichergestellt und Notfallpläne für den Fall erstellt werden müssen, dass zivile Fracht umgeleitet werden muss;

48. unterstreicht, dass die Eigentumsverhältnisse und die Kontrolle bestimmter kritischer maritimer Infrastrukturen ein sofortiges Handeln und strengere Vorschriften erfordern, wie im Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030 hervorgehoben wird;

49. fordert Investitionen in die Hafeninfrastruktur und geänderte Anforderungen für den Zugang zu Finanzierungsinstrumenten, sowohl in Bezug auf Seehäfen als auch in Bezug auf Binnenhäfen, um sie besser in die TEN-V-Korridore zu integrieren und die Maßnahmen der EU im Bereich der Energieversorgungssicherheit zu stärken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Strategien auszuarbeiten und umzusetzen, mit denen die Fähigkeiten ausgebaut und die Kapazitäten von Häfen aufgebaut werden; hebt sowohl die Überwasser- als auch die Unterwasserdimension des maritimen Bereichs hervor und fordert die Einbeziehung von Ro-Ro-Schiffen (Roll-On/Roll-Off) und Ro-Pax-Schiffen (Roll-On/Roll-Off Passenger) als bewegliche Mittel mit doppeltem Verwendungszweck in den Anwendungsbereich der EU-Strategie für die militärische Mobilität;

50. stellt fest, dass auch die Binnenwasserstraßen ein wichtiges Element der militärischen Mobilität sind, da sie aufgrund ihrer verfügbaren Kapazität, der intermodalen Komplementarität und der geringeren Anfälligkeit für opportunistische Nachrichtenbeschaffung Möglichkeiten für den nahtlosen und nachhaltigen zivil und militärisch nutzbaren Transport bieten; weist auf die vorhandenen Kapazitäten des Wasserwegnetzes für den Transport übergroßer militärischer Mittel, gefährlicher Güter und von Kraftstoff zur regelmäßigen Versorgung sowie für die Bereitstellung von Ausweichlösungen im Rahmen der Notfallplanung hin; ist der Ansicht, dass geprüft werden sollte, ob die bestehenden Schleusen weiter ausgebaut werden müssen und die Verfügbarkeit von Kranen und der Schiffsflotte erhöht werden muss;

51. erachtet es als dringend geboten, dass entlang der vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität zusätzliche Logistik-Drehkreuze und Umschlagterminals geschaffen werden; fordert, dass die bestehenden Logistik-Drehkreuze und kommerziellen Umschlagterminals, die für den militärischen Transport entlang der Korridore für die militärische Mobilität relevant sind, angemessen angepasst, als Infrastruktur mit Doppelnutzung ausgewiesen und mit zweckmäßiger Ausrüstung ausgestattet werden, beispielsweise mit für militärische Mittel geeigneten Ladeplattformen und Rampen mit direktem Zugang;

52. erachtet es als dringend geboten, dass entlang der vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität ein Netz strategisch gelegener Logistik-Drehkreuze, einschließlich Binnenhäfen, eingerichtet wird, an denen die erforderliche Infrastruktur für die Wartung, Lagerung und Instandsetzung bereitgestellt werden kann, um ein rasches Übersteigen zwischen Straßen-, Eisenbahn-, See-, Binnenschifffahrt- und Flughafeninfrastrukturen und Militäranlagen sicherzustellen; betont in diesem Zusammenhang, dass an diesen Drehkreuzen die erforderliche Energieinfrastruktur mit Doppelnutzung wie Tank- und Ladestationen bereitgestellt werden sollte, um zur Deckung des Mobilitätsbedarfs und der Versorgungssicherheit beizutragen;

53. betont, dass an den Logistik-Drehkreuzen den Truppen während des Transits Raum, Kapazitäten und Infrastruktur bereitgestellt werden sollten, insbesondere in Bezug auf Unterkünfte, Lebensmittel und Kraftstoffversorgung;

54. fordert, dass die Entwicklung von Logistik-Drehkreuzen auch im Rahmen einschlägiger

europäischer Industrieprogramme gefördert wird, um die Widerstandsfähigkeit der industriellen und technologischen Basis Europas zu stärken; weist erneut darauf hin, dass Maßnahmen zur Digitalisierung der logistischen Prozesse ergriffen werden müssen, um die Widerstandsfähigkeit und Sicherheit der strategischen Infrastruktur sicherzustellen;

55. hält es für äußerst wichtig, die Verkehrskorridore, auch für die militärische Mobilität, auf die Ukraine, die Republik Moldau und die Westbalkanregion auszuweiten, um die Interoperabilität zu verbessern, die operative Reaktionsfähigkeit zu erhöhen, die Partner gegebenenfalls bei der Abwehr von Russlands Aggression und anderen hybriden Bedrohungen in der Region zu unterstützen und eine künftige Aggression auf dem Gebiet der EU abzuschrecken; nimmt zur Kenntnis, dass die Solidaritätskorridore für militärische Mobilität genutzt werden, und hält es für wichtig, sie zu stärken, um die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Ukraine zu verbessern;

56. betont, dass genaue, sichere und aktuelle digitale Modelle, digitale Karten, geografische Informationssysteme und Geodatendienste sowohl für die zivile als auch für die militärische Infrastruktur und Routenplanung, die grenzübergreifende Koordinierung und die rasche Verlegung von Truppen und Ausrüstung unerlässlich sind; betont, dass es für die Sicherheit der Zivilbevölkerung und des Militärpersonals sowie für die Erhaltung von Fähigkeiten von größter Bedeutung ist, Daten und Kommunikationswege bei Militärbewegungen zu schützen; betont, dass alle Verkehrsinformationsdienste, die für militärische Zwecke und Verteidigungszwecke genutzt werden, ausreichend gesichert und rechtlich geschützt werden sollten, um zu verhindern, dass geheimhaltungsbedürftige Informationen über Operationen im Bereich der militärischen Mobilität oder wirtschaftliche Daten durch Datenabflüsse offengelegt werden; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die digitalen und elektronischen Sicherheitsmaßnahmen entlang der vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität zu koordinieren;

57. betont, dass die gesamte Europäische Union anfällig für Cyberangriffe und Cybereinbrüche ist; betont, dass die digitalen Systeme, mit denen physische Verkehrsinfrastrukturen und Transportmittel überwacht werden, vorrangige Ziele für Cyberangriffe darstellen; fordert die EU und die Mitgliedstaaten daher auf, die Entwicklung und Einführung innovativer, souveräner, europäischer digitaler Technologien – einschließlich Galileo – voranzutreiben, um sowohl die Cybersicherheit als auch die Widerstandsfähigkeit dieser Infrastrukturen und Vermögenswerte zu stärken; betont in diesem Zusammenhang, dass die künstliche Intelligenz großes Potenzial hat, und fordert, dass weitere Anstrengungen in Forschung und Entwicklung unternommen werden, um digitale Fähigkeiten der nächsten Generation zu entwickeln;

58. ist äußerst besorgt darüber, dass Russland vermehrt Cyberangriffe auf Navigationssysteme im Ostseeraum verübt; fordert die Kommission auf, die Art der hybriden Bedrohungen sowie die gezielte Störung (Jamming) und Fälschung (Spoofing) von GPS-Signalen von globalen Satellitennavigationssystemen (GNSS) als hybride Angriffe auf den europäischen See- und Luftverkehr in das anstehende Omnibus-Paket einzubeziehen und näher darauf einzugehen;

59. betont, dass die NIS-2-Richtlinie[14] zügiger umgesetzt und angewandt werden muss und dass die Zusammenarbeit zwischen den sektoralen Verkehrsbehörden, den zuständigen Cybersicherheitsagenturen, den Reaktionsteams für Computersicherheitsverletzungen (Computer Security Incident Response Teams, CSIRT) sowie dem Netzwerk der Verbindungsorganisationen für Cyberkrisen verbessert werden muss; betont, dass es wichtig ist, konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der Aspekte der militärischen Mobilität in die Bewertungen der Cybersicherheitsrisiken auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene einzubeziehen;

60. hebt hervor, dass dem Schutz kritischer Verkehrsinfrastrukturen und der Verbesserung ihrer Widerstandsfähigkeit, auch gegen Cyberangriffe und hybride Bedrohungen, die den zivilen Luft-, See- und Landverkehr gefährden, eine große Bedeutung zukommt; weist darauf hin, dass kritische Infrastrukturen im Energie- und Kommunikationsbereich (luftseitige und oberirdische Infrastruktur sowie Unterwasserinfrastruktur einschließlich GNSS) ebenfalls unmittelbaren Einfluss auf den Erfolg von Maßnahmen der militärischen Mobilität haben;

61. fordert, dass in enger Zusammenarbeit mit der NATO ein europäischer Mechanismus für die Überwachung und für die rasche Reaktion im Fall von Cyberangriffen oder hybriden Angriffen auf kritische Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen eingerichtet wird;

62. fordert die Kommission auf, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die Verfahren für Investitionen, die Zwecken der militärischen Mobilität dienen, zu vereinfachen und zu beschleunigen, und insbesondere gezielte Ausnahmen von den geltenden Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge für Infrastruktur und Mittel im Bereich der militärischen Mobilität einzuführen, die eine wesentliche militärische Komponente oder Doppelnutzungskomponente aufweisen; betont, dass Projekte von strategischem europäischem Interesse ohne übermäßige Verzögerungen umgesetzt werden müssen und dass dabei Transparenz, fairer Wettbewerb und das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren sichergestellt sein müssen;

63. weist darauf hin, dass öffentlich-private Partnerschaften wichtig für die militärische Mobilität sind; fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, die zivil-militärische Zusammenarbeit im Bereich der militärischen Mobilität zu erleichtern und Anreize dafür zu schaffen; betont, dass hinsichtlich der Nachfrage nach Fähigkeiten im Bereich der militärischen Mobilität Vorhersehbarkeit und ausreichende Finanzmittel sowie vereinfachte Vergabevorschriften wichtig sind, damit die Zulieferindustrie ihr Produktionsniveau steigern und aufrechterhalten kann;

64. ist der Ansicht, dass der Grundsatz der europäischen Präferenz bei den Bemühungen der EU um die Stärkung ihrer strategischen Autonomie und Widerstandsfähigkeit Vorrang haben sollte, und stellt gleichzeitig fest, dass es den Mitgliedstaaten freisteht, ihre militärischen Kapazitäten auszubauen, um kurzfristig auf Bedrohungen reagieren zu können; weist darauf hin, dass dieser Grundsatz angewandt werden sollte, um

---

[14] Richtlinie (EU) 2022/2555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und der Richtlinie (EU) 2018/1972 sowie zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148 (NIS-2-Richtlinie) (ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 80, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2022/2555/oj).

sicherzustellen, dass mit EU-Mitteln, die im Rahmen von Programmen wie dem SAFE, dem EDIP und dem EDIRPA in Verteidigung und Sicherheit investiert werden, insbesondere in Technologien im Zusammenhang mit kritischer Infrastruktur mit Doppelnutzung, die EDTIB unterstützt wird;

65. bekräftigt, dass mit Blick auf die Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen ausländische Direktinvestitionen in der EU einheitlicher und gründlicher überprüft werden müssen; betont, dass die Überarbeitung der Verordnung (EU) 2019/452 über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen einen wichtigen Schritt hin zu einem kohärenteren und wirksameren europäischen Rahmen für den Schutz der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung bei gleichzeitiger Wahrung von Offenheit und Transparenz darstellt; begrüßt in diesem Zusammenhang den Vorschlag der Kommission, die Verordnung (EU) 2019/452 über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen zu überarbeiten, wobei das Ziel darin bestehen sollte, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Investitionsbedarf und dem Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen und der Verteidigungskapazitäten der EU herzustellen;

66. betont, dass in den nächsten zehn Jahren trotz der Bemühungen um eine Verringerung der verkehrsbedingten CO_2-Emissionen die Nutzung fossiler Brennstoffe im Bereich der militärischen Mobilität weiterhin unerlässlich sein wird, beispielsweise beim Einsatz von Elektrodiesellokomotiven und Lokomotiven mit Verbrennungsmotoren, der im Fall eines massiven Strommangels die einzige funktionierende Lösung ist;

67. weist darauf hin, dass die Kraftstoffversorgungsketten für die Streitkräfte entlang der vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität ausgeweitet werden müssen; hebt hervor, dass die Energieinfrastruktur entlang der Ostflanke ausgebaut werden muss, um Operationen der militärischen Mobilität zu unterstützen, und fordert die Kommission auf, etwas gegen die „Kraftstoffknappheit“ zu unternehmen; legt nahe, strategische Energiereserven anzulegen, die insbesondere für Regionen mit unzureichender Rohrleitungsinfrastruktur und Brennstofflagerkapazität maßgeblich sein könnten; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Richtlinie über Erdölvorräte[15] in Anbetracht der jüngsten geopolitischen Umbrüche einer Überprüfung zu unterziehen, um die Energieversorgungssicherheit und die Widerstandsfähigkeit gegenüber neu auftretenden Bedrohungen zu erhöhen;

68. weist darauf hin, dass das Eisenbahnsystem für den Zugverkehr auf Strom angewiesen ist und daher die Widerstandsfähigkeit der Energienetze erhöht und die Stromversorgung im Falle eines Ausfalls oder einer Unterversorgung rasch wiederhergestellt werden muss;

69. stellt mit Besorgnis fest, dass die EU in hohem Maße auf die Einfuhr von Rohöl und Erdölerzeugnissen angewiesen ist; fordert die Kommission auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass widerstandsfähige und überwiegend in der EU angesiedelte Produktions- und Raffineriekapazitäten für Kraftstoffe und alternative Kraftstoffe erforderlich sind, wenn eine robuste europäische Strategie für militärische Mobilität verfolgt und die strategische Autonomie gestärkt werden soll; fordert, dass umgehend ein umfassendes Netz für die Verteilung und Speicherung von Kraftstoffen aufgebaut und die Energieversorgung diversifiziert wird, um die Energiesicherheit sicherzustellen; betont,

---

15 Richtlinie 2009/119/EG des Rates vom 14. September 2009 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten (ABl. L 265 vom 9.10.2009, S. 9, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/119/oj).

dass es auch maßgeblich zur Diversifizierung der Energieversorgungsoptionen für die militärische Mobilität und zu den allgemeinen Zielen der EU zur Verringerung der verkehrsbedingten CO_2-Emissionen beitragen kann, wenn die Bestimmungen und Ziele der Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe[16] (AFIR) zeitnah umgesetzt werden;

70. fordert die Kommission daher auf, bei der Entwicklung des Energiesystems der EU die Fähigkeiten und Erfordernisse im Bereich der militärischen Mobilität zu berücksichtigen und den Dekarbonisierungszielen sowie der Notwendigkeit strategischer Autonomie und Resilienz Rechnung zu tragen;

Ostflanke

71. betont, dass die Ostflanke der EU angesichts des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine wiederholt Ziel von Cyberangriffen, hybriden Bedrohungen und Sabotage geworden ist und dass dabei auch Verkehrsunternehmen ins Visier genommen wurden; fordert die EU daher auf, ihre Bemühungen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten zu verstärken, um unter anderem durch Mechanismen zur raschen Verstärkung und Verbesserung der Cyberabwehr für Knotenpunkte im Schienen- und Straßenverkehr, in Häfen und in der Energieversorgung dafür zu sorgen, dass die kritische Verkehrsinfrastruktur an der Ostflanke vollständig geschützt und widerstandsfähig ist; betont in diesem Zusammenhang, dass die baltischen Staaten insbesondere aufgrund der Suwałki-Lücke äußerst anfällig sind, und unterstreicht, dass im Falle einer Aggression Russlands eine kürzere Reaktionszeit und schnellere Truppenbewegungen erforderlich wären;

72. weist darauf hin, dass die vier vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität eine entscheidende Rolle für die Sicherheit und Verteidigung der EU spielen; ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten, die derzeit der von Russland ausgehenden Bedrohung am stärksten ausgesetzt sind, wirksam geschützt werden können, wenn dafür gesorgt wird, dass alle ermittelten vorrangigen Korridore für die militärische Mobilität rasch und effizient funktionieren; weist darauf hin, dass durch die vier vorrangigen EU-Korridore für die militärische Mobilität auch sichergestellt wird, dass die NATO die Ostflanke rasch verstärken und wirksam verteidigen kann, wodurch die kollektive Sicherheit, die Abschreckungswirkung sowie die Widerstandsfähigkeit des gesamten Bündnisses gestärkt werden;

73. stellt fest, dass die militärische Mobilität in und nach Polen für die Sicherheit der gesamten Ostflanke von wesentlicher Bedeutung ist; betont, dass multimodale Logistik-Drehkreuze in Westeuropa einen zusätzlichen Nutzen bieten, wenn es darum geht, den zügigen Transport von europäischen Truppen und Truppen der Bündnispartner sowie von schwerem Gerät nach Osteuropa sicherzustellen;

74. begrüßt die kürzlich von der Kommission angekündigte Initiative „Pakt für die östlichen Regionen“, mit der die Mitgliedstaaten an der Ostgrenze der EU gezielt dabei unterstützt werden sollen, die Infrastruktur zu verbessern und die Widerstandsfähigkeit in den Grenzregionen zu stärken; betont, dass das Projekt „Schutzschild Ost“ ein

---

16 Verordnung (EU) 2023/1804 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/94/EU (ABl. L 234 vom 22.9.2023, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1804/oj).

strategisches Vorhaben von grundlegender Bedeutung ist, das unter anderem durch den Schutz einschlägiger Militärkorridore zur Aufrechterhaltung der Reaktionsfähigkeit darauf abzielt, die Sicherheit Europas zu stärken, und nimmt zur Kenntnis, dass es in das Weißbuch zur Verteidigungsbereitschaft aufgenommen wurde; fordert, dass ausreichend Finanzmittel bereitgestellt werden, um seine Umsetzung sicherzustellen;

75. weist darauf hin, dass Infrastrukturprojekte im Bereich der militärischen Mobilität im Rahmen des Europäischen Semesters der Verteidigung kontinuierlich neu bewertet und aktualisiert werden müssen, um den neuesten militärischen Bedrohungen und Fähigkeiten Rechnung zu tragen, und dass zu diesem Zweck nicht nur Häfen ausgeweitet werden sollten, sondern auch Personal geschult, das Seeverkehrsmanagement verbessert und die Fähigkeiten zur Abwehr sich rasch entwickelnder Bedrohungen, beispielsweise die Erkennung von Unterwasserdrohnen, ausgebaut werden sollten;

76. befürwortet vor dem Hintergrund der jüngsten und wiederholten Verletzungen des europäischen Luftraums durch unbemannte Drohnen die europäische Drohnenabwehrinitiative; fordert, dass die Drohnenfähigkeiten in allen Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit der NATO und auf der Grundlage der praktischen Erfahrungen der ukrainischen Streitkräfte verbessert und ausgebaut werden; betont, dass diese europäischen Drohnenfähigkeiten auf den Lehren aus der Ukraine aufbauen sollten, wonach die Schaffung innovativer Drohnen- und Drohnenabwehrökosysteme von zentraler Bedeutung ist, bei denen Forschung und Entwicklung mit der Produktion verknüpft werden und auf skalierbare Produktionskapazitäten sowie eine kontinuierliche technologische Entwicklung zurückgegriffen wird, die von Unterwasser-, Aufklärungs- und Kampfdrohnen bis hin zu Verteidigungs- und Drohnenabwehrfähigkeiten reicht;

77. weist darauf hin, dass ein Drohnenabwehrnetz auch dahin gehend angepasst werden könnte, dass es einen doppelten Verwendungszweck erfüllt und dabei hilft, nicht verteidigungsbezogene Bedrohungen oder andere Gefahren zu bewältigen, denen alle EU-Grenzen ausgesetzt sind, darunter der Grenzschutz, die Instrumentalisierung der Migration, der Schutz kritischer Infrastrukturen und grenzübergreifende organisierte Kriminalität;

Verbesserung der Fähigkeiten

78. weist erneut darauf hin, dass Systeme für Transporte auf dem Landweg die wichtigsten Verkehrsträger für die Verbringung von Militärgütern sind, bei denen es sich in der Regel um Schwer- und Übermaßgüter sowie um gefährliche Güter handelt;

79. stellt mit Besorgnis fest, dass derzeit ein Mangel an bestimmten Ausrüstungsgegenständen für die militärische Mobilität wie Flachwagen besteht, deren Produktion seit dem Kalten Krieg zurückgegangen ist; fordert, dass ihre Entwicklung im Rahmen europäischer Industrieprogramme gefördert wird; betont, dass öffentliche und private Interessenträger unbedingt zusammenarbeiten müssen, um das Potenzial der verfügbaren Eisenbahnressourcen für die militärische Mobilität zu nutzen und zu maximieren, und fordert, dass auf Bereitschaftsverträge zurückgegriffen wird;

80. betont, dass der mangelnde Fahrzeugbestand in den europäischen Eisenbahnunternehmen dringend behoben werden muss; betont, dass einem harmonisierten Genehmigungsverfahren für Fahrzeuge, das von der Eisenbahnagentur

der Europäischen Union (ERA) verwaltet wird, große Bedeutung zukommt; weist darauf hin, dass die nationalen Vorschriften durch technische Spezifikationen für die Interoperabilität (TSI) ersetzt werden müssen, um die Verfügbarkeit grenzübergreifend einsetzbarer Fahrzeuge für militärische und zivile Zwecke zu erhöhen;

81. fordert, dass mit Blick auf eine möglichst effiziente Nutzung der verfügbaren Produktionskapazitäten ein koordiniertes Vorgehen bei der Beschaffung von Schienenfahrzeugen verfolgt wird; betont, dass die gemeinsame Beschaffung solcher Fahrzeuge gefördert werden sollte;

82. stellt fest, dass neben dem Landverkehr der Luftverkehr der schnellste Weg ist, um die ersten militärischen Mittel und logistischen Materialien zu befördern; betont, dass eine europäische Reserve für den strategischen Lufttransport aufgebaut und strategische Enabler für die militärische Mobilität in der Luft, z. B. schwere Lufttransporter, ausgebaut werden müssen;

83. nimmt zur Kenntnis, dass zunehmend autonome Fahrzeuge für die Lieferung von Militärgütern eingesetzt werden, was eine Lösung für den Personalmangel in militärischen Logistikeinheiten bietet und menschliche Verluste in Konfliktzeiten verringert; fordert nachdrücklich, dass die Rechts- und Verwaltungsvorschriften der EU und der Mitgliedstaaten angepasst werden, damit teilautonome Logistiksysteme in den Korridoren für die militärische Mobilität eingeführt werden können;

84. fordert, dass die EU-Fähigkeiten für den medizinisch begleiteten Transport mehrerer Patienten bzw. verletzten Personals hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit und Angemessenheit überprüft werden, damit diese Personen rechtzeitig evakuiert und angemessen versorgt werden können;

85. betont, dass die Anforderungen der Mitgliedstaaten bewertet und zusammengefasst werden müssen, um sicherzustellen, dass Güter mit doppeltem Verwendungszweck wie Lokomotiven, Schiffe, Lastkraftwagen, Anhänger für Sondertransporte, strategische Lufttransporter, Systeme zur Luftbetankung sowie stationäre und mobile Krane ständig verfügbar sind und stetig geliefert werden können;

86. erachtet es als geboten, dass die vorstehend genannten Transportmittel in einem zivil-militärischen „Solidaritätspool“ registriert werden, damit sie, wann immer und wo immer dies erforderlich ist, auf möglichst effiziente Weise genutzt werden können, wobei auf den strategischen Reserven der europäischen Krisenreaktionsfähigkeiten im Rahmen von rescEU aufgebaut werden sollte; fordert die Kommission auf, für die Koordinierung auf EU-Ebene mit den Mitgliedstaaten zu sorgen, wodurch Vorhersehbarkeit und Planungssicherheit für die Zulieferindustrie ermöglicht werden;

87. betont, dass die Kohärenz zwischen den Prioritäten des Aktionsplans zur militärischen Mobilität und der Programmplanung des EDIP sichergestellt werden muss, damit die Bewertung der Fähigkeitslücken (im Rahmen der Prioritäten für die Fähigkeitenentwicklung und der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung) als Leitfaden für die Festlegung der Finanzierungsprioritäten dient; fordert die Kommission auf, Anreize für die EDTIB zu schaffen, um diese Lücken zu schließen; stellt fest, dass Investitionen in die Beschaffung, Instandsetzung, Wartung und gemeinsame Nutzung von Transportmitteln durch EU-weite Finanzierungsinstrumente gefördert werden müssen; betont, dass hinsichtlich der Nachfrage nach Fähigkeiten im Bereich der militärischen Mobilität Vorhersehbarkeit

und ausreichende Finanzmittel sowie vereinfachte Vergabevorschriften wichtig sind, damit die Zulieferindustrie ihr Produktionsniveau steigern und aufrechterhalten kann;

88. fordert, dass in Forschung und Entwicklung investiert wird, um die Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck voranzubringen; betont, dass die EU die Innovation im Bereich der zivil und militärisch nutzbaren Fahrzeugtechnologien, einschließlich modularer Plattformen, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke angepasst werden können, sowie in der zivilen Schiffbau- und Luftfahrtindustrie fördern muss, um neue Technologien voranzutreiben;

Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO

89. ist der Ansicht, dass eine erhöhte militärische Mobilität sowohl die GSVP als auch das transatlantische Bündnis stärkt; betont, dass die NATO bei der Verlegung von Truppen und Ausrüstung auf die Infrastruktur der EU-Mitgliedstaaten angewiesen ist; begrüßt, dass sich die einschlägigen militärischen Anforderungen der EU dank der Fortschritte bei der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO, unter anderem im Rahmen des strukturierten Dialogs zwischen der EU und der NATO über militärische Mobilität, zu etwa 95 % mit den technischen und geografischen Anforderungen der NATO decken;

90. fordert die Mitgliedstaaten auf, insbesondere im Rahmen des derzeitigen „Central Europe Pipeline System“ und des Sicherheitsinvestitionsprogramms der NATO ihre Zusammenarbeit untereinander und mit der NATO zu verstärken, um Interoperabilität, Cybersicherheit und ausreichende Transport- und Lagerkapazitäten für Militäroperationen der EU und der NATO sicherzustellen;

91. bedauert, dass nach wie vor politische und verfahrenstechnische Hindernisse für den Austausch von Verschlusssachen über logistische Netze zwischen der NATO und der EU bestehen, und fordert diesbezüglich ein gemeinsames Verständnis, damit Synergieeffekte erzielt werden; hebt hervor, dass die Wirksamkeit der Verteidigungsanstrengungen beider Organisationen durch diese Hindernisse und insbesondere durch das Fehlen einer Vereinbarung mit der NATO über den Austausch von Verschlusssachen spürbar untergraben wird; fordert, dass sich die EU-Mitgliedstaaten entschlossen darum bemühen, die politischen Hindernisse zu überwinden, die einer Vereinbarung über den Austausch von Verschlusssachen im Wege stehen; fordert, dass eine ständige Plattform für den Informationsaustausch zwischen der EU und der NATO eingerichtet wird, um die Arbeit des NATO-Unterstützungskommandos „Joint Support and Enabling Command“ zu unterstützen;

92. fordert, dass die EU und die NATO regelmäßige gemeinsame Übungen und Stresstests unter Beteiligung der Streitkräfte, des Katastrophenschutzes, der Infrastrukturbetreiber und der Transportunternehmen durchführen, um die Kommunikation und Koordinierung zu verbessern, die Verfahren zu straffen sowie Hindernisse für die militärische Mobilität zu ermitteln und zu beseitigen;

93. fordert die Kommission und die NATO auf, die Koordinierung im Bereich der maritimen Mobilität zu vertiefen und Interoperabilitätsstandards für den Seeverkehr, den Hafenzugang und den Schutz der Seeverbindungen sicherzustellen, wobei dem Atlantik, dem Mittelmeer und den Gebieten in äußerster Randlage besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; fordert, dass die EU und die NATO bei der Sicherung der transatlantischen Lieferung militärischer Ausrüstung und Güter über den See- und

Luftweg eng zusammenarbeiten, da diese von großer Bedeutung sind; stellt fest, dass der Türkei eine wichtige Funktion dabei zukommt, die Transportwege und die allgemeine militärische Mobilität der EU und der NATO zu sichern, und würdigt insbesondere ihren Beschluss, die türkischen Meerengen im Februar 2022 zu sperren, wodurch Russland daran gehindert wurde, seine maritime Präsenz im Schwarzen Meer zu verstärken;

94. stellt fest, dass der Planungshorizont der NATO auf operativer Ebene drei Tage beträgt; besteht daher darauf, dass die Zusagen eingehalten werden, das Ziel von höchstens drei bis fünf Tagen für den Abschluss der einschlägigen Genehmigungsverfahren für den Grenzübertritt und für Sondertransporte sowie Transporte von übergroßen und überschweren Lasten zu erreichen, und dass dabei auf gestraffte, harmonisierte und digitale Verfahren zurückgegriffen wird; fordert, dass die Frist für Schnelleingreiftruppen in „Friedenszeiten“ auf drei Tage und in Krisensituationen auf 24 Stunden verkürzt wird; bekräftigt seine Forderung, dass die beiden von der NATO und der EU verwendeten Vordrucke 302 zu einem einzigen Vordruck zusammengeführt werden, um unnötige Doppelarbeit zu verringern und schnellere grenzüberschreitende Bewegungen zu erleichtern; fordert, dass eine automatische Anerkennung für Strecken- und Brückenanalysen innerhalb der Mitgliedstaaten und grenzübergreifend eingeführt wird sowie dass ein meldebasiertes Schnellverfahren für zertifizierte Betreiber, die militärische oder notfallbezogene Transporte durchführen, als Teil des Pakets zur militärischen Mobilität eingeführt wird, um die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen;

95. fordert die Mitgliedstaaten auf, auf der Grundlage der Ergebnisse der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung und der Prioritäten der EU für die Fähigkeitenentwicklung 2023 rasch die erforderlichen Verteidigungsfähigkeiten für den militärischen Transport zu entwickeln, zu denen auch der Ausbau der NATO-Pipelinenetze und die Fähigkeiten zum strategischen Lufttransport gehören; hält es für wichtig, falls angezeigt in Abstimmung mit der NATO, die militärischen Anforderungen zu erfüllen und die technischen und geografischen Lücken zu schließen;

96. betont, dass die USA, Kanada, das Vereinigte Königreich, Norwegen und die Schweiz sowie andere gleich gesinnte Partner durch ihre außergewöhnliche Beteiligung am Projekt zur militärischen Mobilität im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) einen Mehrwert schaffen; fordert, dass die Fähigkeitenziele umgesetzt werden und dass die Beteiligung gemäß den Regeln der SSZ auf strategische Partnerländer wie die Ukraine und die Republik Moldau ausgeweitet wird;

97. betont, dass die Interoperabilität, auch mit wichtigen regionalen Partnern und Bewerberländern wie der Ukraine, der Republik Moldau und den Westbalkanländern, sichergestellt werden muss; fordert spezifische Unterstützung für die Republik Moldau, um sie widerstandsfähiger gegen hybride Bedrohungen zu machen und besser an die Verkehrs- und Sicherheitssysteme der EU anzubinden; betont, dass der verstärkten Koordinierung mit regionalen Partnern in Bezug auf technische Standards, die Sicherheit kritischer Infrastrukturen und den Schutz der Netze vor hybriden Bedrohungen und Angriffen große Bedeutung zukommt; ist der Ansicht, dass die Interoperabilität mit Drittstaaten mit regelmäßigen Bewertungen einhergehen muss;

98. betont, dass dem Parlament als eines der beiden gesetzgebenden Organe im Bereich der militärischen Mobilität eine wichtige Funktion zukommt, wenn es darum geht, die von der EU angestrebte Verteidigungsbereitschaft bis 2030 zu erreichen, und dass es auch

durch die demokratische Kontrolle der Maßnahmen der EU eine wichtige Aufgabe ausübt; fordert die Kommission daher auf, systematischere Folgemaßnahmen und eine strengere Berichterstattung – auch in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO sowie im Rahmen der SSZ – hinsichtlich der Maßnahmen zur militärischen Mobilität und deren Umsetzung und Finanzierung vorzusehen;

°

° °

99. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie der NATO, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, den Agenturen der EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0337

Gestaltung der Zukunft des Arbeitslebens durch Digitalisierung, künstliche Intelligenz und algorithmisches Management am Arbeitsplatz

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2025 mit Empfehlungen an die Kommission zu der Gestaltung der Zukunft des Arbeitslebens durch Digitalisierung, künstliche Intelligenz und algorithmisches Management am Arbeitsplatz (2025/2080(INL))

Das Europäische Parlament,

– gestützt auf Artikel 225 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– gestützt auf die Artikel 153 und 16 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Rechtsausschusses zu der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage,

– unter Hinweis auf die politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin vom 18. Juli 2024 mit dem Titel „Europa hat die Wahl – Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024-2029“,

– unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 7 über die Achtung des Privat- und Familienlebens, Artikel 8 über den Schutz personenbezogener Daten und Artikel 31 über gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 5. März 2025 mit dem Titel „Die Union der Kompetenzen“,

– unter Hinweis auf die Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit[1],

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft –

[1] Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zur Vertretung der Arbeitnehmer[2],

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung[3],

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf[4],

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2019/1152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union[5],

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates[6],

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2024/2831 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit[7] (Richtlinie über Plattformarbeit),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828

---

2 Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft – Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zur Vertretung der Arbeitnehmer (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 29).

3 Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (ABl. L 299 vom 18.11.2003, S. 9).

4 Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 16).

5 Richtlinie (EU) 2019/1152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 105).

6 Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 79).

7 Richtlinie (EU) 2024/2831 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit (ABl. L 2024/2831, 11.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2831/oj).

(Verordnung über künstliche Intelligenz)[8],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)[9],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. Mai 2023 zum Fahrplan für ein soziales Europa: zwei Jahre nach dem Sozialgipfel von Porto (2023/2586(RSP)),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. März 2025 zu sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekten im Zusammenhang mit Umstrukturierungsprozessen und zum notwendigen Schutz von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerrechten (2024/2829(RSP)),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. März 2025 zum Europäischen Sozialfonds Plus nach 2027 (2024/2077(INI)),

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses mit dem Titel „Für eine arbeitnehmerfreundliche künstliche Intelligenz“ (SOC/803),

– unter Hinweis auf die Rahmenvereinbarung der europäischen Sozialpartner über die Digitalisierung (Juni 2020),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 7. Juni 2023 über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 29. Januar 2025 mit dem Titel „Ein Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission 2025 vom 11. Februar 2025 mit dem Titel „Gemeinsam voran: Eine mutigere, unkompliziertere und schnellere Union“, mit der das Ziel zur Verringerung des Verwaltungsaufwands um 25 % für Unternehmen und um 35 % für KMU bestätigt wurde,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 9. April 2025 mit dem Titel „Aktionsplan für den KI-Kontinent“,

---

8 Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (Text von Bedeutung für den EWR) PE-CONS 24/1/24 REV 1 (ABl. L 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).

9 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

– unter Hinweis auf den Bericht von Mario Draghi vom September 2024 mit dem Titel „Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ (Draghi-Bericht) und den Bericht von Enrico Letta vom April 2024 mit dem Titel „Weit mehr als ein Markt“ (Letta-Bericht),

– unter Hinweis auf den Abschlussbericht zu der von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Studie zur Untersuchung des Kontexts, der Herausforderungen, Chancen und Trends im algorithmischen Management mit dem Titel „Study exploring the context, challenges, opportunities, and trends in algorithmic management“ (VT-2022-035),

– unter Hinweis auf den Bericht der OECD mit dem Titel: „Algorithmic management in the workplace: New evidence from an OECD employer survey” (Algorithmisches Management am Arbeitsplatz: neue Erkenntnisse aus einer Arbeitgeberbefragung der OECD), OECD Artificial Intelligence Papers, Nr. 31,

– unter Hinweis auf die Bewertung des europäischen Mehrwerts durch den Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments vom Oktober 2025 mit dem Titel „Digitalisierung, künstliche Intelligenz und algorithmisches Management am Arbeitsplatz – die Gestaltung der Zukunft der Arbeit“[10],

– gestützt auf die Artikel 47 und 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (A10-0244/2025),

A. in der Erwägung, dass der digitale Wandel, der durch Digitalisierung, Automatisierung und künstliche Intelligenz (KI) vorangetrieben wird, die Arbeitsmärkte tiefgreifend umgestaltet und den Wesenskern der Arbeit verändert; in der Erwägung, dass es angesichts der Tatsache, dass bestimmte Aufgaben automatisiert werden, immer wichtiger wird, die Schaffung neuer Berufsbilder zu ermöglichen, Arbeitsaufgaben zu entwickeln, Ausbildungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten und bestehende Arbeitsplätze durch neue Technologien umzugestalten, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und das Wirtschaftswachstum zu fördern sowie die Arbeitnehmer zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern; in der Erwägung, dass die Nutzung dieser neuen Technologien eine kontinuierliche Anpassung der Behörden, der Bildungspolitik, der Unternehmen und der Arbeitnehmer erfordert, um sicherzustellen, dass Europa von dem vom Weltwirtschaftsforum[11] geschätzten Nettowachstum von 78 Millionen Arbeitsplätzen infolge von KI (7 % der heutigen Gesamtbeschäftigung) bis 2030 profitieren kann;

B. in der Erwägung, dass der digitale Wandel am Arbeitsplatz durch die Grundsätze der Vorsorge und der standardmäßigen Ethik vorangetrieben und so gesteuert werden sollte, dass die Menschenwürde geschützt und gefördert wird sowie die Produktivität, Effizienz, Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und des

10 https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2025/774670/EPRS_STU(2025)774670_EN.pdf.

11 Weltwirtschaftsforum, Bericht über die Zukunft der Arbeitsplätze 2025 (Januar 2025).

gemeinsamen Marktes so verbessert werden, dass alle davon profitieren; in der Erwägung, dass bei diesem Wandel am Arbeitsplatz die Grundsätze des sozialen Fortschritts und des Schutzes der Arbeitnehmerrechte gewahrt werden müssen, wobei sichergestellt wird, dass damit zu hochwertigen Beschäftigungsmöglichkeiten, besseren Arbeitsbedingungen, der Stärkung der Gestaltungs- und Entscheidungsmacht und dem Wohlergehen aller Arbeitnehmer beigetragen wird, während gleichzeitig gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt, Innovationen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefördert werden; in der Erwägung, dass KI nach wie vor eine sich weiterentwickelnde Technologie ist und Unternehmen aus der EU somit weiterhin die Möglichkeit haben, in einigen Marktsegmenten eine führende Position einzunehmen[12]; in der Erwägung, dass sich das Versäumnis, KI-Systeme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU einzusetzen, nachteilig auf künftiges Wachstum, Investitionen und Innovationen auswirken könnte; in der Erwägung, dass 64 % der KMU im europäischen Binnenmarkt regulatorische Hindernisse oder Verwaltungslasten derzeit als das größte Problem ansehen;

C. in der Erwägung, dass der digitale Wandel auf dem Arbeitsmarkt zu einer steigenden Nachfrage nach grundlegenden und fortgeschrittenen digitalen und KI-Kenntnissen und entsprechenden Fähigkeiten führt; in der Erwägung, dass sowohl im Draghi-Bericht als auch im Letta-Bericht die Kluft bei den digitalen Kompetenzen als großes Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit Europas genannt wird;

D. in der Erwägung, dass die rasche Integration von KI-Systemen mit einer ausreichenden Schulung einhergehen muss; in der Erwägung, dass nur 15 % der Arbeitnehmer im Jahr 2023 an entsprechenden Schulungsmaßnahmen teilgenommen haben, um ihre KI-Kenntnisse und -Fähigkeiten weiterzuentwickeln, während 42 % der Arbeitnehmer zugestehen, dass ihre KI-bezogenen Fähigkeiten verbessert werden müssen, und 61 % davon ausgehen, in den nächsten fünf Jahren neue Qualifikationen zu benötigen; in der Erwägung, dass es jedoch insbesondere den KMU an Strategien und Ressourcen mangelt, um das Risiko zu mindern, dass gering qualifizierte Arbeitskräfte in kleinen Unternehmen einem Qualifikationsdefizit ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass diejenigen, die eine Ausbildung in digitalen Kompetenzen am dringendsten benötigen, am wenigsten daran teilnehmen[13];

E. in der Erwägung, dass die Anpassung der Bildungssysteme, insbesondere des Sektors der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sowie eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern von wesentlicher Bedeutung sind, um den künftigen Bedarf des Arbeitsmarktes zu prognostizieren und die Lernenden mit den notwendigen Fähigkeiten auszustatten, um in einer wettbewerbsfähigen, digitalen und technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft erfolgreich zu sein;

F. in der Erwägung, dass KI und algorithmisches Management sich stetig weiterentwickelnde Konzepte sind; in der Erwägung, dass algorithmische Managementsysteme vor allem für die folgenden Leitungstätigkeiten eingesetzt werden: Einstellung, Arbeits- und Aufgabenplanung, Steuerung bzw. Lenkung der Überwachung und Kontrolle der Arbeitnehmer, Beurteilung von Arbeitnehmern, Talentmanagement

---

12 Bericht von Mario Draghi mit dem Titel „Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ (September 2024), Teil A „Eine Strategie für die Wettbewerbsfähigkeit Europas“.

13 https://www.cedefop.europa.eu/en/publications/9201.

und-schulung, Honorierung und Entlassung von Arbeitnehmern; in der Erwägung, dass das algorithmische Management häufig nicht durch eine spezielle Software, sondern als integraler Bestandteil der bestehenden Software eingesetzt wird; in der Erwägung, dass jede künftige Initiative in diesem Bereich zukunftssicher und flexibel genug sein sollte, um sich an künftige Entwicklungen anpassen zu können;

G. in der Erwägung, dass KI und algorithmisches Management zahlreiche Möglichkeiten zur Arbeitsoptimierung, zur höheren Einheitlichkeit und Objektivität von Managemententscheidungen und zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz sowie der Zufriedenheit der Arbeitnehmer bieten können, aber auch mit bestimmten Risiken verbunden sind, wenn sie nicht in einer auf den Menschen ausgerichteten Weise konzipiert und eingesetzt werden, wie etwa geringere Autonomie der Arbeitnehmer, mangelnde Transparenz und höhere Arbeitsintensität; in der Erwägung, dass der Einsatz von KI und algorithmischem Management mühsame Aufgaben und die Gesamtarbeitsbelastung verringern, die Aufgabenzuweisung und Produktivität verbessern, Berufsrisiken vorbeugen und Kosten senken kann; in der Erwägung, dass mit einem europäischen Rahmen für KI sichergestellt werden kann, dass KI als wirksame Unterstützung für menschliche Arbeitskräfte eingesetzt wird, um echte Produktivitätsgewinne und Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und nicht nur spekulative Vorteile zu erzielen; in der Erwägung, dass Forschungsergebnisse zeigen, dass viele Unternehmensinvestitionen in generative KI trotz ihrer Fähigkeit, neue Inhalte zu schaffen, noch nicht zu messbaren Produktivitätsgewinnen oder -erträgen geführt haben[14];

H. in der Erwägung, dass Risiken in Bezug auf hochwertige Arbeitsbedingungen und Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, die sich aus KI und algorithmischen Managementsystemen ergeben, wie erhöhter Zeit- und Leistungsdruck, Intensivierung der Arbeit, Diskriminierung, in die Privatsphäre eingreifende Überwachung und unangemessene Kontrolle sowie bestimmte Verzerrungseffekte von KI-Systemen, Verlust der Autonomie, Dequalifizierung, gesellschaftliche Isolierung, Stress am Arbeitsplatz und andere die psychische Gesundheit betreffende und psychosoziale Probleme verhindert bzw. angegangen werden müssen; in der Erwägung, dass die bestehenden EU-Rechtsvorschriften, einschließlich der Datenschutz-Grundverordnung, der Verordnung über künstliche Intelligenz und des europäischen sozialen Besitzstands, dazu beitragen können, einige dieser Risiken anzugehen bzw. sie zu verhindern; in der Erwägung, dass die Verordnung über künstliche Intelligenz noch nicht vollständig anwendbar ist;

I. in der Erwägung, dass technologische Entwicklungen, die zu einer ständigen Erreichbarkeit und Verfügbarkeit führen, zu einer Verwischung der Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben führen können;

J. in der Erwägung, dass der Einsatz von KI und algorithmischen Managementsystemen am Arbeitsplatz die Erhebung und Verarbeitung großer Mengen von Arbeitnehmerdaten umfasst, was Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes und der Privatsphäre aufwirft und eine Verringerung der Machtungleichgewichte erfordert, indem im Rahmen des sozialen Dialogs gemeinsam Regeln festgelegt werden, was das Management und die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung und etwaiger spezifischerer Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Beschäftigungskontext betrifft, wie

14 https://www.techmonitor.ai/digital-economy/ai-and-automation/ai-investment-struggles-boost-productivity-gartner-survey.

sie im nationalen Recht oder in geltenden Kollektivverträgen festgelegt sind; in der Erwägung, dass auf die Auswirkungen neuer Technologien auf die Arbeitsumgebung und mögliche Verletzungen der Privatsphäre der Arbeitnehmer geachtet werden sollte;

K. in der Erwägung, dass die Einwilligung gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der Datenschutz-Grundverordnung freiwillig gegeben werden muss, wobei es bei einem klaren Ungleichgewicht höchst unwahrscheinlich ist, dass eine solche Einwilligung freiwillig gegeben wird. in der Erwägung, dass die Einwilligung daher angesichts des Machtungleichgewichts zwischen der betroffenen Person und dem für die Verarbeitung Verantwortlichen im Zusammenhang mit einem Beschäftigungsverhältnis oder der Erfüllung eines Vertrags kein rechtmäßiger Grund für die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der automatisierten Überwachung oder automatisierten Entscheidungsfindung sein sollte;

L. in der Erwägung, dass algorithmische Managementsysteme zuerst von digitalen Arbeitsplattformen übernommen und in großem Umfang eingesetzt wurden, inzwischen aber auf dem gesamten Arbeitsmarkt weitverbreitet sind;

M. in der Erwägung, dass Schätzungen zufolge zwischen einem Viertel und 80 % der Unternehmen in der EU mindestens eine Form des algorithmischen Managements nutzen; in der Erwägung, dass die Nutzung algorithmischen Managements in den kommenden Jahren wahrscheinlich erheblich zunehmen wird[15]; in der Erwägung, dass die Arbeitsleistung von 26,5 % der Arbeitnehmer in der EU durch ein „Computerprogramm“ überwacht wird, wobei diese Praxis in großen Unternehmen weiter verbreitet ist; in der Erwägung, dass 27,4 % der Arbeitnehmer ihre Aufgaben über ein Computersystem zugewiesen bekommen[16]; in der Erwägung, dass 35 % der europäischen Unternehmen algorithmische Managementsysteme für die Bewertung nutzen[17]; in der Erwägung, dass ein umfassender und kooperativer Ansatz zusammen mit dem sozialen Dialog erforderlich ist, um gleiche Rahmenbedingungen für einen verantwortungsvollen Einsatz von KI und algorithmischem Management am Arbeitsplatz zu schaffen;

N. in der Erwägung, dass 62 % der Europäer den Einsatz von Robotern und KI am Arbeitsplatz positiv bewerten und 73 % der Meinung sind, dass Roboter und KI das Tempo, in dem Arbeitnehmer Aufgaben erfüllen, erhöhen[18]; in der Erwägung, dass 66 % der Europäer glauben, dass durch den Einsatz von Robotern und KI mehr Arbeitsplätze verschwinden als neu geschaffen werden; in der Erwägung, dass 61 % der Europäer glauben, dass Roboter und KI negative Auswirkungen auf die Kommunikation zwischen Arbeitskollegen haben; in der Erwägung, dass diejenigen, die jung und berufstätig sind und ein höheres Bildungsniveau haben, den Einsatz neuer Technologien

---

15 https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/5afb4511-0ddf-11f0-b1a3-01aa75ed71a1/language-en : „it can be argued that over one-quarter of companies in the EU-27 use AM“ (es kann davon ausgegangen werden, dass mehr als ein Viertel der Unternehmen in der EU-27 algorithmisches Management verwenden), „based on the delphi survey, it is most likely that in the next 10 years, AM will grow 3% to 6% annually“ (basierend auf der Delphi-Umfrage ist es höchst wahrscheinlich, dass das algorithmische Management in den nächsten zehn Jahren jährlich um 3 % bis 6 % zunehmen wird).

16 Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen 2024.

17 Arbeitspapier der OECD, Algorithmic Management in the Workplace, 2025, S. 17.

18 https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3222.

am Arbeitsplatz positiver bewerten; in der Erwägung, dass darin eine wachsende Offenheit für Innovationen und das Potenzial der KI zur Steigerung der Produktivität, der Arbeitsplatzqualität und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit zum Ausdruck kommt, sofern sie verantwortungsvoll entwickelt und umgesetzt wird;

O. in der Erwägung, dass einer OECD-Umfrage zufolge 60 % der Führungskräfte der Ansicht sind, dass das algorithmische Management die Qualität ihrer eigenen Entscheidungsfindung verbessert; in der Erwägung, dass gleichzeitig fast zwei Drittel der befragten Führungskräfte Bedenken in Bezug auf die von ihnen verwendeten algorithmischen Management-Tools geäußert haben: unklare Rechenschaftspflicht im Falle einer falschen Entscheidung (28 %), Unvermögen, der Logik algorithmischer Entscheidungen oder Empfehlungen zu folgen (27 %) und unzureichender Schutz der körperlichen und geistigen Gesundheit der Arbeitnehmer (27 %)[19];

P. in der Erwägung, dass weniger als die Hälfte der derzeit Beschäftigten angibt, von ihrem Arbeitgeber über die Nutzung digitaler Technologien informiert worden zu sein, während mehr als die Hälfte der Arbeitgeber und Führungskräfte angibt, dies getan zu haben; in der Erwägung, dass nur 18 % der derzeit Beschäftigten angeben, eine detaillierte Erläuterung erhalten zu haben, einschließlich Informationen über die Vor- und Nachteile und über ihre Rechte;

Q. in der Erwägung, dass die regelmäßige Anhörung und Einbeziehung der Sozialpartner, der Führungskräfte und der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter bei der Einführung neuer Technologien zu erheblich mehr Akzeptanz und positiver Wahrnehmung ihres Einsatzes führen kann, sodass die Nutzung dieser neuen Technologien maximiert werden kann und alle damit verbundenen Risiken während des gesamten Lebenszyklus der Technologie angegangen werden können;

R. in der Erwägung, dass die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) 99 % aller Unternehmen in der EU ausmachen und dass bei einer etwaigen künftigen Initiative berücksichtigt werden muss, dass sie in geringem Maße über technische, finanzielle und administrative Ressourcen verfügen, weshalb für Verhältnismäßigkeit zu sorgen und ein unnötiger Verwaltungsaufwand zu vermeiden ist sowie ein günstiges Umfeld für den verantwortungsvollen Einsatz digitaler Technologien gefördert werden sollte;

S. in der Erwägung, dass weniger als die Hälfte der derzeit Beschäftigten angibt, von ihrem Arbeitgeber über die Nutzung digitaler Technologien informiert worden zu sein, während mehr als die Hälfte der Arbeitgeber und Führungskräfte angibt, dies getan zu haben; in der Erwägung, dass dieser Anteil 16 % umfasst, die sagen, dass sie darüber informiert wurden, jedoch ohne weitere Einzelheiten, und 18 %, die angeben, eine ausführliche Erklärung erhalten zu haben, einschließlich Informationen über die Vorteile, Nachteile und ihre Rechte[20];

T. in der Erwägung, dass die meisten Europäerinnen und Europäer Vorschriften über digitale Technologien am Arbeitsplatz befürworten, wobei über 80 % Vorschriften zum Schutz der Privatsphäre der Arbeitnehmer und 77 % die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Gestaltung und Anpassung von Technologien befürworten;

---

19 Milanez, A., A. Lemmens und C. Ruggiu (2025), „Algorithmic management in the workplace: New evidence from an OECD employer survey", OECD Artificial Intelligence Papers, Nr. 31, Publikation der OECD, Paris.

20 https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3222.

1. betont, dass jede neue Technologie mit dem übergeordneten Ziel eingesetzt und genutzt werden muss, den Menschen zu dienen, und dass sie von den Grundsätzen der standardmäßigen Ethik und der Vorsorge sowie einem menschenzentrierten Ansatz geleitet sein und von Menschen auf der Grundlage der Bestimmungen zur menschlichen Aufsicht gemäß Artikel 14 der Verordnung über künstliche Intelligenz und Artikel 22 der Datenschutz-Grundverordnung gehandhabt werden sollte;

2. weist darauf hin, dass der digitale Wandel, einschließlich des zunehmenden Einsatzes von KI und algorithmischem Management, das Potenzial hat, positive Ergebnisse für den Arbeitsmarkt zu erzielen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen; ist jedoch über die erheblichen Probleme besorgt, die sich daraus für die Arbeitnehmer ergeben, insbesondere in Bezug auf die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen; betont daher, dass mit jeder neuen Initiative zu KI und algorithmischem Management hochwertige Arbeitsplätze sichergestellt werden müssen und das Wohlergehen der Arbeitnehmer im digitalen Zeitalter geschützt werden muss;

Arbeitnehmerbefähigung durch neue Fertigkeiten und Kenntnisse

3. betont, dass neue Technologien am Arbeitsplatz einen wichtigen Wettbewerbs- und Produktivitätsvorteil darstellen und Innovationen vorantreiben können sowie eine bessere Rendite für die Unternehmen bringen mögen, die sie nutzen; betont in diesem Zusammenhang, dass Unternehmen ermutigt werden sollten, solche Technologien auf verantwortungsvolle, transparente und inklusive Weise zu integrieren, wobei die Privatsphäre und die personenbezogenen Daten der Arbeitnehmer geschützt werden, damit sie Vertrauen fassen können; betont, dass der Einsatz solcher Technologien am Arbeitsplatz vielmehr sorgfältig überwacht als eingeschränkt werden sollte;

4. betont, dass künstliche Intelligenz als Schlüsselfaktor für innovatives Unternehmertum dienen kann, insbesondere wenn es darum geht, Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen dabei zu unterstützen, zu expandieren, ihre Produktivität zu steigern und in der digitalen Wirtschaft wettbewerbsfähig zu sein; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der operativen Durchführbarkeit Jungunternehmen und Kleinunternehmen den Zugang zu Instrumenten, Wissen und Infrastruktur im KI-Bereich unter anderem durch gezielte EU-Programme und beratende Unterstützung zu erleichtern; hebt hervor, dass EU-weite Investitionen in KI zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und von Rahmenbedingungen für widerstandsfähigere und wettbewerbsfähigere Kleinst- und Kleinunternehmen in der gesamten EU beitragen können; begrüßt die sektorspezifischen Leitinitiativen in der Mitteilung der Kommission vom 8. Oktober 2025 mit dem Titel „Strategie ‚KI anwenden‘“;

5. erkennt an, dass die Kompetenzentwicklung, die Ausbildung sowie die fortlaufende Weiterbildung und Umschulung am Arbeitsplatz über neue Technologien, die am Arbeitsplatz eingeführt werden, insbesondere solche, die sich unmittelbar auf die Aufgaben und Leistungen der Arbeitnehmer auswirken, von wesentlicher Bedeutung sind, um angemessene Arbeitsbedingungen, das Wohlbefinden, die Sicherheit, die Autonomie und die berufliche Entwicklung der Arbeitnehmer zu gewährleisten und die allgemeine Anpassungsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern[21]; betont, dass Schulungen auch für Arbeitgeber, Führungskräfte und andere

[21] Fallstudien: https://healthy-workplaces.osha.europa.eu/de/media-centre/news/real-world-learnings-implementing-worker-management-through-ai.

Personen ausschlaggebend sind, die diese Systeme tagtäglich einsetzen, entwickeln und deren Nutzung überwachen; betont, dass die Arbeitnehmer und ihre Vertreter, einschließlich der Gewerkschaften, informiert und in die Verfahren zur Einführung solcher Technologien einbezogen werden sollten, damit gute Ergebnisse erzielt werden, und dass ihnen ausreichend Zeit und Unterstützung eingeräumt werden muss, um sich mit diesen Technologien vertraut zu machen;

6. begrüßt die Initiative „Union der Kompetenzen“; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass im geplanten Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze die Notwendigkeit kontinuierlicher Weiterbildung, Umschulung und berufsbegleitender Schulungen, auch zu KI und algorithmischem Management, durch ein individuelles, allen Arbeitnehmern zustehendes Recht auf Ausbildung vollständig berücksichtigt wird; betont, dass bei allen einschlägigen Initiativen zur Unterstützung von Arbeitnehmern und Unternehmen bei diesem Wandel der Kompetenzentwicklung in den Bereichen KI und Digitalisierung Vorrang eingeräumt werden muss, damit der Arbeitsmarkt die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Welt gestärkt werden; betont, dass diese Initiativen unter anderem durch ausreichende finanzielle Mittel auf EU-Ebene und nationaler Ebene angemessen unterstützt werden müssen;

7. hebt die entscheidende Rolle des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) bei der Vorbereitung sowohl der derzeitigen als auch der künftigen Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Führungskräfte auf den digitalen Wandel durch gezielte Investitionen in Kompetenzentwicklung, Ausbildung und inklusive Beschäftigungsmöglichkeiten hervor; fordert die Kommission auf, den Fonds in der Zeit nach 2027 fortzuführen und weiter zu stärken, um den Zugang zu digitalen Weiterbildungs- und Umschulungsangeboten für alle Arbeitnehmer sicherzustellen, wobei besonderes Augenmerk auf diejenigen in den vom technologischen Wandel am stärksten betroffenen Branchen und Regionen zu legen ist, damit er weiterhin als wichtiges Instrument der EU zur Unterstützung eines fairen, inklusiven innovativen und wettbewerbsfähigen digitalen Wandels dienen kann;

8. betont, dass strategische Investitionen der öffentlichen Hand in KI von wesentlicher Bedeutung sind, um private Innovationen zu ergänzen, eine ethische und transparente KI-Regulierung sicherzustellen und den gleichberechtigten Zugang zu digitalen Instrumenten und Kompetenzen in allen Regionen zu erleichtern; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Umsetzung von KI-bezogenen Maßnahmen im Rahmen ihrer nationalen Aufbau- und Resilienzpläne in enger Abstimmung mit den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zu beschleunigen, um den Beitrag der Fazilität zu einem fairen und wettbewerbsfähigen digitalen Wandel zu maximieren;

9. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Nachfrage und das Angebot auf dem Arbeitsmarkt weiterhin zu überwachen und die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften zu fördern, um die künftigen Kompetenzen, die erforderlich sind, um das Potenzial des digitalen Wandels zu nutzen, besser antizipieren zu können; betont, dass eine gründliche Bewertung von Kompetenzen Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Ausbildungsanbieter dabei helfen wird, den Weiterbildungs- und Umschulungsbedarf im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz und algorithmischem Management am Arbeitsplatz zu ermitteln; betont, dass eine solche Bewertung praktikabel, zugänglich und an die spezifischen Gegebenheiten von KMU angepasst sein sollte, wobei es auch als Grundlage für gezielte Schulungsprogramme dienen sollte, die durch bestehende EU-Mittel und nationale Mittel unterstützt werden; begrüßt den Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen

Beobachtungsstelle für Kompetenzen; betont, dass aufgrund des derzeitigen Mangels an aufgeschlüsselten Daten über die Prävalenz und die Art der eingesetzten KI und algorithmischen Managementsysteme sowie über die ihnen unterliegenden Kategorien von Arbeitnehmern eine faktengestützte Politikgestaltung behindert wird, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Datenerhebung in diesem Bereich zu verbessern;

10. betont, dass die Mitgliedstaaten gemäß den Grundsätzen der Subsidiarität und der Achtung der nationalen Systeme der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Sozialpartnern gestatten können, Tarifverträge beizubehalten, auszuhandeln, abzuschließen und durchzusetzen, um die auf EU-Ebene festgelegten Bestimmungen über KI und algorithmisches Management umzusetzen oder zu ergänzen;

11. ist besorgt darüber, dass der Einsatz von KI und algorithmischen Managementsystemen zum schrittweisen Abbau von Arbeitsplätzen für Berufseinsteiger beiträgt, die seit jeher als wichtiges Zugangstor zum Arbeitsmarkt dienen, und betont, dass davon junge Menschen und Menschen auf der Suche nach einer ersten Beschäftigung in unverhältnismäßig hohem Ausmaß betroffen sein könnten; betont, dass sichergestellt werden muss, dass Arbeitnehmer, einschließlich Berufseinsteiger und geringqualifizierter Arbeitnehmer, über die erforderlichen Kompetenzen verfügen, um im digitalen Zeitalter einen Arbeitsplatz finden zu können, damit die EU die Vorteile des digitalen Wandels am Arbeitsplatz nutzen, Arbeitsplätze schaffen und diese umgestalten kann; betont, dass sich die unbekannten vollständigen Auswirkungen der Entwicklung der KI und des algorithmischen Managements bereits auf andere Arten von Arbeit und andere Kategorien von Arbeitnehmern, einschließlich hochqualifizierter Arbeitskräfte, auswirken; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, proaktive Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Integration einschlägiger Schulungen zu digitalen Kompetenzen in die nationalen Bildungssysteme samt der Lehrpläne für die berufliche Aus- und Weiterbildung, um dafür Sorge zu tragen, dass jungen Menschen, die in den Arbeitsmarkt eintreten, angemessene Unterstützung und sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten in der sich entwickelnden digitalen Wirtschaft zur Verfügung stehen;

Schaffung eines sicheren und inklusiven Arbeitsplatzes

12. betont, dass der zunehmende Einsatz digitaler Technologien am Arbeitsplatz sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich bringt, während die vollständigen Auswirkungen dieses Übergangs noch nicht zu ermessen sind; ist einerseits der Auffassung, dass mit solchen Technologien die Flexibilität erhöht und eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben durch Telearbeit und flexible Arbeitszeitregelungen ermöglicht werden kann; erkennt andererseits an, dass sie zahlreiche Risiken für die psychische Gesundheit der Arbeitnehmer und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben mit sich bringen, indem dadurch die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben verwischt werden, da der Druck auf die Arbeitnehmer, jederzeit erreichbar zu sein, zunimmt; weist ferner darauf hin, dass das algorithmische Management Datenschutzrisiken mit sich bringt, einschließlich einer unangemessenen Überwachung und Beobachtung von Arbeitnehmern außerhalb des Arbeitsplatzes; betont, dass solche Entwicklungen, wenn sie nicht richtig gehandhabt werden, zu übermäßigem arbeitsbedingtem Stress, Burnout, einer Zunahme arbeitsbedingter psychosozialer Risiken, einem Verlust an Autonomie und einem zunehmenden Gefühl der gesellschaftlichen und beruflichen Isolierung führen können;

13. ist sich dessen bewusst, dass algorithmisches Management ohne angemessene menschliche Aufsicht eine Quelle von Diskriminierung und Voreingenommenheit sein kann, die sich nachteilig auf Arbeitnehmer und insbesondere Arbeitnehmerinnen auswirkt, und hebt hervor, dass bei der Entwicklung, dem Einsatz und der Nutzung von KI und algorithmischen Managementsystemen proaktiv gegen Vorurteile und Diskriminierung vorgegangen werden muss, und zwar insbesondere solche, die auf Geschlecht, Rasse oder ethnischer Herkunft, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung oder anderen geschützten Merkmalen beruhen, um die Gleichstellung und die Vielfalt am Arbeitsplatz zu fördern und zu schützen; ist besorgt darüber, dass schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen weniger Zugang zu KI-bezogenen Beschäftigungsmöglichkeiten und produktivitätssteigernden KI-Instrumenten am Arbeitsplatz haben[22], wodurch verhindert werden könnte, dass die Vorteile der KI umfassend und gerecht verteilt werden;

14. nimmt zur Kenntnis, dass durch KI und algorithmisches Management die Effizienz verbessert und individuelle Anpassungen der Arbeitsumgebung sowie der allgemeinen Arbeitsbedingungen ermöglicht werden könnten, sich dadurch aber auch der Leistungsdruck erhöhen kann, was zu schwerwiegenden Gesundheits- und Sicherheitsrisiken wie Muskel-Skelett- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen bzw. körperlicher oder geistiger Erschöpfung führen kann, sodass Arbeitnehmer Sicherheitswarnungen übersehen oder ignorieren und in der Folge das Risiko von Arbeitsunfällen erheblich ansteigt; betont, dass der Einsatz von KI und algorithmischen Managementsystemen als unterstützendes Instrument mit einem echten Mehrwert für die Arbeitnehmer dienen sollte und dass die Konsequenzen der Integration dieser Technologien in die Arbeitswelt für die Arbeitnehmer noch weitgehend unerforscht sind;

15. betont, dass diese Risiken umfassend überwacht und angegangen werden müssen und dass jeder neue Einsatz und jede wesentliche Änderung der Nutzung von KI-Tools und algorithmischen Managementsystemen am Arbeitsplatz einer Gesundheits- und Sicherheitsbewertung unterzogen werden sollte, was eine Risikobewertung sowie Präventions- und Schutzmaßnahmen umfasst und gemäß der Richtlinie 89/391/EWG in der Verantwortung der Arbeitgeber liegt, sowie kontinuierlich überwacht werden sollte, wobei die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt werden müssen und die Aufsicht und Kontrolle durch den Menschen dieser Bewertungen sicherzustellen ist; fordert die Entwicklung von sektorspezifischen Leitlinien für den verantwortungsvollen Einsatz von KI am Arbeitsplatz in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern auf geeigneter Ebene, wobei die Grundrechte gewahrt werden müssen und der Austausch über bewährte Verfahren sichergestellt werden muss;

16. betont die entscheidende Rolle des sozialen Dialogs und der aktiven Einbeziehung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter – im Einklang mit der Richtlinie 2002/14/EG – in den Einsatz, die Nutzung und die Bewertung von KI und algorithmischen Managementtechnologien am Arbeitsplatz, insbesondere um den Einsatz auf verschiedene Sektoren zuzuschneiden; betont, dass eine sinnvolle Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen, die Bereitstellung von Informationen und Beratung sowie berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung zur Erleichterung der Anwendung neuer Technologien durch alle Arbeitnehmer, die Förderung eines Gefühls der Autonomie, des (Selbst-)Vertrauens und

22 https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/10/who-will-be-the-workers-most-affected-by-ai_fb7fcccd/14dc6f89-en.pdf.

der Zuversicht dazu beitragen, die Risiken neuer Technologien zu mindern und zu einer besseren, wirksameren und stärker auf den Menschen ausgerichteten Integration von KI am Arbeitsplatz führen;

17. betont, dass die Aufsichtsverantwortlichkeiten in Bezug auf den Einsatz und die Nutzung von KI und algorithmischen Managementsystemen am Arbeitsplatz im Einklang mit dem Grundsatz, dass der Mensch die Kontrolle behält, klar zugewiesen werden müssen, damit die Rechenschaftspflicht sowie eine wirksame Aufsicht durch den Menschen gewährleistet werden und Arbeitnehmer den jeweiligen menschlichen Ansprechpartner ermitteln können, wenn sie von ihren Rechten Gebrauch machen müssen; betont, dass es für eine wirksame Aufsicht und Überprüfung durch den Menschen erforderlich ist, den Betrieb von KI-Systemen wirklich zu verstehen und zu überwachen sowie erforderlichenfalls in diesen Betrieb einzugreifen, wobei die inhärenten Herausforderungen, die komplexe und undurchsichtige KI-Systeme mit sich bringen, sowie die Risiken eines Automatisierungsbias berücksichtigt werden müssen; betont daher, dass die Aufsicht durch den Menschen keinesfalls nur eine formalistische Übung sein darf, sondern eine zugängliche Absicherung für die Überprüfung, Erläuterung und Berichtigung von KI-Entscheidungen sein muss, und dass ein solcher menschlicher Ansprechpartner über die Kompetenz, Ausbildung und Autorität verfügen muss, die für die Ausübung dieser Funktion erforderlich sind;

18. betont, dass personenbezogene Daten berufstätiger Personen zu einer kollektiven Datenbank aggregiert werden können, die durch Algorithmen verarbeitet werden könnte, weshalb Datenschutz auch auf kollektiver Ebene erforderlich ist;

19. betont, dass KI und algorithmische Managementsysteme zur Inklusion von Arbeitnehmern mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt beitragen können; weist jedoch darauf hin, dass Menschen mit Behinderungen, ältere Arbeitnehmer und schutzbedürftige Personen bei der Anpassung an neue Technologien am Arbeitsplatz mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sein können; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, dafür zu sorgen, dass Unternehmen, die KI und algorithmische Managementsysteme einsetzen, inklusive und maßgeschneiderte Unterstützungsmaßnahmen einführen, mit denen die verstärkte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt und ihr Zugang zu neuen Technologien gefördert werden; betont, dass alle von den technologischen Fortschritten profitieren sollten;

20. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, das Recht auf wirksame angemessene Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen im Einklang mit der Richtlinie 2000/78/EG zu gewährleisten und ihre letztendliche Befugnis über die Entscheidung darüber zu achten, ob KI-gestützte assistive Technologien am Arbeitsplatz ihren individuellen Bedürfnissen entsprechen; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung flexibler Arbeitsmethoden und berufsbegleitender Aus- und Weiterbildung sowie wirksamer Möglichkeiten für den Einsatz assistiver Technologien in Konsultation mit Menschen mit Behinderungen und ihren Vertretern; fordert die Kommission auf, die Auswirkungen des Einsatzes von KI am Arbeitsplatz im Zuge der bevorstehenden Überarbeitung der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen;

Gewährleistung eines zukunftssicheren Regelungsumfelds

21. betont, dass die EU, wenn sie beim digitalen Wandel eine Vorreiterrolle einnehmen will, mit gutem Beispiel vorangehen muss, indem sie hohe Standards für den Einsatz

von KI und algorithmischem Management am Arbeitsplatz festlegt, einschließlich klarer Regeln für Transparenz und Aufsicht durch den Menschen;

22. weist darauf hin, dass der bestehende Besitzstand der EU ein wichtiger Baustein für die Regulierung des algorithmischen Managements und der Nutzung von KI am Arbeitsplatz ist; begrüßt in diesem Zusammenhang die Richtlinie über Plattformarbeit, mit der unter anderem Vorschriften über Transparenz, Datenschutz, Aufsicht und Überprüfung durch den Menschen, Information und Konsultation sowie Gesundheit und Sicherheit in Branchen eingeführt werden, in denen solche Technologien zunehmend Entscheidungen über die Arbeit beeinflussen, sowie das Gesetz über künstliche Intelligenz und weist erneut auf die Verordnung (EU) 2016/679 hin; betont jedoch, dass trotz dieses Rechtsrahmens nach wie vor einige Lücken in Bezug auf den Schutz, die Rechte und die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Nutzung solcher Instrumente am Arbeitsplatz bestehen, auch in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und das Recht auf Nichterreichbarkeit; hebt hervor, dass die in der Richtlinie über Plattformarbeit festgelegten Bestimmungen zum algorithmischen Management (insbesondere das Recht der Arbeitnehmer auf Transparenz, Überprüfung durch den Menschen, Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz) nur für Personen gelten, die Plattformarbeit verrichten, während andere Arbeitnehmer, die ebenfalls zunehmend algorithmischem Management unterliegen, weniger geschützt sind; betont, dass die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer sichergestellt werden muss und dass künftige Initiativen mit dem im Zuge der Richtlinie über Plattformarbeit geschaffenen Schutzrahmen im Einklang stehen müssen;

23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass europäische Unternehmen und öffentliche Einrichtungen Zugang zu vertrauenswürdigen und unabhängigen KI-Instrumenten haben, die im Einklang mit den demokratischen Werten Europas entwickelt wurden, um eine technologische Bindung an Anbieter aus Drittstaaten zu vermeiden;

24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf sicherzustellen, dass beim Einsatz algorithmischer Systeme am Arbeitsplatz vorrangig Technologien verwendet werden, die in der Europäischen Union entwickelt, trainiert und gehostet werden, damit die Grundrechte gewahrt werden und Datenschutz, Cybersicherheit und strategische Autonomie sichergestellt sind;

25. betont, dass regulatorische Maßnahmen auf europäischer Ebene sorgfältig geprüft werden sollten und dass ihnen eine Analyse der bestehenden Rechtsvorschriften vorausgehen sollte, die in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und unter Achtung des Subsidiaritätsprinzip ausgearbeitet werden, um eine harmonisierte Lösung mit einem hohen Schutzniveau für Arbeitnehmer in der gesamten Union sicherzustellen und für gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zu sorgen, unter anderem durch die vollständige Umsetzung der bestehenden europäischen und nationalen Rechtsrahmen; betont, dass es wichtig ist, für einen berechenbaren Regelungsrahmen zu sorgen, um Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und fairen Wettbewerb zu fördern; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass bei allen Rechtsvorschriften und Initiativen im Zusammenhang mit dem algorithmischen Management am Arbeitsplatz Redundanzen oder Überschneidungen mit bestehenden einschlägigen EU-Instrumenten vermieden werden und kein unnötiger Verwaltungsaufwand, insbesondere für KMU, entsteht, die Kosten gesenkt werden und die Einhaltung der Vorschriften erleichtert

wird;

26. räumt ein, dass Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), bereits jetzt aufgrund der unterschiedlichen und zunehmend komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen vor erheblichen Herausforderungen stehen; betont, dass maßgeschneiderte Leitlinien, Instrumente und Unterstützungsmechanismen erforderlich sind, um KMU dabei zu helfen, alle Anforderungen wirksam umzusetzen;

27. fordert die Kommission auf, eine Folgenabschätzung durchzuführen, die durch einen Wettbewerbsfähigkeits- und KMU-Test ergänzt wird, und auf der Grundlage von Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 153 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 16 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie der Ergebnisse der genannten Schritte einen Vorschlag zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz vorzulegen, der den in der Anlage enthaltenen Empfehlungen folgt und mit dem die verbleibenden Lücken in den bestehenden Rechtsvorschriften geschlossen würden und die Schaffung sich überschneidender Rechtsinstrumente verhindert und die Harmonisierung des Binnenmarkts verbessert würde;

28. ist der Ansicht, dass die finanziellen Auswirkungen der geforderten Vorschläge durch bestehende Mittelzuweisungen abgedeckt werden sollten;

29. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung und die als Anlage beigefügten Empfehlungen der Kommission und dem Rat sowie den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

ANLAGE ZUR ENTSCHLIESSUNG:

EMPFEHLUNGEN ZUM INHALT DES VERLANGTEN VORSCHLAGS

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass für den Fall, dass die Kommission nach der Durchführung einer Folgenabschätzung, die durch einen Wettbewerbsfähigkeits- und KMU-Test ergänzt wird, einen Vorschlag zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz vorlegt, die folgenden Empfehlungen aufgenommen werden sollten:

Empfehlung 1

Gegenstand und Geltungsbereich

Das Ziel des Vorschlags sollte darin bestehen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die transparente, faire, rechenschaftspflichtige und sichere Einführung und Nutzung automatisierter Überwachungs- und Entscheidungssysteme zu fördern, mit denen Entscheidungen am Arbeitsplatz getroffen oder unterstützt werden, wobei für Kontrolle durch den Menschen, den Schutz der Grundrechte der Arbeitnehmer und den Schutz der Arbeitnehmer in Bezug auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gesorgt wird.

Der Vorschlag sollte für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Union gelten. Arbeitnehmer, die in einem Vertragsverhältnis mit einem Vermittler stehen, sollten das gleiche Schutzniveau genießen wie Arbeitnehmer, die in einem direkten Vertragsverhältnis mit ihrem Arbeitgeber stehen.

Mit dem Vorschlag sollte der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt und sichergestellt werden, dass der Verwaltungs- und Befolgungsaufwand der Größe des Arbeitgebers und den ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen, der Art der verwendeten Technologien und der Höhe des damit verbundenen Risikos angemessen ist, insbesondere im Hinblick auf Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen.

Empfehlung 2

Begriffsbestimmungen

Der Vorschlag sollte folgende Begriffsbestimmung enthalten:

Der Begriff „algorithmisches Management“ sollte definiert werden als automatisierte Beobachtungssysteme und automatisierte Entscheidungssysteme im Sinne der Richtlinie über Plattformarbeit[1].

Der Vorschlag sollte auch die Bestimmungen folgender Begriffe enthalten: „Arbeitnehmer“, „Arbeitgeber“, „Arbeitnehmervertreter“ und „Arbeitsplatz“ im Einklang mit den EU-Rechtsvorschriften im Bereich des Arbeitsrechts, einschließlich der Rechtsprechung des

[1] Richtlinie (EU) 2024/2831 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit (ABl. L, 2024/2831, 11.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2831/oj).

Gerichtshofs, um Abweichungen zu verhindern.

Empfehlung 3

Transparenz und Recht auf Unterrichtung

Die Mitgliedstaaten sollten dafür Sorge tragen, dass Arbeitgeber den betroffenen Arbeitnehmern und den zuständigen Arbeitnehmervertretern schriftlich und in einem zugänglichen Format Informationen über die Nutzung oder aber die geplante Nutzung von Systemen für das algorithmische Management am Arbeitsplatz bereitstellen.

Diese Informationen sollten im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung[2] bereitgestellt werden und Folgendes umfassen:

a) eine unmissverständliche Erklärung, dass algorithmische Managementsysteme verwendet werden oder eingeführt werden sollen, um automatisierte oder teilautomatisierte Entscheidungsverfahren durchzuführen, einschließlich einer allgemeinen Beschreibung des Zwecks und der von diesen Systemen getroffenen oder unterstützten Entscheidungen, ihrer Funktionsweise und der von ihnen betroffenen Arbeitnehmer und Prozesse, wobei die Art dieser Informationen verhältnismäßig und auf das Maß beschränkt sein sollte, das erforderlich ist, damit die Arbeitnehmer ihre Arbeit ausführen sowie nachvollziehen können, wie sich die algorithmischen Systeme auf sie betreffende Entscheidungen auswirken, und ihre Rechte ausüben können,

b) die Auswirkungen dieser Systeme auf die Arbeitsbedingungen und den Beschäftigungsstatus der Arbeitnehmer,

c) die Kategorien von Daten, die von diesen Systemen in Bezug auf die Arbeitnehmer erhoben oder anderweitig verarbeitet werden, den Zweck der Datenverarbeitung sowie die Angaben zu den Personen, an die die Daten übermittelt werden,

d) die Mechanismen für die Aufsicht durch den Menschen,

e) Schulungs- und Unterstützungsmaßnahmen für die unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer.

Die Informationen sollten spätestens am ersten Arbeitstag der betroffenen Arbeitnehmer, vor der Einführung von Änderungen, die sich wesentlich auf ihre Arbeitsbedingungen auswirken, und jederzeit auf Ersuchen der Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmervertreter bereitgestellt werden.

Die Informationen sollten in klarer, transparenter, leicht verständlicher und zugänglicher Weise unter Verwendung einfacher Sprache bereitgestellt werden, die an das vernünftigerweise zu erwartende Niveau der digitalen Kompetenz der Arbeitnehmer

[2] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

angepasst ist, und sie sollten für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein. Die zuständigen Behörden und die Arbeitnehmervertreter sollten das Recht haben, zusätzliche Klarstellungen und Einzelheiten zu allen bereitgestellten Informationen zu verlangen.

Bewerber, die sich in einem Einstellungsverfahren befinden, sollten zum Zeitpunkt ihrer Bewerbung auf eine freie Stelle einschlägige Informationen über automatisierte Entscheidungssysteme erhalten, die während des Einstellungsverfahrens verwendet werden. Den Arbeitnehmern sollten Instrumente für die wirksame Ausübung ihrer Datenzugriffsrechte und ihrer Rechte auf Datenübertragung zur Verfügung gestellt werden.

Empfehlung 4

Anhörung

Mit dem Vorschlag sollte sichergestellt werden, dass die Einführung und Nutzung neuer algorithmischer Managementsysteme bzw. Aktualisierungen bestehender Systeme, die sich unmittelbar auf die Vergütung, die Bewertung, die Arbeitsvereinbarungen, die Aufgabenverteilung oder die Arbeitszeiten von Arbeitnehmern auswirken, als Entscheidungen gelten, die zu wesentlichen Änderungen der Arbeitsorganisation oder der Vertragsbeziehungen führen können, und als solche einer Anhörung gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie 2002/14/EG[3] unterliegen, unbeschadet der Richtlinie 2009/38/EG[4].

Eine solche Anhörung sollte in Bezug auf Folgendes durchgeführt werden:

a) die Ziele, die mit der Einführung bzw. der Aktualisierung verfolgt werden, sowie die davon betroffenen Arbeitsprozesse und Arbeitnehmer,

b) die Arbeitsbelastung, die Arbeitsintensität, die Zeitplanung, die Arbeitszeit, die Flexibilität, die Vergütung, den Arbeitsinhalt, die Leistungsbewertung oder die Vertragsbeziehungen,

c) die Auswirkungen auf den Gesundheitsschutz und die Sicherheit am Arbeitsplatz,

d) die Arten der erhobenen Daten;

e) die bestehenden Maßnahmen zur Verhinderung, Aufdeckung, Begrenzung und Behebung von Verzerrungen und diskriminierenden Ergebnissen,

---

[3] Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft – Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zur Vertretung der Arbeitnehmer (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 29).

[4] Richtlinie 2009/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (ABl. L 122 vom 16.5.2009, S. 28).

f) Mechanismen für die Aufsicht und die Überprüfung durch den Menschen,

g) Schulungs- und Unterstützungsmaßnahmen, einschließlich der Hilfe durch Fachleute, für Arbeitnehmer sowie für Führungskräfte, die solche Systeme einsetzen und nutzen.

Empfehlung 5

Verbotene Praktiken

Mit dem Vorschlag sollte die Sammlung, die Speicherung, die Überwachung, der Verkauf oder jede andere Verarbeitung folgender Daten und Aspekte verboten werden:

a) emotionaler, psychologischer oder neurologischer Zustand, kognitive Aktivität oder biometrische Daten der Arbeitnehmer,

b) private Kommunikation, auch Gespräche mit anderen Arbeitnehmern und Arbeitnehmervertretern, es sei denn, eine solche Verarbeitung ist gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c oder d der Datenschutz-Grundverordnung rechtmäßig,

c) Daten von Arbeitnehmern, die nicht im Dienst sind, keine Arbeit anbieten oder ausführen oder sich in privaten Räumlichkeiten aufhalten, Echtzeit-Geolokalisierung außerhalb der Arbeitszeiten oder über das für die Ausführung der Aufgaben unbedingt erforderliche Maß hinaus,

d) Daten für die Vorhersage der Ausübung der Grundrechte, einschließlich der Vereinigungsfreiheit sowie des Rechts auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen und des Rechts auf Unterrichtung und Anhörung,

e) besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Datenschutz-Grundverordnung sowie Schlussfolgerungen zu diesen Kategorien.

Diese Verbote sollten auch während des gesamten Einstellungsverfahrens gelten.

Empfehlung 6

Aufsicht und Überprüfung durch den Menschen

Mit dem Vorschlag sollte jederzeit eine kontinuierliche, substanzielle und wirksame Aufsicht durch den Menschen über alle Entscheidungen gewährleistet werden, die von algorithmischen Managementsystemen getroffen oder unterstützt werden. Darüber hinaus sollte mit dem Vorschlag sichergestellt werden, dass Arbeitgeber die Stellen benennen, die für die Überwachung der Funktionsweise und der Auswirkungen solcher Systeme sowie für die Überprüfung ihrer Entscheidungen zuständig sind, und sie den Arbeitnehmern und ihren Vertretern mitteilen. Die Personen, die für die Aufsicht und die Evaluierung zuständig sind, sollten über die für die Wahrnehmung dieser Funktionen erforderliche Kompetenz, Ausbildung und Autorität verfügen, auch für die Aufhebung automatisierter Entscheidungen.

Mit dem Vorschlag sollte sichergestellt werden, dass die Arbeitnehmer das Recht haben, innerhalb eines angemessenen Zeitraums von ihren Arbeitgebern eine aussagekräftige und verständliche mündliche oder schriftliche Erklärung einer Entscheidung zu erhalten, die von algorithmischen Systemen getroffen oder wesentlich unterstützt wurde und Auswirkungen auf wesentliche Aspekte ihrer Beschäftigung hat, etwa auf die Aufgabenverteilung, die Leistungsbewertung, die Arbeitszeitplanung, die Vergütung oder etwaige Disziplinarmaßnahmen, sofern die Entscheidung von einem algorithmischen System getroffen oder wesentlich beeinflusst wurde. Ist ein Arbeitnehmer der Auffassung, dass seine Rechte durch Entscheidungen, die von algorithmischen Managementsystemen getroffen oder wesentlich unterstützt wurden, verletzt wurden, sollte er das Recht haben, eine Überprüfung dieser Entscheidung zu beantragen.

Wird bei einer Überprüfung durch einen Menschen festgestellt, dass eine durch algorithmische Managementsysteme getroffene oder unterstützte Einzelentscheidung die Rechte eines Arbeitnehmers verletzt hat, sollte der Arbeitgeber die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, gegebenenfalls einschließlich der Änderung des algorithmischen Managementsystems oder der Einstellung seiner Nutzung sowie einer angemessenen Entschädigung für den entstandenen Schaden.

Entscheidungen über die Aufnahme oder Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses, die Verlängerung oder Nichtverlängerung einer vertraglichen Vereinbarung, Änderungen der Vergütung oder Disziplinarmaßnahmen sollten stets von einem Menschen getroffen werden und einer Überprüfung durch den Menschen unterliegen.

Mit dem Vorschlag sollte sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer bzw. ihre Vertreter vom Arbeitgeber verlangen können, dass er eine Überprüfung der Funktionsweise der eingesetzten algorithmischen Managementsysteme veranlasst, wenn begründete Bedenken bestehen, dass diese Systeme inhärente Verzerrungen, Diskriminierungen oder Fehler aufweisen oder eine Gefahr für das psychische oder physische Wohlbefinden der Arbeitnehmer oder für die Gesundheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz darstellen.

Empfehlung 7

Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Mit dem Vorschlag sollte sichergestellt werden, dass Arbeitgeber in Zusammenarbeit mit Arbeitnehmervertretern die Bewertung der Risiken algorithmischer Managementsysteme in Bezug auf Arbeitsunfälle, psychosoziale und ergonomische Risiken sowie übermäßigen Druck auf die Arbeitnehmer in ihre Sicherheits- und Gesundheitsschutzsysteme integrieren.

Arbeitgeber sollten algorithmische Managementsysteme in einer Weise nutzen, bei der auf das Wohlergehen der Arbeitnehmer geachtet wird und ihre Sicherheit und ihre körperliche und geistige Gesundheit nicht gefährdet werden. Falls erforderlich, sollten sie Abhilfemaßnahmen ergreifen.

Empfehlung 8

Aufgaben der zuständigen nationalen Behörden

Mit dem Vorschlag sollte sichergestellt werden, dass Arbeitsaufsichtsbehörden oder, falls zutreffend, andere zuständige nationale Behörden wie Gleichbehandlungsstellen den sicheren, transparenten und diskriminierungsfreien Einsatz algorithmischer Managementsysteme am Arbeitsplatz überwachen.

Die Arbeitsaufsichtsbehörden sollten damit beauftragt werden, die Sicherheit der im Beschäftigungskontext eingesetzten algorithmischen Systeme zu überwachen, zu kontrollieren und zu bewerten, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen dieser Systeme auf die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeitnehmer und ihre Grundrechte.

Die Arbeitsaufsichtsbehörden sollten mit ausreichenden Ressourcen, Befugnissen, technischem Fachwissen und angemessener Ausbildung ausgestattet werden, damit sie ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen können – ohne, dass im nationalem Recht bestehende Kontrollen oder Befolgungsverfahren dupliziert werden. Außerdem sollten sie auf Anfrage Zugang zu Informationen über die Anwendung des algorithmischen Managements am Arbeitsplatz erhalten.

Die Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass maßgeschneiderte Leitlinien und spezielle Unterstützungsmechanismen vorhanden sind, mit denen KMU dabei unterstützt werden, ihre Verpflichtungen im Zusammenhang mit automatisierten Beobachtungs- und Entscheidungssystemen zu verstehen und wirksam umzusetzen.

Empfehlung 9

Durchsetzung

Mit dem Vorschlag sollte vorgesehen werden, dass die Kommission, die Mitgliedstaaten, ihre zuständigen nationalen Behörden und die Sozialpartner zusammenarbeiten und sich über bewährte Verfahren austauschen, um Kapazitäten aufzubauen und eine wirksame Durchsetzung zu gewährleisten.

Mit dem Vorschlag sollte sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer, die von ihren Rechten Gebrauch machen, vor Benachteiligung, Vergeltungsmaßnahmen und Entlassung geschützt werden und in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren Zugang zu Beweismitteln erhalten.

Empfehlung 10

Aufsicht

Mit dem Vorschlag sollte dafür Sorge getragen werden, dass die im Zuge der Datenschutz-Grundverordnung eingerichteten Datenschutzbehörden auch die Anwendung der darin enthaltenen Bestimmungen in Bezug auf die Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext überwachen, und zwar in Zusammenarbeit mit nationalen Arbeitsbehörden und anderen zuständigen Behörden.

Empfehlung 11

Regressionsverbot und günstigere Bestimmungen

Die Vorschriften und Garantien, die sich aus diesen Empfehlungen ergeben, sollten ein Schutzniveau bieten, das mindestens dem der geltenden EU-Rechtsvorschriften entspricht, einschließlich der Richtlinie über Plattformarbeit, der Verordnung über künstliche Intelligenz, des Gesetzes über digitale Dienste[5] und der Datenschutz-Grundverordnung.

Der Vorschlag sollte keinen triftigen Grund liefern, das allgemeine Schutzniveau, das Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten bereits jetzt genießen, zu senken.

Mit dem Vorschlag sollte sichergestellt werden, dass es den Mitgliedstaaten und Sozialpartnern weiterhin freisteht, günstigere Bestimmungen einzuführen oder beizubehalten.

---

[5] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj).

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0343

Umsetzung der Konditionalitätsregelung

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Dezember 2025 zu der Umsetzung der Konditionalitätsregelung (2025/2061(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Europäische Union (EUV), insbesondere auf Artikel 2, Artikel 4 Absatz 3 und Artikel 7,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

– unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“),

– unter Hinweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention und die dazugehörigen Protokolle,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union[1] (im Folgenden „Konditionalitätsverordnung“) und auf die Mitteilung der Kommission vom 18. März 2022 mit Leitlinien für die allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union[2] (im Folgenden „Leitlinien von 2022“),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität[3] (im Folgenden „ARF-Verordnung“),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und

1 ABl. L 433 I vom 22.12.2020, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2020/2092/oj.
2 ABl. C 123 vom 18.3.2022, S. 12.
3 ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/oj.

Visumpolitik[4] (im Folgenden „Dachverordnung“),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union[5] (im Folgenden „Haushaltsordnung“),

– unter Hinweis auf den Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2506 des Rates vom 15. Dezember 2022 über Maßnahmen zum Schutz des Haushalts der Union vor Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn[6],

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 12. Januar 2024 über die Anwendung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union (COM(2024)0017),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 18. Juni 2025 über den Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit 2024[7],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Mai 2025 zu einem neu gestalteten langfristigen Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel[8],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 17. Januar 2024 zu der geplanten Auflösung von zentralen Strukturen zur Korruptionsbekämpfung in der Slowakei und den Auswirkungen auf die Rechtsstaatlichkeit[9],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. November 2022 zur Bewertung der Einhaltung der in der Konditionalitätsverordnung niedergelegten Rechtsstaatlichkeitsbedingungen durch Ungarn und zum Stand des ungarischen Aufbau- und Resilienzplans[10],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 8. März 2022 zum schrumpfenden Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft in der EU[11],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 8. Juli 2021 zu der Festlegung von Leitlinien für die Anwendung der allgemeinen Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union[12],

– unter Hinweis auf den Sonderbericht 03/2024 des Europäischen Rechnungshofs (im Folgenden „Rechnungshof“) vom 22. Februar 2024 mit dem Titel „Rechtsstaatlichkeit in der EU – Ein verbesserter Rahmen für den Schutz der finanziellen Interessen der EU, doch bestehen nach wie vor Risiken“,

---

4 ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/oj.
5 ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj.
6 ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 94, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2022/2506/oj.
7 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0129.
8 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0090.
9 ABl. C, C/2024/5712, 17.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/5712/oj.
10 ABl. C 167 vom 11.5.2023, S. 74.
11 ABl. C 347 vom 9.9.2022, S. 2.
12 ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 146.

– unter Hinweis auf die Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union (im Folgenden „Gerichtshof“) vom 16. Februar 2022 in den Rechtssachen C-156/21 – Ungarn / Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union[13] und C-157/21 – Polen / Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union[14],

– unter Hinweis auf den Beschluss der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die auf Initiative der Kommission durchgeführte Neubewertung der Erfüllung der Bedingungen des Artikels 4 der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 im Anschluss an den Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2506 des Rates vom 15. Dezember 2022 in Bezug auf Ungarn (C(2023)8999),

– unter Hinweis auf den gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union gefassten Beschluss der Kommission vom 16. Dezember 2024 betreffend eine schriftliche Mitteilung Ungarns zu Artikel 2 Absatz 2 des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/2506 des Rates vom 15. Dezember 2022 (C(2024)9140),

– unter Hinweis auf die jährlichen Berichte der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit,

– unter Hinweis auf die Beobachtungen, die sein Haushaltskontrollausschuss bei den Informationsreisen nach Ungarn vom 15. bis 17. Mai 2023 und in die Slowakei vom 26. bis 28. Mai 2025 gemacht hat,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen vom 2. April 2025 mit dem Titel „Die lokale und regionale Perspektive bei der Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union“[15],

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 30. April 2025 mit dem Titel „Die wirtschaftliche Dimension der Rechtsstaatlichkeit“,

– unter Hinweis auf den von seiner Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst im Juli 2025 veröffentlichten Bericht über die Durchführung der Konditionalitätsverordnung[16],

– unter Hinweis auf die von seinem Haushaltsausschuss in Auftrag gegebene Studie zu dem Thema „Instrumentarium zum Schutz des EU-Haushalts vor Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit: die Konditionalitätsverordnung im Kontext“[17],

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

---

13 Urteil des Gerichtshofs vom 16. Februar 2022, Ungarn / Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union, C-156/21, ECLI:EU:C:2022:97.

14 Urteil des Gerichtshofs vom 16. Februar 2022, Polen / Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union, C-157/21, ECLI:EU:C:2022:98.

15 ABl. C, C/2025/3169, 20.6.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3169/oj.

16 Europäisches Parlament: Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst, *Rule of Law Conditionality Regulation: European Implementation Assessment*, Europäisches Parlament, 2025, https://data.europa.eu/doi/10.2861/0161872.

17 Rubio, E. et al., *The tools for protecting the EU budget from breaches of the rule of law: the Conditionality Regulation in context*, Europäisches Parlament, Generaldirektion Interne Politikbereiche, Fachabteilung für Haushaltsfragen, April 2023.

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Haushaltsausschusses und des Haushaltskontrollausschusses gemäß Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres,

– unter Hinweis auf den Bericht des Haushaltsausschusses und des Haushaltskontrollausschusses (A10-0240/2025),

A. in der Erwägung, dass die Union auf den in Artikel 2 EUV niedergelegten Werten der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit und der Rechtsstaatlichkeit sowie der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, beruht; in der Erwägung, dass diese Werte in den Grundrechten zum Ausdruck kommen, die in der Charta niedergelegt sind, wie etwa der Gleichstellung von Frauen und Männern, dem Diskriminierungsverbot und dem Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen gemäß dem EU-Recht und den nationalen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten, und die in internationalen Menschenrechtsverträgen verankert sind; in der Erwägung, dass die Achtung dieser gemeinsamen Werte die Grundlage für die Rechte der in der EU lebenden Menschen bildet; in der Erwägung, dass Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Interessenträger eine wichtige Rolle bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit in der Praxis spielen;

B. in der Erwägung, dass der Gerichtshof in verschiedenen Urteilen festgestellt hat, dass alle Fonds, Programme und Finanzierungen der EU Ausdruck des Grundsatzes der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sind und auf gegenseitigem Vertrauen beruhen müssen, was die Achtung der in Artikel 2 EUV genannten Werte, der Charta und des in Artikel 4 Absatz 3 EUV verankerten Grundsatzes der loyalen Zusammenarbeit voraussetzt; in der Erwägung, dass der Gerichtshof darüber hinaus den eindeutigen Zusammenhang zwischen der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der effizienten Ausführung des EU-Haushaltsplans im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und dem Schutz der finanziellen Interessen der EU bestätigt hat;

C. in der Erwägung, dass jede eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch einen bestimmten Mitgliedstaat die Grundrechte der Unionsbürger in allen Mitgliedstaaten, das Vertrauen, die Solidarität und die loyale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sowie wichtige Errungenschaften der EU wie den freien Personenverkehr, das Funktionieren des Binnenmarkts und die Unabhängigkeit der Medien beeinträchtigen kann;

D. in der Erwägung, dass die Konditionalitätsverordnung der EU die Befugnis verleiht, zeitnah verhältnismäßige finanzielle Maßnahmen zum Schutz ihrer finanziellen Interessen zu ergreifen, wenn Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung der EU beeinträchtigen oder ernsthaft zu beeinträchtigen drohen; in der Erwägung, dass die Verordnung als Teil des Pakets zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 verabschiedet wurde, wobei ihrer Verabschiedung lange und schwierige Verhandlungen zwischen den beiden gesetzgebenden Organen vorausgegangen waren, die insbesondere auf die Versuche einiger Mitgliedstaaten zurückzuführen waren, die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen mit den Verhandlungen über den

Konditionalitätsmechanismus für die Rechtsstaatlichkeit zu verknüpfen; in der Erwägung, dass die Verordnung seit ihrem Inkrafttreten am 1. Januar 2021 in allen Mitgliedstaaten verbindlich ist;

E. in der Erwägung, dass die Konditionalitätsverordnung andere Instrumente ergänzt, die den EU-Haushalt vor Risiken schützen, die sich aus Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ergeben;

F. in der Erwägung, dass die Kommission gemäß der Konditionalitätsverordnung verpflichtet ist, die Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten zu überwachen, dass jedoch bislang nur im Fall Ungarns Maßnahmen gemäß der Verordnung vorgeschlagen und angenommen wurden; in der Erwägung, dass von Polen zusätzliche Informationen angefordert wurden;

G. in der Erwägung, dass die berechtigten Interessen der Endempfänger und Begünstigten von EU-Mitteln gewahrt werden müssen; in der Erwägung, dass die von einem Beschluss gemäß der Konditionalitätsverordnung betroffenen Mitgliedstaaten verpflichtet sind, über die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Endempfängern und Begünstigten Bericht zu erstatten;

H. in der Erwägung, dass die Kommission Leitlinien herausgegeben hat, in denen die Anwendung der Konditionalitätsverordnung erläutert wird; in der Erwägung, dass das Parlament seine Auffassung kundgetan hat, dass der Wortlaut der Verordnung eindeutig ist und keiner zusätzlichen Auslegung bedarf, um angewendet zu werden;

I. in der Erwägung, dass die Kommission verpflichtet ist, das Parlament über ihre Mitteilungen an einen Mitgliedstaat, in dem ihrer Ansicht nach Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit vorliegen könnten, sowie über alle gemäß der Konditionalitätsverordnung vorgeschlagenen, angenommenen und aufgehobenen Maßnahmen zu unterrichten;

J. in der Erwägung, dass die Kommission im Januar 2024 gemäß Artikel 9 der Konditionalitätsverordnung einen Bericht über den Stand der Anwendung der Verordnung vorgelegt hat; in der Erwägung, dass die von der Kommission vorgenommene Analyse des einzigen vorliegenden Anwendungsfalls sowohl die Wirksamkeit der ergriffenen Schutzmaßnahmen als auch ihr künftiges Potenzial bestätigt hat, die Kommission jedoch zu dem Ergebnis gelangte, dass es noch zu früh sei, um endgültige Schlussfolgerungen zu ziehen, und dass sie anhand einer umfangreicheren Anwendungspraxis besser mögliche Verbesserungen ermitteln könne;

K. in der Erwägung, dass im Dezember 2024 erstmals Mittelbindungen, die aufgrund der Anwendung der Konditionalitätsverordnung ausgesetzt worden waren, dem betroffenen Mitgliedstaat gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung letztlich verloren gegangen sind, da der fragliche Mitgliedstaat den ursprünglich festgestellten Mängeln nicht innerhalb der vorgegebenen Frist abgeholfen hatte;

L. in der Erwägung, dass die Kommission am 16. Juli 2025 ihren Vorschlag für den

Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 veröffentlicht hat[18]; in der Erwägung, dass ein klarer Zusammenhang zwischen den im Vorschlag für die nationalen und regionalen Partnerschaftspläne[19] enthalten Aspekten der Rechtsstaatlichkeit und dem Konditionalitätsmechanismus besteht;

M. in der Erwägung, dass dieser Bericht dazu dient, die Durchführung der Konditionalitätsverordnung einschließlich der Wechselwirkungen mit anderen EU-Instrumenten im Einklang mit der dem Europäischen Parlament in der Verordnung zugewiesenen Rolle zu überwachen und dabei zu positiven und negativen Aspekten ihrer Anwendung Stellung zu nehmen und Empfehlungen für ihre künftige Durchführung abzugeben;

Einführung der Konditionalitätsregelung und rechtlicher Kontext

1. weist darauf hin, dass die Rechtsstaatlichkeit einer der Grundwerte der EU ist und dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung der EU und die effektive Verwendung von EU-Mitteln ist; betont, dass dies unerlässlich ist, um das Vertrauen der Bürger in die EU zu wahren und sicherzustellen, dass die EU-Mittel in allen Mitgliedstaaten spürbare Vorteile bringen;

2. betont, dass die 2020 verabschiedete Konditionalitätsverordnung eine zentrale Säule für den Schutz des EU-Haushalts vor Risiken infolge von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit darstellt, die für den gesamten Haushalt gilt und eine kumulative Anwendung verschiedener Maßnahmen ermöglicht; betont, dass bei der Anwendung der Konditionalitätsverordnung dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung zu tragen ist; hebt hervor, dass die Verordnung zeitlich unbegrenzt gilt und somit auf alle derzeitigen und künftigen Finanzierungsinstrumente im Rahmen des EU-Haushalts anwendbar ist; stellt jedoch fest, dass ihre praktische Umsetzung nach wie vor unzureichend ist, und fordert konkrete Verbesserungen, um ihre volle Wirksamkeit sicherzustellen;

3. begrüßt die Feststellung des Gerichtshofs, dass es sich bei der Achtung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte um eine fortdauernde Verpflichtung aller Mitgliedstaaten sowie um eine Voraussetzung für die Inanspruchnahme aller Rechte und Vorteile aus den Verträgen handelt, die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergeben, einschließlich des Zugangs zu EU-Mitteln; fordert die Kommission auf, die geltenden Rechtsvorschriften in Übereinstimmung mit der Feststellung des Gerichtshofs vollständig durchzusetzen und diesen Aspekt in allen einschlägigen Mitteilungen hervorzuheben;

4. betont, dass die Konditionalitätsverordnung und alle anderen verfügbaren Maßnahmen

---

18 Mitteilung der Kommission vom 16. Juli 2025 mit dem Titel „Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft – der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034“ (COM(2025)0570).

19 Vorschlag der Kommission vom 16. Juli 2025 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034 sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/955 und der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 (COM(2025)0565).

zum Schutz des EU-Haushalts vor Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit nicht als Ersatz für die im Vertrag verankerten Mechanismen zum Schutz der in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte angesehen werden dürfen; weist darauf hin, dass die in Artikel 7 Absatz 2 EUV vorgesehene Aussetzung der Stimmrechte in Fällen anhaltender und schwerwiegender Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit weiterhin eine Option darstellt; stellt fest, dass es für die Bürger schwer nachvollziehbar ist, warum Mitgliedstaaten, die wiederholt gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen, weiterhin Stimmrechte genießen, und dass dadurch die Gefahr besteht, dass das Vertrauen in die Werte und Entscheidungsprozesse der EU verloren geht;

5. weist darauf hin, dass sich das Instrumentarium der Kommission im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in den letzten zehn Jahren erheblich weiterentwickelt hat, indem mehrere Instrumente zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit aufgenommen wurden, darunter der jährliche Bericht über die Rechtsstaatlichkeit, der alle 27 Mitgliedstaaten abdeckt, die in der Dachverordnung festgelegte zielübergreifende grundlegende Voraussetzung der Anwendung und Umsetzung der Charta und die sogenannten Super-Etappenziele im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität;

6. betont, dass die Konditionalitätsregelung haushaltstechnischer Natur ist, da sie darauf abzielt, die wirtschaftliche Verwaltung der EU-Mittel und die finanziellen Interessen der EU zu wahren, und nur dann zur Anwendung kommt, wenn ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit den EU-Haushalt beeinträchtigt oder ernsthaft zu beeinträchtigen droht; betont, dass sie sich von dem Verfahren nach Artikel 7 EUV unterscheidet, mit dem schwerwiegende und anhaltende Verletzungen der in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte unabhängig von etwaigen Auswirkungen auf den Haushalt geahndet werden;

7. hebt hervor, dass im Falle systematischer Verstöße gegen die in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte weiterhin Vertragsverletzungsverfahren gemäß Artikel 258 AEUV und Artikel 6 der Haushaltsordnung als ergänzende Instrumente zur Verfügung stehen;

8. würdigt die Urteile des Gerichtshofs vom 16. Februar 2022 in den Rechtssachen C-156/21 und C-157/21, mit denen die Klagen Ungarns und Polens auf Nichtigerklärung der Konditionalitätsverordnung in vollem Umfang abgewiesen und die Gültigkeit, die Rechtsgrundlage und die Vereinbarkeit der Verordnung mit dem Vertrag sowie die Zuständigkeiten der EU in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten eindeutig bestätigt wurden;

9. stellt fest, dass der Begriff „Rechtsstaatlichkeit“ in der Konditionalitätsverordnung nicht definiert wird und dass darin weder eine erschöpfende Definition der Situationen enthalten ist, die einen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit darstellen, noch Maßnahmen festgelegt sind, um gegen Rückschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit vorzugehen; weist darauf hin, dass die Regeln für den Zugang zu Finanzmitteln in spezifischen Rechtsvorschriften festgelegt sind und dass der Gerichtshof festgestellt hat, dass der Begriff der Rechtsstaatlichkeit in der Rechtsprechung und den Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten hinreichend ausgestaltet ist, was den Ermessensspielraum der Kommission bei ihren Bewertungen einschränkt; weist daher sämtliche vorgebrachten Argumente der Rechtsunsicherheit zurück; fordert die Kommission auf, Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums und Angriffe auf

zivilgesellschaftliche Akteure und den Medienpluralismus systematisch als Risikoindikatoren zu erfassen, wenn sie unmittelbar für den Schutz des EU-Haushalts oder der finanziellen Interessen der EU von Bedeutung sind;

Anwendung der Konditionalitätsverordnung und festgestellte Probleme

Anwendungsbereich und Umsetzungsschritte

10. weist darauf hin, dass die Konditionalitätsverordnung für jeden Mitgliedstaat gilt, da die Kommission bei allen Mitgliedstaaten prüft, ob die in Artikel 4 festgelegten Voraussetzungen für die Annahme von Maßnahmen erfüllt sind;

11. stellt fest, dass das Verfahren vor der Annahme von Maßnahmen mehrere Schritte umfasst, darunter eine schriftliche Mitteilung der Kommission an den betreffenden Mitgliedstaat, einen Informationsaustausch, mögliche Zusagen des betreffenden Mitgliedstaats, Abhilfemaßnahmen zur Behebung der Situation zu ergreifen, Anmerkungen des Mitgliedstaats und bei Bedarf einen Vorschlag der Kommission für Maßnahmen, über den der Rat innerhalb einer zwingenden Frist mit qualifizierter Mehrheit entscheidet;

12. nimmt die von der Kommission in den Leitlinien von 2022 zur Konditionalitätsverordnung bereitgestellten zusätzlichen Klarstellungen zum Verfahren und die Überprüfung ihrer praktischen Anwendung im Anwendungsbericht 2024 der Kommission zur Kenntnis; bedauert jedoch, dass die Leitlinien mehr als ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung angenommen wurden und dies de facto zu einer Verzögerung bei ihrer Anwendung beigetragen hat;

13. bedauert, dass die Kommission nach dem Inkrafttreten der Konditionalitätsverordnung am 1. Januar 2021 als Reaktion auf anhaltende schwere Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten, die ein ernstes Risiko für die finanziellen Interessen der EU darstellten, nicht sofort ein Verfahren nach Artikel 6 Absatz 1 eingeleitet hat; hebt hervor, dass das Parlament im Oktober 2021 nach wiederholten Aufforderungen an die Kommission, tätig zu werden, gemäß Artikel 265 AEUV vor dem Gerichtshof Klage gegen die Kommission wegen Untätigkeit und Nichtanwendung der Verordnung erhoben hat; betont, dass es für den Schutz des EU-Haushalts unerlässlich ist, dass die Kommission zeitnah reagiert und dafür klare interne Fristen festlegt;

Meldung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit gemäß der Konditionalitätsverordnung

14. stellt fest, dass der Kommission potenzielle Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit durch eine breite Evidenzbasis zur Kenntnis gebracht werden, darunter Berichte des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), der Europäischen Staatsanwaltschaft, des Rechnungshofs und des Parlaments sowie Stellungnahmen von Organisationen der Zivilgesellschaft, Unternehmen und Hinweisgebern; erachtet es als äußerst wichtig, dass die Kommission klar darlegt, inwieweit solche Nachweise bei ihren Beschlüssen berücksichtigt werden; fordert eine angemessene Finanzierung von Einrichtungen wie der Europäischen Staatsanwaltschaft, dem OLAF, der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in

Strafsachen (Eurojust), damit sie Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, die sich auf die finanziellen Interessen der EU auswirken, wirksam untersuchen können;

15. bedauert zutiefst den Mangel an Transparenz in Bezug auf Bewertungen der Kommission, die dazu führen, dass keine Maßnahmen vorgeschlagen werden oder dass ein anderes Instrument gewählt wird; betont, dass keine politisch motivierten oder unbegründeten Behauptungen aufgestellt werden dürfen;

16. stellt fest, dass bislang nur sehr wenige interessierte Akteure das Standardformular der Kommission für Beschwerden verwendet haben, das den Leitlinien von 2022 beigefügt ist; empfiehlt der Kommission, Beschwerden in jeder schriftlichen Form entgegenzunehmen; fordert darüber hinaus die Einrichtung eines vertraulichen und benutzerfreundlichen Meldeportals, das die Identität von Hinweisgebern schützt und ihnen Schutz vor Repressalien und einer missbräuchlichen Anklage bietet und über das interessierte Akteure auf Verstöße hinweisen können, wodurch rasche Abhilfemaßnahmen ermöglicht werden; betont, dass derartige Instrumente barrierefrei zugänglich, transparent und in vielen verschiedenen Sprachen verfügbar sein müssen und dass die interessierten Akteure Vertrauen in sie haben müssen, damit ihre Wirksamkeit maximiert wird und eingehende Hinweise umfassend berücksichtigt werden;

17. bedauert, dass trotz aufeinanderfolgender besorgniserregender Feststellungen in den jährlichen Berichten der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit und trotz der Feststellungen des OLAF, die in den jährlichen Berichten der Kommission über den Schutz der finanziellen Interessen der EU bekannt gemacht wurden, und der Feststellungen der Europäischen Staatsanwaltschaft, in denen auf Haushaltsrisiken in mehreren Mitgliedstaaten hingewiesen wird, nur in zwei Fällen förmliche Mitteilungen übermittelt und in einem Fall Maßnahmen gemäß der Konditionalitätsverordnung beschlossen wurden; betont, dass diese Kluft zwischen Feststellungen und Durchsetzung die Glaubwürdigkeit der Verordnung untergräbt und ihre vorbeugende Funktion beim Schutz der finanziellen Interessen der EU schwächt; weist auf den warnenden Hinweis des Rechnungshofs hin, dass Beschlüsse über die Sperrung oder Freigabe von Mitteln, für die eine qualifizierte Mehrheit im Rat erforderlich ist, häufig mit sachfremden Verhandlungen auf hoher Ebene verknüpft werden, bei denen Einstimmigkeit notwendig ist; betont, dass Beschlüsse auf technischen und rechtlichen Erkenntnissen beruhen müssen und nicht zum Gegenstand eines Geschachers werden dürfen, bei dem damit gedroht wird, Beschlüsse zu blockieren, für die Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist;

Bewertung von Verstößen und Auslösung des Konditionalitätsmechanismus

18. betont, dass die Konditionalitätsverordnung in allen Mitgliedstaaten einheitlich angewendet werden muss; fordert die Kommission und gegebenenfalls den Rat nachdrücklich auf, zügig und in völliger Transparenz tätig zu werden, wenn ein Zusammenhang zwischen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit bzw. zwischen der ernsthaften Gefahr eines solchen Verstoßes und Risiken für den EU-Haushalt festgestellt wurde und der betreffende Mitgliedstaat nichts unternimmt, um die Situation zeitnah, wirksam und dauerhaft zu beheben; besteht darauf, dass langwierige informelle Dialoge nicht zu einem Ersatz für entschlossenes Handeln werden dürfen und dass politische Blockaden oder Erpressungen, die eingesetzt werden, um die

Beschlussfassung der EU zu behindern, entschieden zurückgewiesen werden müssen;

19. bekräftigt, dass die Rechtsstaatlichkeit unter keinen Umständen als Verhandlungsmasse betrachtet werden darf; betont, dass das Instrument nicht nur als letztes Mittel eingesetzt werden sollte, da in der Konditionalitätsverordnung auch eine vorzeitige teilweise Aussetzung vorgesehen ist, sobald Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit festgestellt wurden, die den EU-Haushalt ernsthaft gefährden könnten; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, das Instrument zeitnah und vollumfänglich zu nutzen;

20. betont, dass die Bewertungen der Kommission unparteiisch und fair sein müssen und dass dabei alle verfügbaren Informationen berücksichtigt und die Grundsätze der Objektivität, des Diskriminierungsverbots und der Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen geachtet werden müssen; hebt hervor, dass gemäß Artikel 5 der Konditionalitätsverordnung bei der Auswahl der Haushaltsschutzmaßnahmen und der Festlegung ihres Umfangs der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden muss, wobei die Schwere, die Dauer und die Häufigkeit des Verstoßes, die Kooperationsbereitschaft des betreffenden Mitgliedstaats und das konkrete finanzielle Risiko sowie die Auswirkungen auf rechtmäßige Endempfänger und Begünstigte, insbesondere kleinere, zu berücksichtigen sind; fordert die Kommission auf, die Methode zur quantitativen Risikobewertung öffentlich zu machen, die sie auf Empfehlung des Rechnungshofs bereits intern anwendet;

21. betont, dass die Kommission als Hüterin der Verträge unabhängig von der politischen Ausrichtung der nationalen Regierungen vollkommen unparteiisch handeln und jeden Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit, der ein Risiko für den EU-Haushalt und die Werte der EU darstellt, auf faire Weise sanktionieren muss, damit nicht der Eindruck entsteht, nur bestimmte Mitgliedstaaten würden im Fokus stehen; weist darauf hin, dass die Glaubwürdigkeit und Legitimität der Konditionalitätsregelung nur durch eine solche unparteiische Durchsetzung gewahrt werden kann;

22. räumt ein, dass einige Aspekte der Konditionalitätsverordnung die Auslösung des Mechanismus erschweren, insbesondere die Anforderung, einen hinreichend unmittelbaren Zusammenhang zwischen einem Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit und einem ernsthaften Risiko nachteiliger Auswirkungen auf den EU-Haushalt nachzuweisen; betont jedoch, dass solche Anforderungen nicht als Rechtfertigung dafür dienen sollten, den Mechanismus nicht auszulösen;

Rückschritte und Rücknahme von Abhilfemaßnahmen

23. stellt fest, dass der Rat beschlossen hat, 55 % der Mittelbindungen für drei operationelle Programme im Rahmen der Kohäsionspolitik für Ungarn auszusetzen und es der Kommission zu verbieten, neue rechtliche Verpflichtungen mit Trusts von öffentlichem Interesse und von ihnen verwalteten Körperschaften in Bezug auf EU-Mittel einzugehen, die in direkter oder indirekter Mittelverwaltung ausgeführt werden; weist auf die rechtliche Analyse[20] hin, aus der hervorgeht, dass angesichts der systematischen

[20] Sheppele, K. L. et al., *Freezing all EU funds to Hungary: A legal analysis of why a 100% suspension is "proportionate" and "appropriate" under Regulation 2020/2092 on a general regime of conditionality for the protection of the Union budget*, von Daniel Freund, Mitglied des Europäischen Parlaments der Verts/ALE-Fraktion, in Auftrag gegebene Studie, Mai 2022.

und anhaltenden Verstöße der ungarischen Regierung gegen die Rechtsstaatlichkeit ein deutlich höherer Anteil der EU-Finanzierung ausgesetzt werden sollte, um den EU-Haushalt im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu schützen; stellt fest, dass in der Konditionalitätsverordnung keine Obergrenzen für den Anteil der Mittelbindungen festgelegt sind, die ausgesetzt werden können, und bekundet, dass seiner Auffassung nach bis zu 100 % der Finanzierung ausgesetzt werden könnten; stellt fest, dass die Kommission seit der Annahme von Maßnahmen im Dezember 2022 die festgestellten Verstöße und den Stand der Abhilfemaßnahmen im Dezember 2023 und erneut im Dezember 2024 nach eine Mitteilung der ungarischen Regierung in Bezug auf die Behebung von Verstößen im Zusammenhang mit Trusts von öffentlichem Interesse erneut bewertet hat; betont, dass die Kommission in beiden Bewertungen zu dem Schluss gekommen ist, dass die notwendigen Anforderungen nicht erfüllt wurden; stellt fest, dass in den Bewertungen der Kommission keine zusätzlichen Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit und keine entsprechenden ernsthaften Risiken festgestellt wurden, die sich auf die finanziellen Interessen der EU auswirken oder sich auf diese auszuwirken drohen; fordert die Kommission auf, die Rückschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit insbesondere in Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz dringend erneut zu bewerten und zusätzliche Maßnahmen vorzuschlagen oder die derzeitigen Maßnahmen zu aktualisieren, um dagegen vorzugehen;

24. betont, dass EU-Mittel, die im Rahmen der Konditionalitätsverordnung ausgesetzt wurden, erst wieder freigegeben werden dürfen, wenn die Situation, aufgrund deren Maßnahmen ergriffen wurden, vollständig behoben wurde, wobei alle Entwicklungen der Situation des Landes seit dem ursprünglichen Beschluss über die Maßnahmen bis zu dem Zeitpunkt, an dem beschlossen wurde, die Maßnahmen aufzuheben, zu berücksichtigen sind; schließt sich der Warnung des Rechnungshofs an, dass die Konditionalitätsregelung nicht zu einer Maßnahme werden darf, in deren Rahmen lediglich eine Checkliste abgearbeitet wird und die Mitgliedstaaten die Anforderungen nur rein formal erfüllen, sondern dass die Regelung mit greifbaren Verbesserungen im Land einhergehen muss; fordert die Kommission auf, anhand objektiver Maßstäbe vor Ort zu überprüfen, dass die Rechtsstaatlichkeit in der Praxis nachweislich geachtet wird, und über ihre Erkenntnisse Bericht zu erstatten, bevor sie Vorschläge zur Aufhebung angenommener Maßnahmen unterbreitet; ist der Ansicht, dass die Kommission auch Ex-post-Prüfungen durchführen sollte, damit es nicht zu Rückschritten kommt, sobald die Maßnahmen aufgehoben wurden;

25. weist darauf hin, dass es bereits im Juni 2023 vor den Risiken einer Rücknahme von Abhilfemaßnahmen nach Aufhebung der finanziellen Sanktionen gewarnt hat[21], was weder in der Konditionalitätsverordnung noch in den Leitlinien von 2022 ausdrücklich vorgesehen ist; betont, dass der Rechnungshof ebenfalls auf dieses Risiko hingewiesen hat; fordert die Kommission auf, die Zahlung von EU-Mitteln rasch wieder auszusetzen und die Mittel bei Bedarf wieder einzuziehen, wenn Abhilfemaßnahmen in der Folge rückgängig gemacht werden; fordert, unverzüglich über solche Maßnahmen unterrichtet zu werden;

26. betont, dass die vollständige Umsetzung der Programme, einschließlich der Bindung und Auszahlung von Mitteln, rasch wieder aufgenommen werden sollte, sobald die

---

21 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 1. Juni 2023 zu der Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und eingefrorenen EU-Geldern (ABl. C, C/2023/1223, 21.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/1223/oj).

Maßnahmen aufgehoben wurden; betont, dass die Kommission eng mit den nationalen Behörden zusammenarbeiten muss, damit es nicht zu Rückständen bei der Bearbeitung kommt;

Verbindungen zwischen der Konditionalitätsregelung und anderen Instrumenten des Instrumentariums zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit

27. weist darauf hin, dass mit der Konditionalitätsverordnung ausdrücklich bestehende Instrumente zum Schutz des Haushalts ergänzt werden und die Verordnung anzuwenden ist, „wenn andere in der Unionsgesetzgebung festgelegte Verfahren keinen wirksameren Schutz des Haushalts der Union ermöglichen würden“; bedauert die Auslegung der Kommission, wonach das Instrument aufgrund dieses Wortlauts nur als letztes Mittel eingesetzt werden sollte; weist mit großer Besorgnis darauf hin, dass die anderen verfügbaren Maßnahmen in der Vergangenheit nicht systematisch angewendet wurden; stellt mit Besorgnis fest, dass in der Kommission verschiedene Dienststellen für die Überwachung der Rechtsstaatlichkeit zuständig sind und diese Aufteilung zuweilen dazu führt, dass die Maßnahmen uneinheitlich und nicht transparent sind und mit Verzögerung ergriffen werden; bedauert die offenkundige Absicht der Kommission, die Zuständigkeiten weiter aufzuteilen, da verschiedene Referate ihrer Generaldirektion Haushalt mit der Bewertung und Überwachung der Konditionalitätsverordnung und der vorgeschlagenen nationalen und regionalen Partnerschaftspläne im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens beauftragt werden sollen; kritisiert, dass diese Aufspaltung der Zuständigkeiten zu komplexen Koordinierungsstrukturen führt und Risiken für die Anwendung der Konditionalitätsverordnung birgt;

28. hält es für unklar, wie die Konditionalitätsverordnung in der Praxis mit anderen Instrumenten des Instrumentariums zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit interagiert, insbesondere mit der in der Dachverordnung festgelegten zielübergreifenden grundlegenden Voraussetzung in Bezug auf die Charta sowie mit den Super-Etappenzielen im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit gemäß der Aufbau- und Resilienzfazilität; stellt mit Besorgnis fest, dass der Rechnungshof nicht immer überprüfen konnte, warum die Kommission ein Instrument zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit einem anderen vorgezogen hat; ist besorgt, dass diese mangelnde Transparenz das Vertrauen in die unvoreingenommene Anwendung der Konditionalitätsverordnung untergräbt; bedauert, dass die Kommission im Dezember 2023 nach einer Bewertung zu dem Schluss gekommen ist, dass Ungarn die zielübergreifende grundlegende Voraussetzung der Unabhängigkeit der Justiz erfüllt, aber die im Rahmen der Konditionalitätsverordnung auferlegten Maßnahmen aufrechterhalten hat; betont, dass dieser Mangel an Kohärenz die demokratische Kontrolle der Anwendung der Instrumente behindert; weist darauf hin, dass das Parlament im März 2024 vor dem Gerichtshof rechtliche Schritte gegen die Kommission eingeleitet hat, um die Rechtmäßigkeit dieses Beschlusses der Kommission überprüfen zu lassen und für Rechtssicherheit bei der Umsetzung des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zu sorgen, und weist darauf hin, dass die Entscheidung des Gerichtshofs noch aussteht;

29. betont, dass die Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Instrumenten zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden müssen; betont, dass die für die Freigabe von EU-Mitteln erforderlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit, die in den einschlägigen Beschlüssen

gemäß der Dachverordnung, der ARF-Verordnung und der Konditionalitätsverordnung festgelegt sind, als ein Gesamtpaket zu betrachten sind und selbst dann, wenn in einem oder mehreren Bereichen Fortschritte erzielt wurden, keine Zahlungen getätigt werden sollten, wenn in einem anderen Bereich nach wie vor Mängel bestehen; besteht darauf, dass etwaige Rückschritte in Bezug auf die Situation, die diese Maßnahmen ausgelöst hat, ebenfalls berücksichtigt werden sollten;

30. warnt davor, dass Regierungen, die die Werte der EU nicht einhalten und ihrer Verpflichtung zum Schutz der finanziellen Interessen der EU nicht nachkommen, mit einer Neuzuweisung oder Umschichtung eingefrorener Mittel auf andere Programme oder Ziele signalisiert würde, dass Verluste an anderen Stellen ausgeglichen werden können; ist der Ansicht, dass derartige Übertragungen dem Sinn und Zweck der Konditionalitätsverordnung widersprechen, und fordert die Kommission daher auf, Anträge auf Mittelübertragung auf andere Programme oder auf andere Prioritäten desselben Programms abzulehnen, die zu einer Umgehung der Maßnahmen im Rahmen der Konditionalitätsverordnung führen würden; fordert die Kommission auf, dem Parlament den vollständigen Wortlaut derartiger Anträge auf Mittelübertragung vorzulegen, damit die demokratische Kontrolle erfolgen kann, bevor der Beschluss der Kommission gefasst wird und nicht erst danach; ist der Ansicht, dass Mittel, die gemäß der Konditionalitätsverordnung ausgesetzt wurden oder die ausgesetzt wurden, weil zielübergreifende grundlegende Voraussetzungen nicht erfüllt wurden, nicht für Programmänderungen oder Übertragungen in Betracht kommen sollten;

Demokratische Kontrolle und Transparenz

31. stellt fest, dass der Rat gemäß der Konditionalitätsverordnung die Befugnis hat, den Vorschlag der Kommission vor der Annahme von Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit zu ändern, während die Rolle des Parlaments auf Ex-post-Informationen beschränkt ist, wodurch ihm als einem Teil der Haushaltsbehörde der EU und der Entlastungsbehörde der EU ein maßgebliches Mitspracherecht bei Entscheidungen genommen wird, die für den Schutz des Unionshaushalts von entscheidender Bedeutung sind; stellt fest, dass sich der Rat in dem einzigen Fall, über den er entscheiden musste, dafür entschieden hat, die im Vorschlag der Kommission vorgesehenen auszusetzenden Finanzierungsbeträge ohne jegliche Begründung zu senken;

32. betont, dass aus einer im Frühjahr 2025 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht, dass die Öffentlichkeit mit überwältigender Mehrheit (85 % der Befragten) dafür ist, die Bereitstellung von Unionsmitteln von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Grundsätze abhängig zu machen; betont, dass die Mitglieder des Europäischen Parlament als direkt gewählte Vertreter der Unionsbürgerinnen und -bürger dieser klaren Forderung nachkommen und sich entschieden für den Konditionalitätsmechanismus als unverzichtbares Instrument zum Schutz des Unionshaushalts und zur Wahrung der in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte einsetzen müssen;

33. bekräftigt, dass es seine Kontrollfunktion in Bezug auf die Durchführung der Konditionalitätsverordnung sehr ernst nimmt; würdigt, dass die Kommission ihrer rechtlichen Verpflichtung nachgekommen ist, das Parlament unverzüglich über alle Maßnahmen zu unterrichten, die vorgeschlagen, angenommen oder aufgehoben werden; bedauert jedoch, dass die Kommission nur das absolute Mindestmaß an Informationen

ohne wesentliche Einzelheiten bereitgestellt und selbst auf Nachfrage des Parlaments keine vollständigen Unterlagen übermittelt hat; betont, dass ein zeitnaher, umfassender und proaktiver Informationsaustausch von wesentlicher Bedeutung ist, damit das Parlament seine Haushalts- und Kontrollaufgaben wirksam wahrnehmen kann und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Organe der EU und die Glaubwürdigkeit der EU in der Gesamtheit aufrechterhalten bleiben;

34. bedauert darüber hinaus, dass es keinen Zugang zum vollständigen Wortlaut der schriftlichen Mitteilungen und zum Schriftwechsel zwischen den Dienststellen der Kommission und dem betreffenden Mitgliedstaat hat; betont, dass das Zurückhalten solcher Beweismittel die in den Verträgen verankerten Haushaltskontrollbefugnisse des Parlaments nach Artikel 14 Absatz 1 EUV und Artikel 319 AEUV untergräbt; bedauert ferner, dass es wiederholt auf Schreiben oder Entschließungen zurückgreifen musste, um von der Kommission grundlegende verfahrenstechnische Informationen zu erhalten, und dass viele Dokumente erst nach erheblichen Verzögerungen vorgelegt wurden;

35. nimmt den Abschluss der Verhandlungen über die Überarbeitung der Rahmenvereinbarung zwischen dem Parlament und der Kommission und die darin von der Kommission abgegebene Zusage zur Kenntnis, die interinstitutionelle Zusammenarbeit in Haushaltsfragen weiter zu verstärken; weist darauf hin, dass das Parlament in allen Fragen des Informationsaustauschs dem Rat gleichgestellt sein sollte; besteht darauf, dass es einen systematischen, rechtzeitigen, strukturierten und sicheren Zugang zu allen Informationen und Unterlagen erhält, die es und seine Ausschüsse zur Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion benötigen, einschließlich der schriftlichen Mitteilung an den von einer möglichen Aussetzung der Mittel betroffenen Mitgliedstaat, aller Ersuchen um zusätzliche Informationen, des Schriftwechsels zwischen den Dienststellen der Kommission und dem betreffenden Mitgliedstaat sowie der nach Artikel 5 Absatz 2 der Konditionalitätsverordnung vorgelegten Berichte;

36. fordert die Kommission nachdrücklich auf, zu einer Einigung über einen sicheren Kommunikationskanal zu kommen, damit die zuständigen Stellen des Parlaments Zugang zu solchen Informationen erhalten und gleichzeitig die Vertraulichkeit gewahrt bleibt;

37. bedauert, dass in den von der Kommission veröffentlichten Informationen über ihre Feststellungen in bestimmten Fällen im Rahmen der Konditionalitätsverordnung nicht auf die festgestellten spezifischen Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, die Methodik der Risikoanalyse und die Berechnung bezüglich der Verhältnismäßigkeit eingegangen wird; stellt fest, dass dieser Mangel an Informationen von extremistischen Akteuren ausgenutzt wurde, um Desinformation über die Motive und Verfahren der EU zu verbreiten, und weist warnend darauf hin, dass dies in Zukunft erneut geschehen könnte;

38. betont, wie wichtig es ist, für eine angemessene EU-Finanzierung für die in diesem Bereich tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft zu sorgen, da diesen eine entscheidende Funktion bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Grundrechte zukommt;

Schutz der Endempfänger und Begünstigten

39. betont, dass eine solide Vorgehensweise erforderlich ist, um sicherzustellen, dass die Endempfänger und Begünstigten nicht benachteiligt werden, weil für ihre Regierung bestimmte Unionsmittel aufgrund von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ausgesetzt wurden; erwartet, dass die Kommission bei der Vorlage von Maßnahmen prüft, welche Auswirkungen diese auf die Endempfänger bzw. Begünstigten haben könnten; betont, dass dieser Grundsatz im Mittelpunkt des Ansatzes der „intelligenten Konditionalität“ steht; weist insbesondere darauf hin, dass die Mitgliedstaaten, gegen die Maßnahmen im Rahmen der Konditionalitätsverordnung ergriffen wurden, weiterhin allen Verpflichtungen gegenüber Endempfängern und Begünstigten nachkommen müssen;

40. bedauert, dass die betreffenden Bestimmungen in der Praxis unzureichend durchgesetzt wurden und die für die Endempfänger und Begünstigten vorgesehenen Garantien weitgehend theoretischer Natur bleiben, da die Verfahren für die direkte Zahlung oder Umleitung von Mitteln umständlich sind und nur selten mit den tatsächlichen und möglichen Endempfängern und Begünstigten kommuniziert wird; betont, dass auf EU-Ebene mehr getan werden muss, um den Schutz der berechtigten Interessen der Endempfänger und Begünstigten, einschließlich lokaler und regionaler Gebietskörperschaften und anderer Interessenträger, zu verbessern und sicherzustellen, dass sie Zugang zu Unionsmitteln haben, da sie nicht für von Zentralregierungen begangene Verstöße bestraft werden sollten;

41. stellt mit Besorgnis fest, dass in einigen Mitgliedstaaten kleptokratische oligarchische Strukturen systematisch strategisch wichtige Wirtschaftszweige wie die Medienbranche, die Telekommunikation, das Bankwesen, den Einzelhandel, die Landwirtschaft, die Lebensmittelindustrie, das Gesundheitswesen, die Pharmazie, das Bauwesen, die Tourismusbranche und die Technologiebranche übernehmen, was den Schutz des Unionshaushalts gefährden kann, beispielsweise wenn solche Strukturen Unionsmittel beantragen; betont, dass für Chancengleichheit für alle Antragsteller sowohl beim Zugang zu Unionsmitteln als auch bei unparteiischen und wirksamen Beschwerdemechanismen gesorgt werden muss;

42. betont, dass durch die Einschüchterung von Hinweisgebern und Investigativjournalisten sowie Repressalien gegenüber diesen Gruppen in einigen Mitgliedstaaten das Risiko systemischer Korruption zunimmt; fordert die Kommission auf, derartige Repressalien bei der Bewertung der Haushaltsrisiken im Rahmen der Konditionalitätsverordnung als erschwerende Faktoren zu behandeln;

43. betont, wie wichtig es ist, europäische und internationale Standards und Empfehlungen zur Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche systematisch in die im Rahmen der Konditionalitätsverordnung durchgeführten Bewertungen einzubeziehen; fordert die Kommission auf, klare Risikoindikatoren für die Bekämpfung von Geldwäsche bei aus dem Unionshaushalt finanzierten Projekten zu entwickeln und den Informationsaustausch mit den nationalen zentralen Meldestellen (FIU) zu stärken;

Gewonnene Erkenntnisse und Empfehlungen für künftige Verbesserungen

44. ist unter Berücksichtigung der begrenzten Erfahrung der Ansicht, dass die Konditionalitätsregelung im Allgemeinen ein wirksames Instrument zum Schutz der finanziellen Interessen der EU vor Risiken ist, die sich aus Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit oder einer erheblichen Gefahr entsprechender Verstöße ergeben; besteht darauf, dass die Regelung auf den gesamten Unionshaushalt, auch auf die leistungsbasierten Instrumente, angewandt wird, damit keine EU-Ausgaben einer wirksamen Kontrolle der Rechtsstaatlichkeit entgehen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass die Konditionalitätsverordnung unabhängig vom Finanzierungsmodell konsequent auf den Unionshaushalt angewandt wird;

45. betont, dass einige Aspekte der Anwendung der Konditionalitätsverordnung verbessert werden sollten, um ihre Wirksamkeit, ihre Transparenz, sowie ihre Abstimmung und Übereinstimmung mit anderen Instrumenten des Instrumentariums zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf Ex-ante-Instrumente und deren kombinierte Anwendung, falls erforderlich;

46. fordert die Kommission auf, die Leitlinien von 2022 dringend zu überarbeiten, um das Risiko einer Neuzuweisung oder Umschichtung von Mitteln direkter anzugehen, eine schrittweise Methodik zu veröffentlichen, aus der hervorgeht, wie die Verhältnismäßigkeit berechnet wird, zu definieren, was einen „hinreichend unmittelbaren Zusammenhang“ zwischen einem Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit und einem Haushaltsrisiko darstellt, einen deutlicheren Zusammenhang zwischen den Verstößen und den ergriffenen Maßnahmen zu verlangen, unter anderem durch präzisere Standards für diese Verstöße, und klare Lösungen und praktische Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Rückschritten im Zusammenhang mit den festgestellten Verstößen bereitzustellen, sollten solche auftreten; fordert in diesem Zusammenhang, dass Interessenträger früher und transparenter einbezogen werden, um Verzögerungen zu verhindern;

47. betont, dass die Kommission den Zusammenhang zwischen den Verstößen und den ergriffenen Maßnahmen in der jeweiligen Fallakte dokumentieren und zu jeder Entscheidung eine kurze Erläuterung veröffentlichen sollte, wie das Vorliegen eines „hinreichend unmittelbaren Zusammenhangs“ festgestellt wurde, wobei die in den überarbeiteten Leitlinien aufgeführten Indikatoren herangezogen werden sollten;

48. fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, ihr Verständnis der Konditionalitätsverordnung als letztes Mittel zu überprüfen und das Instrumentarium im Bereich der Rechtsstaatlichkeit – einschließlich Artikel 6 Absatz 4 – in begründeten Fällen generell proaktiver anzuwenden, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu achten ist; bedauert, dass der Ansatz, die Konditionalitätsverordnung als „letzte Verteidigungslinie“ zu nutzen, in der Mitteilung der Kommission zum neuen MFR offenbar bekräftigt wird;

49. fordert die Kommission auf, die nachteiligen Folgen für (mögliche) Endempfänger und Begünstigte, insbesondere für kleinere Begünstigte wie Universitäten, kleine und mittlere Unternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft, in ihrer Bewertung der Verhältnismäßigkeit systematisch zu berücksichtigen und das Ergebnis dieser Bewertung in das Dossier aufzunehmen, das die Kommission dem Parlament gemäß Artikel 8 der Konditionalitätsverordnung übermittelt;

50. fordert die Kommission auf, zu überprüfen, wie sie ihrer Verpflichtung zum Schutz der berechtigten finanziellen Interessen der Endempfänger und Begünstigten – insbesondere derjenigen, die unter den Folgen von Mängeln im Bereich der Rechtsstaatlichkeit leiden – wirksam nachkommen kann, und zu diesem Zweck unter anderem die einschlägigen Bestimmungen der Konditionalitätsverordnung durchzusetzen, denen zufolge die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Zahlungen zu leisten und die Mittel diskriminierungsfrei zu verwenden; betont, dass alle Maßnahmen, die ergriffen werden, um sicherzustellen, dass rechtmäßige Endempfänger und Begünstigte weiterhin Zugang zu Unionsmitteln haben, die Anwendung der Konditionalitätsverordnung nicht schwächen dürfen; erwartet, umfassend in diesen Prozess einbezogen zu werden;

51. fordert die Kommission auf, systematische Querverweise zwischen Vertragsverletzungsverfahren, nach Artikel 6 der Haushaltsordnung angenommenen Maßnahmen und noch ausstehenden Überprüfungen der Konditionalität vorzunehmen, damit die Mitgliedstaaten isolierte Verfahren nicht ausnutzen können und die finanziellen Interessen der EU unabhängig vom verwendeten Rechtsinstrument geschützt sind;

52. ist der Ansicht, dass Abhilfemaßnahmen mit Schutzmaßnahmen einhergehen sollten, damit ähnliche Situationen oder weitere Rückschritte in Zukunft gegebenenfalls verhindert werden; fordert, dass ein robusterer Rahmen für die Überwachung und Berichterstattung sowie erforderlichenfalls ein strukturierter und systematischer Mechanismus für die öffentliche Konsultation mit nichtstaatlichen Interessenträgern geschaffen wird, insbesondere mit Blick auf den Stand der Umsetzung von Abhilfemaßnahmen in Mitgliedstaaten, die einem Verfahren nach der allgemeinen Konditionalitätsregelung unterliegen;

53. erwartet, dass die Kommission konkrete Maßnahmen ergreift, um den Zusammenhang zwischen den Empfehlungen in ihren jährlichen Berichten über die Rechtsstaatlichkeit und der finanziellen Unterstützung aus dem Unionshaushalt zu verfestigen, wie dies in den Mandatsschreiben aus dem Jahr 2024 an die für Haushalt und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglieder dargelegt wurde; bedauert, dass im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 und insbesondere in den darin enthaltenen Empfehlungen nicht detailliert dargelegt wird, wie ein solcher Zusammenhang hergestellt wird; fordert die Kommission auf, die länderspezifischen Empfehlungen aus ihren jährlichen Berichten über die Rechtsstaatlichkeit in konkrete Etappenziele umzusetzen, die die Mitgliedstaaten systematisch erreichen müssen und die bei Bedarf als Nachweis dienen, um die Aktivierung der Konditionalitätsverordnung zu rechtfertigen;

54. fordert die Kommission auf, die Verknüpfung von präventiven und reaktiven Instrumenten weiterzuentwickeln und auf der Grundlage der Ergebnisse des jährlichen Berichts über die Rechtsstaatlichkeit unverzüglich koordinierte Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten; fordert die Kommission auf, die möglichen Risiken für den Unionshaushalt, die von Mängeln in den Systemen zur Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit ausgehen, zu bewerten und im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit darüber Bericht zu erstatten;

55. betont, dass sich der jährliche Bericht über die Rechtsstaatlichkeit derzeit auf vier Säulen stützt, nämlich das Justizsystem, den Rahmen für die Bekämpfung der Korruption, den Medienpluralismus und andere institutionelle Fragen im Zusammenhang mit dem System von Kontrolle und Gegenkontrolle; begrüßt, dass nach

seinen wiederholten Forderungen 2025 eine Binnenmarktdimension in den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit aufgenommen wurde, um auf verschiedene schwerwiegende und systematische Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit einzugehen, von denen Unternehmen und Arbeitnehmer in mehreren Mitgliedstaaten betroffen sind; betont, dass ein funktionierendes Justizsystem, ein starker Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, der Medienpluralismus, ein angemessenes System von Kontrolle und Gegenkontrolle sowie ein funktionierender Binnenmarkt untrennbar mit der Rechtsstaatlichkeit verbunden sind; bekräftigt seinen Standpunkt, dass der jährliche Bericht über die Rechtsstaatlichkeit den gesamten Geltungsbereich der in Artikel 2 EUV genannten Werte abdecken sollte, da diese als miteinander zusammenhängend betrachtet werden sollten;

56. ist der Auffassung, dass systematische Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, die im Rahmen der Säulen des jährlichen Berichts über die Rechtsstaatlichkeit festgestellt wurden und einen hinreichend unmittelbaren Zusammenhang mit dem Schutz des Unionshaushalts aufweisen, die Aktivierung des Konditionalitätsmechanismus auslösen sollten, insbesondere wenn die Verstöße die ordnungsgemäße Funktionsweise des Justizsystems betreffen und in Fällen wie Verstößen gegen Vorschriften, Manipulation oder Günstlingswirtschaft bei Ausschreibungen und Anträgen, die Unionsmittel betreffen, sowie behördlicher Schikane, die gegen die Gleichbehandlung von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Unternehmen oder anderen Endempfängern und Begünstigten und deren Zugang zu Unionsmitteln verstößt; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle Interessenträger zur Aufdeckung solcher Verstöße beitragen können, wodurch Transparenz und Rechenschaftspflicht gestärkt werden;

57. besteht darauf, dass die Kommission in Fällen, in denen länderspezifische Empfehlungen mit Bezug zum Unionshaushalt über einen längeren Zeitraum nicht befolgt werden, begründen sollte, weshalb sie sich dafür entscheidet, keine Maßnahmen im Rahmen der Konditionalitätsverordnung vorzuschlagen;

58. ist der Ansicht, dass die Interinstitutionelle Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin[22] einen speziellen Anhang über die Zusammenarbeit in Bezug auf die Konditionalitätsregelung enthalten sollte; ist in diesem Zusammenhang der Auffassung, dass ein regelmäßiger Dialog zwischen den drei Organen über den aktuellen Stand des Schutzes des Unionshaushalts im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit ein wirksames Mittel wäre, um die Koordinierung in Bezug auf das Instrumentarium im Bereich der Rechtsstaatlichkeit zu verbessern; ist der Ansicht, dass dem Parlament eine formelle beratende Funktion übertragen werden sollte, bevor die Kommission einen Vorschlag gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Konditionalitätsverordnung vorlegt;

59. besteht darauf, dass seine Kontrollbefugnisse gewahrt werden, indem ihm die Befugnis eingeräumt wird, die Kohärenz bei der (Nicht-)Anwendung der Konditionalitätsregelung zu überwachen und so eine politische Instrumentalisierung oder Undurchsichtigkeit zu verhindern; fordert die Kommission auf, ihm im Rahmen

---

22 Interinstitutionelle Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel (ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 28, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2020/1222/oj).

des jährlichen Haushaltsverfahrens eine konsolidierte jährliche Bestandsaufnahme aller Beschlüsse im Zusammenhang mit der Konditionalität zu allen Haushaltslinien zu übermitteln;

60. fordert vierteljährliche strukturierte Dialoge zwischen den zuständigen Kommissionsmitgliedern und den zuständigen Ausschüssen des Parlaments, damit der Informationsfluss in Echtzeit erfolgt und die demokratische Kontrolle gestärkt wird;

61. fordert den Rat auf, im Prozess faktenbasiert und objektiv zu bleiben und sich möglichst genau an die Vorschläge der Kommission zu halten; fordert den Rat ferner nachdrücklich auf, den Prozess, der zur Annahme von Maßnahmen führt, nicht zur Verhandlungsmasse zu machen;

62. betont, dass eine klare und proaktive Kommunikation von entscheidender Bedeutung ist, um das Vertrauen in die EU-Organe zu stärken und populistische Narrative zu bekämpfen; weist darauf hin, dass die Kommission gemäß der Konditionalitätsverordnung verpflichtet ist, den Endempfängern bzw. Begünstigten über eine Website oder ein Internetportal Informationen und Leitlinien sowie geeignete Instrumente zur Verfügung zu stellen, damit die Endempfänger bzw. Begünstigten die Kommission über jegliche Verstöße gegen diese Verpflichtungen, die sie unmittelbar betreffen, in Kenntnis setzen können; hebt hervor, dass die Website bzw. das Portal die Bürger, Endempfänger und Begünstigten sowie Wirtschaftsteilnehmer auch in die Lage versetzen sollte, alle einschlägigen Beschlüsse und Bewertungen im Rahmen des Konditionalitätsmechanismus zu finden und den gesamten Lebenszyklus von Fällen im Rahmen der Konditionalitätsverordnung von der Meldung bis zur letztendlichen Aufhebung der Maßnahmen zu verfolgen, um die Transparenz zu erhöhen und Fehlinformationen vorzubeugen;

63. fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, Kurzdarstellungen zu allen künftigen Maßnahmen im Rahmen der Konditionalitätsverordnung zu veröffentlichen, in denen die Art und Bewertung der Verstöße, die vorläufigen internen Fristen für jede Verfahrensphase, die Auswirkungen auf den Unionshaushalt, einschließlich ausgesetzter Beträge, und gegebenenfalls die Verhältnismäßigkeit der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen dargelegt werden, da klare und zugängliche Informationen unerlässlich sind, um Desinformation entgegenzuwirken und den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass die EU bei der Bekämpfung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit konsequent und fair vorgeht; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die einschlägigen Informationen an die betroffenen Endempfänger und Begünstigten weitergegeben sowie veröffentlicht und gleichzeitig die Bestimmungen über die Vertraulichkeit und den Datenschutz eingehalten werden; fordert die Kommission ferner auf, aktiv gegen Desinformationen im Zusammenhang mit der Anwendung der Verordnung vorzugehen;

64. ist der Ansicht, dass die Konditionalitätsverordnung zwar in erster Linie dazu dient, den Unionshaushalt vor Risiken zu schützen, die sich aus Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ergeben, es aber durchaus sinnvoll wäre, zu untersuchen, wie der Schutz des Unionshaushalts vor Verstößen gegen die anderen in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte gestärkt werden kann; weist darauf hin, dass der Unionshaushalt nicht neutral gegenüber Verstößen gegen die Demokratie, die Gleichheit und die Grundrechte ist, die spürbare finanzielle Auswirkungen haben können; ist der Ansicht, dass Artikel 6 der Haushaltsordnung die Rechtsgrundlage für Maßnahmen in Fällen

www.parlament.gv.at

solcher Verstöße schafft; fordert die Kommission auf, die Ausweitung der Konditionalitätsinstrumente in Fällen schwerwiegender und systemischer Verstöße gegen andere in Artikel 2 EUV niedergelegte Werte, die sich auf den Unionshaushalt auswirken, zu bewerten;

65. fordert die Kommission nachdrücklich auf, etwas dagegen zu unternehmen, dass die Zuständigkeiten für die Überwachung der Rechtsstaatlichkeit und die Durchsetzungsmaßnahmen innerhalb ihrer Dienststellen fragmentiert sind, und die damit verbundenen Risiken anzugehen, indem sie die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Rechtsstaatlichkeitsbelange in einer transparenteren und effizienteren Struktur bündelt, um Kohärenz, Einheitlichkeit, Transparenz und eine zeitnahe Durchsetzung sowie eine verbesserte Kommunikation mit dem Parlament und den Mitgliedstaaten sicherzustellen;

66. fordert die Kommission auf, ihre Untersuchungskapazitäten zu stärken, indem sie eine ständige Liste spezialisierter Sachverständiger aufstellt, die komplexe Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit bewerten und so für schnellere und fachlich fundierte Entscheidungen sorgen können, und ein IT-System zu entwickeln, anhand dessen Muster oder Ähnlichkeiten in den eingegangenen Berichten erkannt werden können;

67. fordert die Kommission auf, bei der Bearbeitung von Beschwerden proaktiver vorzugehen und sicherzustellen, dass die Beschwerdeverfahren im Rahmen der Konditionalitätsverordnung Hinweisgebern, insbesondere solchen in prekären Situationen, für die die Meldung von Missständen große Risiken birgt, angemessenen Schutz bieten, um Anreize für die Meldung von Missständen zu schaffen;

68. fordert die Kommission auf, einen dauerhaften Rahmen für die Koordinierung zwischen sämtlichen zuständigen EU-Agenturen und -Einrichtungen einzurichten, um eine frühzeitige Aufdeckung und wirksame Untersuchung von Betrug, Geldwäsche und Korruption zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union sicherzustellen; fordert, dass ihm regelmäßig über diese Maßnahmen Bericht erstattet wird;

69. fordert die Mitgliedstaaten auf, für die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu sorgen und rasch gegen festgestellte Verstöße vorzugehen, um die finanziellen Interessen der EU zu schützen und der Annahme von Maßnahmen im Rahmen der Konditionalitätsverordnung vorzubeugen; fordert außerdem, dass den einzelstaatlichen Stellen, deren Arbeit für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit unerlässlich ist, angemessene Ressourcen bereitgestellt werden;

70. fordert den Rechnungshof auf, einen Sonderbericht vorzulegen, in dem die Kostenwirksamkeit der Konditionalitätsverordnung bewertet wird, wobei der Verwaltungsaufwand, die Abschreckungswirkung und der Schutz von Endempfängern und Begünstigten zu berücksichtigen sind;

Die Konditionalitätsverordnung und der nächste MFR

71. nimmt zur Kenntnis, dass der von der Kommission unterbreitete Vorschlag für den MFR 2028-2034 Aspekte enthält, die sich auf die Rechtsstaatlichkeit beziehen, und dass insbesondere im Rahmen des Vorschlags der Kommission für die nationalen und regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) horizontale Bedingungen in Bezug auf die Achtung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Charta eingeführt werden;

weist darauf hin, dass während des gesamten Vollzugs des Unionshaushalts strenge Schutzvorkehrungen für die Achtung der Werte der EU gelten müssen; erklärt sich jedoch besorgt darüber, dass der Vorschlag der Kommission nach wie vor unzureichend ist, da

a) mit ihm das Instrumentarium im Bereich der Rechtsstaatlichkeit weder wesentlich vereinfacht noch die Koordinierung der verschiedenen Rechtsstaatlichkeitsinstrumente geregelt wird, sondern vielmehr Überschneidungen und Widersprüche geschaffen werden, wodurch die Gefahr besteht, dass ein fragmentiertes System paralleler Instrumente entsteht,

b) dieser vorsieht, dass bei Verstößen gegen die horizontale Bedingung der Rechtsstaatlichkeit Maßnahmen durch einen Durchführungsbeschluss des Rates ausgelöst werden und das Parlament im Verfahren kein Mitspracherecht hat,

c) er aufgrund der vorgesehenen Verknüpfung zwischen der Konditionalität im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Konditionalität im Zusammenhang mit der Charta dazu führen kann, dass der Durchführungsbeschluss des Rates zur Anwendung kommt, wodurch die Anwendung der Letzteren erschwert wird,

d) er keinen hinreichend unmittelbaren Zusammenhang zwischen einem Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz des Unionshaushalts voraussetzt, wie dies beim Konditionalitätsmechanismus der Fall ist, was Bedenken hinsichtlich der Rechtssicherheit zur Folge hat,

e) er deutlich macht, dass die Kommission den Konditionalitätsmechanismus weiterhin als letztes Mittel betrachtet;

72. missbilligt, dass der Vorschlag der Kommission zum MFR 2028-2034 Überschneidungen mit dem Konditionalitätsmechanismus mit sich bringt; fordert, dass ein einheitlicher, kohärenter und umfassender Rahmen für alle EU-Finanzierungsprogramme unter dem Dach der Konditionalitätsverordnung geschaffen wird, das sowohl die Voraussetzungen für den Zugang zu Unionsmitteln als auch Maßnahmen zum Einfrieren oder Zurückhalten von Mitteln umfasst, wenn die entsprechenden Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind; fordert die Kommission auf, sämtliche Instrumente im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in einem einzigen Rahmen zu konsolidieren, der klare, objektive und transparente Anwendungskriterien enthält und in dem dargelegt wird, wie die Koordinierung dieser Instrumente sichergestellt werden soll; besteht darauf, dass die Kommission Änderungen an der Konditionalitätsverordnung vorschlägt, mit denen das Parlament und der Rat auch bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften gleichgestellt würden, falls eine entsprechende Konsolidierung im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften oder im Rahmen der Verhandlungen über den nächsten MFR nicht erzielt werden kann;

73. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission im Rahmen der NRPP vorschlägt, dass Mittel, die aufgrund fehlender Abhilfemaßnahmen als Reaktion auf einen festgestellten Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit gemäß der Konditionalitätsverordnung durch Aufhebung freigegeben wurden, wieder für Programme in direkter oder indirekter Mittelverwaltung eingesetzt werden können; fordert, dass klargestellt wird, wie die Beträge aus aufgehobenen Mittelbindungen anderen Programmen zugewiesen werden könnten; hält daran fest, dass es im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens das

Vorrecht der Haushaltsbehörde ist, über die Verwendung freigegebener Mittel zu entscheiden, und dass dies nicht im Ermessen der Kommission liegen sollte;

74. betont, dass jede Entscheidung über die vollständige oder teilweise Aussetzung von Unionsmitteln auf klaren, objektiven und transparenten Kriterien und Verfahren beruhen muss und nicht das Ergebnis undurchsichtiger Verhandlungen sein darf, bei denen Absprachen getroffen wurden; fordert, dass Unionsmittel zurückgehalten werden, wenn grundlegende Anforderungen nicht erfüllt sind, und dass eingefrorene Gelder erst dann an die betreffenden Mitgliedstaaten freigegeben werden, wenn diese konkrete Reformen vollständig umgesetzt und nachweisbar gezeigt haben, dass sie die Rechtsstaatlichkeit in der Praxis einhalten;

75. ist ernsthaft besorgt darüber, dass nach den Vorschlägen der Kommission kein zuständiges Organ bzw. keine zuständige Einrichtung gehalten wäre, die den NRPP-Maßnahmen zugrundeliegenden Kosten gegenzuprüfen, und dass eine nicht an tatsächliche Ausgaben gekoppelte Mittelzuweisung zur vorherrschenden Form des Haushaltsvollzugs werden würde; weist warnend darauf hin, dass dieser Ansatz die Fähigkeit der Kommission erheblich beeinträchtigen wird, die finanziellen Folgen von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit zu bestimmen oder zu messen; weist ferner warnend darauf hin, dass dies die im Vertrag verankerte demokratische Kontrollfunktion des Parlaments als Teil der Haushaltsbehörde und als Entlastungsbehörde der EU sowie die wichtige Rolle des Rechnungshofs untergraben würde; ist der Ansicht, dass die Kostenwirksamkeit, die Rückverfolgbarkeit und die Transparenz der Finanzströme von den Zahlungen bis zu den Endempfängern, einschließlich Unterauftragnehmern, durch ein interoperables IT-System sichergestellt werden müssen, da nur so die Auswirkungen von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit auf den Haushalt festgestellt und quantifiziert werden können; betont, dass die Kommission die Genauigkeit und Präzision der dem Parlament bereitzustellenden Informationen verbessern muss;

°

° °

76. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Rechnungshof, dem Gerichtshof der Europäischen Union und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.



Европейски парламент Parlamento Europeo Evropský parlament Europa-Parlamentet Europäisches Parlament
Euroopa Parlament Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο European Parliament Parlement européen Parlaimint na hEorpa
Europski parlament Parlamento europeo Eiropas Parlaments Europos Parlamentas Európai Parlament
Parlament Ewropew Europees Parlement Parlament Europejski Parlamento Europeu Parlamentul European
Európsky parlament Evropski parlament Euroopan parlamentti Europaparlamentet